

- **Guter Terror – böser Terror**
- **Religionsfreiheit weltweit**
- **Bonifatiusgedenkjahr
zum 1250. Todestag des
„Apostels Deutschlands“**

Der hl. Bonifatius weist den Weg.
Bronzeplastik von Heinrich Söller (1963)
an der Außenwand der Kapelle
des Bonifatiiushauses in Fulda



INHALT

editorial 3

SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK

- Weltfriedenstag 2004: „Das Völkerrecht: ein Weg zum Frieden“ (bt) 4
- Der Irak-Krieg: Ein Jahr danach (Volker W. Böhler) . 6
- Guter Terror – böser Terror (Dieter Kilian) 10
- Die Terrorabwehr in Deutschland weist weiterhin Lücken auf (Bertelsmann Stiftung) 23
- Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik (Eckhard Stuff) 24
- Vor 40 Jahren: Vatikan eröffnet UN-Vertretung (Ludwig Ring-Eifel) 27
- Vor 10 Jahren: Völkermord in Ruanda – Neue Wege der Genozidprävention (Klaus Liebetanz) 26
- Was sind Friedensfachkräfte? Wie funktioniert der Zivile Friedensdienst (ZFD)? (Klaus Liebetanz) ... 28
- Kriegerische Gewalt oder gewaltfreie Konflikt-austragung (PS) 30
- Deutsche Kommission Justitia et Pax: Studie Schutz der Menschenrechte (KNA/PS) 31
- Globalisierung, Krieg, Schutz der Menschenrechte (Klaus Achmann) 33
- Vorsicht ist besser als Nachsicht (PS/ZENIT) 34
- pax christi und GKS im Dialog: Fachtagung „Erfahrungen mit Friedenseinsätzen“ (PS) 35

ZUM BILD DES SOLDATEN

- Vor zwanzig Jahren: Affäre „Wörner-Kießling“ (Ortwin Buchbender) 36
- Wer an ein Tabu rührt, muss vernichtet werden (bt) ... 39

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

- Polen: Die Caritas der Truppe (Joachim G. Görlich) 40
- Russland: Radikale Nationalisten und Faschisten (Paul Roth) 41
- Russland: Schwieriger Aufbauprozess der Kirchen .. 45
- Religiosität in Russland: Widersprüchliche Tendenzen (KNA) 46
- Religionsfreiheit weltweit (ZENIT) 47
- Auszeichnung von „Kirche in Not“ an Verteidiger der Religionsfreiheit (ZENIT) 48
- Religionsfreiheit in der Türkei (KNA) 49
- Islamismus und Jihadismus:
- Die Kunst zu unterscheiden (bt) 51
- Nigeria: „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen“ (DBK) 53
- Uganda: Vergessener Krieg im Norden (KNA) 55
- Asien: Christentum und Islam (bt) 56
- Buthan: Massive Menschenrechtsverletzungen und Christenverfolgung (ZENIT) 57

- Globalisierung. Zur Lage in der Welt (ZENIT) 58
- „Die Kreuzzüge“ in Mainz (KNA) 59

KIRCHE UND GESELLSCHAFT

- Die Chaldäische Kirche: Geschichte, Ritus, Organisation und Struktur (ZENIT) 60
- Neuevangelisierung im christlichen Abendland (Georg Kestel) 63
- Kirche in Polen: Alles Positive in Europa in die Religiosität Polens aufnehmen 67
- Schweres Geschütz gegen die Pfarrgemeinde (Karl-Georg Michel) 68

GESTALTEN DES GLAUBENS

- Militärpfarrer im 1. Weltkrieg und Märtyrer des 20. Jhs. (Paul Schulz) 70
- St. Michael „der Deutschen Schutzpatron“? (PS) .. 74
- Bonifatius-Gedenkjahr zum 1250. Todestag: 76
- Bonifatius – „Apostel der Deutschen“ 76
- Mord und Fest 81

KIRCHE UNTER SOLDATEN

- Wachsende Herausforderungen für Militärseelsorge (Militärgeneralvikar Walter Wakenhut) 82
- Soldatenfamilien stehen im Mittelpunkt 84
- „Bloß nicht aufgeben, auch wenn die Hoffnung noch so klein ist“ (KMBA) 85
95. DEUTSCHER KATHOLIKENTAG Ulm 2004: „Leben aus Gottes Kraft“ (Manfred Heinz/Alfred Warner) 86
- Zeitschrift „Militärseelsorge“ 88
- 50 Jahre Militärseelsorge (PS) 90
- Bereich Bayern und Baden-Württemberg: „Eigentlich ist alles gesagt, nur nicht von jedem“ 92

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

- Aus der Arbeit des Bundesgeschäftsführers der GKS (Klaus Achmann) 94
- GKS-Erklärung: Ein Jahr danach – Krieg gegen den Irak – ethisch zu verantworten? 95
- GKS-Politikergespräch: Künftige Herausforderungen für die deutschen Streitkräfte (Helmut Jermer) .. 96
- Seminar 3. Lebensabschnitt: Das Rad des Lebens 98

KURZ BERICHTET 20, 26, 56, 57, 66, 69, 81, 89, 93

BUCHBESPRECHUNGEN 30, 31, 66, 74, 88, 89, 100

TERMINE 102

AUTOREN 103

ZU GUTER LETZT:

- DDR-Nostalgie (Wolfgang Thierse) 103

editorial

Heft-CD: gute Idee – hohe Zustimmung – negative Entscheidung

Die Heft-CD im letzten Doppelheft Nr. 252/253 unserer Verbandszeitschrift AUFTRAG war gut angekommen. Eigentlich hat die Redaktion nur Zustimmung erhalten. Hier einige Beispiele aus Zuschriften:

... Meiner Meinung nach ist die Verbreitung des Heftes mit der CD zusammen einen gelungene Mischung. Man wird durch die kurzen Texte im Heft animiert, auch die weiterführenden Artikel zulesen. Außerdem hat der Leser die Möglichkeit, bestimmte Textpassagen, die er vielleicht für etwas benötigt, zu kopieren und dann weiter zu verarbeiten, wobei natürlich das entsprechende Copyright und die im Impressum angegebenen Nachdruckbestimmungen eingehalten werden müssen.

Wie Sie mir in Köln ja schon andeuteten, ist diese Verbreitung auch mit höheren Kosten versehen. Mein Vorschlag wäre: vielleicht auf eine Ausgabe zu verzichten und dann solche Doppelausgaben sowie sie jetzt erschienen ist herauszugeben.

Wolfgang Wedekin, HfW,
GKS-Kreis Aachen

... ich habe den neuen Auftrag erhalten und möchte meine Kritik zur Heft-CD gern anbringen. Die Idee finde ich wirklich ausgezeichnet. Und die Umsetzung ebenfalls. Besonders habe ich mich über die Tonbeiträge gefreut. Denn im gesprochenen Wort wird ja doch manches deutlicher als allein im Text. Auch ist die Archivierung der Hefte nun um ein vielfaches einfacher. Kurzum, eine gute Idee, welche, wenn sie nicht zu teuer ist, auch beibehalten werden sollte.

Eine kurze Anfrage vielleicht, bzw. ein Verbesserungsvorschlag. Lassen sich die Tonbeiträge nicht in ein mp3-Format umwandeln? Es wäre dann zu anderen Medien besser umsetzbar.

Ralf Eisenhardt, HfW,
59174 Kamen

... das war eine Überraschung, die Heft-CD ist bei mir auf großes Interesse gestoßen. Zur Idee und Ausführung kann ich der Redaktion nur gratulieren und wünsche mir und den Lesern bzw. Benutzern, dass es so weiter geht.

Allerdings meine ich, dass die Tondokumente – nicht nur von der Qualität her – nicht zwingend notwendig sind.

Also vielen Dank ...

Siegfried Granrath, OStFw a.D.,
41065 Mönchengladbach

... vorab ein herzliches Dankeschön, ...

Dem aktuellen Heft sind erstmals der gesamte Inhalt und zusätzliche Vertiefungen usw. auf CD beigelegt. Ich bin von dieser Art der Information begeistert, ermöglicht sie doch einen raschen Zugriff auf Stichworte und Daten und bietet im Gegensatz zu vielen anderen derartigen Veröffentlichungen durch die Art der Formatierung eine sehr große Übersichtlichkeit. Kompliment!

Ich würde es begrüßen, wenn künftig an Stelle des gedruckten Mediums nur eine CD geliefert würde – für Sie eine wohl nicht geringe Portosparnis, ich könnte auf Dauer viel Platz sparen und hätte den Vorteil eines raschen Zugriffs.

Alois Koch, OTL a.D.,
86940 Schwinning

... Ich halte die Idee einer Kombination von Heft und CD für gelungen; ich habe sie in dieser Form zum ersten Mal erlebt und glaube, dass sie zukunftsfruchtig ist. Vielleicht greifen andere Zeitschriften auch darauf zurück (können Sie sie patentieren lassen?). Der große Vorteil für den Leser ist, dass er auf die längeren Artikel und vor allem auf – auch farbige – Graphiken und Bilder zurückgreifen und sie für eigene Zwecke (z.B. im Unterricht) aufbereiten kann. Sie erspart das Einscannen. Der erste Nachteil, „das man es nicht schwarz auf weiß besitzt und daher nicht nach Hause tragen kann“, wiegt dem gegenüber gering. Der zweite Nachteil trifft all diejenigen, die nicht mit dem PC arbeiten, aber die Gattung dürfte immer kleiner werden. ...

Dieter Kilian, Oberst a.D.
24646 Wardeer

Auch einige skeptische Stimmen waren zu hören, ob z.B. jeder AUFTRAG-Empfänger eine CD technisch auch nutzen könne. Dagegen sprach sich niemand aus.

Die im September 2003 bei der letzten Woche der Begegnung auf Schloss Hirschberg geborene Idee der Heft-CD zu Gunsten einer Reduzierung des Heftumfangs kann aber trotz hoher Akzeptanz nicht beibehalten werden. Die Gründe sind ausschließlich bei den Kosten zu suchen. Die Einsparung bei den Druckkosten durch eine Seitenreduzierung sind minimal. Dafür erhöhen sich die Herstellungskosten für das Heft nach den Erfahrungen der letzten Ausgabe um rund 50 Prozent. D.h. die CD verteuert den AUFTRAG durch Material- und Herstellungsaufwand, vor allem aber durch das in Handarbeit erfolgte Einkleben der CD so, dass er aus dem Etat der GKS nicht mehr mit vier Ausgaben pro Jahr finanziert werden könnte.

Der Vorschlag von Wolfgang Wedekin – jeweils Doppelhefte mit Heft-CD – könnte ins Auge gefasst werden, weil dazu die vorhandenen Finanzmittel ausreichen. Doch bei nur noch zwei Heften pro Jahr ginge jeglicher Bezug zur laufenden GKS-Arbeit verloren und auf aktuelle Entwicklungen könnte nicht mehr reagiert werden. Aus dem AUFTRAG würde eine reine Dokumentation der Verbandsarbeit. Das entspricht bis heute nicht dem Ziel und Zweck unserer Zeitschrift.

Die Redaktion strebt an, die gute Idee einer Heft-CD (eingeschränkt) beizubehalten. Vielleicht ist es möglich, die vier Ausgaben eines Jahrgangs auf einer CD zusammenzufassen und einem Heft pro Jahr beizufügen. Alle Vorteile – außer der Aktualität – könnten genutzt werden. Darüber muss aber der Bundesvorstand der GKS als Herr des Geschehens entscheiden.

Zunächst wünschen wir unserer Leserschaft aber eine nicht nur beunruhigende Lektüre (sicherheitspolitische Beiträge z.B. zum Terrorismus), sondern auch Muße bei entspannender und besinnlicher Beschäftigung mit diesem AUFTRAG Nr. 254.

Für die Redaktion AUFTRAG
Ihr Paul Schulz

„Das Völkerrecht: ein Weg zum Frieden“

Kurzfassung der Botschaft Papst Johannes Paul II. zum Welttag des Friedens 2004

Adressaten der Botschaft

Papst Johannes Paul II. wendet sich mit seiner diesjährigen Friedensbotschaft an die „Lenker der Nationen, die ihr die Pflicht habt, Frieden zu stiften“, an die „Juristen, durch die Erarbeitung von Vereinbarungen und Verträgen Wege für ein friedliches Einvernehmen abzustecken“, an die „Erzieher der Jugend, die Gewissen auf dem Weg der Verständigung und des Dialogs zu bilden“. Der Papst wendet sich auch an die Männer und Frauen, die versucht sind, „zum inakzeptablen Mittel des Terrorismus zugreifen“, wodurch sie die Sache, für die sie kämpfen, in Frage stellen. Schließlich appelliert er an alle: „Heute noch *ist der Friede möglich*. Und wenn der Friede möglich ist, dann *ist er auch geboten!*“ Hier die wichtige, zusammengefasste Aussagen seiner Botschaft:

Eine konkrete Initiative

Ich erinnere an die Worte von Papst Paul VI. zum Jahresbeginn 1968: „Wir würden es begrüßen, ... an den Anfang des Jahres, ... den Frieden zu stellen, um in Ausgeglichenheit die Entwicklungen der Zukunft zu bestimmen.“ Indem ich mir das Versprechen zu eigen machte, widmete ich den ersten Januar dem Frieden in der Welt. In den 25 Jahren meines Pontifikats habe ich nicht aufgehört, alle Menschen einzuladen, sich der Sache des Friedens anzunehmen. Die Menschheit muss heute mehr denn je den Weg der Einmütigkeit wiederfinden.

Eine Fibel des Friedens

Die elf Botschaften, die Papst Paul VI. an die Welt gerichtet hat, sind eine „Wissenschaft des Friedens“. Jede von ihnen besitzt noch heute große Aktualität, manche Passagen in ihnen erheben sich zu prophetischen Mahnungen.

Durch den eingeschlagenen Weg ist eine Zusammenfassung der Lehre über den Frieden entstanden, die *gleichsam eine Fibel darstellt*. Sie ist einfach zu verstehen und wendet sich

an alle, denen das Los der Menschheit ein echtes Anliegen ist.

Es kommt jetzt darauf an, die Ideale des friedlichen Zusammenlebens ins Bewusstsein der Einzelnen und der Völker zu bringen. Für uns Christen ist die Aufgabe, uns selbst und die anderen zum Frieden zu erziehen, ein Wesenszug unserer Religion.

Die Erziehung zum Frieden

Mein Aufruf vom 1. Januar 1979 „*Zum Frieden zu erziehen, um zum Frieden zu gelangen*“ ist heute dringender denn je. Angesichts der fortwährenden Tragödien könnten die Menschen fatalistisch werden, als ob der Friede ein unerreichbares Ideal wäre. Die Kirche lehrt den einfachen Grundsatz: *Der Friede ist möglich und geboten*. Er muss auf den vier Pfeilern *Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit* (Enzyklika *Pacem in terris* von Johannes XXIII.) aufgebaut sein. Allen wird deshalb die Pflicht auferlegt, *die jungen Generationen zu diesen Idealen zu erziehen*.

Die Erziehung zur Legalität

Der Friede und das Völkerrecht sind eng miteinander verbunden: *das Recht begünstigt den Frieden*.

Seit den Anfängen der Zivilisation schlossen die Menschen Übereinkommen und Verträge, um den willkürlichen Gebrauch von Gewalt zu vermeiden und bei Streitigkeiten friedliche Lösungen zu finden. Dadurch entstand allmählich neben den Rechtsordnungen der einzelnen Völker das *ius gentium* (Recht der Völker). Seit dem 16. Jh. bemühten sich Juristen, Philosophen und Theologen um die Erarbeitung der verschiedenen Abschnitte des Völkerrechts, das sie in den grundlegenden Postulaten des Naturrechts verankerten. Auf diesem Wege nahmen *allgemeine Prinzipien, die dem innerstaatlichen Recht vorausgehen und es übertreffen* und die der Einheit und der gemeinsamen Berufung der Menschheitsfamilie Rechnung tragen, mit zunehmender Kraft Gestalt an.



Eine zentrale Stellung nimmt dabei der Grundsatz ein: *pacta sunt servanda*. Die mit freiem Willen unterzeichneten Abkommen

müssen eingehalten werden als unabdingbare Voraussetzung jeder Beziehung zwischen verantwortlich handelnden Vertragsparteien. Der Hinweis auf diese Grundregel ist vor allem dann angemessen, wenn versucht wird, lieber auf das *Recht des Stärkeren* als auf die *Kraft des Rechts* zu setzen.

Einer dieser Anlässe war ohne Zweifel das Drama des 2. Weltkriegs: ein Abgrund von Gewalt, Zerstörung und Tod, wie ihn die Menschheit nie zuvor kennen gelernt hatte.

Die Befolgung des Rechtes

Dieser Krieg mit seinem Schrecken und schauerlichen Verletzungen der Würde des Menschen führte zu einer *tiefgreifenden Erneuerung der internationalen Rechtsordnung*. Ins Zentrum eines weitgehend aktualisierten normgebenden und institutionellen Systems wurden der Schutz und die Sicherung des Friedens gestellt. Um über den Frieden und die Sicherheit auf globaler Ebene zu wachen, richteten die Regierungen eigens die *Organisation der Vereinten Nationen* mit einem mit weitreichenden Handlungsvollmachten ausgestatteten *Sicherheitsrat* ein. Angelpunkt des Systems wurde das *Verbot der Gewaltanwendung*, das nach der *Charta der Vereinten Nationen*, Kapitel VII, nur zwei Ausnahmen vorsieht: das *natürliche Recht auf legitime Verteidigung* in den Grenzen der *Notwendigkeit* und *Verhältnismäßigkeit* sowie das *kollektive Sicherheitssystem*. Letzteres spricht dem Sicherheitsrat die Zuständigkeit und Verantwortung zur Aufrechterhaltung des Friedens mit Entscheidungsvollmacht und weitgehender Ermessensfreiheit zu.

Dieses System hätte „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges bewahren“ sollen. Die Spaltung der internationalen Gemein-

schaft in einander feindlich gegenüberstehende Blöcke auf einem Teil des Erdballs sowie die gewaltsamen Konflikte in anderen Regionen haben jedoch ein zunehmendes Abrücken von den Prognosen und Erwartungen der unmittelbaren Nachkriegszeit verursacht.

Eine neue internationale Ordnung

Dennoch muss man anerkennen, dass die Vereinten Nationen durch die Aufbereitung des kulturellen und institutionellen Bodens für den Aufbau des Friedens wesentlich dazu beigetragen haben, die Achtung der Menschenwürde, die Freiheit der Völker und den Anspruch auf Entwicklung zu fördern. Die Ideale der Vereinten Nationen sind durch die konkreten Solidaritäts- und Friedensgesten vieler Menschen in *Nicht-regierungsorganisationen* und in *Menschenrechtsbewegungen* weit verbreitet.

Dabei handelt es sich um einen bedeutsamen Ansporn zu einer Reform der Vereinten Nationen, um ihre satzungsgemäßen Ziele zu erreichen. Ich erneuere den 1995 von mir geäußerten Wunsch: „Es ist notwendig, dass die Organisation der Vereinten Nationen sich immer mehr aus dem kalten Stadium einer administrativen Institution zu dem eines moralischen Zentrums erhebt, in dem sich alle Nationen der Welt zu Hause fühlen und ihr gemeinsames Bewusstsein entfalten, sozusagen *eine Familie der Nationen* zu sein“.

Die Plage des Terrorismus

Nur mit Mühe kann das Völkerrecht heute Lösungen für die Konfliktsituationen anbieten, die von der veränderten Gestalt der gegenwärtigen Welt herrühren. Unter den Trägern dieses Konfliktpotentials finden sich oft *nichtstaatliche Akteure*: Gruppen, die aus dem Zerfall der Staaten hervorgegangen sind oder im Zusammenhang mit rücksichtslosen kriminellen Organisationen. Eine Rechtsordnung von Normen, *um die Beziehungen zwischen souveränen Staaten zu regeln*, tut sich schwer, Konflikten mit terroristischen Vereinigungen entgegenzutreten.

Die Plage des Terrorismus ist in diesen Jahren aggressiver geworden und hat abscheuliche Massaker verübt, die den Weg des Dialogs und der

Verhandlung immer hindernisreicher machten, da sie besonders im Nahen Osten die Gemüter verbittert und die Probleme verschärft haben. Um erfolgreich zu sein, kann sich jedoch *der Kampf gegen den Terrorismus nicht bloß in Unterdrückungs- und Strafaktionen erschöpfen*. Der notwendige Rückgriff auf Gewalt muss begleitet sein von einer mutigen, nüchternen Analyse der *Beweggründe, die den terroristischen Anschlägen zugrunde liegen*. Zugleich muss der Einsatz gegen den Terrorismus durch die Beseitigung der Ursachen von Unrechtssituationen sowie von einer Bildung unterstützt werden, die von der Achtung vor dem menschlichen Leben unter allen Umständen inspiriert ist. Das Völkerrecht ist nun aufgerufen, juristische Prozeduren zu erarbeiten, die mit wirksamen Mechanismen zur Vorbeugung, Kontrolle und Bekämpfung von Verbrechen ausgestattet sind. Die Anwendung von Gewalt gegenüber Terroristen *kann aber nicht den Verzicht auf die rechtsstaatlichen Prinzipien rechtfertigen. Der Zweck heiligt niemals die Mittel!*

Der Beitrag der Kirche

„Selig, die Frieden stiften; denn sie werden Söhne Gottes genannt werden“ (Mt 5,9). Aus welchem Grund sollen die Friedensstifter Söhne Gottes genannt werden, wenn nicht deshalb, weil Gott von Natur aus der Gott des Friedens ist? Eben darum enthält die Heilsbotschaft Lehrelemente von grundsätzlicher Bedeutung für die Erarbeitung von Prinzipien, die für ein friedliches Zusammenleben zwischen den Völkern notwendig sind.

Der Aufbau des Friedens kann nicht von der Achtung einer sittlichen und rechtlichen Ordnung absehen gemäß dem antiken Sprichwort: „*Serva ordinem et ordo servabit te*“ (Halte die Ordnung ein, und die Ordnung wird dich erhalten). Das internationale Recht muss der Vorherrschaft des Gesetzes des Stärkeren den Boden entziehen und „die materielle Stärke der Waffen durch die moralische Stärke des Rechtes“ ersetzen. Angemessene Sanktionen gegen die Gesetzesbrecher sowie adäquate Entschädigungen für die Opfer müssen auch für jene Regierenden gelten, die unter dem Vorwand, es handele

sich um innere Angelegenheiten ihres Staates, die Würde und die Rechte des Menschen ungestraft verletzen.

Am 13. Januar 1997 habe ich vor dem akkreditierten Diplomatischen Korps das *Völkerrecht* als ein erstrangiges Instrument für die Schaffung des Friedens anerkannt. Der Friede soll als Voraussetzung für Gerechtigkeit und Solidarität verstanden werden. In diesem Kontext *muss die Moral das Recht fruchtbar machen*.

Im Laufe der Jahrhunderte hat die Kirche einen erheblichen Lehrbeitrag zur Ausrichtung des Völkerrechts auf das Gemeinwohl der ganzen Menschheitsfamilie erbracht. Vornehmlich in der Gegenwart haben die Päpste nicht gezögert, die Bedeutung des internationalen Rechtes als Gewähr für den Frieden zu unterstreichen.

Die Zivilisation der Liebe

Zum Abschluss erinnere ich daran, dass für einen wahren Frieden in der Welt *die Gerechtigkeit ihre Vervollständigung in der Liebe finden muss*. Gewiss ist das Recht der erste Weg, um zum Frieden zu gelangen. Man wird aber das Ende des Weges nicht erreichen, wenn nicht die Liebe die Gerechtigkeit ergänzt. *Die Gerechtigkeit allein genügt nicht. Im Gegenteil sie kann bis zur Selbstverneinung gehen, wenn sie sich nicht der tieferen Kraft Liebe öffnet*.

Deswegen habe ich die Christen und alle Menschen guten Willens immer wieder an die Notwendigkeit der Vergebung erinnert. Es gibt keinen Frieden ohne Versöhnung! Dies gilt auch für die Krise in Palästina und im Mittleren Osten, die weiter um sich greift. Eine Lösung wird man nicht finden, solange man sich nicht entschließt, die Logik der einfachen *Gerechtigkeit* zu überwinden, um sich der Logik der *Vergebung* zu öffnen.

Die Liebe ist die *erhabenste und vornehmste Beziehungsform* der Menschen untereinander. Nur eine Menschheit, in der die „Zivilisation der Liebe“ herrscht, wird sich eines wahren und bleibenden Friedens erfreuen können. Am Ende wird die Liebe siegen und ein jeder bemühe sich, diesen Sieg zu beschleunigen. (bt)
(Wortlaut der Friedensbotschaft siehe Hompage der Deutschen Bischofskonferenz: www.dbk.de)

Der Irak-Krieg: Ein Jahr danach

VOLKER W. BÖHLER

Ein gerechtfertigter Krieg?

Am 20. März 2003 griffen die Anglo-Amerikaner den Irak an und stürzten ein verbrecherisches Regime. Nach einem Jahr nun ist es an der Zeit für eine Zwischenbilanz. Waren die Kriegsgründe gerechtfertigt? Hat der „Krieg gegen den Terrorismus“ die Welt sicherer gemacht? Hat der Irak-Krieg zur Demokratisierung im Mittleren Osten beigetragen? Ist der Palästina-Konflikt einer Lösung nähergekommen? Was hat die neue Freiheit im Irak bewirkt? Wie geht es weiter im Irak? Die Fragen ließen sich schier endlos fortsetzen, und die Antworten fallen verheerend aus. Erinnern wir uns:

Bush und Blair haben ohne UN-Resolution diesen Krieg begonnen, da sie sich vom Irak unmittelbar durch Massenvernichtungswaffen (MVW) bedroht fühlten, die angeblich innerhalb von 45 Minuten einsetzbar waren. Der Irak verberge Nuklearprogramme und verfüge nach wie vor über biologische und chemische Waffen sowie deren Trägermittel. Der Irak arbeite mit dem islamistischen Terrornetz der Al Qaida zusammen. Er habe die UN-Sicherheitsresolution 1441 vom November 2002 verletzt und sich schwerer „materieller Verstöße“ schuldig gemacht; daher sei eine neue Resolution vor einem Angriff nicht nötig gewesen. Die UN sei ihrer Rolle nicht gerecht geworden, sie sei „irrelevant“. Die Meinung der Welt sei ohne Bedeutung, die warnenden Stimmen im „alten Europa“ seien von Schwachheit und Feigheit geprägt, und die wahren Kämpfer für eine bessere Welt hätten sich in einer „Koalition der Willigen“ zusammengeschlossen. Im übrigen sei dieser Krieg ja ein gottgewollter Auftrag. Die Assoziationen zum „Deus lo vult“ der Kreuzfahrer sind wohl kaum zufällig.¹

Nach einem Jahr werden die Konturen, die zu diesem Krieg geführt haben, schärfer, da sich Persönlichkeiten äußern, die mittel- oder unmittelbar am Entstehungs-

prozess beteiligt waren. So überrascht es nicht, dass Donald Rumsfeld und Paul Wolfowitz bereits weit vor dem 11. September 2001 von Präsident Clinton forderten, „der Entmachtung von Saddam Husseins Regime Vorrang einzuräumen“.² Die damalige Argumentation der Neo-Konservativen begründete sich auf dem Verdacht, Saddam Hussein besitze MVW, die „die Sicherheit der amerikanischen Truppen in der Region, unserer Freunde (Israel und gemäßigten arabischen Staaten) sowie die Energieversorgung der Welt“ bedrohen würden.³

Mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wurden die Argumente der Neo-Konservativen um die Facette Terrorismus erweitert, und diesmal waren maßgebliche Neo-Konservative Bestandteil der Administration Bush. Der CBS-Korrespondent David Martin berichtete, dass Rumsfeld bereits fünf Stunden nach der Terrorattacke auf das Pentagon seine Mitarbeiter angewiesen habe, „über einen Schlag gegen den Irak nachzudenken“.⁴ Richard Clarke, Anti-Terror-Koordinator seit der Administration Bush Senior, erhob in seinem kürzlich veröffentlichten Buch „Against All Enemies“ den Vorwurf, „Bush und sein Sicherheitsteam hätten trotz wiederholter Warnungen Al Qaida nicht ernst genommen, weil die Besessenheit vom Sturz Saddam Husseins sie blind machte“.⁵ Donald Rumsfeld habe bereits am 12. September die Bombardierung des Irak gefordert, da es dort „lohnendere Ziele“ gäbe.⁶

Im Januar 2004 hatte Bushs ehemaliger Finanzminister Paul O'Neill davon berichtet, dass Bush unmittelbar nach seiner Amtsübernahme im Nationalen Sicherheitsrat im Hinblick auf einen Regimewechsel im Irak gefordert hatte: „Findet mir eine Möglichkeit!“⁷ Der schwedische Diplomat und UNMOVIC-Chefinspektor der neuerlichen Irak-Inspektionen (ab November 2002), Hans Blix, lässt keinen Zweifel daran, dass der Irak-Krieg „zugleich Strafaktion und Präventivschlag“ als „Racheakt“ für den 11. September war.⁸ In seinem

Gliederung:

Ein gerechtfertigter Krieg?
Internationaler Terrorismus und Stabilität im Irak
Domino-Effekt und „Road Map“
Die künftige Verteilung der Macht
Eine provisorische Verfassung
Zwischenbilanz und Lehren
Anmerkungen und Quellen

neu erschienenen Buch „Mission Irak, Wahrheit und Lügen“ wirft Blix insbesondere Vizepräsident Richard Cheney vor, die Irak-Invasion forciert zu haben.⁹ Blix' Buch ist eine entlarvende Analyse, wie Washington und London versucht haben, massiv auf die Arbeit von Blix (UNMOVIC), Baradei (IAEO) und ihre Teams in ihrem Sinne Einfluss zu nehmen.¹⁰ Selbst David Kay, der, wenn man so will, US-nationaler Funktionsnachfolger von Blix als Chefinspektor wurde, musste im Januar 2004 eingestehen, dass seine 1400 Inspektoren keine MVW finden konnten und es auch keine vor Kriegsbeginn gegeben hat: „Wir haben fast alle falsch gelegen, und ich schließe mich dabei mit ein“.¹¹ Ein bemerkenswertes Geständnis, bedenkt man, dass Kay nicht eben als zimperlicher Inspektor bekannt war.¹²

Internationaler Terrorismus und Stabilität im Irak

Die Administration Bush führte diesen Krieg als Teil ihres Kampfes gegen den internationalen Terrorismus. Unabhängig davon, dass diese Zuordnung jeder Grundlage entbehrte – vom Irak ging keine terroristische Gefährdung für die USA oder gar die Welt aus – muss man heute feststellen, dass die Welt seither unsicherer geworden ist und der islamistische Terror deutlich zuge-

nommen hat. Die Anschläge auf Djerba, Bali, in Mombasa, Riad, Casablanca, Istanbul und letztlich in Madrid sprechen mit über 600 Toten und zahlreichen Verletzten ihre eigene entsetzliche Sprache. Im Irak selbst finden nur noch die großen, spektakulären Anschläge wie diejenigen auf die Jordanische Botschaft (August 2003), das UN-Hauptquartier (August 2003), das Internationale Rote Kreuz (Oktober 2003), den italienischen Stützpunkt in Nasiriya (November 2003), den Sitz der US-Verwaltung in Bagdad (Januar 2004), die Hauptquartiere der Kurdenparteien in Erbil (Februar 2004), und die Anschläge während des shiitischen Ashura-Festes in Bagdad und Kerbela (März 2004) mit ca. 500 Toten eine besondere Erwähnung. Die zahlreichen kleineren Anschläge im Land, die täglich Todesopfer fordern, sind bestenfalls noch eine Randnotiz. Die USA haben zwischenzeitlich den Tod von 560 Soldaten und 2800 Verwundeten zu beklagen (Krieg und Besatzung).¹³ Niemand hat sich die Mühe gemacht, die Toten der irakischen Zivilbevölkerung und der hastig aufgestellten Sicherheitskräfte zu zählen.

Heute, ein Jahr nach Kriegsbeginn, bleibt die Feststellung, dass der Irak nach wie vor extrem instabil, zwischenzeitlich ein Tummelplatz für zugereiste islamistische Dschihadisten ist und in den Köpfen verbotrter Terrorideologen dafür herhalten muss, die westlichen „Kreuzzügler“ durch barbarische Anschläge weltweit zu treffen. Krieg und Besatzung zeigen, dass es nicht ausreicht, einen High Tech-Feldzug gegen einen schwachen Gegner zu gewinnen. Es gehört auch ein Plan für die Zeit danach dazu, dem man die gleiche Sorgfalt widmen muss wie dem Feldzugsplan. So war die Auflösung der geschlagenen irakischen Armee eine der „ungeschicktesten Maßnahmen in den amerikanischen Friedensmissionen der jüngeren Vergangenheit“, die das Heer der Arbeitslosen und der gefeuerten Baath-Funktionäre um 400.000 Mann vergrößerte und zusammen mit den zugereisten, der Al Qaida verbundenen Islamisten ein höchst brisantes Konglomerat darstellen.¹⁴

Domino-Effekt und „Road Map“

Der von der Bush-Administration erhoffte Domino-Effekt für eine Demokratisierung der autoritären Regime im Maghreb und im Mittleren Osten ist bislang ausgeblieben, und es erstaunt, dass die undemokratischen Regime in Saudi-Arabien und Kuwait immer noch als „gemäßigt“ gelten. Richtig ist vielmehr, dass sie unverzichtbare Verbündete sind, denen man einiges nachsehen muss. Die Rolle Saudi-Arabien als mutmaßlicher Finanzier des weltweiten islamistischen Terrorismus und die undurchsichtige Rolle Pakistans hat man wohl erkannt, Konsequenzen aber wurden bislang nicht gezogen. Die Kooperationswilligkeit und die Wiederannäherung Libyens zeichnete sich bereits lange vor dem 11. September 2001 ab; sie ist keine Folge des Irak-Krieges.

Bushs „Road Map“ für den Nahen Osten ist tot, und man wird das Gefühl nicht los, dass dies auch nie eine Herzensangelegenheit der Administration war. Der Bau der Trennmauer schreitet fort, die „Liquidationen“ dauern an und Pläne für eine Annexion im West-Jordanland als Ausgleich für eine Aufgabe von Siedlungen im Gaza reifen. Im Hinblick auf die anstehenden Präsidentschaftswahlen weiß Bush auch sehr genau, dass er mit Druck auf die Regierung Sharon nicht punkten kann. Die milde Reaktion der USA auf die Ermordung Sheikh Jassins durch die israelische Armee im März des Jahres ist ein deutlicher Beleg für diese Haltung.¹⁵

Die künftige Verteilung der Macht

Mitte Juli 2003 bezeichnete der Chef der US-Zivilverwaltung im Irak, Paul Bremer, die Einsetzung eines Provisorischen Regierungsrates als historischen Schritt. Von der Mitarbeit des Rates erhofften sich die USA eine höhere Akzeptanz ihrer Präsenz und einen günstigen Verlauf ihrer demokratischen „Reeducation“. Von 25 Mitgliedern des Rates gehören 13 der shiitischen Bevölkerung, je fünf Vertreter den Sunniten und Kurden und je ein Vertreter den Turkmenen und Christen an. Die Mitglieder des Rates sind handverlesen, ehemalige

Oppositionelle oder Exil-Iraker, und nicht immer unumstritten, denkt man an den in Jordanien zu einer hohen Haftstrafe in absentia verurteilten Favoriten von Donald Rumsfeld, Ahmed Dschalabi. Demokratisch legitimiert sind die Mitglieder allesamt nicht. Da die Shiiten im Land einen Bevölkerungsanteil von 65% haben, stellen sie eine deutliche Mehrheit der Ratsmitglieder. Die Kurden, die im Nord-Irak als eine Art Nordallianz die Auxiliartruppen der Anglo-Amerikaner stellten, erwarten für ihre Treue eine „Siegesdividende“. Auch sie haben unter Saddam Hussein entsetzlich gelitten, und ihre Volksgruppe war im Mittleren Osten sowohl unter dem osmanischen Kalifat als auch den Kolonial- und Mandatsmächten England und Frankreich der große Verlierer.

Verlierer im künftigen Irak werden eindeutig die Sunniten sein, da man ihnen ihre privilegierte Rolle entzog. Es steht zu befürchten, dass sie sich bei einer zunehmenden sunnitischen Radikalisierung durch wahabitische Einflüsse an der kleinen christlichen Minderheit von 5% schadlos halten werden.¹⁶ Widerstände der dominierenden Shiiten und der privilegierten Kurden gegen diese Tendenzen sind kaum zu erwarten. Für die assyrischen und chaldäischen Christen könnten schwere Zeiten anbrechen.¹⁷

Die Besatzungstruppen der Koalition waren bislang nicht in der Lage, die Spannungen zwischen Sunniten und Shiiten unter Kontrolle zu bekommen. Im August 2003, nur drei Monate nach Rückkehr aus seinem iranischen Exil, fiel die Symbolfigur der irakischen Shia, Groß-Ayatollah Mohamed Bakr Al Hakim, einem Sprengstoffanschlag in Nadshaf zum Opfer. Man kann davon ausgehen, dass die Mörder aus dem sunnitischen Lager kamen. Stand Al Hakim trotz enger Beziehungen zum Iran eher für eine distanzierte Kooperation mit der Besatzungsmacht, so gibt es unter der jüngeren shiitischen Geistlichkeit, namentlich unter dem Fanatiker Muktada Al Sadr, wenig Sympathie für „den großen Satan“. Der von Al Sadr Anfang April 2004 ausgerufene shiitische Volksaufstand, der in Bagdad, Nasiriya, Kufa, Kerbela, Nadshaf und Basra innerhalb von drei Tagen auf shiitischer

Seite über 100, auf der Seite der Koalition 20 Todesopfer forderte, macht deutlich, welches Gewaltpotential ein religiöser Einpeitscher, der sich auf eine ergebene Miliz, das „Dschaisch Al Mahdi“ abstützt, per Handy auslösen kann.¹⁹ Sollte sich im sunnitischen Dreieck – wie um Ostern 2004 erkennbar – eine zweite Front entwickeln, so stehen Besatzern, Aufständischen und Unbeteiligten blutige Tage ins Haus.

Mit Groß-Ayatollah Ali Al Hosseini Al Sistani scheint sich das Autoritätsvakuum, das der Mord an Al Hakim hinterließ, wieder zu füllen. Sistani, ein gebürtiger Iraner, lebt ganz in der Tradition der hohen shiitischen Geistlichkeit zurückgezogen in Nadshaf und genießt im Volk die Autorität, über die die shiitischen Würdenträger im Provisorischen Regierungsrat nicht verfügen. Von Sistani ist wenig Kompromissbereitschaft zu erwarten. Die von den USA Mitte des Jahres geplante Bildung einer nicht aus Wahlen hervorgegangenen Übergangsregierung lehnt Sistani kategorisch ab. Er fordert eine sofortige allgemeine Wahl und weiß die shiitische Mehrheit auf seiner Seite.

Überlegungen der USA, auf die Bildung einer Übergangsregierung zum 1. Juli 2004 zu verzichten, den Provisorischen Regierungsrat zu erweitern und die UN mit der Vorbereitung der für 2005 vorgesehenen allgemeinen Wahlen zu beauftragen, stoßen nach wie vor auf das Misstrauen der shiitischen Geistlichkeit. So entsteht bei der Frage nach dem ersten Urmengang eine überaus absurde Situation: Religiöse Führer spielen sich als Demokraten auf, die Besatzer bremsen und die UN soll den Schiedsrichter spielen.²⁰

Der Streit um die Übergabe einer eingeschränkten Souveränität wurde Anfang März durch die verheerenden Anschläge auf die shiitische Al Kadhimiya Moschee in Bagdad und die Imam Hussein Grabmoschee in Kerbela empfindlich gestört. Mit Bedacht wählten vermutlich sunnitische Terroristen den letzten Tag des shiitischen Ashura-Festes.²¹ Mehr als 180 Menschen starben, und weder die Besatzungsmacht noch die von ihr eingesetzten irakischen Sicherheitskräfte waren in der Lage, die schrecklichen Anschläge zu ver-

hindern. Die noch gering vorhandene Sympathie der Iraker für den Provisorischen Regierungsrat sank auf Null. Die besonnene Reaktion Al Sistanis, vor allen Dingen aber die Mahnung des Sheikhs der Grabmoschee in Kerbela, Abdal Mahdi Al Kerbelai, verbreiteten im Land eine trügerische Ruhe.

Eine provisorische Verfassung

Erstaunlicherweise haben die Anschläge am Ashura-Fest die Unterzeichnung einer Übergangsverfassung durch den Provisorischen Regierungsrat kaum verzögert. Es war vielmehr das Gezerre um die Autonomie der Kurden und die künftige Rolle des Islam, die für eine neuntägige Verspätung der Unterzeichnung des Dokumentes sorgten. Nur allzu deutlich war die Skepsis Al Sistanis zu spüren. Seine Hauptbedenken richteten sich gegen einen Passus, der die spätere, endgültige Verfassung zum Scheitern bringen kann: Wenn in mindestens drei von 18 Provinzen zwei Drittel der Bevölkerung per Referendum mit Nein stimmen, so ist diese Verfassung abgelehnt. Da es drei kurdische Provinzen gibt, besteht die Gefahr, dass die kurdische Minderheit im Irak darüber entscheidet, ob eine Verfassung angenommen wird oder nicht.

Auch wenn der Islam künftig Staatsreligion sein wird, so konnte sich die Geistlichkeit mit der Aufnahme der Sharia in die Verfassung nicht durchsetzen. Der Koran ist folglich nur „eine“ Quelle der Gesetzgebung; andererseits aber darf kein Gesetz gegen den Islam verstoßen. Die provisorische Verfassung garantiert die Grundrechte, Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit, Gleichheit von Mann und Frau und reserviert den Frauen 25% aller Sitze im künftigen Parlament. Die Frage der kurdischen Autonomie wird bis zur Verabschiedung einer endgültigen Verfassung ausgeklammert, und die kurdischen Privilegien bleiben bis dahin unangetastet. Künftig wird der Irak eine föderale Republik mit einer (schwachen) Zentralregierung sein. Dem shiitischen Präsidenten wird je ein sunnitischer und kurdischer Stellvertreter beigegeben, die aber nur im Konsens entscheiden können. Ein Ministerpräsi-

dent und das Kabinett bilden die Regierung. Das Konfliktpotential dieser Verfassung ist unschwer erkennbar, da die amerikanische Federführung zu offensichtlich ist und die westliche Demokratie-Kröte für die konservative Geistlichkeit kaum zu schlucken ist. So hat Groß-Ayatollah Al Sistani, kaum war die Tinte der Unterschriften auf dem Dokument trocken, eine Fatwa erlassen, die die Verfassung als illegitim bezeichnet, bis sie durch das Volk demokratisch bestätigt wird.²² Al Sistani sieht in der vorläufigen Verfassung die Auslöschung islamischer Werte und den Grundstein für ein Auseinanderbrechen des Irak. Verlierer aber bleiben auf jeden Fall die Sunniten. Die christliche und turkmenische Minderheit spielte im Bazargeschäft mit der vorläufigen Verfassung ohnehin keine Rolle.

Zwischenbilanz und Lehren

Ein Jahr nach Invasionsbeginn fällt die Bilanz dieses Krieges vernichtend aus. Bush und sein Juniorpartner Blair haben ihre Völker und die Welt getäuscht. Die innerhalb von Minuten einsetzbaren Massenvernichtungswaffen waren in den Jahren nach dem 1. Golf-Krieg bis 1998 längst vernichtet; diesbezügliche Fertigungsprogramme gab es nicht mehr. Die unzureichenden Erkenntnisse der Geheimdienste wurden, um es gelinde auszudrücken, „überinterpretiert“. Der mangels besserer Argumente nachgeschobene Grund von der Befreiung von einem Terrorregime rechtfertigt diesen Krieg unter keinen Umständen, zumal die USA mit diesem Regime seit Jahrzehnten leben konnten und es während des 1. Golf-Krieges gegen den Iran für ihre Zwecke nutzten. Artikel 52 der UN-Charta wurde willkürlich mit dem „Recht des Stärkeren“ verletzt. Der 3. Golf-Krieg war ein unmandatierter, völkerrechtswidriger Angriffskrieg. Die Regierungen des „neuen Europa“, und das ist nicht nur geographisch gemeint, sind dieser Täuschung aufgesessen. Der Krieg hat weder zu einer Stabilisierung oder gar Demokratisierung im Mittleren Osten beigetragen. Eine Lösung des Palästina-Konfliktes ist weit hinter die Ergebnisse von Oslo zurückgefallen. Die Operation

IRAQI FREEDOM hat dem islamistischen Weltterrorismus einen Bärendienst erwiesen.

Es scheint, als ob der Irak mit der neu gewonnenen Freiheit nicht allzuviel anfangen kann. Die Hälfte der Bevölkerung empfindet Krieg und Besatzung als Demütigung, auch wenn man dem Regime keine Träne nachweint. Als Befreier werden die Besatzer nicht betrachtet, und leider wird das auch mit schlimmen Folgen auf die zahlreichen zivilen Aufbauhelfer übertragen. In der Wahl zwischen Freiheit und Sicherheit entscheidet sich die Mehrheit der Iraker für die Sicherheit. Derzeit ereignen sich im Irak ca. 26 Angriffe pro Tag, davon 19 gegen die Koalition, vier gegen die irakischen Sicherheitskräfte und drei gegen zivile Einrichtungen.²³ Seit einigen Wochen werden bevorzugt sogenannte „weiche“ Ziele angegriffen. Mit einer Zunahme der Anschläge zum möglichen Machtübergabetermin zur Jahresmitte ist zu rechnen, ist der Irak doch zwischenzeitlich neben den baathistischen Kadern zum Tummelplatz für extremistische Wander-Dschihadisten geworden. Nach einem Jahr liegt die Arbeitslosigkeit bei 50-70%, die Versorgung mit Wasser, Energie oder einer Basismedizin sind immer noch mangelhaft. Die Importe von Konsumgütern wie Autos und elektrische Geräte boomen, sind aber nur für die neuen Privilegierten erreichbar. Generell ist den Irakern nicht zu vermitteln, dass eine Weltmacht einen üblen Diktator in vier Wochen zum Teufel jagen konnte, aber nicht in der Lage ist, die Grundbedürfnisse einschließlich der Sicherheit im Land zu gewährleisten. Die Einsicht, hierzu auch selbst beizutragen, ist leider nicht sonderlich stark entwickelt.

Demokratie aber erschöpft sich nicht in der Gründung von zwei Dutzend Zeitungen und der Zulassung einer 25%-igen Frauenquote im künftigen Parlament. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind das Ergebnis eines tausendjährigen Prozesses, der nicht von außen auf ein paar Monate verkürzt werden kann. Demokratie muss, das besagt schon der Name, vom Volk und nicht vom Sieger ausgehen. Wer im Mittleren Osten und heute im Irak auf Demokratie hofft, muss langfristig in Generationen denken. Wie die Bush-Administ-

ration dies erreichen will, ist bislang nur schemenhaft erkennbar, und es ist zweifelhaft, ob dies ausreicht, die „Koalition der Willigen“ bei der Stange zu halten. In Spanien, Polen und Italien gibt es jedenfalls Anzeichen, die bisherige Gefolgschaftstreue aufzukündigen. Dies wäre ohne jeden Zweifel ein Sieg der islamistischen Dschihadisten.

In der derzeitigen Situation ist es müßig, sich mit Häme über die wenig erfolgreiche Koalition zufrieden zu geben. Es gilt vielmehr, aus dieser verfahrenen Situation das Beste zu machen. Hierzu ist es nötig, dass Bush und Blair aufhören, die Lügen von gestern zu fossilisieren. Es gibt ohnehin kaum noch jemanden, der ihnen glaubt. Dringend erforderlich aber wäre es, die Vereinten Nationen wieder ins Boot zu nehmen und den Prozess des „Nation Building“ mit einem UN-Mandat zu versehen, das es auch den Gegnern dieses Krieges

erlaubt, eine aktivere Rolle beim Wiederaufbau zu übernehmen. Dieses Mandat muss zeitlich klar begrenzt werden. Den Irakern muss ein fester Termin genannt werden, der ihre Souveränität wieder herstellt und sie der Kontrolle eines amerikanischen Prokonsuls enthebt. Gleiches gilt für den Abzug der Besatzungstruppen, wobei man sich darüber im Klaren sein muss, dass dies nicht von heute auf morgen geschehen kann.

Selbst bei diesem idealtypischen Ansatz aber besteht die Gefahr, dass der Irak durch weitere törichte Fehler der Bush/Blair-Administration und maßlose Forderungen der kurdischen und shiitischen Granden in mehrere Teile fragmentiert. Im Hinblick auf Bushs Anti-Terror-Krieg bleibt nur zu hoffen, dass er seine Lektion gelernt hat und die Welt von einem weiteren Desaster verschont bleibt.

Anmerkungen und Quellen

- 1 Unter dem Ruf „Deus lo vult“, „Gott will es!“ wurde auf dem Konzil zu Clermont (1095) der erste Kreuzzug ausgerufen.
- 2 Wesley Clark, Das andere Amerika, Jenseits von Krieg und falschen Versprechungen, Econ Verlag München 2004, S. 148
- 3 ebenda, S. 149
- 4 ebenda, S. 153
- 5 Uwe Schmitt, Clinton und Bush im Wettlauf um die eigene Unschuld, Die Welt, 25. März 2004, S. 6
- 6 ebenda
- 7 Torsten Krauel, Ex-Minister O'Neill: Bush hat einen Irak-Krieg von Anfang an geplant, Die Welt, 12. Januar 2004, S. 4
- 8 Friedrich Mielke, US-Regierung nach Madrid-Terror in der Defensive, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 17. März 2004, S. 2
- 9 ebenda; sowie Hans Blix, Mission Irak, Wahrheit und Lügen, Droemer Verlag München 2004
- 10 UNMOVIC = United Nations Monitoring, Verification and Inspection Commission IAEA = International Atomic Energy Organisation
- 11 mp, Wir haben fast alle falsch gelegen, BW-Aktuell, 2. Februar 2004, S. 5
- 12 Hans Blix, Mission Irak, Wahrheit und Lügen, Droemer Verlag München 2004, S. 40-44, 66
- 13 C.G., Stiller Kampf „danach“, Die Tagespost, 18. März 2004, S. 2
- 14 Wesley Clark, Das andere Amerika, Jenseits von Krieg und falschen Versprechungen, Econ Verlag München 2004, S. 209 ff.
- 15 Die USA verhindern am 26. Februar 2004 eine Verurteilung Israels durch den Weltsicherheitsrat mit ihrem Veto. Deutschland enthielt sich der Stimme.
- 16 DT/KNA, Dramatische Lage der Christen im Irak, Die Tagespost, 26. August 2003, S. 4
- 17 DT/KAP, Für Amerikaner suspekt, für Shiiten Freiwild, Die Tagespost, 24. April 2003, S. 5
- 18 Die extreme iranische Shia bezeichnet die USA als den „Großen Satan“.
- 19 Muktada Al Sadr Miliz von einigen Tausend jungen Fanatikern ist nach dem Mahdi, dem 12. Imam benannt, der 873 n.Chr. „ins Verborgene entrückt“ wurde und als Messias zurückkehren wird.
- 20 Karin Lankefeld, Die Ungeduld wächst, Rheinischer Merkur, 19. Februar 2004, S. 5
- 21 Die Shiiten feiern das Ashura-Fest im Gedenken an den 680 n.Chr. in der Schlacht von Kerbela gefallenen Prophetenkel Imam Al Hussein Ibn Ali. Die Gläubigen vollziehen unter Klagen und Selbstgeisungen die Leiden Husseins nach.
- 22 Als Fatwa wird ein religiöses Edikt bezeichnet, das Verbindlichkeit für Muslime besitzt. In der Shia bedarf eine Fatwa, die von Persönlichkeiten mit der Autorität einer „Quelle der Nachahmung“ (Mardsha Al Taklid) erlassen wurde, keiner weiteren Überprüfung. Al Sistani besitzt diesen Autoritätsgrad.
- 23 Thomas Heine, Ein Jahr danach: Iraker zwischen Frust und Freiheit, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 17. März 2004, S. P2

Guter Terror – böser Terror

Selbstmord als Form politischen Kampfes – Versuch einer Deutung

DIETER KILIAN

Unsere Auseinandersetzung mit dem noch jungen Phänomen des Terrors ist meist oberflächlich und oft polemisch. Ursachen und Hintergründe interessieren kaum. Warum sprengen sich junge Männer und Frauen – am Anfang ihres Lebens – selbst in die Luft? Wo liegen die Motive der Selbstmordattentäter? Sind es Verbrechen oder Kriegshandlungen?

Die meisten Muslime lehnen die Bezeichnung „Selbstmordattentäter“ kategorisch ab und nennen die Täter Märtyrer, weil der Koran, wie die meisten Weltreligionen, Selbstmord und Mord verbietet. Unter Terror wird die Anwendung von Gewalt, Einschüchterung, Nötigung, Erpressung, Strafe, Rache und Verbreitung von Schrecken zur Durchsetzung eigener Herrschafts- und Wertvorstellungen verstanden.

Im folgenden Beitrag werden die Wurzeln der Selbstmordattentate untersucht. Erst in Verbindung mit der Verbesserung der Waffentechnik, d.h. mit der Entwicklung hochbrisanten Sprengstoffes, sowie weltweiter Verbreitung durch das Fernsehen erhielt der Selbstmordanschlag seine höchste Wirkung. Der Terrorismus ist mit den Medien eine Symbiose eingegangen. Ersterer benutzt die Medien als willkommenes Propagandainstrument, und letztere lassen sich benutzen, verdienen sie doch gut daran.

Terror als Instrument und Waffe des Schwachen war über lange Zeit ein Kampf, bei dem das Risiko so niedrig wie möglich gehalten wurde. Der Selbstmordanschlag hingegen ist eine Abkehr von dieser Taktik des Kampfes aus der Distanz. Bewusst werden personelle Ressourcen sprichwörtlich „verheizt.“ Je grausamer die Tat, desto wirkungsvoller der mediale Effekt, desto größer die Wirkung und damit der Druck auf den Feind. Die Taten werden medial inszeniert.

Das Tötungsverbot des Koran bezieht sich auch auf Selbstmord. Daher bedarf es einer ethischen Rechtfertigung, die den Täter freispricht und Mord und Massenmord vom Niveau des „normalen“ Verbrechens abheben. Die Täter beanspruchen ein höheres Ziel, z.B. die Befreiung eines Volkes von Unterdrückung oder den Kampf gegen Armut. Darin spiegelt sich der Opfergedanke wider.

Die Grenze zwischen legalem und illegalem Terror ist fließend. Was heute noch Terrorismus ist, kann morgen bereits Freiheitskampf heißen. In der Vergangenheit wurde dieser Wandel schon oft vollzogen. Aus Mördern werden Freiheitskämpfer. „Kriminelle“ von einst werden hoffähig, übernehmen hohe Staatsämter und erhalten den Friedensnobelpreis. Vor solch einem Wandel stellt sich die Frage nach der Glaubwürdigkeit des heutigen „Kampfes gegen den Terrorismus.“

In Bezug auf die Motive der Täter sind vier Motivationsmuster zu erkennen: (1) politische Gründe (z.B. nationaler Fanatismus), (2) religiöses Opferbegehren, um als Märtyrer des Glaubens in ein paradiesisches Jenseits entrückt zu werden, (3) persönliche Motive (z.B. Rache für erlittene Verluste oder Rückgewinnung der eigenen Ehre) und (4) Nachahmung verehrter Attentäter, schlechte Lebenssituation, psychische Defizite und eine generelle Verrohung einer Gesellschaft im Krieg.

Die Gefahr des islamischen Terrorismus wird – gemessen an anderen Risiken – überzeichnet. Kaum jemand im Westen nimmt Hunger, Aids und Wassermangel als Bedrohung zur Kenntnis. In Bezug auf Eskalationsrisiko und Schadensniveau nimmt der internationale Terrorismus als globale Bedrohung keinen der vorderen Plätze ein. Er ist eine ernste Gefahr, doch nur eine unter mehreren und wahrscheinlich nicht die gefährlichste.

Der Kampf gegen den Terrorismus, der bisher weitgehend nur mit militärischen Mitteln geführt wurde, zeigt keine nennenswerten Erfolge. Die immensen Kosten stehen in keinem Verhältnis zu dem nur mageren Erfolg. Es ist eine Pattsituation entstanden. Sicherheitspolitik darf sich nicht in Terrorbekämpfung erschöpfen. Terrorismus kann nur eingedämmt, nicht aber ausgerottet werden. Wir müssen auch begreifen, dass die Forderung nach Übertragung westlicher Wertmaßstäbe auf andere Teile der Welt vielerorts als arrogante Bevormundung angesehen wird. Durch den bisherigen Einsatz der USA in Afghanistan und dem Irak, sowie die Disparitäten im Nahen Osten dürften wahrscheinlich mehr Terroristen „geboren“ als vernichtet worden sein. Die Unterscheidung zwischen „gutem und bösem“ Terror ist heuchlerisch. Die Gefahr, dass der „Kampf der Kulturen“ von profitierenden Kräften auf beiden Seiten herbeigeredet wird, ist latent vorhanden.

Nach eineinhalb Jahrtausenden der Konfrontation hat Europa die Chance, den Weg zur Aussöhnung zwischen Christentum und Islam zu ebnen. Die moderaten Kräfte in der muslimischen Welt, die weit in der Überzahl sind, müssen gestärkt werden. Die Tatsache, dass die muslimische Welt in Bezug auf Aussöhnungsgesten noch einen Nachholbedarf hat, darf diesen Weg nicht blockieren. Der Kampf gegen die militanten Islamisten ist ohne den Dialog mit der muslimischen Welt zum Scheitern verurteilt. Europa, nicht die USA, liegt an der Schnittstelle zwischen Christentum und Islam. Der Weg zu Toleranz, Anerkennung und Aussöhnung ist noch weit, aber eine ausgewogene Politik des Westens kann ihn einleiten.

Einleitung

Am 4. Oktober 2003 sprengte sich Hanadi Dscharadat, eine neunundzwanzigjährige Jura-Studentin, im Restaurant „Maxim“ in Haifa in die Luft und riss 19 Besucher mit in den Tod. Grund des Anschlages soll Rache dafür gewesen sein, dass israelische Soldaten am 12. Juni ihren Bruder Fadi im Haus der Familie bei einer Razzia erschossen hätten. Das Restaurant gehörte keinem israelischen Besitzer, sondern einer christlichen Palästinenserfamilie.

Mit Unverständnis und Fassungslosigkeit hören und sehen wir Nachrichten dieser Art: von Bombenanschlägen, von zerborstenen Bussen, zerstörten Cafés. Weinende israelische Eltern stehen am Grab ihrer Kinder, die zur Schule fahren oder sich mit Freunden treffen wollten, aber nicht mehr heimkamen. Unterwegs trafen sie auf einen palästinensischen Jugendlichen, den sie nie zuvor gesehen hatten, der aber ihr Schicksal und das ihrer Familien auf schreckliche Weise bestimmen würde. Seit geraumer Zeit mehren sich auch im US-besetzten Irak die Selbstmordanschläge. Es ist eine Art des Kampfes, die westlichen Vorstellungen diametral gegenübersteht. Unsere Trauer richtet sich daher auf die Opfer, doch was ist mit den Tätern, die Opfer zugleich sind?

Unsere Auseinandersetzung mit diesem noch jungen Phänomen des Terrors ist meist oberflächlich und wird zudem nicht selten polemisch geführt. Ursachen und Hintergründe interessieren kaum – es sind eben Terroristen, Muslime obendrein mit einer uns nicht zugänglichen Denkweise – eine irrationale Furcht vor dem Fremden klingt unterschwellig durch. Die Anschläge des 11. September – auch jene Attentäter gehören zu dieser Rubrik – haben unsere Abscheu vor dieser Form des Terrors noch verstärkt. Es sind Massenmörder hieß es, die außerhalb der Gesellschaft stehen, die mit allen Mitteln bekämpft werden müssen. Unsere aufgeklärte Sicht der Dinge, demokratisch und sogar bisweilen ein wenig christlich geprägt, wird mit Vorurteilen vermischt. Warum aber sprengen sich junge Männer und

Frauen – am Anfang ihres Lebens – selbst in die Luft und reißen wahllos zahlreiche unschuldige Menschen, Frauen und Kinder, in den Tod oder fügen ihnen lebenslange, schwerste Verletzungen und Behinderungen zu? Die Tatsache, dass die verglühten Überreste jener Attentäter des 11. Septembers zusammen mit denen ihrer zahllosen Opfer vermengt im Staub von Ground Zero ruhen, wirkt – trotz allen Schreckens – im Tode versöhnend.

Terror war und ist in der Kriegsführung stets das Instrument des Schwächeren. Vormalig waren es Flugzeugentführungen und Autobomben. Doch seit 1994 und besonders während der zweiten Intifada¹ werden im Kampf zwischen Palästinensern und dem israelischen Staat, aber auch im Irak und Russland zunehmend junge Menschen eingesetzt, die sich mit ihren Opfern in den Tod reißen. War es noch bis vor kurzem ausschließlich eine Aufgabe für Männer, so häufen sich nun die Fälle, in denen auch junge Frauen dies ausführen.² Die Sicherheitsmaßnahmen, bisher nur auf Männer ausgerichtet, müssen nun auch auf Frauen ausgedehnt werden. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, werden bald schwangere Frauen und Frauen mit kleinen Kindern auf diese Weise ihr Leben einsetzen, eine bedrückende Perspektive. Aber noch schärfere Sicherheitsvorkehrungen bedeuten weitere Demütigung und Entehrung, was wiederum die Bereitschaft zu Selbstmordanschlägen erhöhen dürfte – ein Teufelskreis.

Der gewaltsame Widerstand soll sich gegen die Besatzungsarmee und nicht gegen Unschuldige richten. Doch aus der Sicht der Täter gibt es keine Unschuldigen; sie werden instrumentalisiert, gerade wegen ihrer Wehrlosigkeit angegriffen und in den Kampf einbezogen. Wo liegen die Motive der Selbstmordattentäter? Handelt es sich um Verbrechen oder Kriegshandlungen? Sind es brutale Mörder oder Widerstandskämpfer, Märtyrer oder Marionetten? Sind es verirrte, verführte, indoktrinierte Jugendliche oder fanatische Kämpfer? Weshalb sind es ausschließlich junge Menschen am Anfang ihres Lebens, die eigentlich die Zukunft ihres Landes gestalten sollten und nicht ältere Menschen? Gehen sie freiwillig

Gliederung

- Einleitung
- Definition
- Ursprünge
- Kampf aus der Nähe
- Selbstmord als Protest
- Religiöse und ethische Aspekte
- Terror und Legalität
- Helden oder Feiglinge
- Schluss
- Anmerkungen und Quellenhinweise

in den Tod oder werden sie gezwungen? Wer sind die Hintermänner und welchen Einfluss üben sie aus? Haben Eltern, Familien in ihrem Erziehungsauftrag versagt? Die meisten dieser Fragen werden unbeantwortet bleiben, denn es gibt keine fundierten Untersuchungen – es werden nur Erklärungsversuche bleiben. Die Widerstandsbewegungen³ sind Träger und Organisationsgrundlage des Terrors. Ihre Politik, ein diffuses Gemisch aus Nationalismus und Religion, wird zum einen dazu benutzt, um die notwendige Solidarität der muslimischen Welt zu garantieren. Zum anderen bildet sie die Basis für die erforderliche Fanatisierung. Allerdings darf hierbei nicht übersehen werden, dass deren Wirksamkeit erst durch die unausgewogenen Politik der Gegenseite (d.h. vor allem der USA und Israels, bzw. Russlands) und die hoffnungslose wirtschaftliche Lage ihre höchste Ausprägung erfährt. Dies bedeutet, dass diese Länder eine gewisse Mitschuld an den Attentaten tragen.⁴

Definition

Als Selbsttötung (beschönigend: Freitod) bezeichnet man eine eigenmächtige Handlung in der Absicht, sich durch sie zu töten. Die Grenze zwischen dem natürlichen Sterben und dem Freitod ist oft fließend (Abb. 1, s.S. 12). Der Selbstmordanschlag ist eine Form der Selbsttötung, bei der der Täter den Verlust seines eigenen Lebens und den anderer Menschen

in Kauf nimmt. Die Opfer stehen dem Attentäter fern, gelten aber oft als anonyme Vertreter politischer und religiöser Feindbilder. Der Anschlag erfolgt meist durch Sprengstoff, der am Körper versteckt oder in einem Fahrzeug/Flugzeug gelagert ist und vom Attentäter selbst gezündet wird. Ziele eines Selbstmordanschlages sind, Objekte zu zerstören, die Öffentlichkeit auf einen Sachverhalt aufmerksam zu machen und damit Druck auf die Gegenseite auszuüben.

Die meisten Muslime lehnen die Bezeichnung „Selbstmordattentäter“ kategorisch ab und nennen die Täter Märtyrer, „Shaheed“,⁵ weil der Koran, wie die meisten Weltreligionen, Selbstmord und Mord verbietet,⁶ und die Bezeichnung (z.B. „suicide bombing“ im Englischen) weder der Motivation noch der Zielsetzung gerecht wird.⁷ Unter Terror wird die Anwendung von Gewalt, Einschüchterung, Nötigung, Erpressung, Strafe, Rache und Verbreitung von Schrecken zur Durchsetzung eigener Herrschafts- und Wertvorstellungen verstanden; damit ist Terrorismus die Fortsetzung der Politik mit den Mitteln des Terrors. Doch eine verbindliche Definition gibt es nicht; die Weltgemeinschaft konnte sich bisher nicht auf eine Festlegung einigen, weil in vielen Teilen der Welt der Terror de facto als eine Form des

Guerillakrieges genutzt wird. Wo verläuft die Grenze zu legalem Widerstand? Wie ist Terror einzuordnen, der von der Staatsmacht selbst ausgeht?

Ursprünge

Ihre historischen Wurzeln haben die Selbstmordattentate bei den Circumcellionen, den Assassinen und in der japanischen Samurai-Tradition. Circumcellionen und vor allem die Assassine kann man am ehesten mit den heutigen Selbstmordattentätern vergleichen. Die japanischen Kamikaze hingegen waren Soldaten in Uniform, hatten Kombattantenstatus, ihre Angriffe fanden im Rahmen regulärer Kriegshandlungen statt und hatten primär keinen religiösen Hintergrund.

Die Bewegung der Circumcellionen⁸ entstand im Jahre 320 n.Chr. in Nordafrika durch einen Armutsaufstand der Kolonen.⁹ Sie schlossen sich den ebenfalls antirömischen Donatisten¹⁰, besonders deren Untergruppe, den Agonistikern¹¹, an und bildeten paramilitärische Gruppen. Diese verbanden sozialen mit religiösem Protest. Ihre Anhänger strebten aktiv danach, selbst den Märtyrertod erleiden zu dürfen. Sie suchten den Tod, glaubten sie doch, Gottes Werk auszuführen; die Ähnlichkeit der

Denkweise mit den islamistischen Extremisten ist frappant. Ihre Märtyrer genossen hohe Verehrung. Sie nannten sich selbst „Heilige“ und ihre Führer „Häupter der Heiligen“ und wurden darauf eingeschworen, jedes Unrecht mit Gegenterror zu verfolgen. Sie sahen Herrschende, Priester und die besitzende Klasse als Helfer des Teufels an. Heute gelten die Circumcellionen – je nach Standpunkt – als erste christliche revolutionäre Gruppe, die für die Beseitigung der aus ihrer Sicht ungerechten Gesellschaftsordnung kämpfte oder als fanatische religiöse Terroristen. Ihre kompromisslose Gewaltbereitschaft verhinderte eine theologische Auseinandersetzung mit ihnen, obwohl der Kirchlehrer Augustinus dies ohne Erfolg versuchte.¹² Die Circumcellionen überlebten zwar die Verfolgung durch Römer und Vandalen, doch im 7. Jahrhundert – zur Zeit der Verbreitung des Islam in Nordafrika – verliert sich ihre Geschichte.

Die schiitische Geheimsekte der Assassinen¹³ war eine gefürchtete muslimische Terrororganisation im Mittelalter. Ihr Führer, Hassan Bin Sabbah, genannt „der Alte vom Berg“ steuerte von der Felsenfestung Alamut im heutigen Iran fanatische Todeskommandos gegen seine Feinde, Gläubige und Ungläubige.

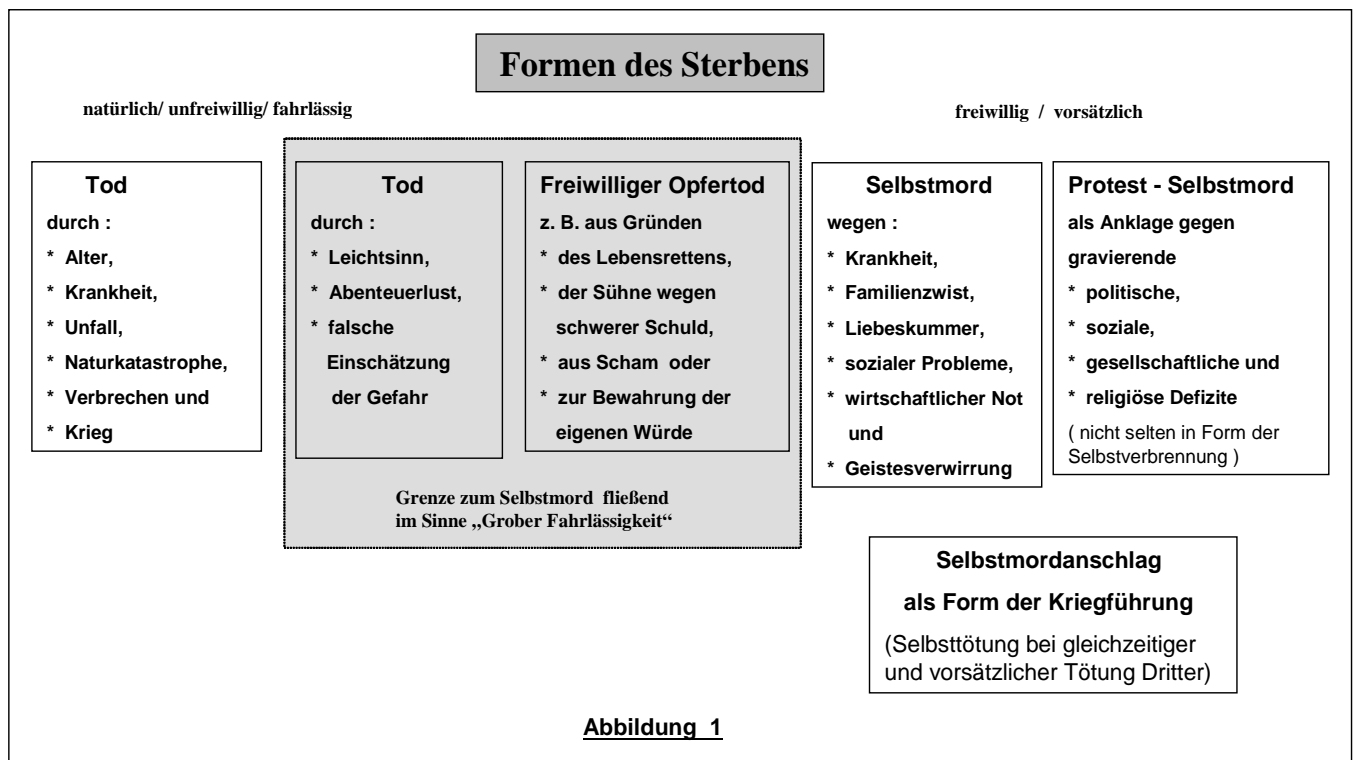


Abbildung 1

Im 2. Weltkrieg schuf Admiral Takijiro Onishi¹⁴ eine Spezialtruppe, deren Piloten („Kamikaze“ = „göttlicher Wind“) in der Tradition der japanischen Kriegerkaste der Samurai freiwillig¹⁵ ihre mit Sprengstoff gefüllten Sturzbomber direkt auf US-Schiffe lenkten und sich dort in die Luft sprengten. Die ersten Angriffe dieser Art fanden im Kampf um die Philippinen im Jahre 1944 statt. Bis zur japanischen Kapitulation wurden mehr als 3.000 „Kamikaze-Sorties“ geflogen.

Am 6. April 1994, 40 Tage nachdem ein israelischer Terrorist 29 Palästinenser während des Ramadan-gebets in der Ibrahimi Moschee in Hebron erschossen hatte, kam es als Vergeltung zum ersten palästinensischen Selbstmordanschlag in der israelischen Stadt Afula, bei dem neun Menschen getötet wurden. Dies hatte Nachahmer, und fand ihren bisher spektakulärsten Höhepunkt in den Anschlägen des 11. Septembers 2001 in den USA. Seitdem ist ihre Zahl in einigen Brennpunkten signifikant angestiegen, so u.a. durch Aktionen der Terrororganisationen Hisbollah¹⁶, Islamischer Dschihad, Hamas¹⁷ und der Al-Aqsa-Brigaden¹⁸, aber auch von Tschetschenen in Russland bzw. in Tschetschenien selbst und seit geraumer Zeit ebenfalls im besetzten Irak. Die Zahl der Opfer steigt stetig, und durch Terror und Gegenterror hat sich der Teufelskreis von Leid und Tod, Zerstörung, Demütigung, Erniedrigung und Rekrutierung neuer Täter geschlossen. Für beide Seiten ist es ein „Nullsummenspiel“, bei dem keine Seite gewinnen kann.

Selbstmord als Instrument des Kampfes hatte bis in die Neuzeit nur örtliche und damit eine recht begrenzte Bedeutung. Erst in Verbindung mit der Verbesserung der Waffentechnik, d.h. mit der Entwicklung hochbrisanten Sprengstoffes, sowie weltweiter Verbreitung durch das Fernsehen erhielt der Selbstmordanschlag seine höchste Wirkung. Der Terrorismus ist mit den Medien eine Symbiose eingegangen. Ersterer benutzt die Medien als willkommenes Propagandainstrument, und letztere lassen sich benutzen, verdienen sie doch daran. Nicht nur „sex sells“, sondern auch Terror.

Kampf aus der Nähe

Terror als Instrument und Waffe des Schwachen gegen den Mächtigen war über lange Zeit ein Kampf, bei dem das Risiko so niedrig wie möglich gehalten werden sollte, denn schwach sein bedeutete zumeist auch zahlenmäßige Unterlegenheit. Daher galt es, personelle Ressourcen zu schonen. Man kämpfte aus der Distanz, mit fern gezündeten Bomben und aus dem Hinterhalt, der sichere Fluchtwege freihielt. Die Operationen richteten sich gezielt gegen die direkten Feinde, d.h. gegen Besatzungsmacht, Armee, Polizei und sonstige Vertreter der Staatsmacht.

Der Selbstmordanschlag hingegen ist eine Abkehr von dieser Taktik des Kampfes aus der Distanz. Er ist ein Element der Eskalation. Bewusst werden personelle Ressourcen sprichwörtlich „verheizt“, der Kampf wird direkt geführt und richtet sich vor allem gegen Objekte, die ungeschützt oder nur schwer zu schützen sind. Somit trifft ein Anschlag zumeist Unschuldige. Wenn dabei auch direkte Feinde getroffen werden, ist dies gut, aber nicht notwendig. Es ist ein wahlloses Töten. Frauen und Kinder, und selbst eigene Landleute und Glaubensbrüder werden nicht geschont. Je grausamer die Tat, desto wirkungsvoller der mediale Effekt, desto größer die Wirkung und damit der Druck auf den Feind. Gegenüber dem konventionell geführten Bürgerkrieg oder herkömmlichen Terroroperationen hat diese Taktik des Selbstmordanschlages große Vorteile. Zum einen wird eine hohe Zielgenauigkeit der Operation garantiert, zum anderen brauchen Flucht und Schutz des Attentäters nicht geplant und organisiert zu werden. Selbst der Misserfolg, die vorzeitige Zündung des Sprengsatzes, wird als Erfolg eingestuft. Nur der genaue Schaden ist nicht planbar, wird aber durch anhaltende Verunsicherung und ein permanent hohes, sprich kostenintensives Niveau der vorbeugenden Sicherheitsmaßnahmen, die aber letztlich nutzlos sind, ausgeglichen. Nur selten stoppen Schutzmaßnahmen die Ausführung der Tat. Nachrichtendienstliche Ansätze wie z.B. das Eindringen in die Terrorzellen, sind nahezu erfolglos

und ebenso wenig greifen Belohnungen für Verrat. Panik und Hysterie unter der Zivilbevölkerung sind integrale Bestandteile terroristischer Taktik. Die Terroristen zehren vom „Ruhm und Erfolg“ ihrer Aktionen. Vor allem der 11. September hat dies deutlich gemacht. Sie können jahrelang auf ähnlich spektakuläre Anschläge verzichten; allein die Androhung eines Anschlages löst beim Gegner vielfältige und teure Reaktionen aus und zwingt ihn zum Agieren. Terroristen hingegen haben das Gesetz des Handelns auf ihrer Seite. Die Fahndung nach den Hintermännern ist schwierig. Die israelische Antwort, die Familien der Täter in Sippenhaft zu nehmen und die Zerstörung ihrer Häuser ist – abgesehen vom massiven Verstoß gegen rechtsstaatliche Grundsätze – langfristig wirkungslos, schafft aber neue Attentäter.¹⁹

Kampf aus der Nähe hat noch einen anderen Aspekt: nicht nur Täter und Opfer, auch die Weltöffentlichkeit erlebt den Terror aus der Nähe. Da die Medien das Leid verzugslos um die Welt transportieren, werden die Taten medial inszeniert. Die Botschaft der Terroristen lautet: „Wir bringen den Terror zu euch, in eure heile Welt!“²⁰ Allein der Wechsel von Drohung und Anschlag reicht, um Angst zu schüren und Druck auf die Regierung des betroffenen Staates auszuüben.

Selbstmord als Protest

Es mutet eigenartig an, dass diese Form des Attentats, obwohl westlichem Denken fremd und christlichen Grundsätzen entgegengerichtet, zum ersten Mal bei der Beseitigung Hitlers geplant wurde. Grund dafür dürfte gewesen sein, dass es bei dem hohen Standard der Sicherheitsmaßnahmen keine andere Möglichkeit gab, einen Anschlag erfolgreich umzusetzen. Das Überraschungsmoment bestand im Selbstopfer des Attentäters, mit dem niemand rechnete. Dass die Vorhaben letztlich nicht umgesetzt werden konnten, lag an Gründen, die die Attentäter nicht vorherzusehen vermochten. Im Unterschied zu den heutigen Anschlägen im Nahen Osten, bei denen Unschuldige zu Opfern werden, war bei diesen geplanten Attentaten einzig

die Person Hitlers das Ziel. Der Tod Dritter sollte weitgehend vermieden werden. Dies war auch dadurch sichergestellt, dass die Sprengstoffmenge relativ gering war.

Der erste Versuch war am 11. November 1939 geplant. Legationsrat Dr. Erich Kordt²¹ wollte sich mit Hitler in der Reichskanzlei in die Luft sprengen.²² Der zweite Versuch, Hitler zu töten, sollte am 21. März 1943 stattfinden. An diesem Tag war eine Vorführung von Beutewaffen der Heeresgruppe Mitte im Berliner Zeughaus für Hitler vorgesehen. Der achtunddreißigjährige Oberst Rudolph-Christoph von Gersdorff²³ wollte in Hitlers nächster Nähe eine, in seiner Jackentasche versteckte Bombe zünden. Doch Hitler verließ die Ausstellung vorzeitig, bevor der Zeitzünder wirksam wurde. Gersdorff gelang es gerade noch, die Bombe auf der Toilette zu entschärfen.

Auch der dritte Versuch scheiterte. Am 16. Dezember 1943 soll Hitler bei einer Vorführung von Winteruniformen anwesend sein. Hauptmann Axel von dem Bussche (Bataillonskommandeur im Infanterieregiment 9 – IR 9) hatte sich als „Modell“ einteilen lassen. Mit zwei Handgranaten in der Tasche wollte er sich auf Hitler stürzen und ihn bis zur Detonation umklammern halten. Doch der Güterwaggon, in dem die Uniformen gelagert waren, verbrannte in der Nacht zuvor unter britischem Bombenhagel. Die Vorführung wurde daraufhin abgesetzt.

Beim vierten Versuch am 11. Februar 1944 sollte Leutnant Ewald Heinrich von Kleist (ebenfalls IR 9) von dem Bussches Stelle bei einer neu angesetzten Uniformvorführung einnehmen. Doch Hitler sagte kurzfristig ab. Einen Monat später kam es zum letzten Versuch. Am 11. März 1944 begleitete Hauptmann von Breitenbuch als Ordonnanzoffizier Generalfeldmarschall Busch auf den Berghof. Ohne Wissen des Feldmarschalls trug er eine entschärfte (zweite) Pistole in seiner Hose verborgen, mit der er Hitler aus nächster Nähe erschießen wollte, bevor die SS-Leibwache ihn seinerseits töten würde. Doch an diesem Tage durfte keiner der Ordonnanzoffiziere die Generale begleiten.²⁴

Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, d.h. mit den Bild-

medien und ihrer weltweiten Verbreitung, gewannen Selbstmordanschläge durch die Macht der Bilder erheblich an Gewicht. Die Entwicklung vollzog sich langsam, aber stetig. So erzielte z.B. das wiederholte Fasten Mahatma Gandhis (1869-1948)²⁵ und die damit verbundene potentielle Drohung, dadurch zu sterben, zwar in der indischen Öffentlichkeit eine große und auch schlichtende Wirkung, hatte aber nur geringen Einfluss auf die britische Politik in Indien.

Der erste politisch motivierte Selbstmord, als Selbstverbrennung inszeniert, erfolgte zwei Jahrzehnte später in Südvietnam unter den Augen der Weltpresse. Im Jahre 1963 eskalierte der Konflikt zwischen dem katholischen Präsidenten Ngo Dinh Diem (1901-1963)²⁶ und dem buddhistischen Klerus. Diem hatte einen beabsichtigten Flaggensschmuck zum 2587. Geburtstag Buddhas verboten. Am 8. Mai 1963 kam es in der alten Kaiserstadt Hué zu blutigen Zwischenfällen, bei denen die Armee auf protestierende buddhistische Demonstranten schoss. Es gab zahlreiche Tote. Dies führte wenig später zur spektakulären Selbstverbrennung des hohen buddhistischen Würdenträgers Quang Duc in Saigon, dem bald weitere rituelle Selbstmorde buddhistischer Mönche folgten. Die Auseinandersetzungen endeten schließlich mit dem Sturz und der Ermordung Diems.

Der nächste Protest-Selbstmord, der weltweite Aufmerksamkeit fand, erfolgte ebenfalls als Selbstverbrennung. Wenige Monate nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in die CSSR im August 1968 verbrannte sich Jan Palach am Wenzelsplatz in Prag im Januar 1969. Er verstand seine Tat als Aufschrei dagegen, dass sich die Mehrheit der Gesellschaft in der Tschechoslowakei an die sowjetische Besatzung und die Verschärfung des kommunistischen Regimes nach der Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968 gewöhnt und den neuen Verhältnissen angepasst hatte.²⁷ Ihm folgten in den nächsten Monaten weitere junge Männer, die sich „lebendige Fackeln“²⁸ nannten. Ihre Namen sind heute vergessen. Vergeblich versuchten die kommunistischen Machthaber damals, Palach für geistesgestört zu

erklären. Im Volk wurde er zum Nationalhelden, dessen Tat bis heute etwas Heroisches an sich hat.

Im Christentum bezieht die Tradition das biblische Tötungsverbot auch auf den Selbstmord, und die katholische Sittenlehre lehnt diesen daher entschieden ab. Überdies ist westlichem Gedankengut die Idee des Selbstmordes aus Protest gegen unerträgliche politische Zustände fremd. Gleichwohl gab es – neben den erwähnten geplanten Anschlägen auf Hitler – auch bei uns zwei vollendete spektakuläre Protestaktionen von Geistlichen. Am 18. August 1976 kam es zur ersten Selbstverbrennung in Deutschland: aus Protest gegen die Unterdrückung der Kirche in der DDR zündete sich in Zeitz der evangelische Pfarrer Oskar Brüsewitz öffentlich an. Er hatte sich im Talar vor die Michaeliskirche gestellt, dort ein Transparent entrollt, sich mit Benzin übergossen und dann angezündet. Vier Tage später starb er mit 47 Jahren in einem Hallenser Krankenhaus an den Folgen der schweren Verbrennungen. Zwei Jahre später, 1978, zündete sich ebenfalls in der DDR ein zweiter evangelischer Pfarrer, Rolf Günther, während eines Gottesdienstes vor 300 Gläubigen im vogtländischen Falkenstein an. Grund sollen kircheninterne Konflikte gewesen sein. Doch ihr Protest fand bei uns keinen Nachhall, kaum jemand kennt heute noch ihre Namen.

Am 6. Mai 1998 tötete sich sogar ein katholischer Bischof aus Protest, dass einer seiner Gläubigen wegen Gotteslästerung durch ein pakistanisches Gericht zum Tode verurteilt worden war. Der Bischof von Faisalabad, John Joseph²⁹, erschoss sich im Gerichtsgebäude – ein bisher einmaliger Schritt eines hohen katholischen Würdenträgers. Auch diese Aktion fiel in Kirche und Gesellschaft weitgehend der Vergessenheit anheim.

Bei allem Entsetzen, das diese Bilder verursachen, bleiben es immer nur moralische Demonstrationen, die ihre Wirkung auf die Öffentlichkeit kurzzeitig nicht verfehlen, aber an den Zuständen, gegen die protestiert wird, kaum etwas ändern. Hinzukommt, dass diese Selbstopfer zwar Aufmerksamkeit erregen, aber keine Mitmenschen gefährden, da die medienträchtigen Elemente Sen-

sation und Grausamkeit fehlen. Oft sogar werden die Täter als geistig verwirrte Menschen dargestellt. Die Zahl der Selbstmordattentate ist seit Mitte der 90-er Jahre in einigen Brennpunkten signifikant angestiegen, und am 11. September 2001 kam der bisherige Höhepunkt. Eine kleine Gruppe von Attentätern zwang eine Weltmacht in die Knie und demütigte sie in einer Weise, die unauslöschlich in den Annalen der Geschichte bleiben wird. Davor verblasen, bei aller Grausamkeit und allem Leid, die Attentate von Palästinensern in Israel und von Tschetschenen in Russland. Seit jüngster Zeit wird diese Taktik auch im besetzten Irak angewandt. Auch dort sind die Sicherheitskräfte ähnlich hilflos wie in Israel oder den Palästinensergebieten.

Religiöse und ethische Aspekte

Opfer und Gebet sind die „ältesten und wesentlichsten Formen des Kultes.“³⁰ Die Bandbreite der verschiedenen Opfer ist groß.³¹ Fast alle Weltreligionen kennen das Selbstopfer, dem Schöpfer, aber auch Dritten gegenüber oder eines hohen Wertes willen, wobei es – wie die Askese oder das Keuschheitsgelübde – auch in sublimierter Form geleistet werden kann. Bei den Römern besaß das Selbstopfer („devotio“) einen hohen Stellenwert. Die Grenze zwischen Selbstopfer und Selbsttötung, die man als eine Variante des Blutopfers bezeichnen kann, ist bisweilen nicht exakt zu ziehen. Allerdings ist der Selbstmord in den meisten Weltreligionen verboten. Leben ist ein Geschenk des Schöpfers, und seine freiwillige Rückgabe an den Schenkenden, an Gott, ergibt keinen Sinn und erscheint als arroganter Affront. Der Buddhismus³² z.B. erlaubt ihn nur dann, wenn keine weitere Existenz mehr zu durchlaufen und das Nirwana mit Hilfe des Selbstmordes erreicht werden kann. Ähnlichen Beschränkungen unterliegt z.B. das Fasten bis zum Tode im Dschainismus.³³

Das altruistische³⁴ Selbstopfer als Form der Selbsttötung ist nicht selten: Soldaten haben sich in Krieg und Frieden für Kameraden und ihr Land geopfert (z.B. haben sie allein eine Stellung gehalten oder sich auf

eine Handgranate geworfen, um Kameraden das Leben zu retten.³⁵ Eltern haben ihr Leben für ihre Kinder geopfert (z.B. durch Organspende mit hohem Risiko). Dies bedeutet, dass diese Form durchaus auch im Sinne des guten Hirten, der „sein Leben für seine Schafe gibt“,³⁶ gerechtfertigt werden kann. Nach unserer westlichen Denkweise müssten es die Älteren sein, wenn Menschen überhaupt auf diese grausame Weise für eine bessere Zukunft kämpfen, die zu diesem Mittel greifen, um das Leben ihrer Kinder erträglicher zu machen. Bei den geplanten Attentaten gegen Hitler waren es ältere Menschen. Doch die muslimischen Selbstmordattentäter sind ausnahmslos junge Männer und Frauen, die ihr Leben noch vor sich haben. Dieser Widerspruch ist – wenn überhaupt – in erster Linie aus der patriarchalischen Familienstruktur erklärbar und hat keine religiöse Dimension. Ein weiterer Grund könnte sein, dass es in der Einschätzung vieler Jugendlicher eben keine Zukunft gibt, die es zu gestalten gilt.

Das Tötungsverbot des Koran³⁷ bezieht sich nicht nur auf die Fremdtötung, sondern auch auf den Selbstmord („qatl-an-nafsihi“). Daher bedarf es einer ethischen Rechtfertigung, die den Täter von der Selbsttötung freispricht, und um Mord und Massenmord vom Niveau des „normalen“ Verbrechens abzuheben. Daher beanspruchen die Täter stets ein höheres Ziel, z.B. die Befreiung eines Volkes oder eines Landes von Unterdrückung durch ein anderes Volk oder den Kampf gegen Armut und soziale Ungerechtigkeit. Darin spiegelt sich der Opfergedanke wider: die Attentäter geben ihr Leben für die Gemeinschaft ihres Volkes und ihrer Religion hin, um diesem höheren Ziel zu dienen. Sie treten damit aus der Rolle des lethargisch abwartenden Opfers, werden zu Kämpfern und erhalten im Tod ihre und die Würde ihrer Gemeinschaft zurück.

Am Beispiel des Palästinenserstaates wird dies deutlich. Dieser ist bislang eine Fiktion geblieben, ein nicht lebensfähiger Torso, und so sind dessen Bürger auf der Suche nach ihrer Identität. Nach der Staatslehre besteht ein staatliches Gebilde aus den drei Elementen Staatsvolk, Staatsmacht und Staatsraum. Im Falle Palästinas ist allein das Staatsvolk vorhanden. Die Staatsmacht hingegen ist nur rudimentär und soweit vorhanden, wie es die israelische Regierung zugeht. Überdies ist sie privatisiert, denn das Gewaltmonopol liegt weitgehend in den Händen diverser Widerstandsgruppen, die einen Staat im Staate bilden. Der Staatsraum ist zerstückelt und von schleichender Erosion durch die israelische Siedlungspolitik bedroht. Der Palästinenserstaat besteht nur aus einem isolierten, gedemütigten Präsidenten, einer Nationalhymne, einer Flagge und einem vielfach geteilten Staatsgebiet – zu wenig, um integrationsbildend zu wirken. Gerade dies aber ist dringend notwendig, denn das „Staatsgebilde“ ist jung. Bis zur Gründung des Staates Israels, lebten die Palästinenser in ihren Stammes- und Familienverbindungen. Sie verstanden sich als Araber, nicht als Palästinenser. Ihre

Die Nationalhymne Palästinas

Mein Land, Land meiner Väter, mein Land, mein Land !
Mein Land, meine Nation, Nation der Ewigkeit !

Mit meiner Entschlossenheit, meinem Feuer, der Glut meiner Rache
und mit der Sehnsucht meines Blutes nach meinem Land, meiner Heimat
habe ich Berge erklommen und Kriege geführt,
Unmögliches habe ich gewonnen und Grenzen überschritten.

Mein Land, mein Land, Nation der Ewigkeit,
Mit der Energie des Windes, dem Feuer der Gewehre
Und der Bestimmung meines Volkes im Land des Kampfes.

Palästina, meine Heimat, mein Feuer, meine Rache –
ewiges Land. Mein Land, mein Land, Nation der Ewigkeit !

Im Schatten der Flagge schwöre ich meinem Land und Volk mit
brennendem Schmerz:
Ich will als Freiheitskämpfer) * leben,
Ich will als Freiheitskämpfer) * voranschreiten,
Ich will als Freiheitskämpfer) * scheiden
Bis einst ich zurückkehre.

Mein Land, mein Land, Nation der Ewigkeit!

)* im arabischen Original „fida‘i“ = jemand, der sich opfert (bes. für das Vaterland)

Abbildung 2

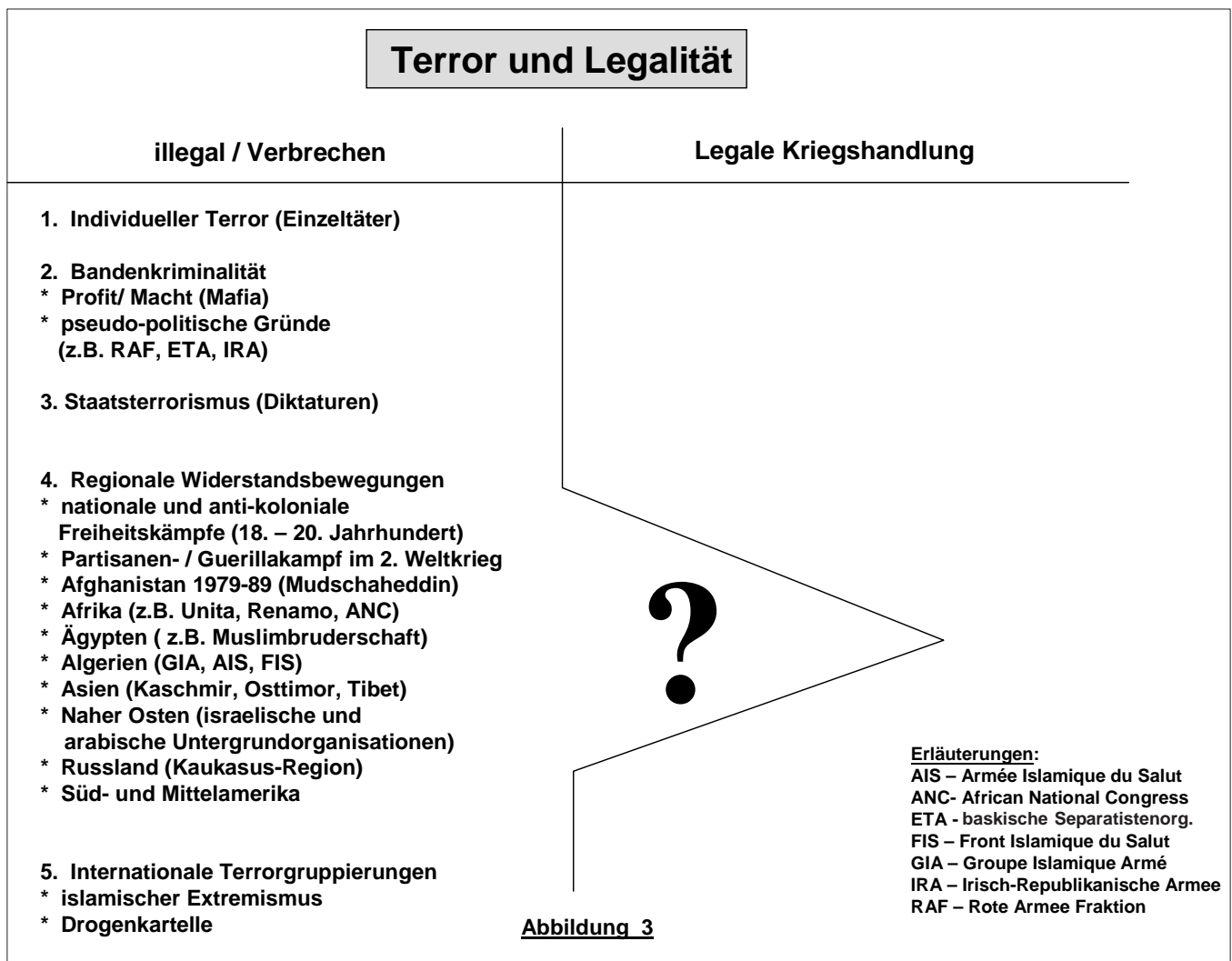
nationale Identität gewannen sie erst durch die Konfrontation mit Israel.³⁸ Der Text der Nationalhymne Palästinas drückt diesen Zwiespalt deutlich aus. Pathetisch beginnt sie mit „Biladi, biladi!“ („Mein Land, mein Land!“) und endet mit dem Schwur, als Freiheitskämpfer³⁹ zu leben und zu sterben. Der Mantel des Duldenden wird abgeworfen. Rache und Kampf werden zu integralen Elementen der Nationsfindung. Die Hymne enthält übrigens keinerlei religiöse Bezüge (Abb. 2, S. 15). Zusätzlich bedarf es beim Täter einer umfunktionierten Werteorientierung, die den Massenmord unbeteiligter Dritter, auch eigener Glaubensbrüder⁴⁰, als legitim rechtfertigt. Nur, wenn die Grundnormen der Menschlichkeit, die im Übrigen kultur- und religionsunabhängig sind, verschoben werden, ist der Attentäter bereit, skrupellos ein Blutbad auch unter Frauen und Kindern anzurichten. Ein treibendes Element hierbei könnte die Rache

für persönlich, innerhalb der Familie und im Freundeskreis erlittenes Leid und Unrecht sein. Bei aller Verurteilung kann man nicht leugnen, dass sich ein Selbstmordanschlag von einem anonymen Bombenleger, der nach der Tat unerkannt verschwindet, abgrenzt. Während letzterer bisweilen nach dem Anschlag sich durch ein Bekenner-schreiben zur Tat bekennt, stellt sich der Selbstmordattentäter dieser Verantwortung, indem er sein Leben bei der Tat verliert. Man könnte es als an sich selbst vollstreckte Todesstrafe bezeichnen.

Terror und Legalität

Die objektive Bewertung terroristischer Aktivitäten wird dadurch erschwert, dass die Grenze zwischen legalem und illegalem Terror fließend ist (Abb. 3). Wie der Krieg nach Clausewitz die Fortsetzung der Politik mit den Mitteln militärischer Gewalt ist, so gilt dies auch für Terror.

Wer einen Krieg gegen den Terror führt, sollte ihn auch mit allen Konsequenzen als eine Form der Kriegsführung begreifen und – so schwer dies fällt – ihn seiner ethisch verwerflichen Kategorie entkleiden. Was heute noch Terrorismus ist, kann morgen bereits Freiheitskampf heißen. In der Vergangenheit haben wir diesen Wandel schon oft vollzogen, nicht zuletzt deshalb, weil in der Geschichte, vor allem im Kampf gegen den Kolonialismus, terroristische Taten oft zur Befreiung der Völker geführt haben, also ein erfolgreiches Instrument waren. Niemand wird heute ernsthaft behaupten, der Widerstand in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten in Frankreich wäre Terror gewesen. Den Kampf der Mudschaheddin gegen die Sowjetunion haben wir als gerecht empfunden. Die Mehrheit der Muslime verurteilt den Terror des 11. September, unterstützt aber die Anschläge der Palästinenser als Freiheitskampf. Einige Jahre nach den An-



schlagen, wenn Emotionen und Erinnerungen verblasst sind, und vor allem, wenn die Terrorakte Erfolg im Sinne der Täter hatten, wandelt sich die Sprache. Ihre Taten werden dann in der Rückschau heroisiert und ihre Anhänger zu Protagonisten der Freiheit. Auf einmal werden sie zu umjubelten Freiheitskämpfern, zu Trägern eines legitimen Befreiungskampfes. „Feige Kriminelle“ von einst werden hoffähig, übernehmen hohe Staatsämter und werden mit Auszeichnungen überhäuft (Abb. 4). Sie hätten, wird nun argumentiert, ihr Leben für ihre Nation, ihr Volk und ihr Land eingesetzt, damit hohe ethische Ziele verfolgt und eine beinahe christlich zu nennende Verantwortung⁴¹ gezeigt, die sie über ihre Person gestellt hätten. Dass dies mit den Mitteln der Gewalt erreicht wurde, sei zu bedauern, aber wegen der besonderen Umstände unvermeidlich gewesen. Das Opfer wird religiös-politisch überhöht, und religiöses Ritual wird zum politischen

Instrument umfunktioniert. Aus Ohnmacht wird Macht. Damit wird Terror als Mittel zum Zweck salonfähig und lässt auch jenen propagierten „Krieg gegen den Terror“ in einem anderen Licht erscheinen. Aber auch der andere Weg ist möglich: aus den Mudschaheddin, den Helden eines langen Kampfes gegen die sowjetische Übermacht in Afghanistan, wurden, als man sie nicht mehr brauchte, Terroristen. Vor solch einem Wandel stellt sich die Frage nach der Glaubwürdigkeit. Das janusköpfige Bild des Terrorismus drückt sich auch in der Sprache aus (Abb. 5, S. 18): je größer der Terror, umso spiegelbildlich größer ist die negative oder positive Betroffenheit. Medien und Politiker überschlagen sich bei der Wortwahl. Doch zur Versachlichung dienen diese „verbale Pirouetten“ ebenso wenig wie jene hilflosen Appelle, vom Terror abzulassen, die zum festen Ritual nach einem Anschlag gehören.

Helden oder Feiglinge?

Die jungen Palästinenser betrachten sich als Widerstandskämpfer, die bereit sind, notfalls auch ihr Leben zu opfern, wenn das Ziel nicht auf andere Weise zu erreichen ist. Der Widerstand gegen ein Besatzungsregime sei legitim, sei Rache für permanente Erniedrigung und Verzweiflung, für Ohnmacht und Hilflosigkeit und für mehr als ein halbes Jahrhundert in Elend und Perspektivlosigkeit. Daher genießen sie in der palästinensischen Gesellschaft zunehmende Verehrung – und zwar nicht nur von den Islamisten. Mütter lassen sich vor der Tat mit ihrem Sohn, der in den Tod gehen will, fotografieren, ein atypisches Verhalten, besonders aus der Sicht der orientalischen Mutter-Sohn-Beziehung. Die Menschen zitieren arabische Literatur, Gedichte, Sprichwörter, die von arabischen „Märtyrern“ sprechen. Palästinenser wollten nicht mehr nur

Politische Metamorphosen



Yasser Arafat
* 1929

Terrorist

Führer Al-Fatah

Friedensnobelpreis



1994



Anwar As-Sadat
1918 - 1981

**Mitglied in der
Free Officers
Organization**



1978



Menachem Begin
1913 - 1992

**Führer Irgun
Zvati Leumi**



1978



Nelson Mandela
* 1918

**Führer Umkhonto
we Sizwe**



1993

Abbildung 4

Duldende sein. Die arabischen Christen stehen dabei, was oft übersehen wird, – religionsübergreifend – weitgehend auf Seiten ihrer muslimischen Landsleute.⁴² Zwar liegen gesicherte Erkenntnisse über die Motivation der Täter nicht vor, doch dürfte mit hoher Wahrscheinlichkeit die Begründung, es handle sich bei den Selbstmordattentätern um fanatische, lebensmüde, verwirrte und verführte Jugendliche, die einer Gehirnwäsche zum Opfer gefallen sind, zu kurz greifen. Auch die Erklärung, es handle sich bei den Tätern um Menschen mit geringer Intelligenz, ist – wie Untersuchungen über den Bildungsstand der Attentäter belegen – nicht haltbar. Es ist ein fundamentaler Unterschied, ob Jugendliche zum Steine werfen, Überfällen oder Barrikaden errichten angestiftet werden, oder ob man von ihnen verlangt, ihr Leben zu opfern. Sowohl die spontane Affekthandlung im Sinne eines Amoklaufes, als auch das Nichtbewusstsein oder die bewusste Täuschung⁴³ über die Folgen, scheiden bei einer solchen Tat weitgehend aus. Der Kampf aus der Nähe als lebende Waffe hat eine grundsätzlich andere Qualität als der aus der Distanz.

Nun mag man einräumen, dass Selbstmord unter Jugendlichen weltweit und besonders in westlichen Ländern sehr verbreitet⁴⁴ ist. Um wie viel mehr potentielle Selbstmörder dürfte es daher in Regionen geben, in denen – wie im Nahen Osten – wegen der desolaten politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen Hoffnungslosigkeit die vorherrschende Gemüthaltung ist. Bei solchen Lebensbedingungen ist die Rekrutierung geeigneter junger Leute nicht schwer. Doch kann Selbstmord im herkömmlichen Sinne ausgeschlossen werden. Zum einen ist er durch den Koran verboten. Zum anderen erfolgen die Anschläge nicht im Affekt, sind also, wie viele Selbstmorde, keine Kurzschlusshandlungen. Die selbstgedrehten Videoaufnahmen der Attentäter sind ein Indiz für eine umfangreiche sachliche und geistige Vorbereitung auf die Tat. Auch die Anschläge des 11. Septembers waren von langer Hand geplant. Sie heben die Tat als Martyrium auf die ethisch hohe Ebene des Aufopferns für die Familie, den Clan, das Land und letztlich auch für die Religion. Mit der Tat tritt der Täter aus der Anonymität heraus, und es entsteht ein Heldenmythos, der gleichzeitig ein euphorisches „Wir-

Gefühl“ entstehen lässt⁴⁵, das die politische und militärische Ohnmacht als überwindbar betrachtet. Damit wird gleichzeitig die Gewalt – unabhängig von der Zahl der Opfer – legitimiert. Bisweilen wurde von Augenzeugen berichtet, die Attentäter hätten unmittelbar vor dem Anschlag einen glücklichen Gesichtsausdruck gehabt. Es ist eine Art des „Entrücktseins“, wie man es von im Gebet versunkenen Gläubigen kennt. Die Einnahme von Drogen hingegen kann ausgeschlossen werden. Zum einen sind sie nach dem Koran verboten, und zum anderen würde ihr Konsum die Durchführung der Operation gefährden.

Die diversen Widerstandgruppen unterstützen die Familien der Täter mit Geld in Form eines Pauschalbetrages und einer lebenslangen Rente. Oft können auch die Geschwister der Attentäter mit Stipendien höhere Schulen und Universitäten besuchen, und den Familien werden neue Häuser gebaut – insgesamt nicht unattraktiv.⁴⁶ Welche Rolle diese gesicherte wirtschaftliche Versorgung der Familien für die Bereitschaft, sich zu opfern spielt, ist nicht bekannt. Diese Bindung und Verpflichtung der Familie gegenüber ist zugleich ein nahezu unüberwindli-

Polarisierung der Sprache Terrorismus zwischen Verdammung und Verherrlichung (Beispiele)

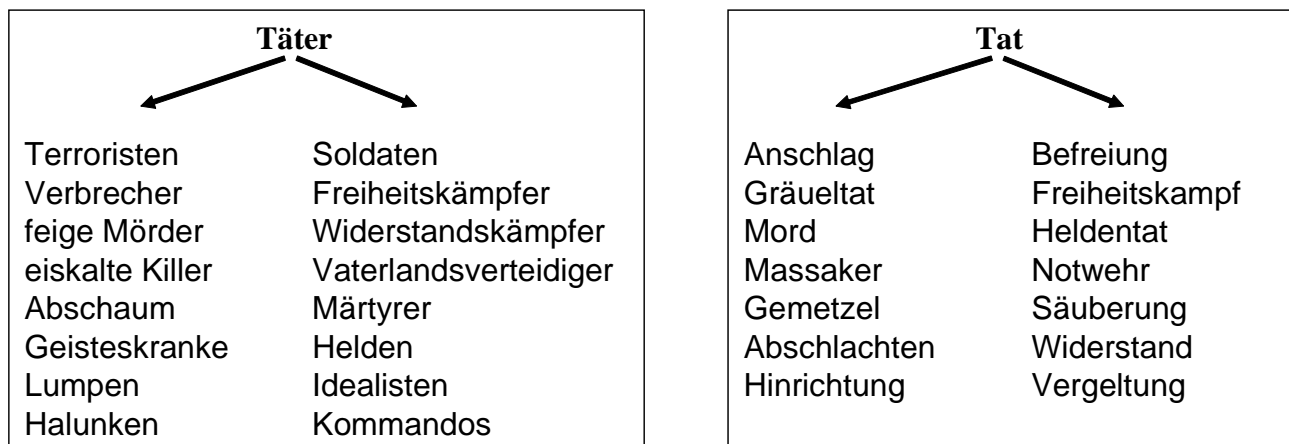


Abbildung 5

cher Hinderungsgrund, dass ein potentieller Täter vor der Tat noch „aussteigen“ könnte. Er würde vor der Familie sein Gesicht verlieren und bliebe geächtet. Nicht selten scheiden Menschen in westlichen Ländern freiwillig aus dem Leben, in dem sie einen Unfall vortäuschen, um durch die Auszahlung der Lebensversicherung den Hinterbliebenen das Leben zu erleichtern. Von daher kann ein solcher Motivationshintergrund nicht völlig ausgeschlossen werden, dürfte aber eher als flankierendes Argument, denn als Hauptgrund in Frage kommen.

Konkrete Ergebnisse in Bezug auf die individuellen Motive der Täter gibt es nicht, allerdings lassen sich Motivationsmuster nachweisen, die aus vier Kategorien (Abb. 6) gespeist werden.⁴⁷ Es sind

1. politische Gründe (z.B. nationaler Fanatismus, Revanchismus, Kampf für die nationale Identität),
2. religiöses Opferbegehren mit der Perspektive als Märtyrer des

Glaubens und Streiter für die Werte des Islam in ein verlockendes paradiesisches Jenseits entückt zu werden⁴⁸ und

3. persönliche Motive in Form der Rache für erlittene Verluste an Familienangehörigen und Besitz, sowie die damit verbundene Rückgewinnung der eigenen Ehre und Würde. Auch die Nachahmung verehrter Attentäter kann eine Rolle spielen;
4. schließlich sind die schlechte Lebenssituation, psychische Defizite und eine generelle Verrohung einer Gesellschaft im Kriegszustand zu nennen.

Schluss

Unsere Beurteilung wird bislang zu sehr durch die Tat selbst und nicht die Ursachen bestimmt. Die Tatsache, dass fast ausschließlich junge Menschen auf diese Weise zu Tätern werden, zeigt das Maß von Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit. Wir müssen unsere Urteilsfä-

higkeit vom Bann jener schrecklichen Bilder des 11. September lösen, ist dies als Grundlage für eine objektive Beurteilung doch wenig geeignet und führte dazu, dass die Gefahr des islamischen Terrorismus – gemessen an anderen Risiken – überzeichnet ist.

Gem. dem US State Department⁴⁹ sind zwischen 1996 und 2002 insgesamt 21.153 Menschen Opfer eines Terroranschlages geworden; dies entspricht einem Jahresdurchschnitt von 3.022. In den USA sterben jährlich etwa 11.000 Menschen durch Schusswaffen, mehr als dreimal soviel wie am 11. September, doch freier Erwerb von Schusswaffen bleibt erlaubt. Und gemessen an den weltweit etwa 842 Mio. Menschen, die permanent Hunger leiden⁵⁰, ist die Zahl der Terroropfer eine – bei allem individuellen Leid – zu vernachlässigende Größe. Doch kaum jemand im Westen nimmt Hunger, Aids und Wassermangel als Bedrohung zur Kenntnis. Der Kampf dage-

Einfluss- und Motivationsfaktoren auf potentielle Selbstmordattentäter

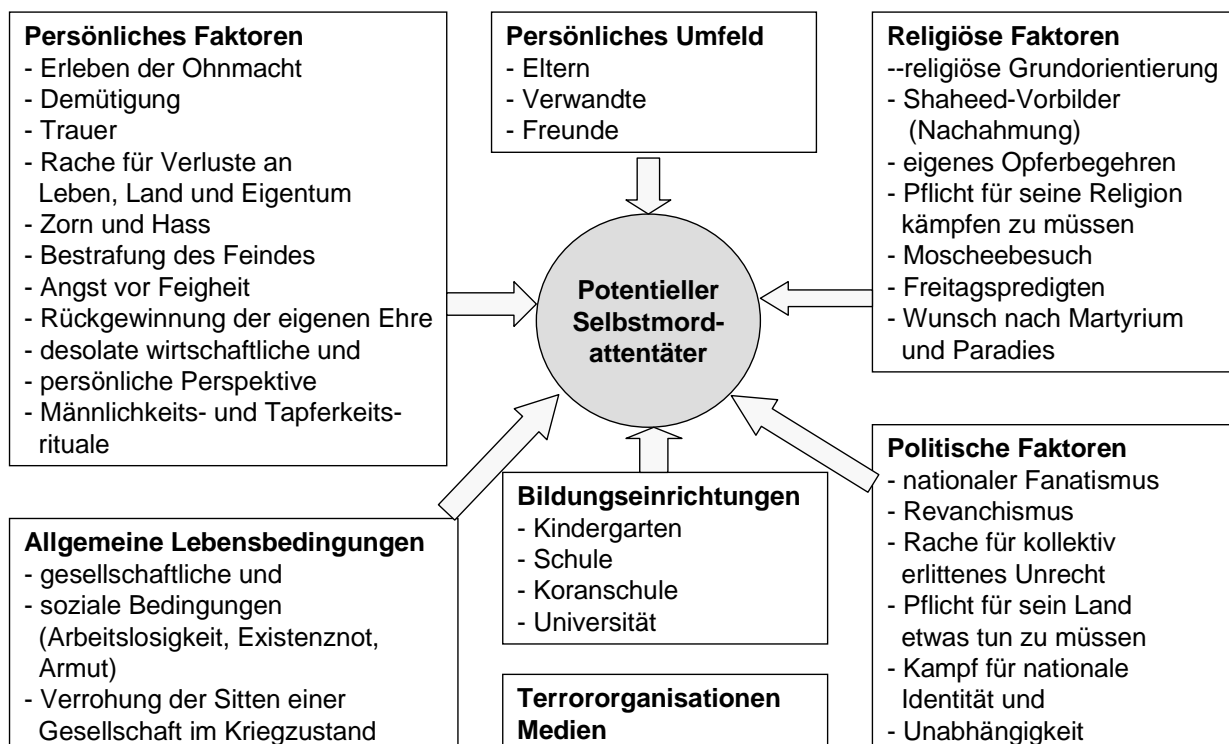


Abbildung 6

gen wird auf Sparflamme geführt.

In Bezug auf Eskalationsrisiko und Schadensniveau nimmt der internationale Terrorismus daher als globale Bedrohung vermutlich keinen der vorderen Plätze ein. Er ist und bleibt zwar eine ernste Gefahr, doch nur eine unter mehreren und wahrscheinlich nicht die gefährlichste. Damit soll der Terrorismus keineswegs verharmlost werden; allein die wirtschaftlichen Schäden sprechen eine beredte Sprache. Doch bislang wurde weitgehend nur an Symptomen herumkuriert. Der Kampf gegen die Ursachen muss endlich mit geeigneten Mitteln beginnen.⁵¹

Der Schlüssel für ein Austrocknen des islamistischen Terrors liegt primär im Nahen Osten. Ohne Fortschritte hier ist dessen Eindämmung nicht vorstellbar. Der 11. September hat weder den Terroristen einen Fortschritt ihrer Anliegen gebracht, noch zeigte der Kampf gegen den Terrorismus, der unter Verletzung des Völkerrechts bisher weitgehend nur mit militärischen Mitteln geführt wurde, nennenswerte Erfolge. Die immensen Kosten stehen in keinem Verhältnis zu dem bisherigen und sicher auch zukünftig nur mageren Erfolg des ungeeigneten militärischen Instrumentariums. Es ist eine Pattsituation entstanden. Sicherheitspolitik darf sich nicht in Terrorbekämpfung erschöpfen.

Weihnachten 2003 befand sich Amerika wieder in erhöhter Alarmbereitschaft, Leben im Code Orange. Regierungspolitiker hofften auf einen Anschlag, der diese hohe Alarmstufe auch rechtfertigte – doch vergebens. Kaum etwas ist im Wahlkampf schlimmer als eine Warnung vor dem Nichts, kaum etwas verlogener als

die Hoffnung auf Leid. Schließlich gibt es ohne eine böse Tat weder Heldentum noch Profit. Und genau das braucht die US-Regierung. Und genau das brauchen auch die Führer der diversen Terrorgruppen. Daher könnte man hier sogar von einer Interessensallianz zwischen Terror und Gegenterror sprechen.

Auch in Deutschland ist das Risiko, einem Terroranschlag zum Opfer zu fallen, gering. Von 2001 bis 2003 starben etwa 18.000 Menschen auf Deutschlands Straßen.⁵² Im gleichen Zeitraum kamen etwa 50 Deutsche bei weltweiten Anschlägen ums Leben; dies waren etwa 20 pro Jahr und entspricht 0,28 % der Verkehrstoten. Pro Jahr werden zwischen 150 und 250 Deutsche zu Lottomillio-

Militärische Aktionen stellen eher die Ausnahme dar.

Die Vorstellung, der Krieg gegen den Terrorismus könne gewonnen werden⁵³, ist Wunschdenken; er kann nur eingedämmt werden. Die Welt hat – in unterschiedlicher Intensität – zu allen Zeiten mit irgendeiner Form des Terrorismus leben müssen.⁵⁴ Auch ist er nicht nur ein Problem der Armut. Wir müssen begreifen, dass die Forderung nach Übertragung westlicher Wertmaßstäbe und Verhältnisse auf andere Teile der Welt und damit der Export dieser Ideen vielerorts als arrogante Bevormundung angesehen wird und auf Widerstand stößt. Durch den bisherigen Einsatz der USA in Afghanistan und dem Irak, sowie die

Disparitäten im Nahen Osten dürften wahrscheinlich mehr Terroristen „geboren“ als vernichtet worden sein.⁵⁵ Ein weiteres Gefahrenmoment liegt im Eskalationspotential: wurde der Terror vor dem 11. September weitgehend nur mit polizeilichen Maßnahmen bekämpft, so ist durch die neue US-Strategie ein Wandel feststellbar. Wechselseitig schaukeln sich

KURZ BERICHTET:

Terrorbekämpfung größere Bedrohung als Terror

Die westlichen Demokratien sind nach Ansicht des US-Philosophen und Literaturwissenschaftlers Richard Rorty durch Anti-Terror-Maßnahmen stärker bedroht als durch den Terror selbst. „Die größte Wirkung wird von den Maßnahmen ausgehen, mit denen westliche Regierungen auf den Terror reagieren“, schreibt Rorty in der Ausgabe der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 18. März. Politiker könnten versucht sein, sich an Härte zu überbieten und Maßnahmen zu ergreifen, die der Rechtsstaatlichkeit ein Ende setzten.

Im Fall weiterer Terroranschläge auf europäische Hauptstädte könnten das Militär und die nationalen Sicherheitskräfte in allen EU-Staaten über „nie gekannte Vollmachten“ verfügen, so das Szenario des Wissenschaftlers. Am Ende dieses Prozesses würde die Demokratie durch einen „aufgeklärten Absolutismus“ wie in Russland ersetzt, schreibt Rorty, der im kalifornischen Stanford lehrt. Zugleich übte er scharfe Kritik an den Anti-Terror-Maßnahmen in den USA. Die Bush-Administration nannte er eine „Junta“. (KNA)

nären, d.h. die Chance, den „Jackpot zu knacken“ ist mindestens siebenmal höher als einem Terroranschlag zum Opfer zu fallen. Der kostenträchtige militärische Einsatz wird damit kaum gerechtfertigt. Der Kampf gegen den Terrorismus ist langfristig und muss aus einem Bündel polizeilicher, nachrichtendienstlicher, vor allem aber politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen bestehen. Im Zentrum ersterer stehen dabei Schutz und Vorbeugung, die politischen und wirtschaftlichen zielen auf Verbesserung der Lebensbedingungen in den Ländern ab, die den Nährboden des Terrors bilden.

beide in der Wahl ihrer Mittel hoch.

Die Gefahr, dass der „Kampf der Kulturen“ von profitierenden Kräften auf beiden Seiten herbeigeredet wird, ist latent vorhanden. Daher wird es Zeit, dass wir uns aus der Schieflage dieser einseitigen Fixierung befreien und die Maßstäbe wieder zurechtrücken. Nach einhalb Jahrtausenden der Konfrontation hat Europa die Chance, den Weg zur Aussöhnung zwischen Christentum und Islam zu ebnen. Wir müssen die moderaten Kräfte in der muslimischen Welt, die weit in der Überzahl sind, stärken, in dem wir ihr Würde zurückgeben und Anerkennung zu-

kommen lassen. Die Tatsache, dass die muslimische Welt in Bezug auf Aussöhnungsgesten noch einen Nachholbedarf hat, darf diesen Weg nicht blockieren.

Der Kampf gegen die militanten Islamisten ist ohne den Dialog mit der muslimischen Welt zum Scheitern verurteilt. Der islamische Glaube darf nicht mit dem islamischen Extremismus, der religiöse Motive instrumentalisiert, gleichgesetzt werden. Hinter dem Terror steht weder eine bestimmte Religion, noch eine Kultur.

Die Lösung kann nur heißen: Kampf den Ursachen und Dialog.

Anmerkungen

- Das arabische Wort bedeutet „sich schütteln, zittern vor Furcht oder Krankheit, plötzlich aus dem Schlaf aufschrecken.“
Die 1. Intifada dauerte von 1987 bis 1993. Die zweite begann im September 2000 nach einem umstrittenen Besuch des damaligen Führers der Likud Partei, Ariel Sharon, auf dem Tempelberg.
- Erstmals verübten am 7. Juni 2000 zwei tschetschenische Frauen ein Selbstmordattentat, indem sie sich vor einem russischen Militärstützpunkt in der Nähe der tschetschenischen Hauptstadt Grosny in die Luft sprengten. Dabei starben 27 Menschen. Seitdem steigt der Anteil tschetschenischer Attentäterinnen.
Bei der Geiselnahme in einem Moskauer Musicaltheater am 23. Oktober 2002 waren 19 Frauen unter den 41 Geiselnemern. Die meisten der Täterinnen haben im Krieg ihren Mann oder ihren Sohn verloren und wollen sich dafür mit einer Bluttat rächen.
- HAMAS, die zweitstärkste Gruppierung nach der Fatah, hat eine Anhängerschaft von etwa 30-40% der Palästinenser.
- In der Schlusserklärung einer Tagung der Jüdisch-Palästinensischen Dialoggruppe im November 2002 heißt es: „Die palästinensischen Selbstmordattentate sind auf die israelische Politik zurückzuführen.“ Interview über eine Tagung der Jüdisch-Palästinensischen Dialoggruppe im November 2002 in München unter Leitung des Historikers Reiner Bernstein; veröffentlicht am 22.11.2002 in der Süddeutschen Zeitung. Bernstein führte ergänzend aus: „Wenn man nicht das Vorurteil pflegen will, es gebe in der islamischen Gesellschaft ein „angeborenes“ Potenzial zur Gewalttätigkeit, dann kommen Ursachen und Wirkungen in den Blick. Für mich heißt das: ohne die israelische Besatzung keine palästinensischen Selbstmordattentate.“
- Abgeleitet vom arabischen Wort „schahida“ = Zeugnis ablegen
- Koran (Qur-an) 4/29
- Steven Smyrek, ein Deutscher, der wegen eines geplanten Anschlages in Israel inhaftiert wurde, bezeichnete es in einem TV-Interview („Für Allah in den Tod“ – ARD am 14.01.2004 um 21.45 Uhr) als Ehre, nicht als Selbstmord. Vgl. auch Hughes, Patrick – Die Problematik von Selbstmordattentäter
- Der Name soll von Augustinus geprägt worden sein: Herumtreiber („qui circum cella vagantur“).
- colonatus; römische Bezeichnung für Pacht öffentlichen und privaten Landes
- Donatisten, Anhänger einer christl. Reformsekte, entstanden im 4. Jh. in Nordafrika, benannt nach dem Bischof Donatus von Karthago. Sie sahen die Kirche als eine Gemeinschaft von perfekten Heiligen, in der kein Raum für Sünder war. Sie nannten sich selbst die „Kirche der Märtyrer“ und erklärten, dass alle, die mit einem Sünder in Kontakt blieben, deshalb exkommuniziert seien. Die sozialrevolutionär ausgerichteten Bewegung wurde von der Amtskirche verfolgt und verschwand im 5. Jh.
- aus dem Griechischen: Agon = Kampf
- Offener Brief an die Donatisten im Jahr 409
- „Haschischesser“; Die Mongolen zerstörten Alamut im 13. Jh.. Siehe dazu: Reuter, Christoph – Mein Leben ist eine Waffe, S. 32 ff. und Böhrer, Volker W. – Die Rolle der Assassinen während der Kreuzzüge – in: AUFTRAG, Heft 243 und 244
- Er beging nach der japanischen Kapitulation Selbstmord.
- In jüngsten Forschungen wird die Freiwilligkeit der Piloten angezweifelt.
- Schiitische Gruppe aus dem Libanon; dt.: „Partei Allahs“
- HAMAS = arab.: „Harakat al-muqawama al-islamiya“ (Islamische Widerstandsbewegung); sie wurde 1988 während der 1. Intifada gegründet.
- benannt nach der Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem. Es handelt sich um eine Gruppierung, die im Jahre 2000 aus der Fatah-Bewegung hervorgegangen ist.
- Auch die gezielte Tötung von Palästinensern, die – ohne Verfahren und Urteil – allein wegen Terrorismusverdacht getötet werden, gilt in jedem Rechtsstaat als Mord. Gleichwohl wird dies vom Westen geduldet.
- Neben dem 11. Sept. 2001 waren der Anschlag auf der Ferieninsel Bali vom 12. Okt. 2002 und jener durch tschechische Rebellen auf das Moskauer Musical-Theater wenige Tage später am 23. Okt., schließlich der jüngste Anschlag in Madrid am 11. März 2004 besonders eklatante Beispiele, wie Unbeteiligte, die sich in einer heilen Welt wähnten, plötzlich zu Opfern wurden.
- Leiter des Persönlichen Büros von Außenminister Ribbentrop; Bruder von Theodor Kordt (1893-1962), der 1938/39 deutscher Botschaftsrat im Range eines Geschäftsträgers in London war.
- Der Anschlag scheiterte bereits in der Phase der Vorbereitung. Die Sicherheitsvorkehrungen als Folge des missglückten Elser-Attentats waren so verschärft worden, dass kein Sprengstoff rechtzeitig beschafft werden konnte.
- Der Plan von Gersdorffs (1905-1980) blieb unentdeckt; er wurde 1945 noch Generalmajor.
- Zwar kann dieser Plan nicht mit den vier geplanten Selbstmordanschlägen verglichen werden, war aber in der Form eines potentiellen Selbstopfers diesen ähnlich.
- Im September 1932 begann Gandhi im Gefängnis ein „Fasten bis zum Tode“, um die volle staatsbürgerliche Anerkennung für die Parias zu erreichen. Dies war ein wirksames Druckmittel gegenüber den Briten, die im Falle seines Todes den Ausbruch einer Revolution in Indien befürchten mussten. Während der Unruhen, die 1947 nach der Teilung Indiens in die beiden unabhängigen Staaten Indien und Pakistan ausbrachen, appellierte Gandhi an Hindus und Muslime, friedlich zusammenzuleben. Gandhi fastete, bis sich die Unruhen legten. Er selbst hielt die Bezeichnungen passiver Widerstand und ziviler Ungehorsam für seine Absichten als ungeeignet und prägte für seine Politik den Begriff Satyagraha (Sanskrit: Hingabe an die Wahrheit), d.h. unbedingtes Festhalten an dem als wahr Erkannten auch unter Einsatz gewaltlosen Widerstands gegen jedes Unrecht.
- Sein jüngerer Bruder Ngo Dinh Nhu starb ebenfalls 1963 bei dem Staatsstreich. Sein älterer Bruder, Ngo Dinh Thuc (1897-1978), war Erzbischof von Hué. Letzterer, seit 1963 im Exil in Italien, wurde zweimal wegen nichtautorisierter Bischofweihe exkommuniziert.
- Siehe dazu u.a.: Braun, Ulrike – Selbstmord als offener Protest

- 28 Der Anteil von Selbstverbrennungen an der Gesamtzahl der Suizide ist von Land zu Land unterschiedlich. Nach einer Studie der FU Berlin (2002) machen in Deutschland Selbstverbrennungen nur rund 0,8% der Selbstmorde aus, in den USA sind es ca. 1%, in Indien hingegen 7-9% Prozent.
- 29 geb. 15.11.1932 in Khushpur/ Pakistan; seit 1984 Bischof von Faisalabad, Kirchenprovinz Karachi
- 30 Lexikon für Theologie und Kirche; Bd. 7, S. 1166
- 31 z.B.: Dankopfer, Gabenopfer, Sühneopfer, Weiheopfer, Blutopfer, Menschenopfer u.v.a.m.
- 32 Der Buddhist glaubt, dass der Mensch nicht nur einmal auf der Erde lebt. Nach der Auflösung des Körpers hat er die Möglichkeit, unter einer der fünf Daseinsformen wieder aufzutauchen (als: Gott, Mensch, hungriger Geist, Höllenwesen oder Tier). Dies vollzieht sich nach dem Karma (Gesetz von Ursache und Wirkung). Beachtet ein Mensch in seinem jetzigen Leben die „Fünf Richtlinien des Handelns“ und setzt sie in die Praxis um (nicht töten, nicht stehlen, nicht lügen, kein sexuelles Fehlverhalten, keine berauschenden Mittel), dann hat er die Chance, als Mensch wiedergeboren zu werden.
- 33 Indische Religion
- 34 altruistisch = Haltung, die das Wohl des Mitmenschen zur Grundlage des Handelns macht
- 35 Feldwebel Erich Boldt rettete 1961 beim Übungswerfen mit Handgranaten einem Soldaten das Leben; die Kaserne der USH in Delitzsch ist nach ihm benannt.
- 36 NT Joh 10/11
- 37 Koran (Qur-an), Sure 4, Vers 93: „Es ist einem Gläubigen nicht erlaubt, einen Gläubigen zu töten.“
- 38 Auch die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates sprechen bis in die achtziger Jahre nur von „Arab territories“ (vgl. u.v.a Res. Nr. 529 vom 18.01.1983). In der Resolution Nr. 521 vom 19.09.1982 steht im Zusammenhang mit den Massakern in Flüchtlingslagern erstmals der Begriff „Palestinian civilians in Beirut“, und erst die Resolution Nr. 605 vom 22.12.1987 spricht von „Palestine and other Arab territories occupied by Israel since 1967, including Jerusalem.“
- 39 Das arabische Original der Hymne „Biladi (= „Mein Land“) benutzt das arabische Wort „fida'i“ = jemand, der

- sich opfert (bes, für das Vaterland) für „Freiheitskämpfer.“
- 40 So z.B. beim Selbstmordanschlag am 09.11.2003 in Riad
- 41 „Wer sein Leben verliert um meinetwillen, der wird es finden.“ (Mt 16/25); „Hingabe des Lebens als Lösegeld für viele.“ (Mt 20/28); „Der gute Hirte gibt sein Leben für die Schafe.“ (Joh 10/11 ff). Als weltliches Pendant dazu kann z.B. der Ausspruch John F. Kennedys gesehen werden: „Frag nicht, was Dein Land für Dich tun kann, frage, was Du für Dein Land tun kannst!“
- 42 Hinzukommt, dass etwa 10% der Palästinenser Christen sind.
- 43 Z.B. durch Fernzündung des Sprengstoffes, den der Täter am Körper trägt, durch Hintermänner, die unerkannt und ungefährdet bleiben.
- 44 In Deutschland ist Selbstmord unter den Jugendlichen nach den Verkehrstoten die zweithäufigste Todesursache. Im Jahre 2002 nahmen sich etwa 400 junge Menschen im Alter bis 20 Jahre das Leben.
- 45 Hacker, Friedrich – Terror S. 167 ff.
- 46 Zur Auswahl der Täter siehe: Heiligsetzer – Von Marionetten, Helden und Terroristen
- 47 Vgl.: Dreja, Hammer, Nau, Oehler und Staudinger (Empiriepraktikum S-Semester 2002 Psychol.Inst. Uni Köln)
- 48 Oft in der fundamentalistischen Auslegung einer „Pflicht zum Heiligen Krieg.“
- 49 In: Fischer Weltalmanach 2004, S. 41 f.
- 50 Nach einem Bericht der FAO, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO, vom 25. 11. 2003.
- 51 Auch Papst Johannes Paul II. forderte in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag 2004, der Krieg gegen den Terrorismus dürfe sich nicht in „Unterdrückungs- und Straffaktionen erschöpfen.“
- 52 Die Zahl der Verkehrstoten in Deutschland belief sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes für 2001 auf 6.977, für 2002 auf 6.842 und für 2003 (bis August) auf 4.360. Die Zahl der bei Terroranschlägen (New York, Bali, Dscherba) getöteten deutschen Staatsbürger hingegen belief sich auf etwa 50
- 53 Das Beispiel Palästina zeigt, dass der Kampf gegen den Terror militärisch nicht zu gewinnen ist. Israel konnte in fünf Jahrzehnten nicht einmal den Gaza-Streifen (364 qkm, davon 42 qkm für is-

raelische Siedler reserviert), ein Gebiet, das nicht einmal halb so groß ist wie der Raum Berlin (ca. 892 qkm), befrieden, geschweige denn das größere Westjordanland (mit 5.633 qkm etwas mehr als doppelt so groß wie das Saarland).

- 54 s. Laqueur, Walter – Die globale Bedrohung
- 55 Im 2. Weltkrieg erhielten die Partisanen in Russland durch das rigorose Vorgehen der Wehrmacht großen Zulauf.

Literatur

- Böhler, Volker W. – Die Rolle der Assassinen während der Kreuzzüge – in: AUFTRAG, Heft 243 und 244
- Fischer Weltalmanach 2004
- Hacker, Friedrich – Terror – Mythos, Realität, Analyse – Verlag Fritz Molden – Wien 1973
- Laqueur, Walter – Die globale Bedrohung – Econ Taschenbuch 1. Auflage Ullstein Taschenbuchverlag München 2001
- Lexikon für Theologie und Kirche 2. Auflage, Verlag Herder Freiburg 1960
- Qur-an, The Holy – arab.-engl. Ausgabe King Fahd Holy Qur-an Printing Complex Al-Madinah Al-Munawarah – 1410 H.
- Reuter, Christoph – Mein Leben ist eine Waffe – Bertelsmann Verlag, München 2002

Internetquellen

- Bernstein, Reiner Neue Nachdenklichkeit – Süddeutsche Zeitung vom 22.11.2002
- Braun, Ulrike – Selbstmord als offener Protest – taz Nr. 7023 vom 5.4.2003, S. 10
- Dreja, S., Hammer, A., Nau, A., Oehler, R. und Staudinger, M. – Inhaltsanalytische Auswertung von Experteninterviews des Empiriepraktikums im Sommersemester 2002 des Psychologischen Instituts der Universität Köln – Leitung: Prof. Dr. Walter Hussy
- Heiligsetzer, Edda – Von Marionetten, Helden und Terroristen – Islamisch-fundamentalistische Selbstmord-Attentäter in Israel (Magisterarbeit als Teil eines Forschungsprojektes zum Thema „Terrorismus“ des Lehrstuhls für Soziologie von Prof. Dr. Peter Waldmann – Uni Augsburg).
- Hughes, Patrick – Die Problematik von Selbstmordattentätern – Lexikon des Islam 08.10.2001

Die Terrorabwehr in Deutschland weist weiterhin Lücken auf

Mehr Sicherheit durch Vernetzung – 8-Punkte-Plan der Bertelsmann Stiftung zur Terrorbekämpfung

Um den Gefahren des internationalen Terrorismus wirksam zu begegnen, müssen die Sicherheitsstrukturen in Deutschland und die Formen internationaler Zusammenarbeit grundlegend verändert werden. Dies ist das Fazit der Task Force „Zukunft der Sicherheit“, einer Expertengruppe, die nach den Anschlägen vom 11. September 2001 von der Bertelsmann Stiftung einberufen worden war und am 27. Januar 2004 in Berlin ihren Abschlussbericht vorgestellt hat. Das Expertengremium verweist darin auf eine Reihe von strukturellen Defiziten in der Terrorismusbekämpfung und legt gleichzeitig einen Acht-Punkte-Plan für die Entwicklung kooperativer und vernetzter Sicherheitsstrukturen vor. Die zentralen Ergebnisse wurden in Buchform veröffentlicht (s.u.).

Kritisiert wird insbesondere die föderale Fragmentierung von Verfassungsschutz und Kriminalpolizei durch die unterschiedlichen Länderzuständigkeiten sowie die mangelnde Koordination der Arbeit von Bundesnachrichtendienst, Bundeskriminalamt und des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Für die Terrorismusbekämpfung müsse deren Zusammenarbeit institutionalisiert werden. Darüber hinaus mangle es bislang an einem Konzept, dass die Einsätze der Bundeswehr zur Terrorismusbekämpfung im Ausland sowie bei der Gefahrenabwehr im Inneren verfassungsrechtlich einwandfrei absichere. Auf nationaler wie internationaler Ebene fehle zudem bislang die Überprüfung gefährdeter Infrastruktureinrichtungen sowie Maßnahmen zur Verringerung ihrer Verwundbarkeit.

Dringend verbesserungsbedürftig sei auch der Informationsaustausch auf europäischer Ebene bei erkennungsdienstlichen, polizeilichen und militärischen Maßnahmen. Gefordert wird daher ein weit reichender Informationsaustausch im Rahmen eines vernetzten Konzeptes sowie mehr Arbeitsteilung und Spezialisierung. Dabei sollte auch ein europäischer Grenzschutz geschaffen werden, der eine Scharnierfunktion

zwischen innerer und äußerer Sicherheit bilden könne. Auch der Katastrophen- bzw. der Zivilschutz müssten international verstärkt und koordiniert werden.

„Dieser Abschlussbericht legt nicht nur Defizite offen“, so Prof. Werner Weidenfeld, Mitglied des Präsidium der Bertelsmann Stiftung, „sondern er zeigt auch Auswege aus dem Ausgeliefertsein gegenüber dem neuen Terrorismus. Angesichts des Wandels der Gefahren müssen bislang getrennte Instrumente stärker miteinander vernetzt werden.“

Grundsätzlich fordern die Experten der Task Force darüber hinaus die Überwindung der bisherigen Trennung von innerer und äußerer Sicherheit zugunsten eines umfassenden Sicherheitskonzeptes kooperativer Sicherheit. Als Konsequenz verlangt der vorgelegte Bericht verstärkte Anstrengungen bei der Integration von Migranten auch auf europäischer Ebene, bei der Stabilisierung von Zivilgesellschaften und staatlicher Strukturen in der europäischen Nachbarstaaten, eine Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, die Weiterentwicklung des Völkerrechts sowie effektivere Schritte bei der Rüstungskontrolle und Abrüstung. Von größter Bedeutung sei auch die Überwindung der Verstimmungen im transatlantischen Verhältnis und die Rückkehr zu einer vertrauensvollen Kooperation. Die vom Terrorismus ausgehenden Gefahren verlangten international abgestimmte und legitimierte Reaktionen.

Mitglieder der Task sind hochrangige Militärexperten, Geheimdienstfachleute, Friedens- und Konfliktforscher, Islamwissenschaftler, Terrorismusexperten, Völkerrechtler und Außenpolitiker.

Breite Zustimmung für 8-Punkte-Plan

Politiker aller Parteien in Deutschland fordern inzwischen eine grundlegende Überprüfung der „Sicherheitsarchitektur“ in Deutschland und Europa als Konsequenz aus den Terroranschlägen. Die von der

Bertelsmann Stiftung mit der Task Force Zukunft der Sicherheit ausgearbeiteten Vorschläge für eine Neuorganisation der Sicherheit zur Bekämpfung des transnationalen Terrorismus wurden hierbei weitgehend aufgegriffen und gehören heute zum politischen Allgemeinut.

Anerkannt wird inzwischen auch, dass die klassische Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit keinen Bestand mehr hat und bisher getrennte Instrumente und Ebenen miteinander vernetzt werden müssen, um neue und wirkungsvolle Möglichkeiten des Gegenhandels gegen die terroristische Bedrohung zu erschließen. Auch die Forderung nach Überwindung der föderalen Fragmentierung in Deutschland durch die Zusammenlegung der Verfassungsschutzämter steht auf der Tagesordnung und findet parteienübergreifend Zustimmung. Dies gilt ebenso für eine Stärkung der Rolle des Bundeskriminalamtes sowie den Aufbau einer zentralen Datenbank „Terrorismus“.

Auf der europäischen Ebene wurde mit der Schaffung des Amtes des Sicherheitskoordinators der Forderung Rechnung getragen, dass nur durch eine koordinierte Zusammenarbeit der Polizeikräfte, der Justiz und der Nachrichtendienste Prävention, Aufklärung und Bekämpfung wirksam gelingen können. „Wir brauchen keine sich eifersüchtig abgrenzenden Sicherheitsinstitutionen“, so Werner Weidenfeld, „die ihre Erkenntnisse als Herrschaftswissen hüten, sondern ein System kooperativer Sicherheit, das alle Ebenen umfasst – angefangen von den deutschen Bundesländern über die Europäische Union bis hinauf zu den internationalen Organisationen. Dem vernetzt agierenden transnationalen Terrorismus ist nur mit der Vernetzung aller Sicherheitsinstitutionen beizukommen.“

Bibliographische Angaben:

„Herausforderung Terrorismus – Die Zukunft der Sicherheit“, hrsg. von Werner Weidenfeld, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004.

40. MÜNCHNER KONFERENZ FÜR SICHERHEITSPOLITIK

Sicherheitspolitiker blicken nach vorn

Auf der Suche nach gemeinsamem transatlantischem Handeln

ECKHARD STUFF

Zum 40. Mal fand vom 6. bis 8. Februar 2004 die Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik statt. 1963 wurde sie als „Wehrkundetagung“ von dem Münchner Verleger Ewald von Kleist ins Leben gerufen. Seitdem finden Politiker, Militärs, Wissenschaftler und Journalisten zur Diskussion sicherheitspolitisch relevanter Fragen in der bayerischen Metropole zusammen. Seit 1999 unter der Leitung von Horst Teltschick, dem früheren außenpolitischen Berater Helmut Kohls.

Für die diesjährige Konferenz lässt sich festhalten: Welch ein Unterschied macht doch ein Jahr. 2003 stand die Zusammenkunft unter dem Eindruck des bevorstehenden Irakkrieges. Die denkwürdige Auseinandersetzung von Außenminister Fischer mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Rumsfeld ist dem politisch Interessierten sicher noch im Gedächtnis. Dieses Jahr war das Bemühen der Teilnehmer zu spüren, den Blick nach vorn zu richten und Chancen für ein gemeinsames transatlantisches Handeln auszuloten.

Das Tauwetter war schon auf dem der Konferenz vorgeschalteten Treffen der Verteidigungsminister der NATO-Staaten mit dem neuen NATO-Generalsekretär de Hoop Scheffer zu spüren. „Spannungen kommen und gehen“, verkündete ein gut gelaunter Donald Rumsfeld. Struck und Rumsfeld waren erkennbar um freundlichen Umgang miteinander bemüht. Peter Struck verstieg sich in der Pressekonferenz gar zu der Behauptung, dass alle Probleme des vergangenen Jahres gelöst seien. Das ist etwas mehr als eine kleine Übertreibung. Aber die Einsicht greift Raum, dass auch der Stärkste nach einem erfolgreichen Krieg noch keinen Frieden gewonnen hat. Legitimation durch internationales Recht und die Unterstützung der Bündnispartner sind hierfür unabdingbar. An diesem Punkt ist dann aber auch die Bundesregierung gefordert. Auch im Irak.

Auch mit Soldaten. Zumindest mit den deutschen Soldaten, die in den NATO-Stäben ihren Dienst versehen. Außenminister Fischer ist da noch „skeptisch“, sein Koalitionskollege Hans-Ulrich Klose von der SPD wies ihn darauf hin, dass „Skepsis“ nicht ausreiche, und die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hatte ohnehin keine Probleme mit einer deutschen Beteiligung im Irak im Rahmen eines NATO-Einsatzes.

Der neue NATO-Generalsekretär de Hoop Scheffer hat mit diplomatischem Geschick die unterschiedlichen Positionen zur Irak-Frage zusammengeführt und damit gleichzeitig ein Junktim aufgebaut: Engagement der NATO im Irak dann, wenn eine legitime irakische Regierung diese Hilfe anfordert und ein Mandat der UNO vorliegt. Dann werden auch Schröder und Fischer ihre Skepsis überwinden müssen. Gleichzeitig hat Scheffer damit Druck auf die amerikanische Regierung ausgeübt, um einen schnelleren Übergang der Entscheidungsgewalt an andere zu ermöglichen.

Rumsfeld, Scheffer und Struck haben in München deutlich gemacht, dass zunächst das Engagement in Afghanistan auf der Tagesordnung steht. Das multinationale Hauptquartier des in Straßburg stationierten Eurokorps soll vom August an die Führung der internationalen Schutztruppe in Afghanistan übernehmen. Eine größere Verantwortung für die Europäer also und somit auch Entlastung für die Amerikaner. Ebenso auf dem Balkan: auch dort steht eine Verringerung des amerikanischen Engagements an.

Das Disengagement, der Rückzug der Amerikaner aus Europa geht auch an Deutschland nicht vorbei: die Anzahl amerikanischer Truppen in Deutschland soll verringert werden. Die Schließung amerikanischer Militärstandorte werde aber mit der Bundesregierung koordiniert, versprach der amerikanische Verteidigungsminister.

Verteidigungsminister Peter Struck offerierte in München auch eine konkrete Anregung für den bevorstehenden NATO-Gipfel in Istanbul:

„Wir sollten es nicht beim Dialog belassen, sondern das Ergebnis in einem neuen konzeptionellen Dokument als Fundament für die künftige NATO verankern.“

Ich rege daher hier in München eine Art neuen Harmel-Bericht an. Dieser Bericht über die NATO der Zukunft könnte auf dem Gipfel in Istanbul in Auftrag gegeben werden. Er könnte verfasst werden von ausgewählten europäischen und amerikanischen Experten.

Seine Aufgabe wäre, das Verständnis einer erneuerten transatlantischen Partnerschaft zu entwickeln und die Rolle der Allianz in einer veränderten Welt zu bestimmen.

Effektives gemeinsames Handeln wird nur möglich sein, wenn die Bündnispartner ein gemeinsames Verständnis über die zukünftige Rolle der Allianz entwickeln.

Und es wird nur möglich sein, wenn das transatlantische Binnenverhältnis an die Realitäten angepasst wird – ohne verklärten Blick zurück, aber doch im Bewusstsein gleicher Grundwerte und Grundinteressen.“

Da das Duell Fischer gegen Rumsfeld den Konferenzteilnehmern noch gegenwärtig war, wurde ihr Verhalten zueinander besonders beobachtet. Und die schlechte Nachricht ist zugleich die gute: Sie haben sich nicht beachtet, Rumsfeld ist als späterer Redner nicht auf Fischer eingegangen. Die Absicht war klar: nur kein unnötiger Krach!

Dabei hatte es Fischers Rede durchaus in sich: mit Rückschau hielt er sich nicht lange auf, sondern entwarf eine weitblickende Vision für eine gemeinsame transatlantische Initiative für den Nahen und Mittleren Osten. Hier sieht der deutsche Außenminister die größte Bedrohung unserer Sicherheit und somit dringenden Handlungsbedarf:

„Der Dschihad-Terrorismus ist selbst nicht mächtig genug, um seine politischen Ziele, nämlich die Destabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens, direkt durchzusetzen. Deshalb versucht dieser Terro-

asmus den Westen und an erster Stelle die USA in einen Krieg der Kulturen – der Westen gegen den Islam – zu verstricken, zu Überreaktionen oder gar falschen Entscheidungen zu provozieren, um so eine Destabilisierung des gesamten Nahen und Mittleren Ostens zu erreichen. Terror und asymmetrische Kriegsführung sollen dabei zweierlei bewirken: einerseits sollen die eingesetzten Streitkräfte und die westlichen Öffentlichkeiten zermürbt werden, andererseits die Region in destabilisierendes Chaos gestürzt werden.

Genau deshalb müssen wir jeden Schritt im Kampf gegen diesen Terrorismus sehr sorgfältig prüfen, und eine gemeinsame Strategie für eine

erfolgreiche Bekämpfung gegen den Dschihad-Terrorismus entwickeln.“

Die besondere Bedeutung des Nahen und Mittleren Ostens für eine gemeinsame Sicherheit unterstrich auch die Rede des jordanischen Königs Abdullah II. am letzten Konferenztag. Der Vortrag des jordanischen Königs glich in der Analyse vielen Ausführungen des deutschen Außenministers. Er wurde von israelischer und palästinensischer Seite gleichermaßen respektiert. Zum Ende der Konferenz dachte der palästinensische Außenminister Nabil Schaath laut über eine EU-Mitgliedschaft für sein Land nach.

Was bleibt von der Münchner Konferenz des Jahres 2004 haften?

1. Das Bemühen, gemeinsame

Sicherheitsinteressen zu definieren war auf „alt“-europäischer und amerikanischer Seite zu spüren. Eine gemeinsame Strategie Amerikas und Europas für den Nahen und Mittleren Osten ist mittelfristig die große Herausforderung für unsere Sicherheit.

2. Kurzfristig hat die Zeit des Kröten-schluckens schon begonnen – für beide Seiten. Und zwar in der Irak-Frage. Die Deutschen werden sich im Rahmen der NATO beteiligen müssen, und die Amerikaner lernen gerade auf dem harten Weg, dass die einfache Antwort auf ein komplexes Problem nicht immer die beste ist. Genauer gesagt: Wer interveniert, muss vorher wissen, wie er wieder herauskommt. □

Der Schritt in die Weltgemeinschaft

Vor 40 Jahren: Vatikan eröffnet seine UN Vertretung

KNA REDAKTEUR LUDWIG RING EIFEL

Mit dem knappen Satz, „Wir wurden davon informiert, dass der Heilige Stuhl das Büro eines Ständigen Beobachters bei den Vereinten Nationen eingerichtet hat.“, teilte die Vatikanzeitung „L'Osservatore Romano“ vor 40 Jahren, am 16. April 1964, der Welt den Beginn einer neuen außenpolitischen Ära in der Geschichte des Papsttums mit. Nach 15 Jahren skeptischer Zurückhaltung gegenüber dem jungen Gebilde UNO betrat der Heilige Stuhl diese neue Bühne der internationalen Politik. Der „Kalte Krieg“ zwischen Ost und West ging damals gerade in die Entspannungsphase über, und die jungen Staaten der Dritten Welt machten erste Schritte nach dem Ende der Kolonialzeit. Die UNO war in diesem Moment ein viel beachtetes Forum, manche Politiker hegten die Hoffnung, es könnte mit diesem „Weltparlament“ der Nationen gelingen, die Welt friedlicher zu machen und neue Kriege zu vermeiden. Dass der Papst, dem der Weltfrieden mehr als jedes andere politische Ziel am Herzen lag, sich auf dieser Ebene einbringen wollte, war nur konsequent. Dennoch war die Einrichtung des Vatikan-Büros keine Selbstverständlichkeit.

Nicht zuletzt im Vatikan selbst mussten manche Vorbehalte überwunden werden. Die politische Mitwirkung in der UNO wurde erst möglich, nachdem die katholische Kirche sich unter Papst Johannes XXIII. zunehmend dem Prinzip der generellen Religionsfreiheit öffnete. Die UNO stand in der Tradition der Aufklärung und der Französischen Revolution, sie trat für Religionsfreiheit als Menschenrecht ein. Die katholische Kirche unter Pius XII. begriff sich noch als allein seligmachend und tat sich schwer, mit einer solchen Organisation zusammenzuarbeiten.

Die Wende brachte Papst Johannes XXIII. mit der Enzyklika „Pacem in terris“. In ihr erkannte er erstmals die Rolle der UN als Friedensgarant und als einer „universalen politischen Gewalt“ an. Seinem Nachfolger, Papst Paul VI., blieb es vorbehalten, die Mitwirkung bei den Vereinten Nationen auf eine offizielle Basis zu stellen. Kardinal Staatssekretär Amleto Giovanni Cicognani teilte UN-Generalsekretär Sithu U Thant am 21. März in einer „Note“ die Absicht des Heiligen Stuhls mit, ein ständiges UNO-Büro einzurichten. U Thant antwortete positiv. Im Jahr darauf besuchte Paul VI. als ers-

ter Papst der Kirchengeschichte nicht nur die Neue Welt, sondern auch die UNO und hielt vor der Vollversammlung eine Rede mit den beschwörenden Worten „Nie wieder Krieg!“.

Als Form der Mitgliedschaft wählte der Heilige Stuhl den Status eines Ständigen Beobachters. Damit konnte er seine Stellung als Staat ganz besonderer Art unterstreichen: Der Ständige Beobachter nimmt mit Rederecht an Sitzungen teil, pflegt diplomatische Kontakte und nimmt diskret auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss. Manches politische Dilemma bleibt ihm aber erspart: Anders als die Vollmitglieder kommt er nie in die Verlegenheit, im Ernstfall auch über den Einsatz von UN Truppen mit abstimmen zu müssen. Diese Einschränkung hält den Heiligen Stuhl nicht davon ab, mit seiner Beobachtermission eine aktive Rolle in der UNO zu spielen. Unterstrichen wurde sie durch die beiden großen Auftritte von Papst Johannes Paul II. vor der UN-Vollversammlung und die effiziente Mitwirkung bei den großen UN Konferenzen zu den Themen Bevölkerung und Entwicklung (Kairo 1994) und Frauen (Peking 1995). 40 Jahre nach der Annäherung an die UNO hat das Wort des Papstvertreters besonderes Gewicht in der Weltorganisation, und deren Generalsekretär ist, vor allem in internationalen Krisenzeiten, ein häufiger Gast im Vatikan.

Neue Wege der Genozidprävention

Chancen für Prävention und Verhinderung von Völkermord

KLAUS LIEBETANZ

Zehn Jahre danach: Völkermord in Ruanda“ lautete das Thema einer internationalen Tagung, die vom 5. bis 7. März in der Evangelischen Akademie Loccum stattfand. Zu den Teilnehmern zählten betroffene Tutsis und Hutu sowie international bekannte Experten, unter ihnen Generalmajor a.D. Manfred Eisele, der ehemalige Assistent von Kofi Annan, welcher seinerzeit für die Peacekeeping-Einsätze der Vereinten Nationen (VN) verantwortlich war. Die abschließende Gesprächsrunde bezog sich auf die Frage: „Wie sehen heute die Voraussetzungen und Möglichkeiten für Prävention und Verhinderung von Völkermord aus?“. Auf diesen Teilaspekt der stark besuchten Tagung beziehen sich die folgenden Ausführungen.

Verbesserte Möglichkeiten der VN zur Verhinderung eines erneuten Völkermordes

Dr. Winrich Kühne, Direktor des Zentrums für internationale Friedenseinsätze in Berlin, der selbst in der Auswertungsabteilung der VN-Einsätze (lessons learned unit) teilgenommen hat, führte aus, dass durch die Ergebnisse des Brahimi-Reports eine wesentliche Verbesserung der Handhabung von Instrumenten der Agenda for peace erreicht wurde. Dies beziehe sich im Wesentlichen auf ein realistisches und robustes Mandat von Blauhelmeinsätzen. Die Hilflosigkeit von Blauhelmsoldaten wie in Ruanda und Srebrenica dürfe sich nicht wiederholen. Des weiteren stellte er fest, dass die Bereitstellung von qualifizierten Truppen für VN-Einsätze durch Einzelstaaten gewachsen sei. Noch in diesem Jahr werde es eine ausreichend starke VN-Truppe im Sudan und in Sierra Leone geben, die den Friedensprozess absichern wird. Beide Länder waren und sind genozidgefährdet.

General Eisele dämpfte allzu große Erwartungen an die VN und den Sicherheitsrat mit dem Hinweis, dass „die Vereinten Nationen keine Gemeinschaft der ‘gutwilligen Menschen’ sind, sondern eine Zweckgemeinschaft von Staaten zur Durchsetzung ihrer jeweiligen nationalen Interessen.“

Kofi Annans neue Initiative zur Genozidprävention

Dr. Thomas Zahneisen vom Grundsatzreferat „Globale Fragen des Auswärtigen Amtes“ berichtete über neue Ideen, die der VN-Generalsekretär auf dem „Internationalen Forum Genozidprävention“ in Stockholm im Januar 2004 entwickelt hat. Kofi Annan wolle einen „Sonderberichterstatter zur Genozidprävention“ (Special Rapporteur), der dem Sicherheitsrat direkt berichten solle. Darüber hinaus solle eine „Klärungsstelle“ (clearing house) eingerichtet werden, wo auch die zahlreichen bei der VN akkreditierten NGO's (ca. 2.500) Zugang haben sollen.

Frühzeitige Genozidprävention durch Maßnahmen der zivilen Konfliktbearbeitung

Dieser zweite nicht weniger erfolgreiche Weg zur Genozidprävention geht von der wissenschaftlich gesicherten Erkenntnis aus, „dass ein Völkermord nicht vom Himmel fällt“ (Barbara Lochbihler, Generalsekretärin von amnesty international Deutschland). Völkermorde müssen u.a. propagandistisch vorbereitet werden. Dazu hat der ehemalige Staatsminister für Kultur im Bundeskanzleramt, Michael Naumann bei der ersten Stockholmkonferenz im Jahr 2000 folgende Indikatoren zur Genozidfrüherkennung angegeben:

- Werden Opfergruppen adressenmäßig erfasst und/oder gekennzeichnet?
- Wird Hasspropaganda (z.B. in den Medien) betrieben, in der die vorgesehenen Opfer als tödliche Gefahr für die Tätergruppe hingestellt werden, z.B. als Ungeziefer, was vernichtet werden sollte?
- Werden hohe Offiziere der Tätergruppe ausgewechselt, die beim Töten nicht mitmachen wollen?
- Tauchen Tarnbegriffe (Euphemismen) für die geplanten Tötungen, wie ethnografische Säuberung auf?
- Werden spezielle Mordeinheiten (Paramilitärs, Jugendverbände) aufgestellt und ausgebildet?
- Tauchen Flüchtlinge ohne typische Fluchtanlässe, wie Hungersnöte und/oder Naturkatastrophen auf?

Schritte zur Genozidfrüherkennung im Auswärtigen Amt

Auf Initiative der Vorsitzenden des Bundestagsausschusses „Menschenrechte und Humanitäre Hilfe“, Christa Nickels (Bündnis 90/Die Grünen), erhebt das Auswärtige Amt (AA) seit 2003 auch Informationen über Entwicklungen, die längerfristig Genozid-Risiken bilden können. Dabei handelt es sich um Hinweise auf sich abzeichnende schwere systematische Menschenrechtsverletzungen gegen nationale, rassische oder religiöse Gruppen. Das AA wird über die Ergebnisse im BT-Ausschuss „Menschenrechte und Humanitäre Hilfe“ berichten.

KURZ BERICHTET: Weltweit größte humanitäre Katastrophe im Sudan

Die weltweit größte humanitäre Katastrophe spielt sich nach Einschätzung der UNO derzeit in der Provinz Darfur im Westen des Sudan ab. Der Konflikt sei mit dem Völkermord von 1994 in Ruanda zu vergleichen. Mehr als eine Million Menschen sind von „ethnischer Säuberung“ bedroht. Etwa 10.000 Personen wurden allein in den vergangenen zwölf Monaten getötet. Die Kämpfe zwischen Rebellen der sudanesischen Befreiungsfront SPLM und den von der Regierung unterstützten örtlichen Milizen sind durch „eine Politik der verbrannten Erde und systematische Vergewaltigungen“ gekennzeichnet. Hilfseinrichtungen haben kaum noch Zugang zu der Region. Eine politische Lösung lässt sich nach Einschätzung des UN-Koordinators nur durch internationalen Druck finden. Auch die EU hatte sich kürzlich „tief besorgt“ über Lage im Westen des Sudan geäußert und an die sudanesischen Regierung appelliert, den Grausamkeiten der Milizen ein Ende zu bereiten. Zudem müssten die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden. Nötig seien zudem ein völliger und sofortiger Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Im Sudan herrscht seit mehr als 20 Jahren Bürgerkrieg. (KNA)

Christa Nickels erläuterte diesen Ansatz mit Bezug auf medizinische Notfälle. Auf Intensivstationen in Krankenhäusern gebe es bestimmte Indikatoren, die beim Eintreffen gezielte ärztliche Maßnahmen erforderlich machen.

Genozidprävention im Deutschen Bundestag

Am 3. März hat zum ersten Mal im BT-Ausschuss „Menschenrechte und Humanitäre Hilfe“ eine Unter- richtung der Bundesregierung (AA und BMZ) über die Früherkennung von Genoziden stattgefunden. Aus aktuellem Anlass referierte der stell- vertretende Leiter der Abteilung „Globale Fragen und Vereinte Natio- nen“ des Auswärtigen Amtes, Dr. Pe- ter Wittig, über die o.a. Ergebnisse und Folgen der Stockholm-Konferenz zur Genozidprävention vom Januar 2004.

Aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) berichtete die Leiterin des Referats „Friedensent- wicklung und Krisenprävention“, Regierungsdirektorin Christine Toetzke, über einen „Indikatoren- katalog zur Erfassung von Konflikt- potentialen in Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit“. Die- ser wird durch das „Deutsche Institut für Überseeforschung“ in Hamburg für 86 Länder erstellt. Die For- schungsergebnisse dienen in erster Linie zum internen Gebrauch im BMZ zur Anpassung und Verbesse- rung der Entwicklungszusammen- arbeit mit bestimmten Ländern. Mit diesem Indikatorenkatalog werden auch eine Reihe von Risikofaktoren erfasst, die zu einem Völkermord führen können. Der Ansatz dieses Katalogs ist jedoch sehr viel breiter konzipiert.

Maßnahmen von Parlamen- tariern und Nichtregierungs- organisationen

Da die Initiatoren eines mögli- chen Völkermordes erfahrungsgemäß großen Wert darauf legen, dass ihre Pläne im Geheimen und abseits der (Welt-)Öffentlichkeit bleiben, ist es dringend erforderlich, Öffentlichkeit herzustellen. Dies kann z.B. auf fol- gende Weise geschehen:

– Delegationsreisen von Ausschüs- sen oder Parlamentariergruppen

des Bundestages in die genozid- gefährdete Region, um sich vor Ort zu informieren.

- Durchführen von Informationsver- anstaltungen in Deutschland und/ oder in der betroffenen Region mit lokalen und ausländischen Men- schenrechtsorganisationen, mit Kirchen und anderen religiösen und kommunalen Führern über die Genozidgefährdung.
- Weitergabe von Informationen an die Medien u.a. an die Organisati- on „Reporter ohne Grenzen“.
- Weitergabe von Informationen an die VN-Menschenrechtskommis- sion, damit diese präventiv tätig wird.
- Aktive Unterstützung von Men- schenrechtsgruppen.
- Unterstützung für eine Konferenz mit Opfer- und Tätergruppen.
- Unterstützung eines „Alarmtages“ mit lokalen und ausländischen NGO's zur Sensibilisierung der Gesellschaft in den betroffenen Regionen.
- Unterstützung eines Netzwerkes al- ler Akteure und Gruppen, die an der Verhinderung eines Völkermor- des interessiert sind.
- Unterstützung zur Entwicklung ei- nes Notfallplanes für die betroffe- nen Organisationen. Dabei Prüfung der Frage, wie die Mitglieder der Opfergruppe geschützt werden können.

Maßnahmen, die vom AA und/ oder dem BMZ getroffen werden können:

- Erstellen einer detaillierten Län- deranalyse.
- Bilden einer Menschenrechts- Monitoringgruppe mit befreundeten und gleichgesinnten Geber- ländern (z.B. wie in Guatemala).
- Konditionierung von finanzieller Unterstützung.
- Abstimmung in der EU-Menschen- rechtsgruppe.

Finanzierung von Antigenozid- maßnahmen

Ab 1999 wurden vom Auswärti- gen Amt, Abteilung Globale Fragen, Referat GF 02 über 220 Projekte aus dem Förderprogramm zur Unterstüt- zung internationaler Maßnahmen der Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung mit mehr als 20 Mio Euro gefördert. Das AA

stützt sich dabei auf die Fach- kompetenz seines „Instituts für Aus- landsbeziehungen“ mit dem Projekt „Zivile Konfliktbearbeitung“ (zivik) ab. Die unterstützten Nichtregie- rungsorganisationen haben in über 80 Ländern Welt spezifisch ange- passte Ansätze zur Krisenbewäl- tigung entwickelt. Dazu gehörten u.a. Begegnungsseminare für Konflikt- parteien über begleitende Prozesse zur Ermöglichung einer friedlichen Koexistenz in Krisenregionen bis hin zur Erstellung von Handlungsoptio- nen für Regierungen in Krisenlän- dern. Eine strikte Trennung von Zivi- ler Konfliktbearbeitung und Men- schenrechtsprojekten ist jedoch realitätsfremd, da schwere Menschen- rechtsverletzungen häufig Ursache für Konflikte sind.

Ferner hat der Arbeitsstab Men- schenrechte des AA einen Titel für allgemeine Menschenrechtsfragen. Dieser Titel unterstützt finanziell die VN-Menschenrechtskommission in Genf und hat bislang keine konkre- ten Antigenozidprojekte von NRO's finanziert.

Ziviler Friedensdienst (ZFD)

Der vom BMZ finanzierte Zivile Friedensdienst ist ein Instrument der zivilen Krisenprävention. Es wurden bislang bereits 167 Friedensfach- kräfte für mehrjährige Einsätze aus- gebildet und entsandt, sowie für ent- sprechende Begleitmaßnahmen ca. 58 Mio. Euro bereitgestellt. Die Auf- gabe des zivilen Friedensdienstes liegt auf folgenden Bereichen:

- **Stärkung von Friedenspotenzialen** mit lokalen Partnern unter anderem durch vertrauensbildende Maß- nahmen;
- **Vermittlung bei Konflikten** zwi- schen Angehörigen von Interessen- gruppen, Ethnien oder Religions- gemeinschaften;
- **Beiträge zur Versöhnung und zum Wiederaufbau.**
- Die Art der Ausbildung der Frie- densfachkräfte in **Mediation und Vermittlung** ist in besonderer Weise geeignet, zur Minderung der Genozidgefährdung beizutragen. □

In einem weiteren Beitrag (S. 28 ff.) erläutert Klaus Liebetanz im Einzel- nen, wie der Zivile Friedensdienst funktioniert und was Friedensfach- kräfte sind.

Was sind Friedensfachkräfte?

Wie funktioniert der Zivile Friedensdienst (ZFD)?

KLAUS LIEBETANZ

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf ein gemeinsame Seminar von Pax Christi und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) zum Thema: „Vergleich der Erfahrungen von Soldaten, Friedensfachkräften und Polizei bei Friedenseinsätzen“ war es im Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ der GKS erforderlich, einige Begriffe zu klären. Es gibt offensichtlich unterschiedliche zivile Akteure im Friedensprozess. Und was sind im Übrigen zivile Friedensfachkräfte? Sind wir Soldaten nicht die eigentlichen Friedensfachkräfte?

In diesem Beitrag soll daher folgenden Fragen nachgegangen werden:

- Welche verschiedenen Akteure gibt es im Friedensprozess?
- Was ist das Forum Zivile Friedensdienst?
- Wie definiert sich der Zivile Friedensdienst (ZFD)?
- Wie gestaltet sich die Ausbildung des ZFD?
- Was gehört zum Curriculum der ZFD-Seminare?
- Welche Arbeitsfelder hat der ZFD?
- Wie äußern sich die deutschen Bischöfe zum ZFD?
- Wie viele Friedensfachkräfte sind bereits ausgebildet?
- Welche Ergebnisse und Erfolge hat der ZFD und die internationale Friedensbewegung?
- Sind Soldaten zukünftig überflüssig?
- Bundeswehr nur noch im klassischen Blauhelmeinsatz?
- Welche Zuordnung gibt es zwischen Soldaten und zivilen Friedensdiensten?

Akteure im Friedensprozess:

Zu den Akteuren im Friedensprozess gehören u.a.:

- Humanitäre Helfer (NGO's, GO's)
- Entwicklungshelfer (DED, GTZ, AGEH)
- Friedensfachkräfte (ZFD, pax christi)
- Menschenrechtler (FORUM MENSCHENRECHTE)
- Demokratisierungshelfer (Zentrum für internationale Friedenseinsätze – ZIF)
- Wahlbeobachter (ZIF)
- Soldaten in VN-Friedensmissionen

Diese Aufzählung ist keineswegs vollständig. Es fehlen Wirtschaftsfachleute, Künstler und andere Gruppierungen, die im weiteren und engeren Sinn zum Frieden beitragen.

Was ist das Forum Zivile Friedensdienst?

Das Forum Ziviler Friedensdienst e.V. ist als Nichtregierungsorganisation ein Zusammenschluss von rund 40 Organisationen und 280 Einzelpersonen. Er versteht sich als

Trägerorganisation und als Anwalt der Idee eines Zivilen Friedensdienstes.

Dazu gehören Organisationen wie pax christi und viele andere kirchliche Organisationen, aber auch die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK).

Wie definiert sich der Zivile Friedensdienst?

Ziviler Friedensdienst ist der Einsatz professioneller Friedensfachleute (Konfliktberater) in Konflikten zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung und Gewaltprävention.

Wie gestaltet sich die Ausbildung des ZFD?

- Basiskurs I: Einführung und Grundlagen, 4 Wochen
- Praktische Friedensarbeit / 2 Wochen vor Ort, 4 Wochen Vorbereitung und Auswertung
- Basiskurs II: Methoden der Friedensarbeit, 4 Wochen
- Pause von 1 Woche
- Zusammenarbeit mit externen Teilnehmern, 4 Wochen
- Evaluierung, 1 Woche

Was gehört zum Curriculum der ZFD-Seminare?

- Die Bedingungen des Gastlandes/der Krisenregion zu verstehen und zu beurteilen.
- Die Konflikte zu analysieren, zu verstehen und einzuordnen.
- Entwicklungen und Gründe der Veränderung in der Gesellschaft zu verstehen und zu berücksichtigen.
- Genderthemen zu erkennen und daraus Ziele für eine professionelle Praxis abzuleiten.
- Interkulturelle Sachverhalte zu erkennen und zu berücksichtigen.
- Zum Friedensprozess beizutragen und mit den wesentlichen Akteuren dieses Prozesses zu kommunizieren.
- Gewaltlosigkeit: Verhaltensweisen und Methoden zu beachten und bewusst zu praktizieren.
- In Gruppen und Teamwork zu kooperieren.
- Persönliche Befähigungen für den Einsatz als Friedensfachkraft.

Befähigungen für den Einsatz als Friedensfachkraft

- Den Umgang mit Aggressionen, dem eigenen Potential an Gewalt und Frustration lernen.
- Sozio-psychologische Mechanismen erkennen, wie stereotypische Rollenerwartungen und andere unbewusste Reaktionen. Zivilcourage entwickeln.
- Fähigkeiten zum Umgang mit verschiedenen Konflikten trainieren.
- Quellen der eigenen Befähigung: Spiritualität, wachsendes Bewusstsein für das eigene Leben und die Fähigkeit zu Lernen.
- Bormout Prävention
- Optionen und Alternativen in schwierigen und gefährlichen Situationen zu erlernen. Verhalten bei offener und direkter Konfrontation mit Gewalt, Unsicherheit und Risiko.
- Fortlaufendes Training im Geben und Empfangen von Feedback.
- Den Vorteil von Unterstützungsgruppen wahrnehmen und solche Gruppen organisieren.

Welche Arbeitsfelder hat der ZFD?

- Konfliktanalyse
- Beobachtung gewaltförmig eskalierender Situationen und frühzeitige Intervention
- Entwicklung von Konflikttransformationsstrategien
- Stärkung friedenswilliger Kräfte in Konfliktgebieten
- Schaffung von sogenannten Dritten Orten der Begegnung
- Initiierung der Bearbeitung seelischer Verletzungen und gesellschaftlicher Traumata
- Beratung über Rechte und Hilfsquellen
- Herstellen lokaler Präsenz, um Verletzung von Menschenrechten zu verhindern
- Vermittlung zwischen verfeindeten Gruppen
- Begleitung rückkehrwilliger Flüchtlinge
- Ausbildung und Training in gewaltfreier Konfliktbearbeitung
- Gezielte Einflussnahme auf Gewalt stützende Kräfte

Wie äußern sich die deutschen Bischöfe zum ZFD?

Im Kapitel „Konfliktnachsorge als Konfliktvorbeugung“ (Nr. 108-121) gibt das Wort der deutschen Bischöfe „Gerechter Friede“ eine ausführliche Begründung für die Notwendigkeit eines zivilen Friedensdienstes. Hierzu einige Sätze aus dem Bischofswort:

- Die Zeit nach dem Krieg ist die Zeit vor dem Krieg. Wer das ignoriert, bereitet dem nächsten Krieg den Weg.
- In der Regel bleiben die Opfer in ihrem Unglück allein, gefangen in ihren Alpträumen. Oft genug sind sie dazu verurteilt, mit den Tätern zusammen zu leben, die ihre Verbrechen leugnen und verdrängen.
- Wer eine gemeinsame Zukunft will, braucht Verständigung über die Vergangenheit.

Wie viele Friedensfachkräfte sind bereits ausgebildet?

- Ziviler Friedensdienst (ab 1997) = 105
- Deu Entwicklungsdienst (1999) = 55
- Kirchliche Entwicklungsdienste = 61



Uniformierter Friedensdienst im Kosovo: unterschiedliche Aufgaben, gleiches Ziel

- (AGEH 37; EED 17; Eirene 7)
- Zentrum internationale Friedenseinsätze (ZIF) = 79
- (ZIF: Seit 2002 500 Wahlbeobachter ausgebildet)
- **Bislang eingesetzte Friedensfachkräfte insgesamt: = 300**
- Im Vergleich dazu das **Kommando Spezialkräfte (KSK)** mit einem Soll von 1.000 Soldaten und einem Ist von **ca. 350** eingesetzten Soldaten

Welche Ergebnisse und Erfolge haben der ZFD und die internationale Friedensbewegung?

Die Auswirkungen der vielen Friedensfachkräfte sind nicht immer in spektakulärer Weise zu erkennen. Viele Bemühungen verlaufen im Verborgenen und wirken sich erst in Jahrzehnten aus. Hinzu kommt das präventive Maßnahmen selten den eindeutigen Nachweis dafür erbringen können, was passiert wäre, wenn es sie nicht gegeben hätte. Es gibt aber auch spektakuläre Erfolge im Bereich der internationalen Friedensbewegung mit sensationellen Ergebnissen, die auch eingefleischten Gegnern der zivilen Konfliktbearbeitung zu denken geben:

- Die christliche Gemeinschaft St. Egidio (Rom), von Schülern und Studenten gegründet, hat den Frieden in Mosambik und Guatemala erfolgreich vermittelt.
- Die gewaltfreie Bürgerrechtsbewegung von Martin Luther King hat entscheidende Rechte für die Far-

bigen in den Vereinigten Staaten erreicht.

- Der Friedensprozess in Sri Lanka wird von Friedensfachkräften erfolgreich begleitet.
- Die Berliner Mauer fällt durch den gewaltlosen Widerstand der ost-deutschen Friedensbewegung.

Sind Soldaten zukünftig überflüssig?

Die staatliche Entwicklungshilfe und Nichtregierungsorganisationen haben in den letzten Jahrzehnten die schmerzliche Erfahrung gemacht, dass Bürgerkriege und andere Konflikte die Fortführung ihrer humanitären Arbeit und Entwicklungsprojekte erheblich behinderten und größtenteils unmöglich machten. Langjährige erfolgreiche Projekte wurden über Nacht zerstört. Die neuesten Untersuchungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zeigen, dass die Zahl der sog. Failing states zunehmen. Gewaltökonomien treten an die Stelle eines geordneten Staates. Die einfache Bevölkerung ist von kriminellen Banden abhängig. Schwerwiegendste Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung. Aus diesem Grunde begrüßen viele NGO's und die Kirchen den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der internationalen Schutztruppe in BuH, im Kosovo, in Mazedonien und in Afghanistan, damit dort in einem sicheren Umfeld der Frieden gestaltet werden kann.

Bundeswehr wird als positive Gewalt wahrgenommen

Auf der friedenspolitischen Tagung vom 10.-12. Oktober 2003 in Bad Boll nennt die bosnische Friedensfachkraft Cima Zdenac von der Organisation Putevi Mira (Friedenswege) die Bundeswehr eine positive Gewalt, in dem diese Friedensgegner und Kriminelle entwapfnet. Das grün geführte und friedensbewegte Auswärtige Amt prüft zur Zeit den möglichen Einsatz der Bundeswehr im Sudan und im Horn von Afrika, um die dortigen Friedensprozesse im Rahmen der Vereinten Nationen zu unterstützen, was vom Verteidigungsministerium aus Mangel an zusätzlichen einsatzbereiten Soldaten abgelehnt wird. Wenn nun Teile der Friedensbewegung in ihren „Friedenspolitischen Richtlinien“ eine drastische Reduzierung der Truppenstärke und eine schrittweise Abschaffung der Bundeswehr fordern, hat man den Eindruck als würden ganze Abschnitte der Wirklichkeit ausgeblendet.

Bundeswehr nur noch im klassischen Blauhelmeinsatz?

Darüber hinaus wird in der gleichen Schrift gefordert, dass die Bundeswehr nur noch im klassischen Blauhelmeinsatz im Ausland Dienst tun soll. Der Brahimi-Report, eine interne Überprüfung der getroffenen Maßnahmen der Vereinten Nationen im Rahmen der Agenda for Peace, hat im Jahr 2000 festgestellt, dass eine Reihe von Friedenseinsätzen der VN falsch, unzureichend und zu blauäugig mandatiert waren. Die holländischen Blauhelme in Srebrenica sahen sich außer Stande, die schutzbefohlenen männlichen Einwohner der VN-Enklave vor dem Völkermord zu bewahren. Das Gleiche gilt für den Völkermord in Ruanda, wo die eingesetzten Blauhelme auf Grund des falschen Mandats völlig versagten.

Einige nicht nachvollziehbare Aussagen der o.a. „Friedenspoliti-

schen Richtlinien“ sind kontraproduktiv, weil sie die guten und dringend notwendigen Intentionen der zivilen Konfliktbearbeitung in Misskredit bringen und der Gefahr aussetzen, nicht ernst genommen zu werden.

Welche Zuordnung gibt es zwischen Soldaten und zivilen Friedensdiensten?

Das Wort der deutschen Bischöfe „**Gerechter Friede**“ gibt zu dieser Frage in der Nummer 181 folgende Antwort:

- Die genannten (Friedens-) Dienste sind wie die Streitkräfte und der Dienst der Soldaten in unterschiedlicher Weise auf die Sicherung und Förderung des Friedens hingeeordnet und **ergänzen sich gegenseitig**.
- Die Verflochtenheit der Friedensprobleme erfordert das **Zusammenwirken der unterschiedlichen Berufungen und Berufe**. □

Kriegerische Gewalt oder gewaltfreie Konfliktaustragung

„Krieg und Frieden“ – Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie

Im 20. Jahrhundert gab es über 100 Millionen Kriegstote. Wenige Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges wurde die Hoffnung zunichte, dauerhaft eine gerechtere, friedlichere Welt gestalten zu können. Eine Vielzahl von Konflikten sowie die stetige Bedrohung durch einen weltweiten, schonungslosen Terrorismus erzeugen Unsicherheit und Angst. Nicht zuletzt enttäuschte die US-amerikanische Politik, durch einen Präventivkrieg gegen ein unmenschlich totalitäres System in einer labilen Weltregion Frieden und Stabilität gewinnen zu wollen, die Hoffnungen auf Frieden. Ganz zu schweigen vom israelisch-palästinensischen Dauerkonflikt.

Inzwischen ist die „Friedensdividende“ nach der weltpolitischen Wende von 1989/90 aufgebraucht. Die Rüstungsausgaben sind weltweit wieder auf fast 1.000 Milliarden Dollar jährlich gestiegen. Durch hohe finanzielle, materielle und intellektuelle Investitionen in den Militär-

bereich und in die Durchführung von Kriegen gehen wesentliche Ressourcen verloren, die dringend benötigt werden, um für alle Menschen würdige Lebensbedingungen im Rahmen nachhaltiger Entwicklungen zu realisieren. Deshalb ist es notwendig, Strategien zu entwickeln und umzusetzen, die eine konstruktive Auseinandersetzung mit Konflikten ermöglichen sowie soziale Gerechtigkeit und Realisierung der Menschenrechte zum Ziel haben.

Das vorliegende Handbuch des „Forums Friedenspsychologie“ (FFP) geht von der Prämisse aus: „Kriegerische Gewalt verursacht unermessliches Leid und Elend, begünstigt weitere Gewalt und vergeudet wertvolle Ressourcen.“ Sein Ziel ist es, Antworten auf die Fragen zu geben: „Was kann die Psychologie zur Erklärung dieses „vernunftwidrigen“ Konfliktverhaltens beitragen? Welche Ansätze wurden erarbeitet, um es zu überwinden und heilsame und gerechte Lebensbedingungen zu schaffen?

Wie die Herausgeber, Gert Sommer und Albert Fuchs, im Vorwort schreiben, ist das „Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie der Leitidee der aktiven Gewaltfreiheit verpflichtet – d.h. der kritischen Auseinandersetzung mit Gewalt und Gewaltrechtfertigung sowie der Förderung gewaltfreier Konfliktaustragung, mit dem Ziel sozialer Gerechtigkeit und der Verwirklichung der Menschenrechte“.

Es kommen Praktiker und Wissenschaftler aus unterschiedlichen Disziplinen – insbesondere aber aus Psychologie, Soziologie und Pädagogik – zu Wort. Entsprechend dieser beabsichtigten Eingrenzung fehlen allerdings Positionen von (Außen- und Sicherheits-)Politikern, Militärs oder auch offizielle Stellungnahmen der christlichen Kirchen.

Das Handbuch enthält ein gut gegliedertes Inhaltsverzeichnis sowie im Anhang ein ausführliches Sachwortverzeichnis. Der Aufbau der einzelnen Beiträge ist einheitlich,

dadurch übersichtlich und zur schnellen Orientierung und zum Nachschlagen bestens geeignet.

Das Handbuch gliedert sich in drei Hauptteile.

- Die „Grundlagen in Teil I beinhalten in sechs Kapiteln einen Überblick über Fragestellungen und Anliegen der Friedenspsychologie, einschließlich ihrer historischen Entwicklung, des normativen Hintergrunds und der methodischen Fragen. In den Kapiteln 7-14 geht es um psychologische Schlüsselthemen wie Aggression, soziale Einstellung und Gerechtigkeit und in den Kapiteln 15-17 um Grundlagen der Konfliktanalyse.
- Im Teil II „Kriegskultur“ wird die „negative“ Seite des Gegenstands thematisiert, zunächst im Hinblick auf die Wende 1989/90 (Kapitel 18-20), dann mit Beiträgen zu zentralen Aspekten kriegerischer Gewalt wie Macht und Interessen, Militarismus, Feindbilder, Selbstbilder, Propaganda sowie zu Begleit- und Folgeerscheinungen wie Traumatisierung (Kapitel 21-29).
- Der Teil III „Frieden gestalten“ enthält schließlich Beiträge zur – wie es die Herausgeber formulieren – „positiven“ Seite des Problemfeldes. Zunächst werden Varianten des Friedensengagements „von unten“ (z.B. gewaltfreier Widerstand und Friedensbewegung) thematisiert, einschließlich Friedensjournalismus (Kapitel 30-33). Anschließend werden unterschiedliche Ansätze und Strategien konstruktiver Konfliktbearbeitung behandelt, u.a. Spannungsreduktion und Vertrauensbildung, Verhandeln, Mediation, Versöhnung und Therapie (Kapitel 34-41). Schließlich werden im Sinne der friedenspolitischen Langzeitperspektive friedenspädagogische Ansätze vorgestellt (Kapitel 42-46).

Die Herausgeber vertreten die Auffassung, dass die psychologische Sicht von Konflikt, Krieg und Frieden Praktiker aus dem Medienbereich, aus Politik, Schule und Kirche gleichermaßen interessieren wie Studierende. Das Buch wende sich aber auch an „mündige“ Bürgerinnen und Bürger, die in einer demokratischen Gesellschaft durch ihre Einschätzungen und Bewertungen Einfluss dar-

auf nehmen, wie Konflikte wahrgenommen und ausgetragen werden. So wendet sich das Handbuch indirekt auch an Soldaten – als Bürgern in Uniform –, welche sich der Friedensethik verpflichtet wissen, ziviler Konfliktregelung i.d.R. den Vorrang einräumen und den Einsatz militärischer Gewalt immer nur als ultima ratio und unter Anwendung strenger ethischer Kriterien akzeptieren.

Weitere Informationen sind auf der Homepage des „Forums Friedenspsychologie“ (FFP) zu finden: www.friedenspsychologie.de

Gert Sommer / Albert Fuchs (Hrsg.): „Krieg und Frieden - Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie“. Beltz Verlag, Weinheim 2004, 684 S., gebunden.

Die Herausgeber:

Sommer, Gert, Prof. für Psychologie an der Universität Marburg; Vorsitzender des Forum Friedenspsychologie (FFP); Mitglied des Zentrums für Konfliktforschung, Univ. Marburg.
Fuchs, Albert, Prof. Dr., Dipl.-Theol., Dipl.-Psych.; Mitglied des Instituts für Friedensarbeit und gewaltfreie Konfliktaustragung. (PS)

DEUTSCHE KOMMISSION JUSTITIA ET PAX – PROJEKTGRUPPE „GERECHTER FRIEDE“

Studie: Schutz der Menschenrechte

Analysen und Empfehlungen zum Thema „Zivile Einmischung und militärische Intervention“

Selbst Kriege zur Sicherung oder Wiederherstellung von Menschenrechten können nach Ansicht der bischöflichen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden (Justitia et Pax) nur dann legitim sein, wenn alle gewaltfreien Vermittlungsversuche ausgeschöpft sind. Eine am 26. März 2004 in Bonn vorgestellte Studie formuliert klare Bedingungen für den Einsatz von militärischer Gewalt, der immer politische, rechtliche und ethische Probleme bedinge: Der Militäreinsatz müsse vom UN Sicherheitsrat angeordnet, auf die Wahrung von Menschenrechten ausgerichtet und von Maßnahmen zur Sicherheit der Zivilbevölkerung begleitet sein.

„Wer militärisch interveniert, übernimmt eine enorme Verantwortung für das humanitäre und politische Schicksal der Zivilbevölkerung“, sagte Thomas Hoppe, Professor der Hamburger Universität der Bundeswehr und Mitverfasser der Studie. Deshalb müsse das militärische Eingreifen eine schnelle Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung durch den Aufbau von Polizei und Justizwesen im Blick haben. Planungen dürften nicht mit dem Tag des militärischen Erfolgs enden, sondern müssten die Demilitarisierung und Reintegration von Kämpfern beinhalten, betonte Hoppe.

Keine Legitimierung für Krieg durch die Hintertür

Die Studie sei keine kirchliche „Legitimierung des Kriegs durch die Hintertür“, erklärte der Trierer Weihbischof Leo Schwarz und bezeichnete sie als Konkretisierung des 2000 veröffentlichten Bischofsworts „GERECHTER FRIEDE“. Zwar müssten Maßnahmen zur Gewaltprävention im Mittelpunkt kirchlicher Arbeit stehen, die aktuelle Lage mache aber deutlich, dass ein „sorgfältiges Nachdenken“ über Grundlagen von militärischen



Interventionen und einer dauerhaften anschließenden Friedenssicherung notwendig sei, mahnte Schwarz. Er verwies auf den Kosovo, den Irak und den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern.

Schwarz forderte, dass die Kirche ihre „manchmal verhängnisvolle Tradition der Nicht-Einmischung“ aufgeben und sich als Mediatorin zwischen den Konfliktparteien engagieren müsse. Die Studie wolle Orientierung geben, um eine ethisch verantwortete Prüfung und Einschätzung von militärischen Interventionen zu ermöglichen. Zentrales Anliegen der Studie ist zudem die Weiterentwicklung des Völkerrechts und seiner Verbindlichkeit etwa durch eine internationale Strafgerichtsbarkeit.

Entstehung der Studie

Die vorliegende Studie entstand im Rahmen des Projekts „Einwirkungen und Interventionen in Angelegenheiten anderer Staaten zum Schutz der Menschenrechte“, das die Projektgruppe Gerechter Friede der Deutschen Kommission Justitia et Pax von 2000 bis 2003 durchführte. Es ging dabei nicht allein um die mit militärischem Eingreifen verbundenen Aspekte, vielmehr um eine grundsätzliche ethische Stellungnahme zu den Legitimitätsvoraussetzungen und Konsequenzen unterschiedlicher Formen einer menschenrechtlich begründeten auswärtigen Einmischung.

Aufbau der Studie

1. Kapitel: Einleitend wird die Diskussion über die Interventionsproblematik in den Kontext aktueller friedensethischer Dis-

kurse zum Konzept des „gerechten Friedens“ gestellt.

2. Kapitel: Im zweiten Teil stehen spezifische Akteursgruppen und die ihnen verfügbaren Instrumente politischer Einwirkung auf krisenhafte Entwicklungen im Zentrum der Untersuchung.
3. Kapitel: Das dritte Kapitel setzt sich im Einzelnen mit den Problemen bewaffneter Intervention auseinander.
4. Kapitel: Diesen systematischen Überlegungen stellt der vierte Teil eine knappe Analyse dreier Interventionszusammenhänge in den neunziger Jahren des 20. Jhs. gegenüber, aus der sich ablesen lässt, wie weit dem im Voranstehenden formulierten politisch-ethischen Anforderungsprofil an Interventionen tatsächlich entsprochen wurde bzw. werden konnte.
5. Kapitel: Der fünfte Teil untersucht, wie sich das verfügbare Instrumentarium menschenrechtsschützender Einwirkung so erweitern lässt, dass es sowohl dem Interesse an ethischer und völkerrechtlicher Legitimität wie demjenigen an politischer Effizienz möglichst weitgehend entspricht.
6. Kapitel: Im abschließenden Kapitel werden die im vierten Teil knapp resümierten Fallstudien in ausführlicher Fassung präsentiert.

Empfehlungen der Studie

Die Ergebnisse der Studie sind in Form von Empfehlungen, die sich an politische, kirchliche und gesellschaftliche Akteure richten, dem

Gang der Untersuchung vorangestellt. Diese im Buch ausführlich kommentierten Empfehlungen lauten:

1. Die Problematik humanitärer Interventionen in der Leitperspektive des „gerechten Friedens“ reflektieren
2. Die gewaltpräventiven Handlungsmöglichkeiten von Kirche und Zivilgesellschaft nutzen und erweitern
3. Politische Möglichkeiten einer gewaltfreien Einwirkung auf Konflikte mit Entschiedenheit nutzen und ausschöpfen
4. Die Durchführung militärischer Interventionen von Anfang an unter den Imperativ der Schadensbegrenzung und des Schutzes der Zivilbevölkerung stellen
5. Auf strikte Völkerrechtskonformität und Legitimierung durch die zuständigen Institutionen der Staatengemeinschaft bedacht bleiben
6. In der Planung und Durchführung Humanitärer Hilfe mit Zielkonflikten rechnen und Strategien zu ihrer Minimierung ausarbeiten
7. Einsatzgrundsätze für Interventionsstreitkräfte am Ziel der Gewaltminimierung und am Respekt vor den Menschenrechten und den Normen des humanitären Völkerrechts ausrichten

Thomas Hoppe (Hrsg.): „Schutz der Menschenrechte – Zivile Einmischung und militärische Intervention – Analysen und Empfehlungen“. Vorgelegt von der Projektgruppe Gerechter Friede der Deutschen Kommission Justitia et Pax. Verlag Dr. Köster, Berlin März 2004. (KNA/PS)

Globalisierung, Krieg, Schutz der Menschenrechte

GKS-Vertreter berichtet aus der Kommissinsarbeit der Arbeitsperiode 1999 bis 2004

KLAUS ACHMANN

Vertreter der GKS in der Deutschen Kommission Justitia et Pax war in der zurückliegenden Arbeitsperiode 1999-2004 Oberst a.D. Dr. Klaus Achmann. Der Kommission gehören katholische Einrichtungen und Organisationen in Deutschland an, die im Bereich der internationalen Verantwortung der Kirche tätig sind (neben der GKS u.a. RENOVABIS, Deutscher Caritas-Verband, MISEREOR, ADVENIAT, KMBA, BDKJ, pax christi, AGKOD). Träger der Kommission sind die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK).

Die Kommission hat mit ihrer Sitzung am 13. März 2004 ihre vierjährige Arbeitsperiode beendet und sich aufgelöst. Sie wird zum Herbst erneut konstituiert werden. – Über die zurückliegende Arbeitsperiode berichtet Klaus Achmann:

Arbeitsweise und Schwerpunktthemen

In diesem Rückblick soll insbesondere auf solche Aspekte eingegangen werden, die aus Sicht der Arbeit der GKS von Bedeutung sind.

Die Kommission musste sich in ihrer Amtsperiode ungewöhnlichen Herausforderungen stellen: Globalisierung, die Attentate in den USA vom 11. September 2001, die tiefgreifenden Auseinandersetzungen um den Irak-Krieg und der Schutz der Menschenrechte waren Themen, die eine Stellungnahme verlangten.

Die Kommission bearbeitet die mit diesen Problemen verbundenen Fragen auf der Grundlage der katholischen Soziallehre, insbesondere der katholischen Friedenslehre. Sie will mit ihren Positionen im politischen Dialog eine deutliche Haltung zeigen, aber auch allen Katholiken und anderen, die ihr zuhören, Orientierung geben.

Die großen Themenbereiche, unter denen sich die Arbeit der Kommission organisiert, lauten: Frieden, Menschenrechte, Entwicklung. Ferner ist sie – gemeinsam mit Vertretern der evangelischen Kirche – Mitglied in der „Gemeinsamen Konferenz Kirchen und Entwicklung“ (GKKE).

Sachbereich „Frieden“

Der Sachbereich „FRIEDEN“, der in diesem Kurzbericht im Vordergrund stehen soll, wurde von Prof. Hoppe (Universität der Bundeswehr, Hamburg) moderiert. Die Kommission hatte diesen Sachbereich beauf-

tragt, seine Arbeit an den Schwerpunkten „GEWALTPRÄVENTION UND KONFLIKTBEARBEITUNG“, „VERSÖHNUNGSPROZESSE UND TRAUMABEARBEITUNG“ und „DIENST FÜR DEN FRIEDEN“ zu orientieren.

In der ersten Phase der Arbeitsperiode der Kommission stand die Mitwirkung an der Erstellung des Wortes der deutschen Bischöfe „Gerechter Friede“ im Vordergrund. Nach der Veröffentlichung ging es um die Vermittlung und Umsetzung in den politischen und gesellschaftlichen Bereich hinein. Da die Inhalte von „Gerechter Friede“ auch in der GKS intensiv diskutiert und in einer gesonderten Ausarbeitung den GKS-Bereichen und –Kreisen zur Verfügung gestellt wurde, konnten bei diesem Thema auf die Arbeiten der Kommission zurückgegriffen werden.

Projektgruppe „Gerechter Friede“

Das Hauptgewicht der Beteiligung des GKS-Vertreters in der Kommission lag – neben der Teilnahme an den Plenarsitzungen der Kommission – auf der Arbeit der Projektgruppe „GERECHTER FRIEDE“.

Dort wurde eine ausführliche Stellungnahme zu dem Thema „EINMISCHUNG UND INTERVENTIONEN IN ANGELEGENHEITEN ANDERER STAATEN ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE“ erarbeitet. Da auch die GKS sich mit diesem Thema befasst hatte, konnten Aspekte und Positionen, die sich aus unserer Arbeit ergeben hatten, in die Überlegungen der Projektgruppe ein-

gebracht werden. Umgekehrt kann die jetzt abgeschlossene Stellungnahme der Projektgruppe zu einer wichtigen Arbeitsunterlage für den GKS-Sachausschuss „SICHERHEIT UND FRIEDEN“ und damit für die inhaltliche Arbeit der GKS werden.

Das Ergebnis der Projektgruppe wird am 26. März 2004 öffentlich präsentiert. An diese Präsentation schließt sich ein Seminar an, das die Inhalte an einem konkreten Beispiel vertieft. Dieses Seminar mit dem Titel „ERFAHRUNGEN MIT FRIEDENSEINSÄTZEN“ wird von der GKS und pax christi gemeinsam gestaltet.

Auf dem Katholikentag wird eine zentrale Podiumsveranstaltung der Umsetzung der Projektergebnisse dienen. Die GKS wird außerdem ein Kleinforum zu Erfahrungen in Auslandseinsätzen anbieten.

Ständige Arbeitsgruppe „Dienste für den Frieden“

In der „STÄNDIGEN ARBEITSGRUPPE DIENSTE FÜR DEN FRIEDEN“ der Deutschen Kommission Justitia et Pax ist die GKS ebenfalls durch eines ihrer Mitglieder (OTL a.D. Helmut Jermer) vertreten. Die Arbeitsgruppe legte ein Dokument mit dem Titel „KIRCHLICHES VERSTÄNDNIS VOM DIENST AM FRIEDEN – DIENSTE FÜR DEN FRIEDEN“ vor, das vom Vorstand im Dezember 2003 beschlossen wurde.

Arbeitskreise „Humanitäre Meldestelle“

Der Arbeitskreis „HUMANITÄRE MELDESTELLE“ prüfte Möglichkeiten kirchlichen Engagements auf dem Gebiet der Gewaltprävention und frühzeitiger politischer Krisenintervention. Dazu wurde in Zimbabwe in Zusammenarbeit mit anderen Trägern ein Modellprojekt „GEWALT-PRÄVENTIVE LOBBYARBEIT“ durchgeführt und abgeschlossen. Das Projekt entwickelte sich insgesamt positiv, jedoch zeigte sich, dass die Zusammenarbeit verschiedener Projektbeteiligter nur in Einzelfällen erfolgreich sein kann.

Weitere Projekte und Themen

Zur Unterstützung des Friedenskonsolidierungsprozesses in Bosnien-Herzegowina (BiH) gab die Kommission seit 2000 einen jährlichen „BERICHT ZUR MENSCHENRECHTSLAGE IN BiH“ heraus. Dieser Bericht wird in Berlin regelmäßig Vertretern aus Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit vorgestellt.

Gemeinsam mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken wurde in einem ad hoc-Arbeitskreis ein Positionspapier zur Zukunft von Wehr- und Zivildienst erarbeitet und der Öffentlichkeit am 23. Mai 2000 unter dem Titel „ZUKUNFT DES WEHRDIENSTES – ORIENTIERUNGSLINIEN FÜR DIE ZUKUNFT DER BUNDESWEHR“ vorgestellt.

Die Kommission unterstützte den damaligen Vizepräsidenten des ZdK, Christian Bernzen, der 1999 in die „Weizsäcker-Kommission“ zur Zukunft der Bundeswehr berufen wurde mit den Ergebnissen aus der Arbeit der Deutschen Kommission Justitia et Pax.

Die Projektgruppe „GERECHTER FRIEDE“ war auch an den friedenspolitischen Erklärungen der Kommission kontinuierlich beteiligt:

- 22.03.2002: „Keine weitere Eskalation der Gewalt“
- 19.10.2002: „Kriegsverhütung und Beseitigung von Massenvernichtungsmitteln müssen Ziele der Irak-Politik bleiben“
- 21.03.2003: „Eine humanitäre und politische Katastrophe muss verhindert werden“ (anlässlich des Kriegsbeginns im Irak).

Auf dem ökumenischen Kirchentag 2003 in Berlin veranstaltete Justitia et Pax ein mehrstündiges Forum unter dem Titel „Recht – Macht – Militär. Menschenrechte und Gewaltfreiheit nach dem 11. September 2001 in Bedrängnis.“

Ausblick

Für die Arbeit der im Herbst neu zu konstituierenden Kommission Justitia et Pax schlug der Moderator des Sachbereiches „FRIEDEN“ vor, die auch zukünftig zu erwartende Involvierung der deutschen Außen-

politik in internationale Anstrengungen zur Konfliktbearbeitung und zum Krisenmanagement – einschließlich militärischer Verpflichtungen – in den Überlegungen der Kommission abzubilden. Auch Fragen der zukünftigen Wehrform und der Fortentwicklung des Konzeptes der Inneren Führung müssten im Auge behalten werden. Generell sollten Aspekte der Gewaltprävention und darauf zielende Handlungsmöglichkeiten der Kirchen in aktuellen Konflikten (einschließlich der Situation im Nahen Osten) im Vordergrund stehen. Vorgeschlagen wurde ferner die Befassung mit dem Themenfeld „Religion und Gewalt.“

Aus der Arbeit der anderen Sachbereiche der Kommission soll hier nur noch auf die bei der GKKE angesiedelte „Fachgruppe Rüstungsexporte“ hingewiesen werden. Sie erstellt jährlich einen Bericht über die deutschen Rüstungsexporte, der jeweils im Dezember der Öffentlichkeit vorgestellt wird. □

Vorsicht ist besser als Nachsicht

Heiliger Stuhl verlangt ein Stopp der Verbreitung von konventionellen Waffen

Erbischof Silvano Tomasi, ständiger Beobachter des Heiligen Stuhls bei den Vereinten Nationen in Genf, beklagte die Trägheit, mit der die Internationale Gemeinschaft auf den rasanten technologischen Fortschritt im Bereich der Entwicklung von konventionellen Waffen reagiert und mit welcher Langsamkeit sie den Gebrauch von ihnen mit Verboten einschränkt.

Der päpstliche Gesandte nahm in Genf vom 8.-12. März an der VII. Sitzung der Gruppe staatlicher Experten teil, die über die „Konvention hinsichtlich des Verbots oder der Anwendungsbegrenzung von konventionellen Waffen, die traumatische, übermäßige oder verheerende Auswirkungen haben“ (CCW) beriet.

In seiner Stellungnahme betonte der Erzbischof, dass es besser sei, die Herstellung solcher Waffen zu verbieten, als im Nachhinein deren verheerende Auswirkungen zu bekämpfen.

Die Ergebnisse internationalen Verhandlungen zur Waffenkontrolle oder zur Abrüstung beschränkten sich fast immer auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, zeigte er auf. Im Gegensatz dazu erfolge die Herstellung konventioneller Waffen nach modernsten wissenschaftlichen Erkenntnissen und technisch fortschrittlichsten Methoden. Das Ergebnis sei, dass diese Waffen immer verheerender würden und unnützes Leid hervorriefen,

das weit länger andauere als der Konflikt selbst, bedauerte Tomasi. Er appellierte an alle Länder, „sich die erschütternden und verheerenden Auswirkungen für die Zivilbevölkerung sowie die negativen sozio-ökonomischen Folgen vor Augen zu halten, die sowohl während als auch nach den Auseinandersetzungen spürbar sind.“

Der Erzbischof betonte vor der Expertengruppe, dass der Heilige Stuhl in zahlreichen Ländern der ganzen Welt Initiativen für die Opfer bewaffneter Konflikte und deren Angehörige unterstütze, unter denen sich auch Opfer von (Anti)-Personenminen und anderer Kriegsüberreste befänden.

Er beschrieb auch die Frustration und die Befremdung Tausender freiwilliger Helfer, die immer und immer wieder dieselbe Arbeit, die sie schon einmal verrichteten, von neuem auf sich nehmen müssten und oft gezwungen seien, dem Leiden der Opfer zusehen, ohne dass irgend jemand etwas unternimmt.

„Es scheint mir unangebracht, unsere Arbeit und Entscheidungsfindung allein auf die Suche nach Heilmitteln zu beschränken“, meinte Tomasi. „Mit Sicherheit würde die Prävention weniger kosten, weniger Menschenleben fordern und weniger sozio-ökonomische Nachteile bringen.“ (PS nach ZENIT)

PAX CHRISTI UND GKS IM DIALOG:

Fachtagung „Erfahrungen mit Friedenseinsätzen“

Unter dem Dach der Deutschen Kommission Justitia et Pax¹⁾ trafen sich vom 26. bis 28. März in Bonn Vertreter der Gemeinschaft Katholischer Soldaten und der deutschen Sektion der internationalen katholischen Friedensbewegung pax christi zu einer Fachtagung, um die je spezifischen Erfahrungen von Friedensfachkräften²⁾, zivilen Hilfsorganisationen, Militär und Polizei in „Friedenseinsätzen“ zu untersuchen. Im nebenstehenden Artikel – aus: „aktuell Nr. 15, Zeitung für die Bundeswehr“ vom 13. April 2004 – berichtet das GKS-Mitglied Oberstleutnant a.D. Helmut Jermer über die Tagung.

Im Mittelpunkt des Treffens standen die diversen Schwierigkeiten und Probleme, die in der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure bei den Friedenseinsätzen auftreten sowie die Frage nach möglichen Lösungswegen. Eine wesentliche Rolle spielte die Erörterungen der Frage, wer mit welchen Mitteln und Methoden sowohl in einer Vor- als auch in der Nachkonfliktphase spannungsmindernd auf die Akteure einwirken könne, damit der Ausbruch offener Gewalt überhaupt vermieden werde.

Trotz grundsätzlicher Übereinstimmung im zu erreichenden Ziel „Frieden und Gerechtigkeit“ traten bei den Vertretern der Friedensbewegung immer wieder Befürchtungen zutage, der Einsatz von Militär führe per se zur Eskalation von Spannungen, weil Militär Partei ergreife („Militär macht sich fest am stärksten Militärbündnis, dies ist die NATO, und NATO ist Partei des freien Westens“ und „Militär als Lösungsfaktor wird zu schnell ins Spiel gebracht“). Dieser Vorbehalt konnten von den katholischen Soldaten nur bedingt entkräftet werden. Die Ursache dafür liegt in recht unterschiedlichen Prämissen beider Gruppen. Soldaten bringen ein gesundes Vertrauen zum demokratischen Staat und seine Rechtsordnung auf. Die Mitglieder der Friedensbewegung lassen ein tiefsitzendes Misstrauen gegenüber alle Gewalt und besonders der Staatsgewalt erkennen. Dennoch konnten die anwesenden Soldaten der GKS (hoffentlich) deutlich machen, dass sie den Einsatz militärischer Gewalt nach strengen ethischen Kriterien nur als ultima ratio sehen, über den die Politik unter Beachtung des Völkerrechts und der Verfassung entscheidet. Militär nicht nur nach deutschem Verständnis sei auch immer bereit, sich nach Erreichen eines ausreichenden Sicherheitsstandards zurückzunehmen zugunsten ziviler Konfliktregelung, Ordnungskräften und Verwaltung. „Militär übt dann eine subsidiäre Rolle aus“.

Die Tagung soll dokumentiert werden. (PS)

1) s.a. Klaus Achmann: Bericht über die Kommissionsarbeit 1999-2004, S. 33 f.

2) zu Friedensfachkräften s. Erläuterungen von Klaus Liebetanz, S. 28 ff.

aktuell

STREITKRÄFTE

DIENSTAG, 13. APRIL 2004

Verschiedene Ansätze

FRIEDENSMISSIONEN *Vertreter von Pax Christi und zivilen Hilfsorganisationen sprechen mit Soldaten über ihre Erfahrungen.*

von HELMUT P. JERMER

Auf einem kürzlich in Bonn stattfindenden Seminar der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und der katholischen Friedensbewegung Pax Christi (PC) diskutierten Soldaten und Angehörige ziviler Hilfsorganisationen über ihre Erfahrungen, die sie bei Friedenseinsätzen gesammelt haben. Dabei wurden die unterschiedlichen Ansätze beider Seiten deutlich.

Thomas Hoppe, Professor an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg, forderte dazu auf, dass die Menschen, die sich im militärischen und zivilen Friedensdienst engagieren, zum einen ein Rollenverständnis entwickeln und zum anderen auch die Erwartungen aneinander deutlich formulieren. Es gibt immer wieder Vorurteile und Missverständnisse auf beiden Seiten, die nicht selten zu falschen Erwartungen führen. Der Soldat dürfe sich, so Hoppe, durchaus als „miles protector“, also als „Beschützer der Menschen“, verstehen, geht es doch gemäß seinem Auftrag darum, die Lage im Einsatzraum so zu befrieden, dass dort wieder „Staat gemacht“ werden kann.

Der Bundesvorsitzende der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein, stellte dazu fest, dass der Soldat sich zum „miles protector“ entwickelt habe. Damit stünde er in der Tradition der katholischen Friedensethik. Klein war im Rahmen von KFOR eingesetzt und hat neben seiner militärischen Führungsaufgabe den örtlichen Medien den Sinn seiner Mission erklärt. Auf diese Weise warb er für Verständigung und Versöhnung – auch und gerade zwischen den Religionen.



Angeregte Diskussionen zwischen zivilen und militärischen Einsatzkräften.

Der Vizepräsident von Pax Christi, Johannes Schnettler, machte deutlich, dass Fachkräfte des zivilen Friedensdienstes bereits im Vorfeld eines Konfliktes eingesetzt werden sollten.

Der einsatzerfahrene Generalleutnant Karl-Heinz Lather forderte, dass sich die Vereinten Nationen (UN) reformieren müssen, um künftig wieder mehr Einfluß auf die Weltpolitik zu erlangen. Denn, so Lather weiter, die UN seien die einzigen, denen nach dem Völkerrecht ein Gewaltmonopol zusteht. Wenn sich der UN-Sicherheitsrat jedoch, wie in der Vergangenheit geschehen, selbst neutralisiert, werde die Durchsetzung des Völkerrechts paralysiert.

Christamaria Weber, Geschäftsführerin von PC, kritisierte: Die Politik muss sich mehr für stabile Verhältnisse einsetzen und politische Institutionen einrichten, damit sich das öffentliche Leben in den Krisenregionen normalisieren kann. Für die Teilnehmer war klar: Alle stabilisierenden Maßnahmen müssen letztlich dazu führen, dass die eingesetzten Soldaten in den heutigen Krisenregionen künftig überflüssig werden.



Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten im Dialog mit der katholischen Friedensbewegung Pax Christi während eines Seminars in Bonn.

Das Wesentliche ist für die Augen unsichtbar

ORTWIN BUCHBENDER

Bücher und Affären haben etwas Gemeinsames: sie haben ihr jeweils eigenes Schicksal! Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen immer die handelnden Personen, die in den Strudel der Ereignisse gezogen werden. Die Frage nach der Verantwortung oder Schuld der Beteiligten wird aus der Distanz der Geschehnisse immer wieder gestellt. Eine Affäre, die sich zu dem wohl spektakulärsten Sittenskandal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland entwickelt, ist die sogenannte „Wörner-Kießling-Affäre“ vor genau zwanzig Jahren. Wie frühere oder spätere Skandale bis zur Gegenwart, verläuft auch diese Affäre in ihren einzelnen Entwicklungsstadien nach dem alten Muster, das die Blindheit und Befangenheiten der verantwortlichen Personen deutlich werden lässt. Sie verlieren in unterschiedlicher Intensität den Blick für die Realitäten und werden letztlich das prominente Opfer ihrer eigenen mentalen Disposition, auf die die Aussage des griechischen Philosophen Heraklit von Ephesus (550-480 v.Chr.) zeitlos zutrifft: „Der Charakter ist das Schicksal des Menschen!“

Versucht man diese spektakuläre Affäre um einen Vier-Sterne General der Bundeswehr, der eine Bilderbuchkarriere durchlaufen hat, in verkürzter und vereinfachter Form nachzuzeichnen, präsentieren sich die deprimierenden Ereignisse in ihrem Ablauf wie eine antike Tragödie, die sich in ihrem letzten Akt zur Tragikkomödie entwickelt. Es beginnt wie immer in ähnlichen Fällen unauffällig und harmlos mit einem Gespräch. Am 27. Juli 1983 treffen sich im Bundesministerium der Verteidigung auf der Hardthöhe in Bonn zwei Beamte. Es sind der stellvertretende Vorsitzende des Hauptpersonalrates, Werner Karrasch, und der Regierungsdirektor Artur Waldmann aus dem Amt für Sicherheit der Bundeswehr (ASBw), der Zentrale des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) in Köln. Während dieses Ge-

sprächs erwähnt Karrasch beiläufig, dass General Dr. Günter Kießling, der Stellvertreter des Obersten Alliierten Befehlshabers in Europa, General Bernhard W. Rogers, offensichtlich homosexuell sei und daher wegen seiner Veranlagung nicht mehr von Rogers empfangen werde. Waldmann ist über diesen Hinweis hochalarmiert. Nach dem Gespräch verfasst er einen entsprechenden Vermerk über die Aussage von Karrasch.

Der Abteilungsleiter I im ASBw, Oberst Oskar Schröder, ordnet daraufhin erste Ermittlungen zur Sicherheitsüberprüfung des General Dr. Kießling an, mit der er die MAD-Gruppe III in Düsseldorf betraut. Es soll gezielt in der Kölner-Szene recherchiert werden, die als ein Mekka für Homosexuelle und als Schwulenhochburg bekannt ist. Diesen Auftrag erteilt der Leiter der Gruppe, Oberst Heinz Kluss, seinem Stabsfeldwebel Peter Idel, der persönliche Kontakte zur Fahndungsabteilung der Kölner Kriminalpolizei unterhält und diese hin und wieder mit Erfolg nutzen kann. Den glücklichen Zufall, dass zeitgleich die Mordkommission gegen den Mörder eines Strichjungen ermittelt, nutzt Idel geschickt für sein Anliegen und übergibt den Kriminalbeamten ein retouchiertes Photo von General Dr. Kießling. In der Nacht vom 5./6. September 1983 fahnden die beiden Kriminalbeamten Rösch und Simon nach dem Mordverdächtigen und nutzen die Gelegenheit, gleichzeitig unter Vorlage des Photos in der einschlägig bekannten Homoszene im Café Wüsten und in der Disco Tom-Tom zu erkunden, ob die auf dem Photo abgebildete Person im Milieu bekannt ist. Sie landen offensichtlich einen Ermittlungsvolltreffer! Stabsfeldwebel Idel verfasst einen Bericht, der in die Geschichte des MAD eingehen und selbst spektakuläre Geschichte machen wird. Er ist der eigentliche Auslöser für die kommende Affäre! Aus diesem Grund soll er an dieser Stelle zitiert werden:

„Durch geeignete Ermittlungen in der Kölner Homo-Szene konnte festgestellt werden:

Café Wüsten: einschlägig bekannt als Lokal für ‚Schwule und Lesben‘. Hier wurde der zu Überprüfende aus einer Serie von Photos eindeutig als ‚Günter von der Bundeswehr‘ erkannt. ‚Günter‘ sei bereits vor 12 Jahren ein guter Gast gewesen, in den letzten Jahren sei er kaum noch erschienen.

Disco Tom-Tom: einschlägig bekannt als Disco für jugendliche Stricher und Straftäter. Auch hier wurde der zu Überprüfende eindeutig ‚als Günter von der Bundeswehr‘ identifiziert. Günter verkehre dort auch heute noch monatlich und pflege Kontakt zu jugendlichen Strichern gegen Bezahlung. Da die ersten beiden Anlaufstellen positiv waren, werden, um die Unruhe in der Szene zu vermeiden, weitere Ermittlungen nicht vor Ablauf von drei Wochen geführt.“

Diesen Bericht schreibt Idel auf rot umrandetes Schreibpapier, auf sog. Austria-Papier, das als ein interessantes, vertrauliches Papier des MAD eingestuft ist und damit vom Inhalt her als „nicht bewiesen“ oder „nicht vorhaltbar“ beurteilt wird! Es ist mehr oder weniger eine Momentaufnahme ohne tiefergehenden Aussagewert, was zusätzlich die Tatsache verdeutlicht, dass der General selbst nicht genannt wird, sondern nur von einem „zu Überprüfenden“ (z.Ü.) die Rede ist. Am 9. September berichtet Oberst Kluss dem neuen Amtschef des ASBw, Brigadegeneral Helmut Behrendt, über das Austria-Papier. Wie Brigadegeneral Behrendt später vor dem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages aussagen wird, habe Oberst Kluss in einem zusätzlichen Vier-Augen-Gespräch von „einer eindeutigen Identifizierung der Generals“ gesprochen, bei der „keinerlei Zweifel oder Bedenken“ beständen. Der Bericht des Ausschusses vermerkt jedoch dazu:

„Demgegenüber sagte Oberst Kluss aus, er habe das Ergebnis der Er-

mittlungen gemeldet, den Amtschef aber auf Schwächen der Meldung hingewiesen. Dieser Widerspruch in der Zeugenaussage konnte auch nicht durch Gegenüberstellung geklärt werden.“

Diese unterschiedliche Bewertung eines Berichts, der lediglich den Stellenwert eines internen Papier für den Hausgebrauch des MAD besitzt, sollte nicht nur desaströse, sondern geradezu katastrophale Folgen für den weiteren Verlauf der Affäre bekommen. Er ist der eigentliche Auslöser des späteren Skandals! Brigadegeneral Behrendt meldet den Vorgang dem Bundesminister der Verteidigung, Dr. Manfred Wörner, indem er die „eindeutige Identifizierung des Generals in der homosexuellen Szene“ betont. Wörner ist offensichtlich so beeindruckt, dass er bereits kurze Zeit später ohne auf weitere Ermittlungen zu bestehen über den Generalinspekteur Wolfgang Altenburg General Kießling am 15. und 19. September 1983 zu sich bestellt, ihn mit den Vorwürfen konfrontiert, die der General empört zurückweist und als zusätzlichen Beweis für seine Unschuld sein Ehrenwort gibt. Die Herren einigen sich schließlich auf einen Kompromiss. Der General solle sich ab 3. Oktober 1983 krank melden und werde am 31. März 1984 mit einem Grossen Zapfenstreich in den vorläufigen Ruhestand verabschiedet. Alle weiteren Ermittlungen sollten umgehend eingestellt werden!

So weit so gut! Doch die Beteiligten haben ihre persönliche Rechnung ohne den Staatssekretär Dr. Hiehle gemacht. Dr. Hiehle, der den Ruf eines besonders gewissenhaften Beamten preußischen Formats besitzt, tritt seinen Dienst nach längerer Krankheit am 2. November 1983 wieder an, erfährt von dem „gentleman-agreement“ zwischen Minister und General, und ist entsetzt. Von der Schuld des Generals offensichtlich schon zu diesem Zeitpunkt nach Auskunft der Beteiligten überzeugt, gelingt es ihm, Wörner zu überreden, die Ermittlungen gegen den General wieder aufzunehmen und einen Abschlussbericht durch den MAD anzufordern. Dieser trifft allerdings ohne weitere Ermittlungen des MAD nach zwei unterschiedlichen Berichts-Entwürfen

Als sich die Vorwürfe gegen General Günter Kießling (l.) als rechtlich und moralisch unbegründet erwiesen hatten, rehabilitierte ihn der damalige Verteidigungsminister Dr. Manfred Wörner (r.) und verabschiedete ihn schließlich mit dem höchsten militärischen Zeremoniell des Großen Zapfenstreichs.

(Foto: Privatarchiv Kießling)



vom 15. und 30. November in einem endgültigen Abschlussbericht vom 6. Dezember im Ministerium ein. Zum Erstaunen aller enthält dieser Bericht zum ersten Mal den eindrucksvollen Passus:

„Durch den MAD veranlasste Ermittlungen des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf bestätigen die behauptete Veranlagung des Dr. K. Er wurde in der Homo-Szene Köln eindeutig identifiziert. Das LKA ist gegebenenfalls bereit, durch polizeiliche Maßnahmen – Gegenüberstellung die Beweisführung anzutreten.“

Das ist die entscheidende Aussage für die Entscheidung des Ministers, seine Zusage vom 19. September aufzuheben und General Kießling bereits am 31. Dezember 1983 in den vorläufigen Ruhestand zu schicken! Das Landeskriminalamt überzeugt: Die Vorwürfe gegen den General sind nun ganz offensichtlich hundertprozentig als zutreffend belegt!

Das Ende der Affäre ist allgemein bekannt. Im Januar entwickelt sie sich zu einem Medienskandal bisher unbekannten Ausmaßes, der in seiner düsteren Endphase letztlich durch groteske Fehlentscheidungen des Ministers bei der Auswahl von angeblichen seriösen Zeugen, die die Schuld des Generals beweisen wollen, sich aber als Betrüger entpuppen, so eskaliert, dass Bundeskanzler Kohl persönlich eingreift und die

Rehabilitierung des Generals erzwingt. Sie erfolgte am 1. Februar 1984.

Der Medienskandal mit seinen politischen Auswirkungen führt zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses des Bundestages in „Sachen Kießling“, der am 20. Januar 1984 seine Arbeit beginnt und am 7. Juni 1984 mit der Verabschiedung eines Berichts, der das ganze Ausmaß dieser Affäre in ihren grotesken Fehlentscheidungen und unberechtigten Verdächtigungen verdeutlicht, seine Arbeit beendet.¹⁾ Besonders kennzeichnend für die allgemeine Stimmungslage ist der Kommentar des Vorsitzenden Alfred Biehle (CSU): „Wir haben den Übergang vom Morast in den abgrundtiefen Sumpf erlebt!“

Weniger bekannt ist die Tatsache, dass Oberst Joachim Krase, der Stellvertretende Amtschef des ASBw und Leiter der Gegenspionage des MAD, ein Topagent des MfS seit 1973 war! Er stirbt im Juli 1988 an den Folgen eines Krebsleidens und wird erst offiziell im Oktober 1990 als Agent enttarnt. Nicht nur der Schock vor allem im Bereich der Bundeswehr, sondern auch das Medienecho sind beträchtlich! Allgemeiner Tenor der Pressemitteilungen²⁾ besteht in der Vermutung, dass

1) Vgl. hierzu: Zur Sache, 2, 1984: Diskussionen und Feststellungen des Deutschen Bundestages in Sachen Kießling, Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages, Bonn 1984 (Bundestagsdrucksache 10/956 vom 02.02.1984; Bundestagsdrucksache 10/1604 vom 13.06.1984).

2) (u.a.: Bild am Sonntag vom 21.10.1990, S. 2: „Auch im Fall Kießling hatte die Stasi ihre Finger drin!“, EXPRESS, 21.10.1990, S. 2: „Kießling-Affäre: Es war der Stasi!“, Welt am Sonntag, 21.10.1990, S. 6: „Stasi-Spion im MAD fädelte Affäre Kießling ein!“)

das Ministerium für Staatssicherheit in Ostberlin über ihren Topagenten Krase die Affäre ausgelöst habe, um den Verteidigungsminister zu stürzen, was allerdings misslingt. Die Gerüchteküche kocht noch heute bei der Frage, wie Oberst Krase dieses angebliche Kunststück bewerkstelligt habe. Durch Zufall stieß der Verfasser bei der Durchsicht der Unterlagen auf ein interessantes Detail, dessen Brisanz in der Hektik der Ereignisse offensichtlich untergegangen ist. Wie bereits erwähnt, besaß das Landeskriminalamt in Düsseldorf, das als Ermittlungsbehörde eine Erfindung des MAD und damit eine spektakuläre Falschmeldung war, einen sehr hohen, wenn nicht *den* entscheidenden Stellenwert für den Beweis, dass General Dr. Kießling homosexuell sei. Der Ideenlieferant für diese Behauptung war nach der Aussage von Brigadegeneral Behrendt sein Vertreter, Oberst Joachim Krase!

Gerade diese Affäre, die an Versäumnissen und Peinlichkeiten einer geradezu desaströsen Lagefeststellung bei den Verantwortlichen im politischen und militärischen Bereich wohl einmalig für die Geschichte der Bundeswehr ist, könnte als ein beeindruckendes Lehrbeispiel für die Entstehung und den Verlauf einer gesellschaftspolitischen Krise dienen, die die hohe Bedeutung der personalen Kommunikation belegt, ohne die eine Krisenkommunikation, die erfolgreich sein will, nicht möglich ist. Eine ihrer wesentlichen innovativen Initiativen müsste in dem Bemühen bestehen, drohende Glaubwürdigkeitsverluste zu verhindern bzw. verlorengegangenes Vertrauen wiederherzustellen, was durchaus als eine *kommunikative Schadensbegrenzung* bezeichnet werden kann. Das krisenkommunikative Grundaxiom,

eine glaubwürdige, auf Offenheit, Transparenz und Konsistenz angelegte Kommunikation sei die beste Voraussetzung dafür, dass Krisen gar nicht erst entstehen bzw. in einem frühen Stadium hätten abgewendet werden können, ist allgemein akzeptiert. Doch gerade die „Wörner-

nur für kurze Zeit den Druck durch die Medien verringern können, ihn aber dann umso stärker werden lassen.³⁾ Umso bemerkenswerter ist die Tatsache, dass diese Affäre immer noch in der Bundeswehr tabuisiert wird, obwohl sie mit Sicherheit in Zukunft einmal von der Inneren Führung als ein faszinierendes Fallbeispiel für Missperzeptionen und Fehlverhalten der Beteiligten mit den damit zu gewinnenden Erkenntnissen und Lehren für deren Ursachen und Gründe („lessons learnt“) erarbeitet werden wird.

Auf dem Epitaph von Oberst Johann Friedrich Adolph von der Marwitz in der Kirche zu Friedersdorf stehen die Worte „*Wählte Ungnade wo Gehorsam nicht Ehre brachte.*“ (s. *Kasten*) Nach der Aussage eines asiatischen Germanisten ist diese Aussage das bewegendste und überzeugendste Zeugnis für einen Offizier, der beispielhaft preußische Tugenden vorlebte. Ein damaliger Insider, der die Ereignisse aus nächster Nähe im Verteidigungsministerium miterlebte, meinte

resigniert: „Leider gibt es heute keinen von der Marwitz mehr!“

Auf der Todesanzeige von Oberst Joachim Krase, der am 24. Juli 1988 verstirbt, steht als Motto ein Zitat von Antoine de Saint-Exupéry aus dem „*Kleinen Prinzen*“:

„*Man sieht nur mit dem Herzen gut. Das Wesentliche ist für die Augen unsichtbar.*“

Ein Offizier des MAD meinte dazu. „Krase hätte für sich keine treffendere Aussage machen können!“ □

Wählte Ungnade

Während des Siebenjährigen Krieges befahl Friedrich II., verbittert durch die Plünderung seiner Berliner Schlösser Charlottenburg, Schönhausen und Friedrichsfelde, das dem Premierminister Sachsens, dem Grafen Brühl, gehörende Schloß in Pforten zu zerstören. Ferner erteilte er dem Obersten Johann Friedrich Adolph von der Marwitz den Befehl, das kurfürstlich-sächsische Jagdschloß Hubertusburg zu plündern und alle wertvollen Gegenstände wie Teppiche, kostbare Möbel, Gemälde, Silberzeug und Porzellan zu beschlagnahmen und fortzuschaffen. Marwitz aber kam dem Befehl, dieses Kriegsverbrechen zu begehen, nicht nach. Als der König daraufhin den Oberst zu sich beorderte und ihn zur Rede stellte, erhielt er zur Antwort: „Solches würde sich allenfalls für Offiziere eines Freibataillons schicken, nicht aber für den Kommandeur von Seiner Majestät Regiment Gensdarmes*.“

Von diesem Tage an fiel Marwitz bei dem König in Ungnade und blieb es bis an das Lebensende. Auf seinem Epitaph** in der Friedersdorfer Kirche stehen die Worte: „... wählte Ungnade, wo Gehorsam nicht Ehre brachte.“

*) Gensdarmes = Leibgarderegiment des Königs, in späterer Zeit Bezeichnung für bewaffnete Organe der öffentlichen Sicherheit.

**) Epitaph = Grabmal; Totengedenktafel mit Inschrift.

(aus: Franz Fabian: „Der Grenadier und die Jungfrau Anekdoten aus drei Jahrhunderten“. Militärverlag der DDR, Berlin 1989, S. 63 f.)

Kießling-Affäre“ ist ein besonders eindrucksvolles Beispiel für die Tatsache, dass gegen dieses Grundaxiom immer wieder verstoßen wird. Krisen dieser Art eskalieren zu den bekannten Skandalen mit den schlimmen Folgen für die Betroffenen, hier insbesondere für den MAD, erst dann, wenn die Medien und die Öffentlichkeit den Eindruck gewinnen, dass sie von den Verantwortlichen durch Beschwichtigungen, Dementis, Halbwahrheiten oder Falschinformationen getäuscht werden, die

3) Informativ hierzu: Hans Matthias Keplinger, Die Kunst der Skandalierung und die Illusion der Wahrheit, München 2001, bes. S. 54-78; Rainer Mathes, Medienwirkung und Konflikt-dynamik in der Auseinandersetzung um die Entlassung von General Kießling. Eine Fallstudie und ein Drei-Ebenen-Modell, in: Max Kaase, Winfried Schulz (Hrsg.), Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde, Opladen 1989, S. 441-458.

ZUM BILD DES SOLDATEN

Wer an ein Tabu rührt, muss vernichtet werden

Kurzfassung eines Interviews der Wochenzeitung „JUNGE FREIHEIT“
mit Brigadegeneral a.D. Reinhard Günzel

Brigadegeneral a.D. Reinhard Günzel hat im Zusammenhang mit seiner fristlosen Entlassung aus der Bundeswehr am 4. November 2003 der Berliner Wochenzeitung „JUNGE FREIHEIT“ ein Interview gegeben, das seine Sichtweise des Vorgangs wiedergibt. Dieses Blatt wird von der „Frankfurter Rundschau“ als „rechtskonservative Wochenzeitung“ eingestuft und „die tageszeitung“ aus Berlin sieht sie als „das Leib und Magenblatt der Rechtsintellektuellen“. Die in Kassel herausgegebene „Hessische Allgemeine“ meint: „Die nonkonformistische Rechte, ‘die Apo von rechts’ (‘Die Zeit’) hat mit der ‘JUNGEN FREIHEIT’ möglicherweise ihre eigene ‘faz’ gefunden. ‘Die konservative Wochenzeitung aus Berlin’ (‘Frankfurter Allgemeine Zeitung’) „sorgt u.a. durch ihre Interviewpartner für Denkanstöße, aber auch für immer neuen Zündstoff“ („Stuttgarter Zeitung“). Die „Welt am Sonntag“ aus Hamburg stellt fest: „In der ‘JUNGEN FREIHEIT’ schreiben (u.a., die Red.) der frühere Bürgerrechtler Wolfgang Templin, der ehemalige Berliner Innensenator Heinrich Lummer ... genauso wie der bekannte Fernsehjournalist Franz Alt.“ Die Wochenzeitung selbst sieht sich als überregionale, verlagsunabhängige Zeitung Deutschlands. Wirtschaftliche, politische und publizistische Freiheit seien wesentliche Grundzüge. Aufklärung und Information werden als Ziel bezeichnet. Die Redaktion AUFTRAG berichtet auszugsweise über den Inhalt des Günzel Interviews.

Demütigungen

Brigadegeneral a.D. Reinhard Günzel, Träger des Ehrenkreuzes der Bundeswehr in Gold, betrachtet sich im Gegensatz zu der Äußerung von Bundesverteidigungsminister Peter Struck nicht als verwirrt. Er sei in allen seinen Kommandeurverwendungen, die Letzte war seine sechste, immer hervorragend beurteilt worden. Wenn nur ein Hauch eines Zweifels an seiner geistigen oder charakterlichen Eignung bestanden hätte, wäre ihm die hochsensible Aufgabe das Kommando Spezialkräfte (KSK) zu führen, nicht übertragen worden. Nach Meinung Günzels werde einer mit allen Mitteln vernichtet, der an einem Tabu rührt. „Minister Strucks Vorgehen erinnerte mich an die Methoden der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa, wo man Andersdenkende mitunter auch als geisteskrank qualifizierte. Ich bin zwar nicht eingesperrt worden, davon sind wir in Deutschland natürlich weit entfernt, aber etwas davon steckt tatsächlich im Vorgehen des Ministers. Es geht darum das konservative Lager auszugrenzen, möglichst auszumerzen da kann gar nicht hart genug dreingeschlagen werden! Deshalb auch all die Demütigungen, die man

mich hat spüren lassen.“

Als Beispiele dafür nannte Günzel, dass er sich als verwirrt habe verhöhnen lassen müssen. Er habe seine Entlassung im Prinzip aus dem Fernsehen erfahren, für die restlichen vier Stunden bis zur endgültigen Entlassung sei ihm das Tragen der Uniform sowie die Ausübung des Dienstes verboten worden. Sein Fahrer sei weggeschickt worden und das schlimmste, ihm sei verboten worden, die Kaserne zu betreten, um sich von seinen Männern nach Jahren des gemeinsamen Dienstes offiziell zu verabschieden. „Die größte Demütigung allerdings war, mir die Formel ‘Für die dem deutschen Volk geleisteten treuen Dienste ...’, Dank und Anerkennung aus der Entlassungsurkunde zu streichen. „Nach fast 41 Jahren treuen Dienens und in Anbetracht dessen, dass dieser Dank nach bisheriger Praxis nur demjenigen verweigert wird, der sich schwerer krimineller Vergehen schuldig gemacht hat, ist dies der schlimmste Versuch der Ehrabschneidung, den man einem Soldaten zufügen kann.“

Der entlassene General könne sich das Über-das-Ziel-Hinausschießen bei der Behandlung seiner Person nur mit einem Bedürfnis nach

Rache an ihm als Verräter an der vom Ministerium gewünschten Weltanschauung erklären. Die Entlassung nach § 50 des Soldatengesetzes sei an sich nur ein nüchterner Rechtsakt. Allerdings sei entscheidend gewesen das gesellschaftliche Signal: Dem Minister ging es darum der Öffentlichkeit und der Bundeswehr zu demonstrieren, wie es einem ergehe, der von der ideologischen Linie abweiche.

Der Entlassungsvorgang

Zum eigentlichen Entlassungsvorgang nach seiner Bestätigung der Echtheit seines Briefes an den CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann zu dessen stark kritisierten Redetext zum Tag der Deutschen Einheit am 03.10.2003 sagt Günzel, der Befehlshaber des Heeresführungskommandos habe ihm nahegelegt, seinen Abschied aus der Bundeswehr anzubieten. Da der KSK-Kommandeur sich jedoch keines Fehlverhaltens bewusst war, lehnte er dies ab bzw. erbat sich Bedenkzeit aus. Die Antwort sei gewesen: „Gut, rufen Sie mich bis 16 Uhr zurück – aber bis dahin hat der Minister dann schon entschieden.“ Wie, das habe er kurz darauf im Fernsehen sehen können. Niemand habe ihn an diesem Tag zur Sache selbst befragt. Ihm sei nur befohlen worden sich am nächsten Tag um 14 Uhr beim Inspekteur des Heeres im Bundesverteidigungsministerium zu melden. Dort angekommen sei ihm um 14.15 Uhr das erste Mal Gelegenheit gegeben worden, gegenüber einem subalternen Beamten zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen, worauf er verzichtet habe, da zu diesem Zeitpunkt seine Entlassung bereits beschlossen, verkündet und unterschrieben gewesen wäre. Die Behauptung von Minister Struck, er sei vor seiner Entlassung von einem seiner Beamten gehört worden, betrachte er als reinen Zynismus.

Als Günzels Fahrer angewiesen worden sei, ohne seinen Kommandeur zurückzufahren, da dieser nicht mehr im Dienst sei, habe sich

der einfache Mannschaftsdienstgrad gegenüber einem Oberstleutnant widersetzt, und wenn er sich einen Leihwagen nehmen müsse, sei die Antwort gewesen. Darauf habe man den Fahrer in Ruhe gelassen.

Zur Reaktion in der Truppe befragt, erklärte der Ex-General, im Gegensatz zu seinen Vorgesetzten und Generalskameraden habe sich die Truppe solidarisch verhalten. Die Männer seien schlicht schockiert gewesen. Einige wollten spontan ihr Barrett hinwerfen, wovon er sie abgehalten habe, da es nichts genützt hätte. „Eben ist das KSK noch für seinen Einsatz in Afghanistan gelobt worden, und nun wird es durch einen solchen Umgang mit seinem Kommandeur, der wie ein Hund fortgejagt wird und dem man den Abschied von seiner Truppe verweigert, beleidigt.“

Zu Soldatenethos und Primat der Politik

Er habe nicht erwartet, das Generale und Offizierkameraden gegen seine Entlassung nach dem Soldatengesetz § 50 protestiert hätten, da der Minister dazu das Recht ohne Angabe von Gründen habe. „Aber man

hätte erwarten können, dass sie gegen eine unehrenhafte Entlassung protestiert und mir ihren menschlichen Beistand versichert hätten. Ganze fünf von 120 Generalen des Heeres haben mich später angerufen bzw. mir geschrieben. ... Ich glaube, ein gemeinsamer Protest einiger militärischer Führer hätte schon etwas bewirkt.“ Aber er habe sich schon 1984 als frischgebackener Major darüber gewundert, dass kein Kommandierender General für General Kießling aufgestanden sei. Dieser Fall sei jedoch 1984 undurchsichtiger gewesen als seiner im Jahr 2003, wo jeder die Dokumente – die Rede Hohmanns und seinen Brief an diesen – in der Presse nachlesen konnte. Dagegen habe die Generalität der Wehrmacht zu ihrem Kameraden, dem General und Oberbefehlshaber des Heeres, Werner Freiherr von Fritsch gestanden und seine Rehabilitierung durchgesetzt, als dieser wegen angeblicher Homosexualität von Hitler entlassen worden war. „1984 gab es in der Bundeswehr keine Soldaten mehr, die noch in der Wehrmacht gedient hatten. Man kann also im Fall Kießling durchaus die Be-

währungsprobe des neuen Erziehungsideals der Bundeswehr sehen“, meint der Brigadegeneral a.D.

Er verneint im weiteren Verlauf des Interviews die Frage, ob es in der Bundeswehr noch ein Offizier- oder Soldatenethos gebe. Und zum Primat der Politik sagt er, das Bild vom Staatsbürger in Uniform klinge theoretisch in der Tat gut. Aber statt zu selbständigen mündigen Persönlichkeiten wurden die Soldaten „in direkter Abhängigkeit von der Politik mehrheitlich zu devoten Erfüllungshelfern.“ Vielleicht sei der Staatsbürger in Uniform doch ein zu hehres Erziehungsideal. Brigadegeneral a.D. Günzel bezeichnet es als delikat, „dass ausgerechnet die Bundeswehr, die als einzige Wehrmachtstradition den 20. Juli 1944 gelten lässt, mit eiserne Faust zuschlägt, wenn der Primat der Politik auch nur im Ansatz angekratzt wird. Es ist also pure Heuchelei, wenn die Verteidigungsminister von Strauß bis Struck die Männer des 20. Juli in den Himmel heben, ihrer Generalität aber jeden Hauch von geistiger Eigenständigkeit verbieten.“ (bt)

POLEN: Die Caritas der Truppe

JOACHIM GEORG GÖRLICH

Nach der „Wende“ wurde in Polen auch die Militärseelsorge – eine einmalige Erscheinung in einer kommunistischen Armee – neu organisiert. Und so wurde vom heutigen Feldbischof Generalmajor Leszek Slawoj Glodz auch eine „Militär-CARITAS“ eingerichtet, deren Direktor heute der geistliche Oberstleutnant Robert Mokrzynski ist.

Im Prinzip erfüllt die CARITAS des polnischen Militärs die Aufgaben, die auch die zivile Caritas innehat. Besonders nimmt sie sich aber in Not geratener Soldatenfamilien, der Soldatenwitwen und deren Kinder an. Für die Jugend und Kinder werden die allsommerlichen „Ferien mit Gott“ organisiert. Und dann ist Polens Streitkräfte-CARITAS z.B. auch auf dem Balkan und im Irak tätig.

Wie aus der Warschauer illustrierten postkommunistischen „Polityka“ hervorgeht, jobben in den Strukturen der Militär-CARITAS auch einstige entlassene Politoffiziere der polnischen Volksarmee. Sie müssen wohl eine ideologische Kertwende um 180 Grad durchgemacht haben.

Polen kennt keine Kirchensteuer und die Finanzen der polnischen Armee sind knapp. Also muss Geld beschafft werden. So ist es verständlich, dass zur Mitarbeit das „Repräsentative Kulturensemble des Polnischen Militärs“ mit Symphonie- und Blasorchester, Chor und Ballett herangezogen wird. Und der „Polityka“ schmeckt es natürlich gar nicht, dass der konservative katholische Sender „Radio Maryja“ sowie dessen Zeitung „Nasz Dziennik“ (Unser Tageblatt) die CARITAS der Armee tatkräftig unterstützen.

Zudem gibt es einen „Caritas-Musikverlag des Feldordinariats des Polnischen Militärs“, der mit Eigenreklame und Hilfe des Konzerns „Radio Maryja“ unter dem umstrittenen Pater Rydzik erfolgreich CD's herausgibt. Das Repertoire ist umfangreich: Kirchenlieder, polnische Weihnachtslieder, die Europahymne und Lieder mit patriotischen Inhalt, wie z.B. mit der einstigen zweiten Nationalhymne Polens, der „Rota“, deren zweite Strophe so lautet: „Es wird uns nicht mehr der deutsche ins Gesicht speien, unsere Kinder germanisieren ...“ usw. Die „Rota“ ist inzwischen mit Blick auf Berlin und die NATO offiziell abgeschafft. Sie wird bei offiziellen Anlässen – Ausnahme sind die der Nationalisten – nicht mehr gesungen und gespielt. □

RUSSLAND:

Radikale Nationalisten und Faschisten

PAUL ROTH

Die Dumawahl 2003 wurde ein voller Erfolg Putins. Zwar gibt es verschiedene Fraktionen in der Duma, doch hat die Partei Putins „Einiges Russland“ von 450 Sitzen in der Duma alleine 229, die an zweiter Stelle liegende Kommunistische Partei jedoch nur 52. Im Übrigen vertreten russische Medien die Auffassung, dass Putin es insgesamt mit einem „braven“ Parlament zu tun hat, das seinen Weisungen folgt. An dritter Stelle liegt in der Duma „Heimat“ mit 37 Abgeordneten. Hier sind sicherlich auch ausgesprochene Nationalisten zu finden. Von den beiden Organisationen, die man in Russland als „nazistisch“ oder „faschistisch“ bezeichnet – „Russische Nationale Einheit“ und die „National-bolschewistische Partei“ – gibt es keine Fraktion in der Duma. Daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, es gäbe keine „Nazis“ in Russland, wäre jedoch voreilig. Allerdings stolpert man sehr bald über die Frage, wen man denn als „Nazi“ bezeichnen kann. Reicht ein radikaler Antisemitismus, ein Ultranationalismus, die Formung eines Feindbildes, die Überzeugung von der eigenen Unübertrefflichkeit, die Anwendung von Gewalt, die Ablehnung einer Demokratie, die Einstellung „Macht geht vor Recht“ usw.? Alle diese Kennzeichen finden wir verstreut über die verschiedenen Parteien sowohl des rechten wie des linken Flügels.

Wiatcheslaw Lichatschow urteilt in seinem Buch „Nazismus in Russland“ (Moskau 2002): „Die Organisation radikaler Nationalisten und unverhüllter Nazisten sind zu untrennbaren Bestandteilen des politischen Spektrums des demokratischen Russland geworden ... In den vergangenen zehn Jahren konnten Gruppen, die sich zum Nationalsozialismus, zum Faschismus, zu den „Schwarzhundertern“ und politisierten Neuheidentum bekehrten, ungehindert wirken.“

Lichatschow führt in seinem Buch die beiden bereits erwähnten

Organisationen als Vertreter des Nazismus auf, ferner die „kahlgeschoenen Rassisten – die Skinheads“.

Lassen sich Vertreter dieser Gruppen mit ihren Attributen – z.B. Armbinde mit etwas verfremdeten Hakenkreuz oder durch den Gruß mit erhobener rechter Hand – in der Öffentlichkeit sehen, so greifen dies die russischen Medien durchweg rasch auf. Vor den letzten Parlamentswahlen 2003 berichtete z.B. die „Nesawisimaja gaseta“ über Ausschreitungen der Skinheads (20.05./24.06./03. u. 8.10.2003) offener über Störaktionen durch zwei Angehörige der „National-Bolschewistischen Partei“ (10. u. 18.11.2003.).

Schleifspuren der Vergangenheit

Der Zusammenbruch der Sowjetunion, der Rückgang der staatlich verordneten Ideologie, der Verlust der Großmachtposition führten nicht nur zu Hoffnungen auf eine Demokratie, auf den Lebensstandard westlicher Demokratien. Sie brachten natürlich auch eine Verwirrung, vor allem eine Enttäuschung über den „Abstieg“ Russlands in Richtung auf ein Entwicklungsgebiet mit sich. Zu Beginn der 90-er Jahre geisterte sogar die Meinung umher, Russland befinde sich etwa im Stadium der deutschen Weimarer Republik, die 1933 durch das „3. Reich“ der Nazis abgelöst wurde. Dies ist nicht eingetreten, aber ganz allgemein kann man einen „Ruck nach rechts“ zu nationalpatriotischen Thesen verzeichnen. So wird z.B. Putins Entscheidung für die Fortsetzung des militärischen Einsatzes in Tschetschenien von vielen Bürgern als positiv gewertet und soll mit zu seinem hohen Ansehen beigetragen haben. Mit diesem Einsatz habe er einer weiteren Aufspaltung Russlands vorgebeugt. Putins Partei trägt sicher nicht zufällig den Namen „Einiges Russland.“ Wirft man einen Blick in die Vergangenheit Russlands/der Sowjetunion, so findet man dort viele

Meinungen und Überzeugungen, die heute aufgesplittet nicht nur bei jenen zu finden sind, die man als „Nazis“ bezeichnen kann. Ein Grund ist sicherlich, dass es in Russland niemals eine funktionierende Demokratie gegeben hat.

Im 19. Jahrhundert waren die Slawophilen Vertreter der Autokratie des Zaren. Sie wollten das einfache Volk vor ausländischen Einflüssen bewahren, weil diese den Glauben an Kirche und Monarchie untergraben. Das Wort vom „Heiligen Russland“ und seiner Erlöserrolle für andere Völker taucht auch heute immer wieder auf. Und die Stimmen, die den unheilvollen Einfluss westlicher Kultur und Politik beschwören, sind unüberhörbar. Dass der Antisemitismus zur Zarenzeit mit Unterstützung von oben die Köpfe vernebelte – zusammen mit der Warnung vor den Freimaurern – ist allgemein bekannt. Die berühmte Fälschung der „Protokolle der Weisen von Zion“ stammt aus Russland. Deutsche und russische Antisemiten brachten diese „Protokolle“ 1918 mit nach Deutschland. (W. Laqueur. Der Schoß ist fruchtbar noch. München 1993, S. 59). Der Patriotismus aus der Zarenzeit wurde unter Stalin zum Sowjetpatriotismus. In der Sowjethymne aus der Kriegszeit hieß es „Der unverbrüchliche Bund der freien Republiken wurde durch die große Rus zusammengeschweißt“. Bemerkenswert ist dabei die Verwendung der Bezeichnung „Rus“, die sich ursprünglich auf die Kiewer Rus bezog. Verbunden war damit die Überzeugung, die durch eine entsprechende Geschichtsschreibung untermauert wurde, dass Russland sein Reich immer friedlich ausgedehnt habe, und für die neuen Untertanen immer ein Förderer und Geber gewesen sein soll. Den Völkern der Republiken, die nach dem Zerfall der Sowjetunion selbstständig geworden sind, wird ziemlich unverhohlen Undankbarkeit vorgeworfen.

Der Abgeordnete und ehemalige Jelzin-Demokrat drückte seine Mei-

nung zum demokratischen Russland so aus (A. Medwediew in „Nowoje wremia“ Nr. 17/1992): „Ich bin durch und durch Russe. Deshalb ist mir ein einiges Russland wichtiger als ein demokratisches Russland.“ Der machtpolitische und ökonomisch-soziale Niedergang des „Heiligen Russland“ wurde durch eine Dolchstoßlegende erklärt, dabei bot sich aus der Vergangenheit der Mythos einer Weltverschörung durch Juden und Freimaurer direkt an. Sie identifizierte man mit Kapitalismus, Liberalismus, gesellschaftlichen Modernisierungsentwürfen. Die absurdesten Beschuldigungen waren zu lesen. So z.B. in dem Organ der „Nationalen Volkspartei“ „Era Rossii“ (Die Ära Russlands. Nr. VIII/ 1998) gegen die Juden: „Indem sie den seinem Blut nach besten Vertreter des Volkes, sein Oberhaupt rituell ermordet haben, begannen die Juden mit der Ausrottung der Russen und der ganzen weißen Rasse. In dem Artikel wird behauptet, die Ermordung der Zaren-Familie sei ein jüdischer Ritualmord gewesen. Vor der Ermordung sei aus Moskau ein schwarzbärtiger Rabbiner gekommen, der nach der Tat die abgeschnittenen Köpfe der Zaren, der Zarin und des Zarewitsch nach Moskau gebracht hat. Weiter heißt es im Text: „Das Hakenkreuz – das arische Gotteszeichen – wurde von der Zarin im Haus Ipatiew kurz ihrem Tod angeschrieben. So wurde das mystische Zentrum des Weißen Imperialismus bezeichnet, dessen Zeit unaufhaltsam naht...“

„Pamjat“ als Vorreiter

In den späten 70-er Jahren entstanden in Russland eine Reihe von patriotischen Gruppierungen, die sich für die Restaurierung von Kirchen einsetzten, siegreicher Schlachten gedachten, Dichter, Maler, Komponisten anzogen, wobei die meisten Mitglieder der KPdSU waren. 1983 gab man sich den Namen „Pamjat“ (Gedächtnis). Die Gesellschaft war als historischpatriotische Organisation eingetragen. Die Führungsrolle



nahm der ehemalige Photograph D. Wassiljew ein. Im Mittelpunkt stand zunächst der Kampf gegen den Alkoholismus. Doch bald wurde dies durch Antisemitismus abgelöst, die „Protokolle der Weisen von Zion“ wurden zu einer Art Lehrbuch. Alle Parteien in Russland haben Absplitterungen durchmachen müssen. Grund dafür konnten Streitigkeiten über die Ideologie, über das Auftreten in der Öffentlichkeit sein, aber auch Rivalitäten zwischen führenden Persönlichkeiten innerhalb der Partei. 1990 wurde A. Barkaschow aus „Pamjat“ ausgeschlossen und gründete zusammen mit V. Jakuschew, der ebenfalls aus „Pamjat“ kam, die Gruppe „Nationale Einheit für ein freies, starkes und gerechtes Russland“. Beide verfeindeten sich sehr bald, es entstanden zwei Organisationen: Die „Nationale-soziale Union“ (NSU) unter Jakuschew und die „Russische nationale Einheit“ unter Barkaschow. Aber auch die „Liberaldemokratische Partei von W. Schirinowski eignete sich Parolen gegen Fremdeinfluss und für Antisemitismus an. So ist es nicht verwunderlich, dass Jakuschew zur Partei Schirinowskis abwanderte. Im Dezember 1991 wurde der „Bund des Gesamten Volkes Russlands“ ge-

RUSSISCHE NATIONALE EINHEIT

RUSSLAND HARRT
DEINER ENTSCHEIDUNG!

HEUTE SCHWÖRT DERJENIGE,
DER EIN SCHWARZES HEMD
ANZIEHT, DEM VATERLAND
UND DER NATION:
RUSSLAND ODER DER TOD

Aus der Zeitschrift „Russische Ordnung“ der Partei Barkaschows „Russische Nationale Einheit“.

(Abb.: Archiv P. Roth)

gründet. In dieser rechtsradikalen Sammlungsbewegung waren vor allem national-patriotische und offen national-sozialistische Kräfte vertreten, so z.B. aus „Pamjat“-Gruppen und aus der „National-sozialen Union“ Jakuschews. In den russischen Medien tauchte die Bezeichnung „Rot-Braune“ auf. „Pamjat“ als Organisation hat in den 90-er

Jahren zunehmend an Einfluss und Bedeutung verloren.

Die „Russische Nationale Einheit“ Barkaschows

Über die Trennung Barkaschows von „Pamjat“ ist berichtet worden. Der 16.10.1990 wird als Gründungsdatum der „Russischen Nationalen Einheit“ (RNE) genannt. Seit September 2000 splitterten sich mehrere Gruppen von der RNE ab. Einige Gruppierungen erheben Anspruch auf den alten Namen, eine Splittergruppe nennt sich „Russische Wiedergeburt“, eine andere „Slawischer Bund“. In ihrer Blütezeit soll die RNE etwa 15000 Mitglieder gehabt haben. Die Abspaltungen haben diese Zahl sehr vermindert, jedenfalls sind es nur noch einige Tausend. Immerhin ist RNE in den meisten Regionen Russlands verbreitet, ferner hat sie Gruppierungen in Weißrussland, Lettland, Ukraine, Estland. Die RNE ist immer nur regional registriert worden, jedoch nicht für Gesamttrussland. Die Bewegung ist nicht in der Duma als Partei vertreten, bestenfalls sind Einzelmitglieder in der Duma vorhanden. Die Bewegung ist hierarchisch gegliedert. Die Mitglieder sind aufgegliedert in

„Kampfgenossen“, „Mitkämpfer“ und „Anhänger“. An Wahlen nimmt sie nicht teil; Wahlen seien eine „demokratische Narretei“. Die Mitglieder werden militär-patriotisch geschult, dazu gehört auch eine halb-militärische Ausbildung. Hinweise, wie sie sich vor Gericht zu verhalten hätten, werden in speziellen juristischen Konsultationen vermittelt. Die Mitglieder sind verpflichtet, das Agitationsmaterial zu verbreiten, neue Anhänger zu werben. Die Mitgliederfluktuation ist groß.

Das Zentralorgan „Russische Ordnung“ erscheint seit 1992. 1999 wurde es einmal gerichtlich verboten, erscheint jedoch unregelmäßig wieder. Die Auflage schwankte im Laufe der Jahre zwischen 25.000 und 500.000, falls diese Angaben zuverlässig sein sollten. Das Logo auf der Titelseite ist ein verfremdetes Hakenkreuz. Als ein Hauptfeind Russlands werden die USA angeprangert, hinter denen angeblich Juden und Freimaurer stehen. Barkaschow gilt als Verehrer Hitlers, dessen Bild in seiner Wohnung aufgehängt ist. Als Beispiel für die wirre Ideologie der Bewegung einige Zitate aus der „Russischen Ordnung“ (1/1998): „Für uns gibt es keine Faschisten, keine Kommunisten, keine Demokraten es gibt die, die für Gott sind, und jene, die für den Teufel sind. Darum ist der Nationalsozialismus das Reich Gottes auf Erden, und unsere Aufgabe ist es nicht, ins Reich des Antichristen zu gehen. Das ist unsere Ideologie, religiös im höchsten Sinne des Wortes. Unser russisches Volk ist mit seiner tausendjährigen Geschichte ein besonderes Volk; diese Besonderheit hat messianischen Charakter und bedeutet, dass wir bis zum Ende ausharren müssen, wenn schon alle sich vor dem geistlosen Westen verneigen. Wir sind ausgewählt vom Gottessohn Jesus Christus“.

Artikel Barkaschows, die er von 1992-1994 in „Russische Ordnung“ veröffentlicht hat, sind als „Azбука Russkogo Nationalista“ (Moskau 1994) zusammengefasst worden. Unter anderem erwähnt er darin eine Himmelserscheinung im Jahre 1991, ein Andreaskreuz und ein Hakenkreuz seien am Abendhimmel erschienen. In dem erwähnten ABC des „Russischen Nationalisten“ hat auch

ein Artikel eines Hauptmanns S. Rogoschin über die nationale Herkunft Jesu Christi seinen Platz gefunden (S. 68 ff.). Jesus und Maria, sowie elf der Apostel seien keine Juden gewesen, nur Judas sei Jude gewesen. Selbstverständlich habe Jesus nichts zu tun mit dem schrecklichen Judengott Jahwe.

Die „Rot-Braunen“

Im Einleitungstext sind zwei Organisationen – die „Russische Nationale Einheit“ und die „National-Bolschewistische Partei“ (über die noch zu berichten sein wird) – erwähnt worden. Sie werden in Russland durchweg als „nazistisch“ oder „faschistisch“ bezeichnet. Überprüft man jedoch, wie viel Gedankengut man bei anderen Organisationen und Parteien antrifft, das stark an die Propaganda der deutschen Nazis erinnert, so ergibt sich eine ganze Kette, zumal selbst die Kommunistische Partei unter Sjuganow antisemitische Positionen vertritt, die These von der nationalen Ausschließlichkeit Russlands. Als die Moskauer Stadt-Duma am 29.10. 1997 der Staats-Duma einen Gesetzesentwurf vorlegte, der die Verherrlichung oder auch Leugnung von Naziverbrechen unter Strafe stellen sollte, wurde er u.a. mit den Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Ungestraft konnte man Ende der 90-er Jahre in Russland Hitler rühmen, konnte behaupten, dass es weder einen Genozid noch Gaskammern gegeben hätte.

Der Verlag „Panorama“ veröffentlichte 1999 in Moskau ein Buch „Politische Fremdenfurcht. Radikale Gruppen“, in dem eine Aufzählung der „National-Patrioten“ von 1995-1999 veröffentlicht wurde. Sie umfasste die Themen „Russischer Nationalismus – Orthodoxer Fundamentalismus Antisemitismus und Fremdenfurcht – Russische National Patriotische Organisationen. Sie umfasst 89 Organisationen und Parteien. Davon, sind zehn noch einmal zusätzlich mit der Zwischenüberschrift „National-Radikale als kriminelle Bedrohung der Gesellschaft“ aufgeführt. In diesem Abschnitt ist die Organisation Barkaschows und sind die „Skinheads“ aufgeführt.

Barkaschows Organisation hat sich die Aufgabe gestellt, eine militä-

risch organisierte Gruppierung zu schaffen. Dieser wird vorgeworfen, u.a. als Schutztruppe für Geschäfte und Unternehmer Geld zu erpressen. Mehr als ein Dutzend kriminelle Aktionen – darunter auch Mord und Totschlag – hat Lichatschow in dem bereits erwähnten Buch als Aktionen von Mitgliedern Barkaschows ausgeführt. Der von der Organisation eingeführte Gruß der Mitglieder ist die rechte erhobene Hand mit ausgestreckter Hand und dem Ruf „Ruhm für Russland“.

Limonows national-bolschewistische Partei

Die national-bolschewistische Partei (NBP) bezeichnet ihren Gründungstag als den 28.11.1994, als ihre Zeitung „Limonka“ erschien. Die Gründungsmitglieder deuteten bereits den recht chaotischen Kurs ihrer Partei an. Da war einmal der Esoteriker A. Dugin. Der trennte sich später von der Partei und schuf die Partei „Eurasien“. Da war ferner der Rockmusiker I. Letow. Zahlreiche jüngere Musiker und Künstler aus der russischen Bohème schlossen sich bald an. Für sie war die neue Organisation eine Art „Gegenkultur“. Und schließlich der Schriftsteller E. Limonow, der einmal E. Sawenko hieß.

Limonow verbrachte seine Jugend im Charkower Kriminellenmilieu. In Moskau verfasste er Gedichte, publizierte im Samisdat, bewegte sich im „Underground“. 1974 konnte er in die USA emigrieren, lebte in New York, übte die verschiedensten Berufe aus. Sein 1976 verfasstes Buch „Ich Editschka“, eine Mischung von Politischem Extremismus und naturalistischen Sexbeschreibungen wurde ein Erfolg und in 15 Sprachen übersetzt. Seit 1983 lebte er in Paris, arbeitete mit linken und rechten Herausgebern zusammen, nahm 1987 die französische Staatsbürgerschaft an, kehrte 1991 nach Russland zurück, ging in die Politik. 1992 trat er in die „Liberaldemokratische Partei“ Schirinowskis ein, zerstritt sich mit ihm gegründete schließlich die NBP mit den erwähnten Gründungsmitgliedern. Nach eigenen Angaben nahm er an fünf Kriegen teil, so auf Seiten der Serben, der Abchasen, im Tschetschenienkrieg auf russischer Seite.

Ein feststehendes Programm der Partei ist kaum festzustellen. Da sind Elemente des frühen Nazismus, des Anarchismus, des Trozismus und sogar des religiösen Fundamentalismus zu finden. Für zahlreiche Mitglieder ist die Politik eine Art Selbstverwirklichung in neuer Form, Fortsetzung von Literatur und Politik. Ganz allgemein könnte man Limonows Ansichten als ein Gemenge von verschiedenartigem Radikalismus mit Sexismus bezeichnen. 1996 betrieb die Partei eine Zusammenarbeit mit anderen radikalen nationalistischen Parteien. Im gleichen Jahr führte Limonow den „Tag der russischen Nation“ ein. Straßendemos machten die Öffentlichkeit auf die NBP aufmerksam. Dazu kamen Aktionen gegen ausländische Botschaften. 1997 eine Besetzung des Kreuzers „Aurora“, der Versuch, eines separatistischen Aufstandes der russischen Bevölkerung im Nord-Kaukasus usw. Zusammenstöße mit Vertretern anderer Parteien, mit der Miliz wurden im Jahre 2000 gekrönt durch Aktionen gegen Präsident Putin. Den Terrorangriff am 11.09.2001 in New York begrüßte Limonow. Die amerikanische Politik verurteilt er, den Krieg in Tschetschenien betrachtet er als sinnlos. Der Name des Parteiorgans „Limonka“ kann als Ableitung von seinem Namen gedeutet werden; „Limonka“ ist jedoch auch eine Handgranate. In einer ihrer Ausgaben (Nr. 97/1998) konnte man Hinweise darauf lesen, wie und wo man sich illegal Waffen beschaffen kann und eine Gebrauchsanweisung für die Herstellung von Molotw-Cocktails.

Der Parteigruß lautet „Ja, Tod“, die rechte Hand wird mit geballter Faust erhoben. Das Parteiabzeichen sind Sichel und Hammer auf weißem Grund und rotem Tuch. Für die „geniale „Phantasie Limonows soll das Beispiel Krim angeführt werden. Als 1994 ein Streit um die Zugehörigkeit der Krim entbrannte, begab sich Limonow in die Ukraine und agitierte für den Anschluss der Krim an Russland. In seinem Artikel „Szenarium für einen bewaffneten Aufstand“ hieß es u.a.: „Heute darf man einen



Aufstand nicht in Moskau beginnen - aus vielen Gründen. Vor allem muss man den Funken für einen Aufstand aus den Grenzen Russlands herausverlegen. Der ideale Platz dafür ist die Krim. Nur muss man begreifen, dass die Entstehung eines Konfliktes zwischen den russischen Bevölkerung und den ukrainischen Besatzungstruppen nicht als Eigenziel anzusehen ist, sondern nur als erster Schritt für einen bewaffneten Aufstand mit dem Ziel des Machtwechsels in Moskau“ (zit. nach: Lichatschow, S. 70). Die ukrainischen Behörden lassen Limonow nicht mehr ins Land.

Am 07.04.2001 wurde Limonow in Russland festgenommen. Angeblich bereitete seine Partei ein Eindringen in Kasachstan vor, um Partisanenverbände zu schaffen. Er wurde angeklagt wegen Terrorismus, Aufruf zum Sturz der gesetzmäßigen Ordnung, Organisation bewaffneter Verbände. Es drohten 25 Jahre Haft. Nach zwei Prozessjahren blieb als Anklage nur noch der illegale Waffenwerb. Er wurde zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. In der Haft schrieb er sieben Bücher und zahlreiche Artikel. Die Zeitung „Limonka“ wurde zeitweise verboten, weil sie zum Rassenhass und zur Gewalt gegen den

"NBP!
VOLKI
ORDNUNG!"

Aus der Zeitschrift "Sturmowik" der "National-Bolschewistischen Partei" Limonows.

Staat aufgerufen hatte. Nach zweijähriger Haft wurde Limonow am 18.06.2003 aus der Haft entlassen. Nach seiner Entlassung gab er den „Moskowskie nowosti“ (Nr. 36/2003) ein Interview. Auf die Frage, ob er die Lust an der Politik verloren hätte, antwortete er: „Nein. Im Gegenteil, ich bin nur in meinen Überzeugungen bestärkt worden.“

Organisation „Werwolf“ und „Himmlische Arier“

Die Skizzierung der beiden größeren Organisationen könnte den Eindruck hinterlassen, dass sie mit ihrem Gedanken-

gut sozusagen einsam in der politischen Landschaft Russlands dastehen. Es gab und gibt jedoch eine ganze Reihe von Organisationen und Gruppierungen, die als extremistische nationalistische Zusammenschlüsse reichlich Gedankengut des Faschismus übernommen haben. Hier sollen nur zwei davon aufgeführt werden.

Da war z.B. die Untergrundorganisation „Legion Werwolf“, die 1994 von sich reden machte. Sie forderte u.a. die „endgültige Lösung der jüdischen Frage durch radikale Methoden“. Ihre Legionäre verhielten sich u.a. äußerst feindlich gegenüber dem Christentum, vertraten ein Neuheidentum im germanischen Sinne. Daneben existierte eine kleine Gruppierung von „Himmlischen Ariern“, die einen Sprengstoffanschlag auf eine Moskauer Synagoge inszenierten.

Noch radikaler gebärdete sich der „Russische Nationale Bund“ (RNS) in den Jahren 1994-1998 in Moskau. Seine kleine „Sturmabteilung“ organisierte Angriffe auf Sekten. Seit 1996 stellten Skinheads Teilnehmer an deren Aktionen gegen Kaukasier, Asiaten, Obdachlose, Juden. Eine Zusammenarbeit mit einer orthodox-fundamentalistischen

Gruppe machte den Unterschied zum Neuheidentum deutlich, gleichzeitig jedoch stößt man dort auf Hitlerverehrung und Hass auf die Juden als „Teufel“.

Die nationalistischen Gruppierungen brauchten natürlich Finanzen. Es waren jedoch nur wenige Unternehmer bereit, den „Patrioten“ Geld zur Verfügung zu stellen. So waren diese Organisationen auf Spenden, bzw. Mitgliedsbeiträge angewiesen. Vor allem aber besorgten sie sich ihre Finanzen durch die Schaffung von Bewachungsunternehmen. Diese kassierten seit Beginn der 90-er Jahre – mit entsprechendem Druck – Geld von den Geschäftsleuten. Der Unterschied zu den kriminellen Banden, die von den Geschäftsleuten ebenfalls „Schutzgelder“ abkassieren, ist oft nur schwer festzustellen.

Die Skinheads

Die aggressiven kahlgeschorenen Halbwüchsigen sind inzwischen zu einem bekannten Anteil der Bevölkerung von Großstädten geworden. Sie bilden keine politische Bewegung im eigentlichen Wortsinn, haben keine gemeinsame Organisation, zerfallen in zahlreiche Gruppen, die durch eine Weltanschauung, ihre äußeren Kennzeichen und ihren Umgangsstil verbunden werden. Sie kämpfen brutal gegen die „Nichtslawen“ in Russland, wie gegen Asiaten, Farbige und teilweise auch gegen Juden. Unter ihnen sind keine „roten“, „Skinheads“ zu finden (Kommunisten, Anarchisten), vielmehr ist der Rassismus vom braunen Flügel – der Rassismus – ihre Ideologie in Russland. Seit Beginn der 90-er Jahre tauchen sie in Russland auf. Im Jahre 2002 soll es einige tausend in den Großstädten gegeben haben, kleinere Gruppierungen in anderen Orten. Ihre Symbolik haben sie teilweise von den deutschen Nazis übernommen: Hakenkreuz und Totenkopf. Zu ihren Losungen gehört u.a. „88“ (Chiffrierung nach den Buchstaben „Heil Hitler“). Auch finden sich Tätowierungen mit nazistischer Symbolik. Für ihre Kleidung ist die Farbe schwarz typisch und die Kopie von Uniformen der Bundeswehr. Schwere Stiefel mit Stahlbeschlag werden gerne im „Kampf“ eingesetzt. Die

Skinheads verbreiten mehrere Zeitschriften; mehrere musikalische Bands reisen durch Russland. Ihre Namen sind eindeutig: „Kolowrat“ (= Hakenkreuz), „Totenkopf“, „Terror“, „Vandale“ usw. Allein in Moskau soll es 20 Skin-Bands geben. Die Ideologie der Skinheads tritt jedoch in den Hintergrund gegenüber ihren Direktaktionen auf den Straßen. In Moskau kommt es auch zur Zusammenarbeit mit der Partei Limonows. Seit dem Beginn des Jahres 1998 mehrten sich die gewaltsamen Aktionen der Skinheads. Es begann am 20.04. (Geburtstag Hitlers) mit der Mitteilung an Zeitungen, man werde jeden Tag einen Schwarzen umbringen. Seitdem vergeht kaum ein Monat, in dem nicht ein Farbiger, ein Afrikaner, ein Kaukasier, kurz ein „Nichtslawe“ von Skinheads überfallen, verprügelt oder sogar ermordet worden ist. Auch ausländische Studenten, ja sogar Angehörige ausländischer Botschaften gehörten zu den Opfern.

Großes Aufsehen erregte am 30.10.2001 der Überfall von 250 bis 300 bewaffneten Jugendlichen auf den Markt bei der Moskauer U-Bahn-

station „Zarizino“. Sie verprügelten die Händler aus dem Kaukasus. 22 Opfer mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden, zwei davon starben. Farbige Auslandsstudenten wagen sich teilweise nicht mehr alleine auf die Straßen.

Die Situation hat sich, wie man der russischen Presse entnehmen kann, offensichtlich nicht verbessert. Die „Vereinigten Brigaden 88“ der Skinheads sollen in Moskau bis zu 200 Personen umfassen. Nach Angaben des Innenministeriums soll es bis zu 15.000 Mitglieder extremistischer Skinheads in Moskau geben. Dass die Bewegung auch in anderen Großstädten Russlands weiter Anhänger hat, ist einem Prozess gegen jugendliche Skinheads in Nowosibirsk im Oktober 2003 (Nesalwisimaja gaseta 08.10.03) zu entnehmen. Bei Hausdurchsuchungen bei den Angeklagten wurden Veröffentlichungen der RNE gefunden, u.a. Hitlers „Mein Kampf“. Erschreckend ist hierbei, dass sich zahlreiche Jugendliche im Alter von unter 18 Jahren den Skinheads angeschlossen haben. □

Schwieriger Aufbauprozess der Kirchen in Russland

Die materielle Not der katholischen Kirche in Russland hat der Bischof der südrussischen Diözese Saratow, Clemens Pickel, beklagt. Während in Deutschland die „Wende“ fast schon vergessen sei, bedeute sie für die Christen in Russland eine „sehr schwere Wiedergeburt“, sagte Pickel am 5. März zum Auftakt des Kongresses „Treffpunkt Weltkirche“ des katholischen Hilfswerks „Kirche in Not/Ostpriesterhilfe“ in Augsburg.

Der Wiederaufbau von Strukturen sei nicht nur für die katholische, sondern auch für die orthodoxe Kirche ein schwieriger Prozess, betonte der aus Deutschland stammende Geistliche. Nach wie vor sei die katholische Kirche in Russland auf die Unterstützung durch Hilfswerke wie „Kirche in Not“ oder Renovabis angewiesen. Viele polnische Priester versuchten, durch Bettelpredigten in der Heimat ihre russischen Gemeinden über Wasser zu halten.

Zu den Spannungen zwischen der russisch-orthodoxen und der katholischen Kirche in Russland sagte Pickel, die beiden Kirchen stünden sich theologisch in Wirklichkeit sehr nahe. Es sei auch für ihn nach 14 Jahren in Russland noch immer undurchschaubar, warum die orthodoxe Kirche Angst vor der katholischen Kirche habe. Eine Ursache sei möglicherweise die bessere Ausbildung katholischer Priester, die im Vergleich zu ihren orthodoxen Kollegen alle ein Theologiestudium hätten, sagte der Bischof. Menschen mit drängenden Lebensfragen würden sich deshalb bevorzugt an katholische Geistliche wenden. Eine weitere Ursache sieht Pickel in dem Konflikt beladenen Verhältnis zwischen Russen und Polen in der Vergangenheit. Von den 250 katholischen Priestern in Russland stammt ein großer Teil aus Polen. (KNA)

Widersprüchliche Tendenzen

Der optimistischen Prognose des Moskauer Patriarchen Alexij II. in seiner Botschaft zum orthodoxen Weihnachtsfest am 6. Januar über eine „erfreuliche Wiedergeburt“ der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) widerspricht eine kürzlich veröffentlichte Untersuchung der auflagenstarken Moskauer Tageszeitung „Iswestija“. Der Autor des knapp ganzseitigen Artikels über die Einstellung der Bevölkerung zu Religion und Kirche kommt zu dem Resultat, dass es sich dabei um ein eher ambivalentes Verhältnis handelt. Gerade in den letzten Jahren seien die Bedeutung des Glaubens und das Vertrauen in die Kirche in der russischen Gesellschaft rückläufig.

In der früheren Sowjetunion waren Erhebungen über die Religionszugehörigkeit verboten. Verlässliche Daten für diesen Zeitraum liegen somit für heutige Vergleiche nicht vor. Auch jetzt beruhen entsprechende Angaben lediglich auf persönlichen Aussagen, nicht aber auf offiziellen Erhebungen. Registriert sind hingegen die in den letzten Jahren in großem Umfang vollzogenen amtlichen Rückerstattungen von Kirchen, Klöstern, Grundbesitz, kirchlichem Gerät und Kunstgegenständen. Die ROK, die heute ohne staatliche Genehmigungen Beschlüsse fassen und ausführen kann, ist völlig unabhängig von allen Behörden. Sie verfügte bereits 2002 wieder über 5 Geistliche Akademien, 30 Seminare, 45 Schulen, ein Theologisches Institut, zwei Universitäten und 37 Lehranstalten für Chorleiter und Ikonenmaler. Diese Entwicklung hat Alexij II. wohl im Auge, wenn er von einer „erfreulichen Wiedergeburt“ der Orthodoxie in Russland spricht. Inwieweit dieser Prozess in der breiten Bevölkerung adäquate Resonanz findet, geht aus der „Iswestija“-Untersuchung hervor.

Während sich nach kirchlichen Angaben 70 Prozent der Russen als „orthodox“ bezeichnen, spricht der Autor unter Verweis auf jüngste Umfragen nur mehr von 61 Prozent. Von diesen wiederum besuchten lediglich 30 Prozent gelegentlich, 60 Prozent aber nie einen Gottesdienst. Die Zahlen hätten vor einigen Jahren noch höher gelegen. Seitens der ROK wird der Rückgang aber offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen oder nur unzureichend erklärt. Michail Dudko, Gemeindepriester in Moskau, verweist auf die Recherchen einer Reporterin. In Interviews hätten

viele Russen der Journalistin erklärt, dass sie nach Einführung der Perestrojka zunächst „aus Neugierde“ in die Kirche gegangen seien. Mittlerweile, so analysiert Dudko, sei ein „Prozess der Glaubensvertiefung“ im Gange. Die Zahl der „sehr gläubigen Menschen“ sinke nicht, sondern steige.

Anders wertet der orthodoxe Moskauer Erzbischof Arsenij das Phänomen des geringen Gottesdienstbesuches. In vorrevolutionärer Zeit seien die Menschen an das jeweilige Gotteshaus in der Nähe ihrer Wohnung gebunden gewesen, „heute geht jeder dort hin, wo er will“, behauptet er. Nur bei besonderen Gelegenheiten – an hohen Feiertagen oder bei Taufen, Hochzeiten und Beerdigungen – werde die Kirche stark besucht. Die alten russischen Traditionen seien in der Gesellschaft bewahrt worden. Die Bezeichnungen „russisch“ und „orthodox“ seien heute wieder zu einem Synonym geworden.

Die „Iswestija“ ließ im übrigen auch das Zentrale Meinungsforschungsinstitut zu Wort kommen. Dessen Soziologen haben ihre Probanden nicht nur in der Kirche, sondern auch zu Hause befragt. Auch dabei ergab sich eine Gleichsetzung von Russentum und Orthodoxie – jedoch ohne gleichzeitiges Bekenntnis zur Kirche. Die Vorstellungen über den religiösen Glauben erwiesen sich bei vielen als diffus. Mehrheitlich vertraten die Befragten, die sich selbst als „so etwas wie gläubig“ bezeichneten, die Auffassung, dass es in Russland nur wenig „aufrichtig Glaubende“ gebe. Die Zahl derer, die sich zur orthodoxen Kirche bekennen, erreichte 1993 mit 55 Prozent ihren Höchststand. Gleichzeiti-

ger hielt damals die orthodoxe Kirche – noch vor politischen Gremien und dem Präsidenten – das größte Vertrauensvotum. Seinerzeit hielten 57 Prozent der befragten Russen die Kirche für voll vertrauenswürdig, 2002 waren es nur noch 40 Prozent. Gar kein Vertrauen in die Kirche bekundeten 1993 lediglich 2 Prozent, bis 2002 stieg dieser Anteil auf 12 Prozent. Auch die seitens der Kirche beschriebene „Vertiefung des Glaubens“ erscheint aus dem Blickwinkel der Erhebungen fragwürdig. War 1994 der religiöse Glaube für 20 Prozent „sehr wichtig“, bekannten dies 2002 nur noch 8 Prozent. Dafür erhöhte sich im selben Zeitraum die Zahl derer, für die der Glaube keine Rolle spielte, von 14 auf 32 Prozent.

Gründe für die veränderte Einstellung der Russen sieht Boris Dublin vom Zentralen Meinungsforschungsinstitut in einer zunehmenden Einmischung der ROK in politische Angelegenheiten. „Die Kirche mischt in Regierungsfragen mit wie ein politisierendes Institut“, erklärte er in der „Iswestija“. Politiker und Machtstrukturen genossen jedoch wenig Vertrauen – mit Ausnahme des Präsidenten. „Wenn die Kirche im Kontext mitpolitischen Institutionen tritt“, so der Soziologe, „wird sie als Objekt des Nichtvertrauens angesehen.“

Patriarch Alexij II. hingegen hatte als Beweis für die „erfreuliche Wiedergeburt“ vor allem die „starke Basis“ der Partnerschaft zwischen Kirche und Staat und anderen öffentlichen Einrichtungen angeführt. Einen weiteren Grund für die Abnahme der Religiosität in Russland sieht die Psychologin Olga Machowskaja von der Russischen Akademie der Wissenschaften in der verbesserten wirtschaftlichen Lage. Der Einzelne bedürfe nicht mehr wie in den 1990er Jahren der Hilfe der Kirche, sondern habe es gelernt, in der liberalisierten Gesellschaft seine Probleme alleine anzugehen. Auf diese Weise erhalte Russland „die Chance, ein weltlicher Staat zu werden“.

(KNA ID Nr. 52004)

Religionsfreiheit weltweit

Jahresbericht des US-Außenministeriums der Öffentlichkeit vorgestellt

Kurz vor Weihnachten 2003 veröffentlichte das US-Außenministerium einen Bericht über die Religionsfreiheit für das am 30. Juni endende Geschäftsjahr. Einige Länder wie China lehnen den jährlichen Überblick als ungerechtfertigte Einmischung in innere Angelegenheiten ab. Die Religionsfreiheit sei jedoch ein Recht, das von zahlreichen internationalen Dokumenten einschließlich der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ aus dem Jahr 1948 garantiert wird, heißt es in dem US-Bericht.

Der Bericht klassifiziert einige Staaten als solche, in denen keine Religionsfreiheit herrscht, da sie eine Bedrohung für das Regime darstellen könnte. Es handelt sich um folgende Staaten:

- **BIRMA.** Regierungsagenten pflegen die Aktivitäten praktisch aller Organisationen, einschließlich religiöser Gruppen, zu unterwandern und zu überwachen, merkt das US-Außenministerium an. Zu den Übergriffen und Schikanen gehören Behinderungen buddhistischer Geistlicher, die sich für die Menschenrechte einsetzen und christlicher Organisationen, welche die Erlaubnis zum Bau neuer Kirchen beantragen. Alle religiösen Publikationen werden zensiert.
- **CHINA.** Der Bericht klagt die Behörden an, nach wie vor Mitglieder nicht registrierter religiöser Gruppen zu schikanieren. Einige örtliche Behörden, so heißt es, führten nach wie vor selektive Razzien in nicht registrierten Kirchen, Tempeln und Moscheen durch. „Viele religiöse Führer und Anhänger von Religionsgemeinschaften würden in Untersuchungshaft gehalten, verhaftet oder zu Gefängnisstrafen verurteilt“, so der US-Bericht.
- **KUBA.** Die Regierung fahre fort, Bemühungen anzustrengen, religiöse Institutionen und Aktivitäten zu kontrollieren, zu überwachen und Polizeikontrolle, Unterwanderung und Schikane bei religiösen Gruppen, religiösen Amtsträgern und Laien anzuwenden. Die Behörden ließen auch Anträge religiöser Gruppen auf gesetzliche Anerkennung unberücksichtigt und verweigerten nach wie vor Genehmigungen für den Bau von Kirchen. Strenge Beschränkungen behinderten die Arbeit kirchlich geleiteter Schulen und den Druck religiöser Materialien.
- **LAOS.** Der Bericht führt eine begrenzte Verbesserung in einigen Teilen des Landes an, aber eine Verschlechterung in anderen Regionen. Im Allgemeinen habe die Regierung „weiterhin die religiöse Praxis aller Personen, besonders solcher, die zu religiösen Minderheiten gehörten, behindert.“ Einige örtliche Funktionäre übten auf Christen Druck aus, ihren Glauben aufzugeben, und gleichzeitig verbiete die Regierung Ausländern, Anhänger zu gewinnen.
- **NORD-KOREA.** „Eine echte Religionsfreiheit gibt es nicht“, lautet das lapidare Urteil des Berichts. Zu den Unterdrückungsmaßnahmen gehören Exekutionen, Folter und Freiheitsstrafen. Beweismaterial über Nord-Korea zu sammeln, sei zwar schwierig, aber im April 1999 und auch in Mai und Juni 2002 hätten Zeugen vor dem Kongress ausgesagt, dass Häftlinge, die auf Grund ihres religiösen Glaubens im Gefängnis seien, im Allgemeinen schlechter behandelt würden als andere Insassen.
- **VIETNAM.** Es gebe immer noch beträchtliche Einschränkungen für nicht registrierte religiöse Gruppen. „Religiöse Gruppen begegneten Schwierigkeiten bei der Ausbildung und Weihe von Priestern und einigen Einschränkungen bei ihrer Erziehungsarbeit und ihrem karitativen Einsatz.“ Der Bericht spricht auch davon, dass die Polizei in einigen Provinzen im Zentralhochland Gläubige angegriffen, festgenommen und Häuser, in denen Gottesdienste stattfanden, zerstört habe.

Religion als „Gefahr für die Sicherheit“

In eine gesonderte Kategorie ordnet das US-Außenministerium solche Länder ein, in denen Regierungen religiösen Gruppen feindlich gegenüber stehen, die als Gefahr für die „Sicherheit“ betrachtet werden. Es sind:

- **der IRAN.** Dazu heißt es in dem Bericht, dass Mitglieder der religiösen Minderheiten des Landes – Bahais, Juden, Christen und zu den Sunniten und Sufis zählende Muslime – in unterschiedlichem Maße unter offiziell geduldeter Diskriminierung leiden, wozu auch Einschüchterung, Überfälle und Freiheitsberaubung gehören. Anhänger der Glaubensrichtung der Bahai, die als eine Art „widerspenstiger Sekte“ verspottet wird, hätten am meisten zu leiden.
- **der IRAK.** Vor seinem Sturz habe Saddam Hussein „die religiösen Gruppen oder Organisationen, von denen er annahm, dass sie das Regime politisch und gesellschaftlich nicht voll unterstützten“, unterdrückt. Und die Behörden hätten die rigorose Unterdrückung der schiitischen Religionsführer fortgeführt.
- **PAKISTAN.** Der Bericht klagt die Regierung an, die Rechte religiöser Minderheiten nicht zu schützen. Diskriminierende Gesetze herrschten auf nationaler Ebene. Und die Behörden unterließen es, „in Fällen gesellschaftlicher Gewalt gegen Gruppen religiöser Minderheiten, insbesondere Schiiten, einzuschreiten.“
- **SAUDI-ARABIEN.** „Die Regierung setzte nach wie vor eine streng konservative Version des sunnitischen Islam gewaltsam durch und unterdrückte die öffentliche Ausübung anderer Formen des Islam und nichtmuslimischer Religionen“, stellt der US-Bericht fest. Nichtmuslimischen praktizierenden Gläubigen drohte die Gefahr, „ver-

haftet, ins Gefängnis geworfen, ausgepeitscht, deportiert und manchmal körperlich misshandelt zu werden, wenn sie sich religiös betätigten und dabei die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich lenkten. Der Bericht macht auch auf die von der Regierung bezahlten Prediger in den Moscheen aufmerksam, die sich „in ihren Predigten einer extrem antijüdischen und antichristlichen Sprache“ bedienten. Positiv hebt der Bericht hervor, dass die Behörden mehr als 2.000 Imame wegen extremistischer Predigten durch andere ersetzt habe.

- **der SUDAN.** Der Bericht stellt fest, dass die Regierung in Khartoum ihre Politik der Islamisierung fortgesetzt habe, „indem sie Nicht-Moslems praktisch zu Bürgern zweiter Klasse degradiert“ habe. Nichtmuslimische religiöse Gruppen hätten es schwer, registriert zu werden. Die Behörden weigerten sich, den Bau von irgend welchen Kirchen im Gebiet von Khartoum oder in den Bezirkshauptstädten zu genehmigen. Und das Vermögen

verschiedener katholischer Hilfsprojekte wurden beschlagnahmt, wenn die Projekte vorübergehend beendet wurden oder den Standort wechselten.

- **TURKMENISTAN.** Der Bericht klagt die Regierung an, nach wie vor alle Arten religiöser Veranstaltungen einzuschränken. Öffentliche Ämter und Gerichte interpretierten die Gesetze in einer Weise, dass diejenigen, die irgend eine andere Glaubensrichtung als die des von der Regierung kontrollierten Sunnitischen Islams und des Russisch Orthodoxen Christentums praktizieren, diskriminiert würden. Sie würden daran gehindert, sich öffentlich zu versammeln, Anhänger zu gewinnen oder religiöse Materialien zu verteilen. Die Behörden beschränkten auch die Zahl der muslimischen Moscheen und kontrollieren den Zugang zum Islamunterricht. Außerdem mache die Regierung die Verwendung des von Präsident Saparmurat Niyazov verfassten geistlichen Handbuchs, „Rukhnama“, zur Pflichtlektüre für

Bildungseinrichtungen, Moscheen und Russisch Orthodoxe Kirchen.

- **USBEKISTAN.** Die vorherrschenden religiösen Gruppen dürfen sich betätigen, aber die Freiheit der religiösen Minderheiten wird von der Regierung eingeschränkt. Der Bericht geht streng ins Gericht mit Aktionen gegen Muslime, die als Extremisten gelten, und ebenso mit fortgesetzten Übergriffen gegen christliche Gruppen mit ethnisch usbekischen Mitgliedern. Zu weiteren Einschränkungen gehöre unter anderem ein übermäßig strenger Registrierungsprozess für religiöse Organisationen, der viele Gruppen zwingt, im Untergrund zu wirken.

Stillschweigende Bevorzugung bestimmter Religionen

Einige Regierungen, so der Bericht, haben Gesetze, die bestimmte Religionen begünstigen und andere benachteiligen. Dies hat oft seine Ursache darin, dass in der Vergangenheit eine Religion die Vorherrschaft hatte. In WEISSRUSSLAND, stellt das Dokument fest, ist es während des vom Bericht behandelten Zeitraums mit der Einhaltung der Religionsfreiheit schlimmer geworden. ERITREA erscheint ebenfalls in dem Bericht wegen seiner Übergriffe gegen Protestanten, Zeugen Jehovas und Anhänger der Glaubensrichtung der Bahai. Und in RUSSLAND schränkten einige Bundesbehörden und viele örtliche Behörden nach wie vor die Rechte religiöser Minderheiten ein.

ISRAEL wird kritisiert wegen der Benachteiligung von Nichtjuden bei Ausbildung, Wohnung, Anstellung und Sozialleistungen. Evangelische Christen, Zeugen Jehovas, und Reform- und konservative Juden beklagten sich über Übergriffe, Drohungen und Vandalismus gegenüber ihren Gebäuden und andere Einrichtungen.

In einer weiteren Kategorie sind die Länder aufgeführt, deren Behörden nicht mit der nötigen Energie gegen Verletzungen der Religionsfreiheit vorgehen. Hier werden besonders BANGLADESCH, INDIEN, ÄGYPTEN,

Fortsetzung auf Seite 49 u.

Auszeichnung von „Kirche in Not“ an Verteidiger der Religionsfreiheit

Die portugiesische Sektion des Werkes päpstlichen Rechts „Kirche in Not“ hat einen internationalen Preis ins Leben gerufen, der den Namen „Johannes Paul II.“ tragen wird. Damit sollen Menschen und Institutionen geehrt werden, die sich für Gerechtigkeit, Frieden und Opfer religiöser Verfolgung in der Welt eingesetzt haben. Dieser jährlich verliehene Preis wird mit 50 Tausend Dollar dotiert sein.

Durch diese Art der Anerkennung sollen die Neuevangelisierung, Gerechtigkeit, Friede und die Achtung der Menschenrechte gefördert werden.

„Kirche in Not“ verfolgt mit dem Preis „Johannes Paul II.“ eine breiter angelegte Strategie, nämlich die Förderung und Unterstützung des Friedens und der Versöhnung in der Welt und gleichzeitig soll denjenigen, die unter Verfol-

gungen oder Ungerechtigkeiten leiden, geholfen werden.

1947 gründete der aus Holland stammende Prämonstratenser, Pater Werenfried van Straaten, (1913-2003) „Kirche in Not-Ostpriesterhilfe“, um die Kirche dort in ihrer Mission zu unterstützen, wo sie aufgrund von mangelnder Religionsfreiheit oder wirtschaftlichen Mitteln auf Schwierigkeiten stößt.

Zur Zeit zählt die Organisation Außenstellen in 17 Ländern, wo sie von Spendern unterstützt wird. Im Jahre 2002 förderte sie kirchliche Projekte in 127 Ländern mit einer Gesamtsumme von 57 Millionen Euro.

Am internationalen Sitz in Königstein im Taunus bearbeitet die Organisation rund zehntausend Projekte von Priestern, Ordensleuten oder Bischöfen in über 130 Ländern der Erde. (ZENIT.org)

ZUM EU-BEITRITT DER TÜRKEI

Religionsfreiheit in der Türkei: Viele Fragen

Die Türkei drängt auf einen Beitritt in die Europäische Union (EU). Doch wegen der unklaren Haltung des offiziell laizistischen Staates in Fragen der Menschenrechte und der Religionsfreiheit gibt es erhebliche Vorbehalte gegen die Aufnahme von Verhandlungen. Auch die katholische Kirche in Deutschland warnt vor voreiligen Schritten. Bei der Herbstvollversammlung 2003 der deutschen Bischöfe betonte Kardinal Karl Lehmann in Fulda, in der Türkei gebe es Dinge, die vor einem EU-Beitritt verbessert werden müssten. Immer wieder stießen Christen auf Schwierigkeiten; manche befürchteten sogar ein Aussterben des Christentums am Bosphorus. – Im Folgenden bringt AUFTRAG zwei Beiträge von KNA, die die Situation der Christen in der Türkei verdeutlichen.

In der jüngsten Ausgabe der vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) und von „Renovabis“ herausgegebenen Zeitschrift „Ost-West – Europäische Perspektiven“ setzt sich Helmut Wiesmann, Referent im Bereich Weltkirche und Migration des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz, ausführlich mit der Lage der religiösen Minderheiten in der Türkei auseinander. Eingangs verweist er auf Artikel 24 der türkischen Verfassung von 1982, der die Freiheit des Kultes und der Glaubensüberzeugung garantiert. Gewährleistet sei das individuelle Recht, einen Glauben zu haben oder nicht, den Glauben zu bekennen und ihn sogar zu wechseln. „Keineswegs hingegen garantiert die Verfassung die Religionsfreiheit im umfassenden Sinne, wozu zum Beispiel das Recht von Religionsgemeinschaften gehört, die für die Durchführung von Gottesdiensten erforderlichen Einrichtungen

zu unterhalten“, betont Wiesmann. Dieses sehr enge Verständnis von Religionsfreiheit korreliere auf den ersten Blick mit dem in der Verfassung verankerten Prinzip des Laizismus nach französischem Vorbild. Ungeachtet dieses Bekenntnisses betrachte sich der Staat jedoch für die religiösen Belange der sunnitischen Muslime, die die große Mehrheit der Bevölkerung stellen, selbst als zuständig. Den Nicht-Sunniten gilt nach den Ausführungen des Autors die von der Religionsbehörde gesteuerte umfassende staatliche Fürsorge nicht. Dies sei insbesondere mit Blick auf die größte religiöse Minderheit, die Aleviten, hervorzuheben. Nach unterschiedlichen Schätzungen machten diese 15 bis 30 Prozent der Bevölkerung aus. Wiesmann: „Die Aleviten sehen sich einem in seiner Intensität schwankenden, seit Jahrhunderten andauernden Assimilierungsdruck seitens der dominieren-

den Sunniten ausgesetzt.“ Hintergrund dieses Bekehrungseifers sei, „dass die Aleviten von vielen Sunniten nicht als wahre Muslime anerkannt werden“. Die höchst unterschiedliche staatliche Handhabung des Laizismusprinzips belastet neben den Aleviten, wie es in dem Beitrag heißt, auch die in der Türkei noch verbliebenen christlichen Minderheiten. Deren Probleme stellten sich schon insofern völlig anders dar, als sie insgesamt nur noch rund 0,15 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Ihr religiöses Leben werde vom Staat ebenso wenig gefördert wie das der Aleviten. Opfer von Pogromen oder staatlicher Verfolgung seien Christen indes nicht. Ihre Religionsausübung werde geduldet, „durch restriktive oder selektive Anwendung gesetzlicher Vorgaben, durch ministerielle Verordnungen und behördliche Gewohnheiten aber durchaus begrenzt“.

Offiziell stehen die meisten christlichen Minderheiten unter dem Schutz des Lausanner Vertrages. Mit diesem wurde die Türkei im Jahr 1923 als Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches in die Völkergemeinschaft aufgenommen. In dem Vertrag ist der Status der nichtmuslimischen Minderheiten geregelt. In Artikel 40 wird ihnen das Recht eingeräumt, eigene Schulen zu betreiben, Artikel 41 erlaubt in diesen Schulen die Verwendung der eigenen Sprache. Die türkische Seite interpretiere diese Klauseln, wie Wiesmann ausführt, jedoch einschränkend dahingehend, dass der Vertrag nur solche Minderheiten meine, die zur Zeit des Osmanischen Reiches den Status einer religiös-ethnisch definierten „Nation“ gehabt hätten – was türkischer Auffassung zu Folge allein auf Griechen, Armenier und Juden zutrefte.

Die römisch-katholischen und anglikanischen Christen in der Türkei fallen nach Darstellung Wiesmanns nicht unter die Minderheitenklauseln des Lausanner Vertrages. Für sie seien aber die offiziellen Briefwechsel der jungen Türkei mit Frankreich, Italien und Großbritannien von Bedeutung, „die als Annexe

Fortsetzung von Seite 49

GEORGIEN, GUATEMALA, INDONESIEN und NIGERIA genannt.

Wie in den vorausgehenden Jahren kritisiert der Bericht einige westeuropäische Staaten – **BELGIEN, FRANKREICH** und **DEUTSCHLAND** – wegen Gesetzen, die nach der Ansicht des Außenministeriums Minderheitenreligionen dadurch stigmatisieren, dass sie diese in die Nähe gefährlicher Kulte rücken. Das Außenministerium weist darauf hin, dass diese Gesetze auch von anderen Gremien, wie der Internationalen Helsinki-Föderation für Menschenrechte und des Europarats, kritisiert worden sind.

Der Bericht stellt fest: „Die Förderung der Religionsfreiheit ist ein Kernziel der US-Außenpolitik, und offizielle Vertreter der USA spielen überall in der Welt eine aktive Rolle bei der Verteidigung dieser Freiheit.“ Manche mögen die Vorstellung, dass eine einzelne Nation diese Rolle auf sich nimmt, ablehnen. Aber verfolgte Gläubige überall in der Welt sind wahrscheinlich dankbar für jede Hilfe, die sie bekommen können. (ZENIT.org)

Weitere Beiträge zur Religionsfreiheit: *TÜRKEI* S. 49, *BUTHAN* S. 51, *NIGERIA* S. 52.

Teil des Vertrages geworden sind“. In diesen Schreiben hatte die Türkei diesen Staaten den Fortbestand der religiösen und karitativen Einrichtungen garantiert, die von ihnen im Osmanischen Reich unterhalten wurden. Für einige in Istanbul angesiedelte christliche Einrichtungen und Schulen in ausländischer Trägerschaft bedeuteten sie einen „allerdings begrenzten völkerrechtlichen Schutz“, schreibt Wiesmann.

So unzulänglich der durch den Lausanner Vertrag gewährleistete Minderheitenschutz auch sei, „so ist er doch bis heute von Bedeutung“, unterstreicht der Autor. Eine andere rechtliche Sicherung christlichen Lebens in der Türkei gebe es nämlich nicht. Als Hauptproblem sämtlicher dortiger Kirchen nennt Wiesmann den Mangel eines zivilrechtlichen oder öffentlich-rechtlichen Status. Auch die katholische Bischofskonferenz der Türkei habe keine Rechtspersönlichkeit. Deshalb könnten die Kirchen weder Eigentum haben noch erwerben.

Seit Jahren bemühten sich die Christen, wie es weiter heißt, durch Anregungen von Modifikationen der Gesetze über religiöse Stiftungen, der Vereinsgesetze und der Regelungen über die Eröffnung von Kultstätten sowie die Zulassung religiöser Feiern ihre Lage zu verbessern. In einem Erlass des Innenministeriums vom August 2001 sei den Provinzgouverneuren erläutert worden, wie sie mit etwaigen Anträgen religiöser Gemeinschaften auf Errichtung eigener Kultstätte oder auf Nutzung von privaten Räumen für Gottesdienste zu verfahren hätten. Wiesmann stellt anhand von Beispielen dar, wie über andere Gesetze Hürden mit dem Ziel aufgestellt werden, solche Anträge negativ zu bescheiden. Vor diesem Hintergrund ruhten die Hoffnungen der religiösen Minderheiten auf einer baldigen Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen.

Doch ob sich dadurch deren Lage verbessert, bleibt unklar. Auf Anregung der Behörden, die zuvor mit Blick auf die EU-Beitrittsbestrebungen ihre Bereitschaft bekundeten, sich für die religiösen Minderheiten einzusetzen, hatte die Türkische Bischofskonferenz bereits Ende November 2001 ihre wichtigsten Anliegen formuliert. „Darunter sind ins-

besondere der Wunsch nach einem gesicherten Rechtsstatus, die Forderung nach Beendigung der Konfiskationen, das Recht auf religiöse Bildung und auf Priesterseminare zu nennen. Auch sollte es ausländischen Priestern erlaubt werden, in der Türkei die heilige Messe zu feiern.“ In zwei Memoranden an die EU-Mitgliedsländer habe zudem der Vatikan im Sommer 2002 an diese und andere Defizite im religionsrechtlichen Bereich erinnert und auf die Notwendigkeit eines gesicherten Rechtsstatus der Kirchen verwiesen. Diese Forderung sei zugleich von Papst Johannes Paul II. gegenüber dem türkischen Botschafter beim Heiligen Stuhl vertreten worden.

„Die türkische Antwort erfolgte prompt, und sie war hart. Ihr zufolge erlaubt das türkische Rechtssystem Ausnahmen von der staatsbürgerlichen Gleichheit ausschließlich auf der Grundlage des Lausanner Vertrages und nur für solche Minderheiten, die zur Zeit des Osmanischen Reiches als ‘Nation’ organisiert waren“, so Wiesmann. Auch sei es weder ge-

recht noch vernünftig, hieß es in der Antwort weiter, von der Türkei, deren Bevölkerung zu 99 Prozent muslimisch sei, die Zuerkennung von Rechten an die katholische Kirche zu verlangen, über die selbst die islamischen Institutionen im eigenen Land nicht verfügten. Der Autor kommt zu dem Schluss, dass die Mitgliedsländer der EU allen Grund hätten, „vor der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei in einen intensiven Meinungsaustausch über den zentralen Stellenwert des Menschenrechts auf Religionsfreiheit in einem säkularen, demokratischen Rechtsstaat einzutreten“. So verständlich es auch sein möge, „dass die Türkei – sei es aus Verehrung für den Staatsgründer Kemal Atatürk, sei es aus Furcht vor islamistischen Aktivitäten – religiöse Freiheit nur unter der Bedingung staatlicher Kontrolle zuzulassen bereit ist, muss doch deutlich werden, dass das Kriterium Religionsfreiheit für die Mitgliedschaft in der EU unverzichtbar ist und auch in der Türkei gewährleistet werden muss“.

(KNA-ID Nr. 7/8 / 2004)

Alltag in der katholischen Kirchengemeinde in Istanbul

KNA-MITARBEITER ULRICH GINEIGER

Pfarrer Ferdinand Thome gibt sich keine Mühe, seinen Ärger zu verbergen: „Seit über 70 Jahren tut sich nichts in diesem Land“, sagt der katholische Geistliche, der keiner sein darf. Da weder die katholische noch die evangelische Kirche offiziell anerkannt sind, ist er bei den türkischen Behörden als Technischer Angestellter der Deutschen Botschaft registriert. Nur so kann er auf Dauer in der Türkei tätig sein.

Es ist Sonntagvormittag. Nach dem Gottesdienst versammeln sich zwei Dutzend Gläubige im Pfarrheim nahe dem amerikanischen Hospital, trinken Kaffee, besprechen, was sie bewegt. Eine Besuchergruppe aus Bayern ist zu Gast; ihr fällt auf, dass nicht geläutet wurde. Auch das ist untersagt. Und weil nicht sein kann, was nicht sein darf, findet sich im offiziellen Stadtplan an dieser Stelle keine Kirche, sondern eine Wasserentnahmestelle. Die Kirche selbst, ein kleiner Rundbau von etwa zehn Metern Durchmesser, steht auf einer Rasenfläche.

Eine Besucherin empört sich. „Wir erlauben in Deutschland einen Moschee-Bau nach dem anderen, um hier diese Intoleranz zu erfahren!“ Pfarrer Thome wiegelt ab: „Wir dürfen nicht verallgemeinern. Die Behörden hier sind weitaus toleranter, als es in Deutschland denkbar wäre – aber eben auf andere Weise.“ So wüssten die Behörden durchaus, dass hier eine tätige katholische Gemeinde lebt. „Sie erlauben es, ohne dass daraus ein Vorgang wird. Wir bekommen die Erlaubnis also niemals schriftlich.“ Und was das verbotene Geläut angeht: Etwa 30 Gläubige leben verteilt in einer Stadt mit 15 Millionen Einwohnern. Wozu dann eine Glocke läuten, die drei, vier Straßen weit zu hören ist?

Mehr als 90 Prozent der Bewohner Istanbul sind Muslime. Das Gefühl, eine verschwindende Minderheit zu sein, schweißt die kleine katholische Gemeinde zusammen. Angst vor Terroranschlägen haben sie nicht – „dazu sind wir zu unbe-

deutend“. Im Stadtteil Sisli, wo eine Synagoge Ziel eines Terroranschlags war, liegt das Pflegeheim „La Payx“ – ein Haus unter der Obhut des Ordens der Vinzentinerinnen. Annemarie Medovic, eine aktive Katholikin, die seit Jahrzehnten in Istanbul lebt, macht hier regelmäßig Station. Ihr Besuch gilt Elke, einer Schlaganfallpatientin Mitte 50. Ihr Schicksal steht für eine unbekannte Dunkelziffer von einstmaligen deutschen Frauen in der Türkei. Von ihrem Leidensweg ist in Deutschland nichts bekannt. Keiner Hilfsorganisation fiel ihre Existenz auf; Medien haben bislang nie über sie berichtet.

Elke heiratete vor Jahrzehnten einen Türken. Sie nahm die türkische Staatsbürgerschaft an – nicht wissend, dass sie damit die deutsche Staatsbürgerschaft verlor. Die Ehe scheiterte. Irgendwann fand man sie, verarmt und verelendet, in einem Vorort. Sie hauste in einer Kammer, von türkischen Nachbarn notdürftig versorgt. Irgendwann, berichtet Annemarie Medovic, irgendwann hörten die Nachbarn ein leises Röcheln hinter ihrer Tür. Elke hatte einen

Schlaganfall, überlebte in einem Krankenhaus. Ein Arzt schaltete das Auswärtige Amt ein – das sich für nicht zuständig erklärte: Elke war keine deutsche Staatsbürgerin mehr. Doch der Botschaftsangehörige verwies auf die katholische Kirche.

Das ist nun etwa acht Jahre her. Medovic: „Elke wollte nach Deutschland zurück, auch, um die nötigen Therapien zu erhalten. Doch das ging ja nicht auf Dauer, da sie offiziell Türkin ist.“ Die katholische Gemeinde hat ein Spendenkonto eingerichtet, um ihr Überleben zu sichern, doch das Geld reicht hinten und vorne nicht. Dabei, attestiert ein Arzt, hätte Elke bei richtiger Behandlung gute Chancen, wieder gesund zu werden. Ihre Betreuung beansprucht die ganze Kraft und Zuneigung von Annemarie Medovic, die – wie andere Gemeindeglieder – in Istanbul nicht lange suchen müssen, um an einem sozialen Brennpunkt Engagement zu zeigen.

Auf dem Friedhof pflegt eine katholische Krankenschwester die Gräber ihrer Mitschwester. Die muslimischen Nachbarn, Freunde, Kollegen,

erzählt sie, „haben ein lebendiges Interesse an uns“. Bei der Beerdigung einer Mitschwester aus dem Krankenhaus seien alle Ärzte und Schwestern dabei gewesen, hätten Anteil an unserer Form der Liturgie und der Trauer genommen. Geheimnisse dürfe es allerdings nicht geben, berichtet Brigitte Midil, ebenfalls ein Gemeindeglied: „Sie fragen, was hinter der Eucharistiefeier steht, sie wollen genau wissen, für welche Überzeugung die Symbole stehen.“ Mit viel Einfühlungsvermögen gelinge es in solchen Situationen durchaus, den Menschen hier Einblick in den christlichen Glauben zu geben.

Von islamischen Nachbarn respektiert und geachtet, vom türkischen Staat gegängelt und allenfalls geduldet, versteht sich die katholische Gemeinde als eine in der Ferne zusammengeschweißte Minderheit. Allenfalls in der Advents- und Weihnachtszeit, meint Brigitte Midil, wähne man sich in Istanbul besser als zu Hause. In Deutschland weihnachtet es in den Märkten und der Werbung ja schon im Spätsommer. Davon sind wir hier verschont!“ □

ISLAMISMUS UND DJIHADISMUS

Die Kunst zu unterscheiden

Im Irak und in der Türkei entscheidet sich die Zukunft
der westlich-islamischen Beziehungen

„Die Kunst zu unterscheiden“ lautet die Überschrift eines Artikels von Bassam Tibi in „Die Tagespost“ vom 31.01.2004: Darin begründet der Islamexperte, warum der Irak und die Türkei die zentralen Schauplätze sind, auf denen sich die Zukunft der westlich-islamischen Beziehungen entscheiden. Die Lage ist angespannt trotz der unterzeichneten Übergangsverfassung im Irak (die Red). Der Westen hat die Welt des Islam noch immer nicht verstehen gelernt. Wo liegen die Fehler? Was muss sich ändern? Einblicke und Ausblicke. AUFTRAG gibt in Kurzfassung die Gedanken von Bassam Tibi wieder.

Das Verhältnis zwischen dem Westen und der Welt des Islam ist sehr angespannt. In Abu Dhabi sagte kürzlich ein Außenminister eines der Staaten des Golf-Kooperationsrates: „Viele meiner Generation haben in den USA studiert und sind dementsprechend geprägt. Eigentlich sind wir die unbezahlten Botschafter der USA in der islamischen Welt, aber meine Kinder wollen dort nicht mehr studieren, auch nicht mehr dorthin reisen und wir sind enttäuscht.“ Es

wäre billig, diese alarmierende Aussage eines prowestlichen arabischen Politikers als Antiamerikanismus abzustempeln. Auch die Europäer dürfen diese Distanz nicht zu ihren Gunsten verbuchen. Denn auch sie sind hiervon betroffen. Weder Amerika noch Europa kann mit seiner bisherigen Politik fortfahren, ohne dass dies schwerwiegende Folgen haben wird. Was macht der Westen falsch? Dazu gibt Bassam Tibi die nachstehende Antwort.

Viele Politiker wissen zu wenig über die islamische Welt

„Zwar hat der Westen das Recht, sich gegen den Terrorismus der EI Kaida zu verteidigen. Aber dies kann nur erfolgreich geschehen, wenn es den USA und Westeuropa gelingt, sich transatlantisch zu koordinieren und muslimische Verbündete zu gewinnen. Europa muss aufhören, sich im Namen falscher Toleranz als Ruhezone für Islamisten anzubieten. ... Islamische Regierungen verstehen diese europäische ‘Toleranz’ nicht. Die derzeitige Situation lässt sich am besten am Beispiel des Irak und der Türkei erläutern.“ Die Entwicklung im Irak charakterisiere die westlich-islamischen Beziehungen beispielhaft. Dort zeige sich nicht nur die Spaltung innerhalb der islamischen Zivilisation, sondern auch innerhalb des Westens. „Im Irak lässt sich zum einen die Spaltung in einen offenen Islam und einen Islamismus beobachten. Zum anderen wird der Sunna-Schia-Konflikt deutlich. Dabei gilt es hervorzuheben, dass in Europa

eine Logistik des Islamismus besteht. Es gelingt den Regierungen in Westeuropa nicht, ein angemessenes Bewusstsein für diese djihadistische Bedrohung zu schaffen und sowohl mit den islamischen Staaten, als auch mit den USA zusammenzuarbeiten. Daraus folgt zweierlei. Die antiamerikanische Propaganda in Deutschland und Frankreich blüht und lenkt vom wirklichen Feind, den Jihad-Terroristen, ab. Und zweitens: Es kommt zur Entfremdung gegenüber islamischen Regierungen. Bei jeder Erläuterung der westlich-islamischen Beziehungen muss man zwischen Islam als Religion und Islamismus als politischer Weltanschauung einer totalitären Bewegung unterscheiden. Dabei ist zu klären, dass der Islamismus als neuer Totalitarismus der Feind der offenen Gesellschaft im 21. Jh. ist. Dies gilt sowohl für den Westen als auch für die Welt des Islam. Der militärische Zweig des Islamismus, der Djihadismus, ist eine Herausforderung an die westliche Sicherheit, aber auch an die Sicherheit der islamischen Welt. Denn viele Opfer sind Muslime.“ Für den Islamexperten stellen sich zwei Fragen: „An erster Stelle steht die Frage nach der politischen Strömung des Islamismus. ... Und zweitens ist der Westen mit dem Problem des Beitritts eines Landes zur Europäischen Union konfrontiert, das seit dem 03.11.2003 von einer islamistischen Partei regiert wird. Die türkischen Islamisten präsentieren sich nach dem angeblichen Vorbild der europäischen christdemokratischen Parteien als bloß ‘islamisch-konservativ’. Viele Europäer schenken dieser Darstellung Glauben. Damit lassen sie erkennen, dass sie keine fundierten Kenntnisse über den Islamismus haben.“ Generell behauptet Tibi, „dass sich Islam und Demokratie bei einer reform-orientierten Deutung des Islam durchaus miteinander vereinbaren lassen. Die Demokratie ist die beste Brücke zwischen dem Islam und dem Westen. Diese positive Einschätzung gilt jedoch nicht für den Islamismus, der seine eigene, sich alternativ zur Demokratie verstehende Ordnungsvorstellung hat. Die Islamisten hüllen diese Problematik in den Nebel einer Defensivkultur und bejahen in einigen Fällen nur aus taktischen Gründen die De-

mokratie. Es ist im Westen kaum bekannt, dass sich der Islamismus von heute in zwei Richtungen unterteilen lässt: Jene die bereit ist, in den Institutionen eines demokratischen Staates politisch zu wirken und somit auf die militärische Praxis des Jihad verzichtet. Im Gegensatz dazu stehen jene Islamisten, die glauben, dass nur der Djihadismus ein politisch erfolgversprechendes, die Muslime vereinigendes Kampfinstrument ist. Dies sind die Djihadisten unter den Islamisten. Der deutsche Außenminister und andere westliche Politiker sollten sich bewusst machen, dass sich die in der Türkei regierende AKP Partei aus institutionellen Islamisten der ersten Richtung rekrutiert.“

„... Washington beurteilt die Türkei nach ihrer geopolitischen Bedeutung. ... Anders ist die Interessenlage der Europäer. Diese wird von der islamischen Zuwanderung bestimmt. ... Für Europa geht es vorrangig um die Begrenzung der türkischen Migration und um die Integration der zugewanderten Türken“ im Gegensatz zu den geopolitischen Interessen der USA.

Bei der Bekämpfung des Terrors der EI Kaida-Djihadisten solle der Westen durchaus das Angebot der AKP-Islamisten-Regierung zur Mitarbeit annehmen. Taktische Bündnisse mit den institutionellen Islamisten seien von Nutzen, obwohl auch diese langfristig eine Gefahr für die Demokratie und die offene Gesellschaft darstellten, gibt der Autor zu bedenken. „Denn auch institutionelle Islamisten strebten eine islamische Ordnung an, die keinen Pluralismus zulasse. Dies gelte es zu beachten, wenn es darum gehe, ein von Islamisten regiertes Land als Mitglied in die Europäische Union aufzunehmen.“

Das Handeln des Westens in Bezug auf den Islamismus, der eine djihadistische und institutionelle Dimension hat, erfordere ein Konzept, das in der westlichen Politik schlicht fehle. Taktisch empfiehlt Tibi dem Westen, mit institutionellen Islamisten zusammenzuarbeiten, ohne jedoch die Distanz zu ihnen aufzugeben. Dagegen könne der Westen mit dem Jihad-Islamismus keinen Dialog führen. Dieser Strömung sei nur sicherheitspolitisch zu begegnen. Eine Politik der Beschwichtigung

wäre so fatal wie ‘mit dem Teufel’ zu paktieren, meint Tibi.

Nur wer differenziert wird der Wirklichkeit gerecht

... „Wem an guten westlich-islamischen Beziehungen gelegen ist, der darf nicht innerislamische Zwiste für Zecke der amerikanischen Politik instrumentalisieren. Es zeigt lediglich, dass der Westen im Umgang mit dem Islam und dem Islamismus noch viel zu lernen hat. Bei der hier erörterten Thematik stößt man bei jeder Kritik stets auf den Vorwurf, ein Islam-Feindbild zu verbreiten. ... Man wird gewarnt, dass keine Generalisierungen über den Islam vorgenommen werden dürfen. Nun ist hier von den Gefahren des Dhjihadismus-Islamismus und nicht vom Islam die Rede. Außerdem gehört es zu einer angemessenen Auseinandersetzung, das Einzelne in das Allgemeine einzuordnen und fundierte Generalisierungen mit den notwendigen Differenzierungen zu verbinden. ... Diese differenzierte Vorgehensweise vermissen viele Muslime bei so manchem deutschen Warner vor einem Feindbild Islam. ... Man muss unterscheiden, sowohl zwischen Islam (religiöser Glaube) und Islamismus (politische Ordnungsvorstellung). Und man muss noch einmal innerhalb des Islamismus differenzieren“, wie bereits erwähnt.

„Nicht alle Islamisten sind Terroristen ... Diese Differenzierung zwischen institutionellen und djihadistischen Islamisten ist im Westen nicht so bekannt. Aber sie ist entscheidend für die westliche Politik mit der Welt des Islam.“

Der Islamismus ist der neue Terrorismus

„Was lässt sich daraus schlussfolgern? Wenn der Westen im Kampf gegen den Djihadismus erfolgreich sein will, kann er dieser Herausforderung nur in einem Bündnis mit gemäßigten Muslimen begegnen. Hier stellt sich die Frage, ob die institutionellen Islamisten auch zu diesem Bündnis gegen den Djihadismus gehören können. Wenn ja, dann kann dieses Bündnis nur temporär sein. Es darf nicht von der Tatsache ablenken, dass der Islamismus in seinen beiden Ausrichtungen der neue Totalitarismus des 21. Jhs. ist.“ (bt)

INITIATIVE DER DBK: NIGERIA

„Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen“ Nigeria ist Schwerpunkt

Die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) hat im vergangenen Jahr eine Initiative „SOLIDARITÄT MIT VERFOLGTEN UND BEDRÄNGTEN CHRISTEN“ ins Leben gerufen, die unter gewandelten Verhältnissen an frühere Gedenktage für verfolgte Christen und Kirchen anknüpft. Sie will damit die Aufmerksamkeit von Kirchengemeinden und Öffentlichkeit stärker auf die Situation jener Christen lenken, deren Recht auf Religionsfreiheit eingeschränkt und missachtet wird. Dadurch sollen in den Gemeinden Bewusstsein und Wahrnehmung verändert sowie Impulse für das Glaubensleben gegeben werden. Zu diesem Zweck wird jährlich eine Broschüre veröffentlicht, die in allen Kirchengemeinden zugänglich gemacht werden soll. Sie widmet sich jeweils einem Schwerpunktland. In diesem Jahr befasst sich die Initiative mit der Situation in Nigeria. Nachstehend einige grundsätzliche Bemerkungen von Kardinal Karl Lehmann zum Thema „CHRISTENVERFOLGUNG“ und zur besonderen „SITUATION DER CHRISTEN IN NIGERIA“.

Christenverfolgung

Mit diesem Wort verbinden sich bei vielen ja eher Erinnerungen an die Geschichte: an die Steinigung des Stephanus, über die die Apostelgeschichte berichtet, an die Verfolgung unter römischen Kaisern, bevor das Christentum zur offiziell anerkannten Religion des Imperiums wurde; dann aber auch an das 20. Jahrhundert, in dem eine große Zahl von Christen unter Nationalsozialisten und Kommunisten Unrecht und nicht selten sogar den Tod erdulden musste (vgl. dazu jetzt Andrea Riccardi, Salz der Erde, Licht der Welt. Glaubenszeugnis und Christenverfolgung im 20. Jh., Freiburg 2002). Wer sich aktuelle Meldungen aus der letzten Zeit vor Augen hält, kommt jedoch nicht um die Feststellung herum, dass es auch in unseren Tagen an vielen Orten gefährlich ist und mit einem hohen Preis verbunden sein kann, sich zum Christentum zu bekennen und als Christ zu leben. Diese Aktualität von Christenverfolgung wird oft übersehen, manchmal auch verdrängt.

Nach wie vor gibt es eine Reihe spätkommunistischer Staaten, in denen der christliche Glaube (wie auch andere Religionen) als Form eines falschen oder überholten Bewusstseins angesehen wird und als Hindernis für eine wirkliche Befreiung gilt. Gläubige werden dort gesell-

schaftlich diskriminiert, oft in ihren bürgerlichen Rechten beschnitten, manchmal sogar offen verfolgt. Die Kirche, die sich dem totalitären Staats- und Gesellschaftsverständnis widersetzt, wird in ihrer Freiheit so weit wie möglich eingeschränkt. Ich denke an die nach wie vor bedrückende Situation in der Volksrepublik China, in Nord-Korea oder Vietnam, das wir im vergangenen Jahr zum Informationsschwerpunkt unserer Initiative gemacht hatten.

Bei einer Bestandsaufnahme dürfen auch jene Länder nicht übersehen werden, in denen das religiöse Bekenntnis zwar grundsätzlich geachtet wird, Christen jedoch, die sich mutig für die Menschenrechte einsetzen und mit der „Option für die Armen“ Ernst machen, an Leib und Leben bedroht werden. Manchmal geht diese Gewalt von Regierungen aus, öfter aber von privaten Gruppen, die den Verlust ihrer Privilegien fürchten.

Diese Art von Christen- und Kirchenverfolgung ist vor allem aus Lateinamerika bekannt, wo die Kirche sich in der Folge des Zweiten Vatikanischen Konzils konsequent aus den Verstrickungen mit der Macht gelöst hat und dafür unter Bischöfen und Priestern, genauso aber auch unter engagierten Laien einen hohen Blutzoll entrichtet hat. Beispielshaft erinnere ich hier nur an Erzbischof Duarte aus Cali in Kolumbien, der 2002 wegen seines Einsat-



zes gegen die Drogenkartelle ermordet wurde, aber auch an Erzbischof Oscar Romero von San Salvador, der während einer Eucharistiefeier am Altar erschossen wurde.

Angewachsen ist in den letzten Jahren vor allem die Bedrohung von Kirchen und Christen in manchen islamisch geprägten Ländern. Hier macht sich ein erstarkender religiöser Fundamentalismus bemerkbar, der aus dem Wahrheitsanspruch der eigenen Religion einen alleinigen und absoluten Geltungsanspruch in Gesellschaft und Staat ableitet.

Islamische Fundamentalismen haben in einigen Ländern auf staatlicher Ebene großen Einfluss gewonnen, so dass Christen oftmals durch gesetzliche Diskriminierung zu Bürgern niederen Ranges abgestuft und an der Ausübung ihres Rechtes auf Religionsfreiheit gehindert werden. Ich verweise auf Länder wie Afghanistan während der Herrschaft des Taliban-Regimes, auf den Sudan oder den Iran, wo gemäß den Strafgesetzbüchern, die auf dem islamischen Recht, der Scharia, basieren, Muslimen, die zum Christentum konvertieren, die Todesstrafe droht.

Nicht-muslimischen Bürgern wird die Ausübung ihrer Religion schwer, wenn nicht gar unmöglich gemacht. In Saudi-Arabien existiert überhaupt keine Religionsfreiheit. Die sunnitische Ausprägung des Islams ist Staatsreligion, andere Reli-

gionen dürfen öffentlich nicht praktiziert werden. Konversion zu einer anderen Religion wird mit der Todesstrafe geahndet.

Der Fall Nigeria

In diesem Zusammenhang steht auch das diesjährige Schwerpunktland unserer Initiative: Nigeria. Auch dort haben fundamentalistische Bewegungen im Islam deutlich an Boden gewonnen. Der Fall Nigeria macht aber auch deutlich, dass religiöse Auseinandersetzungen vielfach in ein breiteres Konfliktszenario eingebunden sind, das soziale, kulturelle und ethnische Wurzeln hat.

Das religiöse Bekenntnis wird dann oftmals als Ausdruck der ethnisch-kulturellen Andersartigkeit einer Minderheit wahrgenommen und zieht so Aggressionen aus der Mehrheitsgesellschaft auf sich. Vor allem gilt dies, wenn die Mehrheit ihre sozialen Belange durch die Minorität gefährdet sieht oder deren Glauben als Hindernis für die weltanschauliche Einigung der Gesellschaft betrachtet.

In Nigeria haben in den zentralen nördlichen Landesteilen die Angehörigen der Stämme mit muslimischer Religionszugehörigkeit seit Jahrhunderten eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Vormachtstellung inne. Andersgläubige wurden und werden dort als „Fremde“ betrachtet, denen der Landerwerb und der Bau von Kirchen und Schulen massiv erschwert wird. Diese für die Christen ohnehin kritische Lage verschärfte sich dann noch weiter durch die Einführung der Scharia in mittlerweile 12 Bundesstaaten Nigerias. Obwohl das Aufbegehren der christlichen Bevölkerungsteile gegen die Islamisierung des Staates friedlichen Charakter behielt, kam es zu Übergriffen muslimischer Extremisten. Mehrere tausend Tote und schwere Verwüstungen von kirchlichen Einrichtungen sind bisher die Folge.

Relevante Daten zu Nigeria

Demographisch gesehen handelt es sich um die bevölkerungsreichste und einwohnerstärkste Nation in Afrika. Das Land hat heute rund 130 Millionen Einwohner. Damit ist etwa jeder fünfte Afrikaner Nigerianer.

Rund 50 Prozent der Bevölkerung sind Muslime, etwa 40 Prozent sind Christen (26% Protestanten, 12% Katholiken, 11% afrikanische Christen), die restlichen 10 Prozent gehören anderen Religionen an. Nigeria rühmt sich deshalb, „die größte islamisch-christliche Nation der Welt“ zu sein.

Der Islam ist in Nigeria länger beheimatet als das Christentum. Bereits im 11. Jh. hatte er sich im Norden des heutigen Nigeria fest etabliert. Das Christentum kam erst relativ spät in die Region. Im 16. und frühen 17. Jhs. erlebte es unter portugiesischem Einfluss eine erste kurze Blüte, es konnte sich aber erst im 19. und 20. Jh. wirklich durchsetzen. Im Verlauf von etwa 150 Jahren machte das Christentum in Nigeria erstaunliche Fortschritte und holte den Islam – der Zahl der Gläubigen nach – sogar ein. Diese Tatsache erklärt teilweise den heftigen Konkurrenzkampf, der heute oft die Beziehungen zwischen Christen und Muslimen in diesem Land kennzeichnet.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass Christen und Muslime in Nigeria im Alltag überwiegend friedlich zusammenleben. „Die Nigerianer sind im Allgemeinen leidenschaftlich in ihren Überzeugungen. Aber sie sind auch tolerant gegenüber religiösen Unterschieden“, urteilt der Erzbischof von Abuja, John Onaiyekan, in einem 2001 erschienenen Aufsatz. Allerdings wird dieses Bild eines friedlichen Zusammenlebens in den letzten Jahren immer öfter durch den Ausbruch gewaltsamer und teils blutiger Auseinandersetzungen gestört.

Diese Konflikte sind nicht allein aus religiösen Gründen erwachsen. Eine wesentliche Ursache ist sicher in der Politik des Landes während der vergangenen Jahrzehnte zu suchen. Soziale Missstände haben die nigerianische Gesellschaft zunehmend instabil gemacht und eine Neigung zum Aufruhr geschürt. Korruption ist bis in die höchsten Stellen verbreitet. Die Kluft zwischen den Reichen und den Armen wird immer größer. Rivalität wegen des Zugangs zu begrenzten Ressourcen sowie Gefühle des Ausschlusses und der ungerechten Behandlung verursachen tiefe Unzufriedenheit. Es bedarf in einer solchen Situation dann nur

noch eines kleinen Funkens, um eine gefährliche Explosion auszulösen.

Der auch in Nigeria massiv gewachsene Einfluss islamistisch-fundamentalistischer Kräfte verschärft dieses Krisenszenario in gefährlicher Weise, indem schlichte Erklärungsmuster und einfache Lösungen angeboten werden. Soziale Konflikte und das allgemeine Gefühl der Unzufriedenheit mit den Verhältnissen werden religiös aufgeladen. Die religiöse Vereinheitlichung der Gesellschaft bietet sich als scheinbarer Ausweg aus der Krise an, und die Angehörigen anderer Religionen werden so zum Gegner, wenn nicht zum Feind.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass Religion in Nigeria nicht selten für politische Ziele auch schlichtweg instrumentalisiert wird. Aber diese Verzweckung der Religion ist nur möglich, weil unter vielen einfachen Menschen die Bereitschaft gewachsen ist, den Islam als Allheilmittel gegen die vielfältigen Gebrechen der Gesellschaft zu verstehen.

Die Einführung der Scharia als Grundlage für das staatliche Recht ist der offenkundigste Ausdruck für das Bestreben, Gesellschaft und Staat religiös zu vereinheitlichen. In den vergangenen Jahren haben – wie schon erwähnt – 12 von 36 Bundesstaaten, vornehmlich im Norden des Landes, diesen Schritt getan, der nach Meinung der Christen und nicht weniger Muslime einen Verstoß gegen die Verfassung Nigerias bedeutet.

In jenen Staaten, in denen die Scharia gilt, haben Christen und andere Nichtmuslime heute vielfach Angst. Viele, die es sich leisten können, haben den Wohnsitz gewechselt und sind vom Norden in den Süden des Landes gewandert. Doch was geschieht mit denen, die zu arm sind, anderswo ein neues Leben zu beginnen?

Die Regierungen in den Scharia-Bundesstaaten Nigerias behaupten zwar immer wieder, dass Nichtmuslime nicht vom islamischen Recht betroffen seien. Aber es gibt viele Berichte von Schikanen durch sogenannte Scharia-Wächter, besonders in den ländlichen Gebieten. Und wie können Nichtmuslime ihre Rechte wahren, wenn sie ungesetzlich vor ein islamisches Gericht gebracht werden? Fundamentale Menschenrechte sind hier infrage gestellt. □

UGANDA:

Vergessener Krieg im Norden

Als „absolute Hölle“, beschrieben jüngst der Comboni-Missionar Giulio Albanese, Leiter des gemeinsamen Nachrichtendienstes „MISNA“ der Missionsorden in Rom, und P. Sebhat Ayele, der Sekretär und Sprecher des interreligiösen „Lango Religious Leader's Forum“ (LRLF) in Uganda, ihre Eindrücke nach einem Besuch in Lira in der Bürgerkriegsregion im Norden des ostafrikanischen Landes. Seit 1986 führen die von dem einstigen katholischen Seminaristen und selbst ernannten „Propheten“ Joseph Kony gegründete „Lord's Resistance Army“ (LRA) und die „Uganda People's Defence Force“ (UPDF) der Regierung unverstellbar grausam Krieg gegeneinander.



In Nord-Uganda tobt nach den Worten beider Ordensmänner ein „vergessener und verleugneter Krieg“. Nur wenige Informationen dringen über die Grenzen des Landes hinaus, denn LRA und UPDF gehen hart gegen unliebsame Zeugen und Journalisten vor. Mitarbeiter der Kirchen, die noch am ehesten Zugang in das Kriegsgebiet finden, tun dies unter Lebensgefahr. Im günstigsten Fall werden sie aus der Region ausgewiesen, wie jetzt der spanische Comboni-Missionar Carlos Rodriguez Soto. Ihm werfen die Behörden die Verbreitung unwahrer Informationen und Diskreditierung des Gastlandes vor; nachdem er berichtete, UPDF-Soldaten hätten in einem Flüchtlingslager nahe der Stadt Gulu Feuer gelegt, auf Flüchtlinge geschossen und 6.000 Menschen festgenommen.

Einer militärischen Lösung, wie sie die Regierung unter Präsident Yoweri Kaguta Museveni und Premier Apollo Nsimbambi in Kampala und Konys Rebellen bislang uneindeutlich anstreben, erteilten der katholische Erzbischof Jean Baptist Odama (56) von Gulu und der emeritierte anglikanische Bischof Maceord Baker Ochola II. (67) von Kitgum Mitte Februar 2004 bei einem KNA-Hintergrundgespräch in Bonn sowie bei politischen Begegnungen in Berlin eine Absage. An die UNO, die Europäische Union und die Bundesregierung appellierten sie mit Nachdruck, den Krieg in Uganda auf die Tagesordnung zu setzen und eine internationale Eingreiftruppe aufzustellen.

Die Staatengemeinschaft müsse mit allen geeigneten politischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Mitteln auf Regierung und Rebellen

einwirken, eine Lösung am Verhandlungstisch zu suchen. Odama und Ochola sind Vorsitzender bzw. stellvertretender Vorsitzender von „Acholi Religious Leaders Peace Initiative“ (ARLPI), einem interreligiösen Zusammenschluss katholischer, anglikanischer, islamischer und jüdischer Führungspersonlichkeiten, der sich seit 1997 für eine Friedenslösung in Uganda einsetzt.

Auch Minderjährige werden nach Angaben der beiden Bischöfe von der LRA und den UPDF als Soldaten rekrutiert. Mindestens 22.000 von der „Widerstandarmee des Herrn“ entführte Kinder seien seit 1990 registriert worden; zu 85 Prozent kämpften in den Reihen der LRA Kinder-Soldaten. Seit Ugandas Regierung Mitte 2002 die „Operation Iron Fist“ (Operation Eiserner Faust) gegen die Rebellen eingeleitet hat, habe sich die Situation im Norden dramatisch verschlechtert. Allein 10.000 Kinder seien von Juni 2002 bis Ende 2003 von den Rebellen entführt und rekrutiert worden. Die Zahl der Binnenflüchtlinge, die Anfang 2002 noch bei 450.000 gelegen habe, sei in diesem Zeitraum auf 1,2 Millionen angestiegen. Etwa 920.000 Menschen lebten in der Region Acholi in 62 „Camps“ unter freiem Himmel, wo es ihnen an allem Lebensnotwendigen fehle.

Viele der übrigen Vertriebenen hätten Unterkunft in den Städten Lira und Soroti gefunden. Ochola: „Das Leben in diesen Lagern ist ein langsame Weg, um uns zu töten.“ Die Lager, aber auch zivile Helfer und Hilfsgüter-Konvois würden häufig von Rebellen oder Soldaten ausgeraubt. – Menschenrechtsverletzun-

gen wie Mord, Entführung, Vergewaltigung werfen internationale Organisationen wie die UNO gleichermaßen der LRA und den UDFP vor. Konys Rebellen kämpfen nach verbreiteter Lesart für die Befreiung des Nordens. Die näheren Ziele der LRA seien jedoch sehr unklar, erklärte Odama. Die Regierung hingegen trete verbal für den Frieden ein, in der Praxis aber setze sie auf eine gewaltsame Lösung. So bezichtige sie oft auch die um Vermittlung bemühten Kirchenleute der Kollaboration mit den Rebellen.

Die ARLPI, erläuterten Odama und Ochola, wolle den Kreislauf der Gewalt und Rache, der letztlich in ethnischen und sozialen Gegebenheiten wurzele, durchbrechen und sei dabei auf Hilfe aus dem Ausland angewiesen. An die Bundesregierung appellierten beide Bischöfe, ihre Hilfe für das ostafrikanische Land stärker an Bedingungen zu knüpfen, um einen Friedensprozess zu begünstigen. Es sollten zudem vor allem jene Organisationen vor Ort unterstützt werden, die konkret und langfristig auf Versöhnung hinarbeiteten. Entwicklungsministerin Heidmarie Wiecek-Zeul (SPD) stellte weitere Hilfe für Uganda in Aussicht, deren Hauptziel die Armutsbekämpfung sein werde.

Die deutsche Hilfe für den Norden des Landes, rund 10 Millionen Euro, diene vor allem den Bereichen Bildung, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie dem Kampf gegen Aids. (KNA ID Nr. 7/8 / 2004)

Eine Zeit für den Frieden – eine Zeit, um aufzubauen

Gemeinsame Erklärung eines ersten Treffens muslimischer Ulama und christlicher Bischöfe in Asien

Im August 2003 fand in Pasay City, südlich von Manila/Philippinen, das erste gemeinsame Gipfeltreffen muslimischer Ulama und christlicher Bischöfe statt. Rund 170 Delegierte aus 14 asiatischen Ländern, christliche Bischöfe, Geistliche und Laien sowie islamische Würdenträger und Gelehrte nahmen daran teil. Wie die Zeitschrift WELTKIRCHE (Heft 7/2003, S. 164) berichtet, bestand die Absicht des Treffens darin, ein Zeichen gegen Gewalt und Extremismus und für die Verständigungsbereitschaft zu setzen.

„Das Werk der Gerechtigkeit wird der Friede sein“ (Jes 32, 17)
„Ganz (aufrichtig) Frieden schließen“ (Koran).

Einleitung

„Wir religiösen Führer, Teilnehmer am ersten Treffen muslimischer Ulama und christlicher Bischöfe, trafen uns vom 18. bis 21. August 2003 in Manila in einem Geist interreligiösen Dialogs, tiefer Solidarität und andächtigen Gebets; und während wir die Hilfe des allmächtigen Gottes erbitten, anerkennen und bekräftigen wir:

Situation

Wir in Asien befinden uns inmitten schwerer interner Konflikte unter den Völkern unserer Länder, Konflikte, die oft der Religion angelastet werden und die anhaltende, heftige und gewaltsame Kämpfe sind, die nur allzu oft Kriegführende und Unbeteiligte gleichermaßen in Mitleidschaft zögen. Die Unstimmigkeiten und die vernichtenden Konflikte, die sich in dieser Gewalt zeigten, wurzelten im Unverständnis gegenüber anderen Religionen, gegenüber der Geschichte, der Kultur, der Identität und Ethnizität der Völker und in unseren sozialen, politischen oder wirtschaftlichen Systemen, im Mangel an Harmonie zwischen 'Mehrheiten' und 'Minderheiten' und zwischen den Regierungen und den Menschen. Das zeige sich auch in der nachteiligen Darstellung einiger Religionen durch die Medien.“ Unter dem Thema *Unsere Verantwortung* wird dieser Mangel mit den persönlichen religiösen Zugehörigkeiten, Anschauungen und Überzeugungen in Verbindung gebracht. Dies hätte zur Verlängerung und Verstärkung der sozialen Zwietsracht beigetragen, was „demütig“ eingestanden werde. Au-

ßerdem werde erkannt, dass die Religionen oft aus egoistischen und unmoralischen Beweggründen benutzt und missbraucht würden. Dieses Verhalten erfolgte über Jahrhunderte hinweg und müsse „durch eine konsequente Äußerung unserer muslimischen und christlichen Werte“ korrigiert werden. Als Friedensstifter hätten die Vertreter der Religionen eine „Kultur des Friedens zu fördern und zu entwickeln“, um Bedingungen für einen positiven sozialen Wandel zu schaffen. Das Treffen werde verstanden als ein historischer Augenblick der Gnade, um die gemeinsame Überzeugung neu zu bekräftigen, dass der Islam und das Christentum *Religionen des Friedens* seien. Der gemeinsame Glaube an den Allmächtigen und die gemeinsamen Werte der Gottesverehrung drängten die muslimischen Ulama und christlichen Bischöfe, das Schöpfungswerk Gottes zu erkennen und dass sie auch ein gemeinsames Leid teilen und er-

fahren würden. Aus dem Leid ihrer Völker käme ihr Appell zum Frieden. Sie als Gläubige der Religionen des Friedens seien aufgerufen, den Frieden zu verkünden, für ihn zu leben und zu arbeiten sowie jegliche Form von Gewalt zu verurteilen, da diese ein direkter Angriff auf ihre gemeinsame Würde sei. In den sechs *Säulen des Friedens* werde erneut die Verpflichtung zur Zusammenarbeit bekräftigt und nach Folgendem gestrebt:

- „der Wahrheit, die die Würde und Schwachheit eines jeden Menschen anerkennt;
- der Gerechtigkeit, die auf Gottes Rechtschaffenheit und Achtung der Rechte und Pflichten der Menschen ohne Diskriminierung basiert;
- der Aufrichtigkeit in unseren Beziehungen zum allmächtigen Gott und zueinander;
- der Liebe, die Mitleid und Vergeltung unserer Sünden sowie Verzeihung einschließt;
- der Freiheit, die Gottes Geschenk ist, die ausgeübt wird im Geiste der Liebe und Verantwortung und die unserer menschlichen Natur innewohnt und
- dem Gebet, das uns Führung und Kraft gibt, um nach dem Willen des allmächtigen Gottes zu leben, und das uns zum Werkzeugen des Friedens macht.“

Die geistlichen Würdenträger verpflichten sich die *offenen Türen des Dialogs* ständig zu nutzen für einen „gläubwürdigen Dialog des Lebens und der konkreten Aktion zwischen Muslimen und Christen in Asien.“

(bt)

KURZ BERICHTET:

Praktizierende Muslime übersteigen die Zahl der Anglikaner in Großbritannien

Die Besucherzahlen in britischen Moscheen übersteigt zum ersten Mal die Zahl der Gottesdienstbesucher in der Church of England, wie die Sunday Times Ende Januar 2004 berichtete. Offizielle Zahlen von Regierung und Universitäten zeigen, dass 930.000 Muslime zumindest einmal in der Woche zum Gottesdienst gehen, im Vergleich zu 916.000 Anglikanern und 1,5 Millionen Katholiken. Nach der Volkszählung von 2001 gibt es in Großbritannien 1.59 Millionen Muslime, deren wahre Zahl aber auf mindestens 1.8 Millionen geschätzt wird.

(ZENIT.org)

Buthan: Massive Menschenrechtsverletzungen und Christenverfolgung

Dass auch der im Westen gerne als besonders friedliche Religion dargestellte Buddhismus einen menschenverachtenden Umgang mit Christen betreiben kann, zeigt der Himalaya-Staat Bhutan: Heute ist dort laut kirchlichen Quellen jede öffentliche Versammlung einer anderen Religion gesetzlich verboten und wird verfolgt. Dem Land werden auch ethnische Säuberungsaktionen vorgeworfen.

In Bhutan sei es Christen bei schwerer Strafe verboten, öffentliche Gottesdienste zu feiern oder ihren Glauben anderweitig zu praktizieren, beklagt der römisch-katholische Bischof Stephen Lepcha von Darjeeling (Indien), zu dessen Diözese Bhutan kirchenrechtlich gehört. Der buddhistische Staat zwischen Indien und China garantiere seinen Bürgern kein Recht auf Religionsfreiheit, meldet auch der vatikan. Missions-Nachrichtendienst Fides. Schätzungsweise 65.000 Christen würden in dem im Himalaja gelegenen Kleinstaat terrorisiert und bedroht. Wer kein Buddhist sei, werde seit längerer Zeit politisch und sozial diskriminiert.

Bis Mitte der 60-er Jahre des 20. Jhs. war das Land des Donnerdrachens (Bhutan) für jegliche christliche Mission verschlossen. Erst 1963 kamen die Jesuiten und 1965 die Salesianer auf Einladung in das Land, um im Bildungswesen tätig zu sein.

Nachdem sich in den folgenden 25 Jahren die Lage der Christen geringfügig entspannt hatte und die wenigen, meist aus Indien stammenden Christen unterschiedlicher Konfessionen mehr Menschen zum christlichen Glauben führen konnten, folgten neue Beschränkungen. Einheimische Christen verloren ihre Arbeit. Es wurde die Überwachung aller christlichen Hausversammlungen angeordnet. 1982 wurden die Salesianer des Proselytismus beschuldigt und ausgewiesen.

Besondere Schikanen für Christen melden Menschenrechtsorganisationen seit Ende der 90-er Jahre. So würden kirchliche Versammlungsräume immer wieder von Polizisten gestürmt und die Namen der Gläubigen erfasst. Mehrere evangelische Pfarrer seien verhaftet und mit langen Gefängnisstrafen bedroht worden.

Der Nachrichtenagentur „Fides“ zufolge ist derzeit im Land „eine sehr harte Verfolgung im Gange“. Von den Christen werde verlangt, abzuschwören oder das Land zu verlassen. Religionsfreiheit existiere nicht mehr. In einigen Städten könnten sich die Christen ihres Glaubens wegen nicht mehr versammeln. „Sie werden in ihrer Arbeit nicht befördert, grundlos gekündigt und aus dem Land vertrieben.“

Die Zahlen des Himalaja-Staates über Einwohner und Religionszuge-



hörigkeit schwanken, je nach Quelle, zwischen 800.000 und rund zwei Millionen Einwohnern. Etwa 72 Prozent bekennen sich zum Buddhismus, 23 Prozent zum Hinduismus, 4 Prozent zum Islam. Christen bilden eine Minderheit von knapp 0,5 Prozent.

Bhutan gehörte lange Zeit zu den abgeschiedensten und von den Einflüssen der modernen Zeit am wenigsten berührten Ländern der Welt. Dieser Isolationismus wurde mit der Furcht vor einem Souveränitätsverlust an die beiden mächtigen Nachbarn Indien und China, aber auch mit der Bewahrung der jahrhundertealten Kultur und dem Schutz der Natur des Landes begründet.

Internationale Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) und humanitäre Werke üben seit Jahren harte Kritik an Bhutans Umgang mit seinen Minderheiten und werfen dem Land massive Menschenrechtsverletzungen, unter anderem auch ethnische Säuberungen, vor. (ZENIT.org)

KURZ BERICHTET:

Selbstkritik – Indiens Katholiken diskriminieren Dalits

Eine anhaltende Diskriminierung der Angehörigen der niedrigsten Kaste Indiens innerhalb der Kirche hat die katholische Bischofskonferenz Indiens kritisiert. Während viele der so genannten Dalits das Christentum in der Hoffnung angenommen hätten, Akzeptanz, Gleichbehandlung und Menschenwürde zu erfahren, würden sie von Christen höherer Kasten nicht als gleichberechtigt akzeptiert, bemängelte der Vorsitzende der Bischöflichen Kommission für Fragen des Kastenwesens, Bischof Malayappan Chinnappa, am 12. März im südindischen Bangalore. Der Bischof bezeichnete das Kastenwesen als „teufelische Form des Terrorismus“. Bislang habe die Kirche keine nennenswerten Erfolge zur Beendigung der andauernden Diskriminierung verzeichnen können. Im Gegensatz zu vielen Predigten im Sinne der Gleichheit aller Menschen habe die Kirche de facto das diskriminierende Kastensystem in vielerlei Hinsicht

akzeptiert, so der Bischof von Vellore, der selbst ein Dalit ist. Dalits gehören zu den Unberührbaren innerhalb des indischen Kastensystems. Sie stellen mehr als 65 Prozent der 17 Millionen Katholiken in Indien.

Viele kirchliche Institutionen lehnten die Aufnahme von Kindern aus katholischen Dalit-Familien ab, so Chinnappa. Einige Gemeinden hätten den Dalits sogar Sitzplätze in den hinteren Bereichen der Kirchen eingerichtet, um deren soziale Minderwertigkeit zu zeigen. Als die mit den höchsten Analphabetenzahlen rückständigste Gruppe der indischen Gesellschaft müssten sie die weit verbreitete Diskriminierung durch höhere Kasten in Kauf nehmen, sagte der Bischof. Sie lebten abgesondert vom Rest der Gesellschaft und leisteten Dienstbotenarbeiten für die höheren Kasten. Auf diese Arbeiten seien die landlosen Dalits angewiesen, um überleben zu können. (KNA)

GLOBALISIERUNG

Risiken, Fehlvorstellungen und Globalisierung

Zwei unspektakuläre Veranstaltungen zur Lage in der Welt

Bei der jährlichen Versammlung führender Politiker und Wirtschaftsexperten in Davos lösten sich die durch den Krieg im Irak verursachten Spannungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Das fünf Tage dauernde Gesprächsforum, das am 26. Januar 2004 zu Ende ging, verlief im großen und ganzen unspektakulär und ohne größere Proteste von Anti-Globalisierungsgruppen.

Es stand nicht unter einer einzelnen dominierenden Idee. Das gewählte Thema, „ZUSAMMENARBEIT FÜR SICHERHEIT UND WOHLSTAND“, wurde in sieben Themenbereichen behandelt: globale Sicherheit garantieren; globales Wachstum fördern; neu entstandene Risiken bewältigen; Flexibilität der Großunternehmen schaffen; Innovationen anregen; die Verschiedenheit der Währungen nutzbar machen; und Ungerechtigkeit verringern. Über 2.200 Teilnehmer verteilten sich auf mehr als 250 Einzelveranstaltungen, darunter Workshops und Podiumsdiskussionen im Interviewstil.

Vor der Versammlung erklärte Klaus Schwab, der geschäftsführende Vorsitzende des Welt-Wirtschafts-Forums, das die Leitung der jährlichen Versammlungen hat: „Ich glaube, wir müssen es akzeptieren, dass wir in einer Welt mit einem viel höheren Risiko leben.“ In einem am 21. Januar im „Wall Street Journal“ veröffentlichten Interview nannte Schwab eine Anzahl von Faktoren, welche die Risiken erhöht haben:

- das Ungleichgewicht zwischen den industrialisierten Ländern und den Entwicklungsländern;
- das finanzielle Ungleichgewicht infolge der schnellen Wertsteigerung des Euro; und
- drei sehr hohe Defizite der USA (Handelsdefizit, Fiskaldefizit und Devisendefizit).

Ein Ziel der Konferenz von Davos sei es, „zu sehen, wie diese Risiken ohne

(unliebsame) Überraschungen oder größere chaotische Situationen für die Welt verringert werden könnten.“

Gegensätzliche Ansichten zeigten sich bei der ersten Konferenzsitzung über die Wirtschaft. Der Vorsitzende von „Merrill Lynch International“ Jacob Frankel meinte, dass die Welt in einen „synchronisierten globalen von den Vereinigten Staaten angeführten Konjunkturaufschwung“ eintrete, wie es in einem am Montag auf der Internetseite von „Newsweek“ veröffentlichten Artikel hieß. Im Gegensatz dazu war der Globalökonom von „Morgan Stanley“ Stephen Roach pessimistisch. Er machte sich Sorgen über das gegenwärtige Haushaltsdefizit der USA und über das, was er als eine schwache amerikanische Wirtschaft betrachtete.

Auch zahlreiche politische Führer sprachen vor der Versammlung. Zu den Teilnehmern gehörten der pakistanische Präsident Pervez Musharraf, der Präsident des Iran, Mohammad Khatami und der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan. Auch der UN-Generalsekretär Kofi Annan und der Vizepräsident der USA, Dick Cheney, hielten größere Reden.

Pakistans Präsident forderte verstärkte Anstrengungen, die Kluft zwischen dem Westen und der islamischen Welt zu überbrücken. Musharraf empfahl eine „verständige Mäßigung“, die jeden Extremismus ablehnt und die Aufmerksamkeit auf die sozioökonomische Entwicklung der islamischen Länder konzentriert. Er fügte hinzu, zwei „gefährliche Fehlvorstellungen“ über den Islam seien verbreitet:

1. dass der Westen es auf ihn abgesehen habe; und
 2. dass er eine Religion des Extremismus, der Militanz und Ignoranz sei.
- Die Aktionen einer Handvoll Extremisten sollten nicht, so Musharraf, zu der Meinung führen, sie würden vom ganzen Islam unterstützt.

Cheney konzentrierte sich in seiner Rede am vergangenen Samstag auf politische Themen. Der Vizepräsident der USA hob einige positive Entwicklungen im Kampf gegen den Terrorismus hervor: die Gefangennahme Saddam Husseins; die Annahme einer demokratischen Verfassung für Afghanistan; und Libyens Entscheidung, sein Massenvernichtungswaffen-Programm zu stoppen. Cheney wies jedoch warnend auf die fortdauernde Bedrohung durch ein hochentwickeltes globales Terroristennetz hin.

Ruf nach mehr Ethik in der Wirtschaft“

Angesichts der Firmenskandale beiderseits des Atlantik, die noch frisch in Erinnerung sind, wurde in Davos auch das Thema Moral in der Wirtschaft angesprochen, berichtete die „Associated Press“ am 25. Januar. „Es herrscht bei uns ein Klima, in dem Betrug und Gesetzesübertretung Arbeitsplätze und Vermögen vernichten, während die Gehälter in den oberen Etagen Jahr für Jahr steigen“, sagte William Parrett, Leitender Direktor der Wirtschaftsprüfungsfirma Deloitte Touche Tohmatsu, während einer Podiumsdiskussion.

Aber viele Konferenzteilnehmer wiesen warnend darauf hin, dass es nicht genüge, die Firmen mit Hilfe zusätzlicher Gesetze zu leiten. Robert Diamond, Leiter der britischen Firma Barclays Capital, sagte, die Unternehmen müssten auch sicherstellen, dass sie Führungspersonal einstellen, das moralisch integer ist.

Wie das „Wall Street Journal“ am 27. Januar schrieb, äußerten inzwischen Davos-Teilnehmer, die bisher traditionell die Globalisierung begünstigt haben, ihre Besorgnis über deren Auswirkungen auf die Arbeitsplätze. „Sie fragen sich, ob die zunehmend globale Wirtschaft genau so viele Hochlohnjobs in reichen Ländern schaffen wird, wie einmal erwartet wurde.“

Globalisierungs-Verteidiger argumentieren folgendermaßen: wenn Arbeitsplätze in reicheren Staaten an Entwicklungsländer mit niedrigeren Löhnen verloren gehen, könne dies

hinwiederum bedeuten, dass es für die Arbeiter mehr Gelegenheiten geben werde, eine qualifiziertere Arbeit zu bekommen. Aber in jüngster Zeit wandere eine zunehmende Zahl von Facharbeiter- und Schreibtisch-Jobs von reichen Nationen ab in Entwicklungsländer. Schätzungen über US-Arbeiter im Dienstleistungsbereich, deren Jobs verlagert wurden, schwanken zwischen 250.000 und 500.000, und das könnte erst der Anfang sein.

Zhu Min, Generaldirektor der staatseigenen Bank von China, empfahl den Vereinigten Staaten, „ihre Position neu zu bestimmen.“ Er meinte: „Die Produktion ist fort; die Dienstleistungen sind dabei zu verschwinden. Forschung und Entwicklung sind noch da. (Die USA) muss auf der Entwicklungsleiter aufsteigen.“

Im „Time“-Magazin vom 2. Februar sprach Michael Elliot davon, dass die Atmosphäre in Davos, die im Jahr zuvor durch die vergifteten Beziehungen zwischen den USA und Europa beeinträchtigt wurde, in diesem Jahr „harmonisch und zufriedenstellend“ war. Cheney habe sogar den „alten Kontinent“ gelobt und gesagt, Amerika wünsche „ein möglichst starkes Europa.“

Ein paralleles Forum

Auf der andere Seite der Weltkugel und am entgegengesetzten Ende des ideologischen Spektrums hielt das Weltsozialforum seine Konferenz in diesem Jahr in der indischen Stadt Mumbai, ehemals Bombay, vom 16. bis 21. Januar ab. Das diesjährige Treffen war von Porto Alegre, Brasilien, verlegt worden, als Versuch, eine größere Zahl asiatischer Teilnehmer einzubeziehen.

Dieses Forum wurde zum ersten Mal im Jahr 2001 als eine Parallelveranstaltung zu Davos abgehalten. Es diente dem Ziel, einen alternativen Sammelpunkt für Anti-Globalisierungskräfte zu schaffen. Die Veranstaltungen in Mumbai brachten ungefähr 100.000 Menschen zusammen, meldete BBC am 21. Januar. Zu den Themen der Konferenz gehörten Opposition gegen den von den Vereinigten Staaten geführten Krieg im

Irak, die Schulden der Dritten Welt, Handelsvereinbarungen, und das Schicksal der Angehörigen der niedrigsten Kaste Indiens, der Daliten.

Unter den Referenten befanden sich Jacob Frankel, französischer Landwirt und bekannter Anti-Globalisierungsaktivist; Joseph Stiglitz, ein früherer Weltbankökonom, Autor von „Globalisierung und die Gründe zu Unzufriedenheit“ (Globalization and Its Discontents); und Arundhati Roy, ein indischer Schriftsteller.

Während jeder in Mumbai klar habe erkennen können, wogegen man ist – nämlich gegen „Kapitalismus, Imperialismus und George Bush“ – sei es schwieriger gewesen, zu sagen „wofür sie alle eigentlich sind“, hieß es in der britischen Zeitung „Guardian“ am 17. Januar.

Der „Guardian“ sprach von einer größeren Spaltung zwischen der „Linken und der extremen Linken“, die zur Organisation einer rivalisierenden Konferenz unter der Bezeichnung „Mumbai Resistance 2004“ geführt habe, organisiert von Gruppen, die behaupteten, dass das Weltwirtschaftsforum in Davos „vom Kapitalismus vereinnahmt worden sei“. Die „Hindustan Times“ zitierte am 16. Januar eine der Organisatoren der Konkurrenzveranstaltung, Rona Wilson: „Wir wollen den Kampf gegen die imperialistische Globalisierung und gegen den Krieg verschärfen.“

In einer Analyse nach der Konferenz, die am vom „Guardian“ (21.01.) veröffentlicht wurde, hieß es, „der rote Faden, der sich durch alle Beiträge zog, war der Kampf der Machtlosen gegen die Mächtigen“.

Während die Konferenz in Davos sich darauf konzentriert habe, wie man mehr Wachstum und Ressourcen schaffen könnte, um die Armut zu bekämpfen, habe die Versammlung in Mumbai den Ton besonders auf mehr wirtschaftliche und gesellschaftliche Gerechtigkeit gelegt. Diese Trennung wird wohl fortbestehen. Aber zumindest waren in diesem Jahr beide Versammlungen frei von gewaltsamen Protesten seitens anarchistischer Gruppen, die bei den früheren Versammlungen zu Störungen geführt hatten. (ZENIT.org)

„Die Kreuzzüge“ in Mainz

Unter dem Motto „Kein Krieg ist heilig“ zeigt das Mainzer Dom- und Diözesanmuseum ab Freitag eine internationale Sonderausstellung „Die Kreuzzüge“. Präsentiert werden über 200 Exponate aus aller Welt. Nach Angaben des Dommuseums ist seine Ausstellung die bislang erste Kreuzzüge-Schau in Deutschland.

Die Ausstellung befasst sich unter anderem mit den Ursachen und Folgen der Auseinandersetzung von Morgen- und Abendland in der Zeit der Kreuzzüge. Sie beschäftigt sich mit dem Kulturtransfer aus dem Morgenland und mit der Entstehung, der Entwicklung und dem Verfall der Kreuzfahrerstaaten im Vorderen Orient. Sie geht sowohl ein auf von Kreuzfahrern verübte Judenpogrome wie auch auf die damalige Kriegsführung. Zu den Exponaten gehören Reliquiare ebenso wie funktionstüchtige Modelle von Belagerungsmaschinen. Auf zahlreichen Texttafeln werden christliche wie muslimische Chronisten der Kreuzzüge-Zeit zitiert.

„Leitgedanke Toleranz“

Als „Leitgedanken“ der Schau nennt Dommuseums-Leiter Hans-Jürgen Kotzur die Toleranz, und er betont: „Wer die Zeit der Kreuzzüge nicht kennt, versteht auch nicht, was heute im Nahen Osten vor sich geht.“ Teils ist die Ausstellung in Räumlichkeiten zu besichtigen, die aus der Zeit der Kreuzzüge stammen. Schirmherren der Schau sind der Mainzer Kardinal Karl Lehmann und der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD).

Unter Kreuzzügen im weiteren Sinn versteht man die im Mittelalter von der Kirche geförderten Kriege gegen Heiden, Andersgläubige und Ketzer. Im engeren Sinn bezeichnet der Begriff die Versuche zur Befreiung der heiligen Stätten Palästinas, insbesondere Jerusalems, von der Herrschaft der Muslime in der Zeit vom Ende des 11. bis zum Ende des 13. Jhs. Um diese Kreuzzugs-Epoche geht es in der Ausstellung des Mainzer Dommuseums. (KNA)

Hinweis: Die Ausstellung ist bis 30. Juli dienstags bis sonntags von 10.00 bis 19.00 Uhr geöffnet. An kirchlichen Feiertagen gelten Sonderregelungen.

DIE CHALDÄISCHE KIRCHE:

Geschichte, Ritus, Organisation und Struktur

Aus Anlass der Wahl des neuen Patriarchen der Chaldäischen Kirche brachte die katholische Nachrichtenagentur ZENIT am 4. Dezember 2003 überarbeitete Auszüge aus einem Dossier, das die vatikanische Missionsnachrichtenagentur Fides vor einiger Zeit veröffentlicht hatte. Der Bericht gibt einen guten Einblick in das orientalische Christentum im Mittleren Osten (Irak und Iran).

42-72 n. Chr.: Der Apostel Thomas als Missionar unter den Völkern bis zum Fernen Osten

Das Christentum hat im Orient antike Wurzeln. Die christlichen Kirchen in diesem Teil der Welt, der vom Irak bis nach Indien reicht, bezeichnen sich als „Töchter des heiligen Thomas“. Tatsächlich begann alles damit, dass der Apostel Thomas (griechische Übersetzung aus dem Aramäischen: Toma=Zwilling) nach dem Tod und der Auferstehung Jesu Jerusalem im Jahr 40 nach Christus verließ und in den Jahren von 42 bis 49 die Völker des Nahen Ostens evangelisierte, die jene Länder bewohnten wo sich heute der Iran, der Irak, Afghanistan und Belutschistan befinden.

Doch der heilige Thomas, von jenem Eifer ergriffen, der allen Aposteln Jesu eigen war, hielt nicht inne: er reiste weiter nach Indien um die Frohbotschaft des Evangeliums auch den noch weiter entfernten Völkern zu verkünden. So kam es, dass der Apostel den christlichen Glauben in den Jahren von 53 bis 60 erstmals entlang der südwestlichen Küste Indiens (damals Malabar, dem heutigen Unionsstaat Kerala) auch den dort wohnenden Völkern verkündete, die das Evangelium mit Begeisterung und Freude aufnahmen.

Später reiste der heilige Thomas weiter bis zur südöstlichen Küste Indiens, wo er für seinen Glauben an Christus mit dem Leben bezahlen musste. Die Verkündigung des Apostels wurde mit dem Martyrium besiegelt: auf einer seiner Missionsreisen, auf denen er die Frohbotschaft unter Menschen verkündete, die Jesus noch nicht kannten, wurde er im heutigen Madras von einem Speer tödlich getroffen.

Der Überlieferung nach starb der heilige Thomas zwischen 68 und 72

n.Chr. Der Apostel Thomas wird auch als „Leiter und Lehrer der indischen Kirche“ bezeichnet, die von ihm „gegründet und getragen“ wurde. Seither werden diese Christen als „Thomaschristen“ bezeichnet, sie wohnen auch heute noch an der Küste von Malabar im heutigen indischen Unionsstaat Kerala und betrachten den heiligen Thomas als ihren spirituellen Vater. Nach Ansicht von verschiedenen Historikern soll der heilige Apostel das Evangelium sogar in China verkündet haben, doch dafür gibt es keine dokumentierten Beweise.

Aus der Verkündigung des heiligen Apostels Thomas ist zum einen die chaldäische Kirche entstanden, deren Mitglieder heute größtenteils im Irak leben, und zum anderen die syromalabarische Kirche, die vor allem im Südwesten Indiens ihre Blütezeit erlebt hat. Im Lauf der Jahrhunderte hat die chaldäische Kirche, ähnlich wie die anderen orientalischen Kirchen durch ihre seelsorgliche Tätigkeit das eigene Überleben zu sichern und dabei versucht der islamischen Eroberung zu widerstehen und das Licht des christlichen Glaubens in einem mehrheitlich islamisch (Irak, Iran, Mittlerer Osten) oder hinduistisch (Indien) geprägten Kontext zu bewahren. Gegenwärtig konzentriert sich die Missionstätigkeit der Chaldäischen Kirche vor allem auf die Diasporagemeinden, wo die geistliche Begleitung und die Katechese vor allem unter jungen Menschen oft auch mit Hilfe und Mitteln der Gemeinden des lateinischen Ritus gesichert werden sollen.

Irak – Die Chaldäische Kirche: Geschichte

Auf seinen Missionsreisen hinterließ der Apostel Thomas vor seiner Weiterreise nach Indien zwei Ge-

fährten und Jünger in Mesopotamien: Mar Addai und Mar Mari. Aus der Verkündigung des Apostels und seiner beiden Gefährten entstand eine Kirche, die sich in der Zeit vom 1. bis zum 4. Jh. durch das Entstehen zahlreicher Gemeinden und Klöster in jener Gegend ausbreitete, wo sich das heutige Syrien befindet und die bis zum Irak und zum Iran reicht. Bei den Konzilen von Seleukia im Jahr 410 und Markbata im Jahr 424 wurden diese Kirchen für autonom erklärt. Sie hatten die Möglichkeit einen eigenen Patriarchen zu wählen, der den Namen „Katholikos“ tragen sollte.

Gegen Mitte des 15. Jahrhunderts erlebte die assyrische Kirche eine Zeit des Verfalls und der Schließung; es entstand die Tradition einer erblichen Folge des Patriarchen mit dem Ergebnis, dass die Kirche von einer einzigen Familie beherrscht wurde und zum Teil ungebildete Minderjährige den Sitz des Patriarchen einnahmen. Doch als 1552 ein Ebensolcher zum Patriarchen gewählt wurde, weigerte sich eine Gruppe assyrischer Bischöfe diesen anzuerkennen, vielmehr wollten sie die große monastische Tradition des Orients wieder beleben: sie wählten den Mönch Yuhannan Sulaka zu ihrem Patriarchen und entsandten ihn nach Rom, wo er um die Anerkennung durch die katholische Kirche bitten sollte.

Zu Beginn des Jahres 1553 ernannte Papst Julius III. ihn zum „Patriarchen der Chaldäer“ und verlieh ihm den Namen Simon VIII. Er wurde am 9. April 1553 im Petersdom vom Papst zum Bischof geweiht. Dies ist das „offizielle“ Geburtsdatum der chaldäischen Kirche. Der neue Patriarch kehrte noch 1553 in seine Heimat zurück, wo er eine Reihe von Reformen einleitete und durchführte und dabei auf den Widerstand des Patriarchen der assyrischen Glaubensgemeinschaft stieß.

Simon wurde 1555 festgenommen, gefoltert und hingerichtet. Über 200 Jahre lang gab es Spannungen zwischen Gemeinden, die die Gemeinschaft mit der römischen Kirche

befürworteten und solchen, die diese ablehnten. Die Situation stabilisierte sich, nachdem Papst Pius VIII. den Metropolit John Hormizdas als Oberhaupt aller chaldäischen Katholiken bestätigte und ihm den Titel „Patriarch von Babylon der Chaldäer“ mit Sitz in Mossul im nördlichen Irak verlieh.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Sitz des Patriarchen 1950 nach Bagdad verlegt, nachdem viele chaldäischen Katholiken aus dem Norden des Irak in die Hauptstadt gezogen waren.

Unterdessen haben sich die Beziehungen zwischen der chaldäischen und der assyrischen Glaubensgemeinschaft gebessert: ihren Höhepunkt hatte die neue Ära des Dialogs und der guten Beziehungen in der Unterzeichnung einer gemeinsamen christologischen Erklärung durch Papst Johannes Paul II. und Seiner Heiligkeit Mar Dinkha IV. in Rom im November 1994.

Im August 1997 haben der Heilige Synod der chaldäischen und der assyrischen Kirche eine Kommission für den Dialog eingerichtet, die eine pastorale Zusammenarbeit auf allen Ebenen fördern soll.

Vom 16. bis 24. Oktober 2002 feierte die Chaldäische Kirche ihre Synode: chaldäische Bischöfe aus der ganzen Welt tagten gemeinsam unter Vorsitz von Patriarch Bidawid. Die Synodenversammlung beschloss die Gründung von zwei neuen Gremien: einer Kommission für die Beziehungen zwischen der chaldäischen und der assyrischen Kirche und eine Kommission für die Reformierung der Liturgie.

Irak – Der chaldäische Ritus und seine Besonderheiten

Der Chaldäische Ritus ist einer der fünf wichtigsten Riten der Orientalischen Kirchen, neben dem Alexandrinischen Ritus (koptische und äthiopische Kirche), dem Antiochenischen Ritus (maronitische und syrische Kirche), dem Armenischen Ritus und dem Byzantinischen Ritus.

Nach dem chaldäischen Ritus leben und zelebrieren die ostsyrische, die chaldäische und die syromalabarische Kirche.

Der chaldäische Ritus entwickel-

te sich unabhängig unter der Herrschaft der Sassaniden (4. bis 7. Jh.), die bis zu den arabischen Eroberungen in Persien regierten (heute: Syrien, Irak, Iran): deshalb wird manchmal auch die Bezeichnung „persischer Ritus“ benutzt.

Dieser Ritus existierte in seiner gegenwärtigen Form, zumindest was die Heilige Messe anbelangt, bereits zu Beginn des 7. Jahrhunderts. Er ist in seiner weiteren Entwicklung den grundlegenden Strukturen treu geblieben.

Seit dem 17. Jahrhundert wurde der Ritus in Rom als „chaldäisch“ bezeichnet, während in den von den Chaldäern bewohnten Gebieten eher die Bezeichnung „ostsyrisch“ benutzt wird.

Liturgische Sprache ist Syrisch (Aramäisch), das mit seinen antiken Lauten und musikalischen Tönen fast als Ornament betrachtet werden kann. In einigen Kirchen im Mittleren Osten wird jedoch zunehmend Arabisch, die Umgangssprache der Bevölkerung, beim Lesen von Gebeten, Bibelstellen und einigen liturgischen Formeln benutzt.

Bei der Eucharistiefeier zelebrieren die versammelten Christen zwei Feiern zusammen, wie dies zur Zeit der ersten Apostel üblich war.

Das Wort Gottes wird vom Bema aus verkündet, das heißt einer erhöhten Tribüne, die sich in der Mitte der Kirche befindet und symbolisch Jerusalem darstellt, das Zentrum der Welt und der Ort, an dem Jesus gelehrt hat. Dies soll vermitteln, dass die Lesung oder die Predigt nichts anderes ist als die Weitergabe des von Gott empfangenen Wortes, wie dies auch auf der Kanzel in den Kirchen des lateinischen Ritus geschieht.

Die eucharistische Weihe – auch Heiligung genannt – findet im Heiligen der Heiligen statt, einem Symbol des Himmels, wo dem Vater das Opfer seines Sohnes, des göttlichen Lammes in Form von Brot und Wein dargebracht wird.

Die Kommunion findet im zwischen dem Hauptschiff und dem Heiligtum gelegenen Gestrom, dem Symbol für das Paradies statt. Auf diese Weise soll die Frucht, die den Menschen aus dem Paradies vertrieben hat, durch die Frucht des Leibes der

Muttergottes ersetzt werden, die das Ewige Leben schenkt.

Auf diese Weise soll auf der einen Seite das Geheimnis Christi „wieder gegeben“ werden und auf der anderen Seite wird den Gläubigen die Möglichkeit gegeben, an der Heilsbotschaft des Erlösers teilzuhaben: sie werden in sein Reich eingeführt wo Er endgültig in die göttliche Herrlichkeit einging.

Irak – Die Chaldäische Kirche: Organisation und Strukturen

Auf der ganzen Welt gibt es insgesamt rund eine Million chaldäische Gläubige. Ein Großteil von ihnen leben im Irak, wo sich auch der Sitz des Patriarchats befindet. Dem chaldäischen Patriarchen von Babylonien stehen zwei Weihbischöfe zur Seite, Bischof Emmanuel-Karim Delly und der neu ernannte Bischof Andraos Abouna, von denen der eine für die Seelsorge verantwortlich ist und der andere im Amt des Kurienbischofs für die Organisation zuständig ist.

Die Kirchsprengel der chaldäischen Kirche im Irak sind wie folgt strukturiert: Metropole und Patriarchaleparchie Bagdad, die Eparchien (vergleichbar mit Diözesen) Alquoch, Amadia, Akra im äußersten Norden des Irak und der Eparchie Bassorah im äußersten Süden des Landes und den Eparchien Arbil und Mossul im Norden.

Auf den Bergen im Norden des Irak, wo sich die meisten Eparchien der chaldäischen Kirche befinden, handelt es sich bei den katholischen Gläubigen größtenteils um Kurden, die dort unter schwierigsten Umständen in großer Armut leben. Die Kurden (insgesamt rund 5 Millionen im Irak) sind mehrheitlich Araber. Die chaldäischen Kurden gehören zu den ältesten christlichen Gemeinden des Orients und ihre Ursprünge gehen auf das 2. Jh. nach Christus zurück. Die christlichen Wurzeln werden von antiken Konventen und Klöstern im Norden des Irak dokumentiert, die zwischen dem 5. und dem 6. Jh. nach Christus entstanden sind.

In der Landesmitte, wo sich die Hauptstadt Bagdad befindet, sind die Einwohner mehrheitlich Araber, die sich zum islamisch-sunnitischen

Glauben bekennen (34,5 Prozent der insgesamt 22 Millionen Einwohner des Landes), während die Einwohner im Süden der islamisch-schiitischen Glaubensgemeinschaft angehören, die mit 62 Prozent der Gesamtbevölkerung die größte Gruppe darstellen.

In einem mehrheitlich muslimischen Umfeld lebt eine sehr lebendige chaldäische Glaubensgemeinschaft, die sich vor allem der Katechese und der Ausbildung widmet: in Bagdad gibt es ein Patriarchalseminar und vor kurzem wurde dort auch das Kolleg von Babylonien gegründet, das als Patriarchalkolleg mit der Päpstlichen Urbaniana-Universität unter Leitung der Kongregation für die Evangelisierung der Völker assoziiert ist. Dieses Kolleg bietet Kurse für Philosophie und Theologie an, die von Priesteramtskandidaten und Laien besucht werden können.

Im Irak gibt es auch zwei chaldäische Schwesterngemeinschaften: die Schwestern vom Heiligen Herzen und die Töchter von der Makellosen Maria. In der chaldäischen Kirche gibt es zudem Mönche, die missionarisch tätig sind: die chaldäischen Mönche gründeten ursprünglich ihre Klöster in der Bergregion im Norden des Irak, wo sie die kurdischen Dörfer besuchten und dies auch heute noch tun, in Schulen als Lehrer unterrichten und Religionsunterricht geben. Aus den Bergen kamen sie nach Mossul und schließlich nach Bagdad, wo sich heute der Sitz des Generaloberen befindet. Die chaldäischen Mönche haben heute 400 Klöster im Irak und eines in Rom sowie eine Mission im Amerika.

Irak – Begegnung zwischen Missionaren der lateinischen Kirche und chaldäischen Gläubigen

Seit drei Jahrhunderten arbeiten im Irak zahlreiche Missionare eng mit der chaldäischen Glaubensgemeinschaft zusammen: Ordensleute sind in Bagdad und im Norden des Landes in der Seelsorge in den chaldäischen Gemeinden tätig, sie geben Religionsunterricht für Kinder und Jugendliche oder feiern die Sakramente und engagieren sich nicht zuletzt auch für die Armen.

Missionare der lateinischen Kirche lernen Arabisch und kennen Liturgie und Tradition der chaldäischen Kirche und integrieren sich vollständig in die einheimische Kultur.

Im Irak leben und arbeiten Redemptoristen, Dominikaner, Karmeliter, Salesianer und chaldäische Mönche aus dem Libanon. Unter den Schwesternorden sind folgende im Irak tätig: die Franziskaner Missionsschwestern, Dominikanerinnen von der Darstellung der Jungfrau von Tours (die das St. Raphael Krankenhaus in Bagdad verwalten); Dominikanerinnen von der heiligen Katharina von Siena, die Kleinen Schwestern von Jesus und die Missionarinnen von der Nächstenliebe, die nach dem Vorbild von Mutter Teresa von Kalkutta arbeiten und vor allem behinderte Kinder betreuen.

Iran – Chaldäische Gemeinden im Iran und im Mittleren Osten

Es gibt chaldäische Gemeinden nicht nur im Irak: bereits seit der ersten Verkündigung durch den heiligen Thomas und seine Jünger hat sich die chaldäische Kirche im ganzen Mittleren Osten verbreitet. Von Ägypten über den Libanon bis in den Iran hat das Predigen der Apostel die Herzen der Menschen berührt und zu Bekehrungen geführt, so dass einheimische chaldäische Gemeinden entstanden, die im Laufe der Jahrhunderte offiziell anerkannt wurden: heute gibt es Eparchien (vergleichbar mit Diözesen) in Ägypten (Kairo), Syrien (Alep), im Iran (Metropole Teheran und Eparchien in Urmya, Ahwaz, Salmas), im Libanon (Beirut) und in der Türkei (Diabeikir).

Vor allem im Iran, wo der schiitische Islam Staatsreligion ist, genießt die einheimische chaldäische Gemeinde zwar Kultfreiheit, lebt jedoch im Allgemeinen unter schwierigen Umständen und nicht selten werden ihre Mitglieder diskriminiert. Es dürfen zwar der Kult frei praktiziert und interne Fragen der Gemeinde (Statuten, Religionsunterricht) geregelt werden, doch die Evangelisierungstätigkeit unter Nichtchristen ist verboten; die Minderheiten haben eige-

ne Schulen, deren Rektor jedoch Muslim sein muss, und ein Teil des Religionsunterrichts findet anhand von so genanntem „interkonfessionellem“ Lehrmaterial statt, das vom Ministerium für Erziehung und Bildung vorbereitet wird; Christen sind zwar dem Gesetz nach Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten, doch es ist für sie nicht einfach für staatliche Stellen zu arbeiten.

Diaspora – Die Chaldäische Kirche weltweit

In vielen Teilen der Welt gibt es chaldäische Diaspora-Gemeinden, die infolge der Auswanderungsbewegung aus dem Irak entstanden sind. In den Vereinigten Staaten gibt es eine Eparchie in Detroit (Heiliger Apostel Paulus), die vor mehr als 20 Jahren gegründet wurde und eine weitere in Kalifornien. Die beiden Eparchien sind in 15 Pfarreien strukturiert und die Zahl der chaldäischen Gläubigen in den Vereinigten Staaten liegt bei rund 170.000. Rund 15.000 chaldäische Gläubige leben in Ozeanien, wo es eine chaldäische Pfarrei in Sydney gibt und eine weitere Pfarrei existiert in Melbourne.

Über 60.000 chaldäische Gläubige leben in Europa. In insgesamt neun Ländern des so genannten „alten Kontinents“ gibt es chaldäische Gemeinden Frankreich, Deutschland, England, Belgien, Dänemark, Schweden, Holland, Griechenland und Italien. Die Teilnahme an einem chaldäischen Gottesdienst ist ein unvergessliches Erlebnis!

Auch in den Republiken der ehemaligen Sowjetunion, wo Christen sich lange Jahre nicht offiziell zu ihrem Glauben bekennen durften, erfuhr die chaldäische Kirche eine Wiedergeburt: in Georgien gibt es heute, rund zehn Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, zum Beispiel über 4.000 chaldäische Gläubige. Die Gemeinde wurde bisher von einem externen Priester betreut, doch zur Zeit bereitet sich ein Priesteramtskandidat aus Georgien auf das Priesteramt vor, so dass die chaldäische Gemeinde in Georgien schon bald einen einheimischen Priester haben wird. (ZENIT.org)

Neuevangelisierung im christlichen Abendland

Zum Apostolischen Schreiben *Ecclesia in Europa* von Papst Johannes Paul II.

GEORG KESTEL

Neuevangelisierung als Programm

„Die Kirche in Europa“ – unter diesem recht unspektakulär klingenden Titel veröffentlichte der Papst am Fest Peter und Paul 2003 das Schlussdokument der bereits vor vier Jahren zu Ende gegangenen europäischen Bischofssynode. Die Mühlen des Vatikans mahlen eben langsam, doch das Thema hat eher noch an Aktualität und Brisanz gewonnen. „*Ecclesia in Europa*“ – das nachsynodale Apostolische Schreiben von Papst Johannes Paul II. ist „an die Bischöfe und Priester, an die Personen gottgeweihten Lebens und an alle Gläubigen“ gerichtet und trägt als Untertitel das Thema der Synode: „Jesus, der in seiner Kirche lebt – Quelle der Hoffnung für Europa“.

Diese „Sonderversammlung der Bischofssynode für Europa“ im Jahr 1999, im katholischen Weltmaßstab eine von mehreren Kontinental-synoden zur Vorbereitung auf das Heilige Jahr 2000, war innerhalb eines Jahrzehnts bereits das zweite Treffen dieser Art. Die Synode von 1991 analysierte den Untergang der totalitären Herrschaftssysteme Mittel- und Osteuropas, der neben ökonomischen, sozialen und politischen Ursachen auch einen ethischen, anthropologischen und schließlich spirituellen Grund gehabt habe. Denn der Marxismus begehe einen Irrtum „anthropologischer Art“, insofern er ein verkürztes Menschenbild vertritt.

Doch inzwischen hat sich auch in den westlichen Gesellschaften die religiöse Situation weiterentwickelt. Sie weist ernsthaft auf die Dringlichkeit der Neuevangelisierung hin, die von Anfang an das große Anliegen des Papstes ist.

„Wir sind alle missionierte Christen“, so lässt der Schriftsteller Andreas Maier in seiner Erzählung „Wäldchestag“ eine seiner Figuren sagen. „Irgendwann sind die Missionare hier in den Norden gekommen und haben uns Germanen missioniert, und mehr oder weniger miss-

launig oder begeistert habe der jeweilige Germane den Glauben angenommen, mit mehr oder minder großer Bedeutung für ihn, manchen ist es wohl auch ganz gleich gewesen, man hat es genommen, wie der Mensch so allerlei, was ihm geschehe, eben hinzunehmen pflege ...“ Da steckt viel Wahrheit dahinter. Die Europasynode von 1991 sieht die Neuevangelisierung nicht als Programm zu einer „Restauration“ einer vergangenen Zeit Europas an, sondern als Hilfe, „die eigenen christlichen Wurzeln zu entdecken und eine tiefere Zivilisation zu begründen, die zu zugleich christlicher und so auch menschlich reicher ist“.

Europa – christliches Abendland?

„Es waren schöne glänzende Zeiten“, so der Dichter Novalis in seinem Essays „Die Christenheit oder Europa“ (1799), „wo Europa ein christliches Land war, wo eine Christenheit diesen menschlich gestalteten Weltteil bewohnte; ein großes gemeinschaftliches Interesse verband die entlegendsten Provinzen dieses weiten geistlichen Reichs“. Das christliche Abendland – für den Romantiker schon vor zweihundert Jahren eine unerfüllte Sehnsucht?

Kardinal Karl Lehmann hat zum Thema Europa in letzter Zeit zwei wegweisende Vorträge gehalten. Darin sagt er: „Europa wurde der erste Kontinent, der sich in seinem ganzen vielgestaltigen Erbe vom christlichen Glauben erfassen ließ und damit die Voraussetzung schuf für eine vom Glauben der Kirche geprägte Einheit und Kultur. In diesem Sinne sprechen wir mit Recht von ‘christlichen Wurzeln’ Europas.“ Und er fährt fort: „Wenn wir von Europa sprechen, blicken wir aus christlicher Verantwortung nicht primär zurück, träumen nicht nostalgisch von einem romantisch vergoldeten ‘Abendland’ (das es in dieser Gestalt dann doch niemals gab!), sondern sorgen uns um das gegenwärtige und künftige



Europa mit seinen Spannungen und Widersprüchen. ... Europa hat christliche Wurzeln, aber es ist heute entwurzelt. Es nützt nichts, ein Klage lied über die Säkularisierung anzustimmen; vielmehr muss sich der Glaube an dem vielstimmigen Chor der Stimmen, die in einer pluralistischen Gesellschaft laut werden, zu Wort melden und behaupten“.

Lehmann plädiert auch dafür, den Begriff der Ost-Erweiterung Europas durch den Begriff der „Europäisierung“ zu ersetzen. Denn es gehe „um eine qualitativ-kulturelle Vervollständigung Europas. ... Den Kirchen wird dabei eine wesentliche Rolle zukommen, auch wenn man ihnen nicht allein diese Aufgabe aufbürden darf“.

Doch nun zu einigen Aussagen aus „*Ecclesia in Europa*“ (die kursiven Texte sind Zitate aus dem Dokument).

Schonungslose Analyse

Die Kirchen in Europa sind durch eine „*Trübung der Hoffnung*“ auf die Probe gestellt. Unsere Zeit vermittelt „den Anschein des Verlorenseins“ – durch den Verlust des christlichen Gedächtnisses und Erbes, begleitet von praktischem Agnostizismus und religiöser Gleichgültigkeit. Es besteht die Gefahr, dass unter einer „*langsam voranschreitenden Überhandnahme des Säkularismus*“ die Präsenz des Christentums zu einem bloßen Relikt der Vergangenheit wird und dass die Zukunft Europas „unter Ausschluss seines religiösen Erbes“ gebaut wird, „ohne sie auf den Stamm aufzupropfen, der vom Lebenssaft des Christentums durchströmt wird“.

Folgen des Verlustes des christli-

chen Gedächtnisses sind: Zukunftsangst, innere Leere, Verlust des Lebenssinnes. Daraus ergeben sich: Geburtenrückgang, Abnahme der geistlichen Berufungen, Krise von Ehe und Familie, Wiederaufflammen ethnischer Konflikte, interreligiöse Spannungen, Egozentrik, allgemeine sittliche Gleichgültigkeit, Individualismus, Nachteile der Globalisierung, Abnehmen des Solidaritätsgefühls. *„Der Verlust der Hoffnung hat seinen Grund in dem Versuch, eine Anthropologie ohne Gott und ohne Christus durchzusetzen. ... Das Vergessen Gottes hat zum Niedergang des Menschen geführt“.* So haben wir es teilweise, wie es Johannes Paul II. schon des Öfteren bezeichnet hatte, geradezu mit einer *„Kultur des Todes“* zu tun.

Zeichen der Hoffnung

Der Soziologe Ulrich Beck gibt vor kurzem in der *„Zeit“* folgende Analyse: *„Wir sind zurzeit mit einer überraschend offenen Zukunft konfrontiert. Und wir haben den Eindruck, kaum noch zwischen Chancen wählen zu können, sondern uns immer öfter zwischen Übeln entscheiden zu müssen. ... Wir leben gewissermaßen in unserer eigenen Zukunft. Und mit allem haben wir schon schlechte Erfahrungen gemacht – mit der Technik, dem Krieg, mit staatlicher Steuerung und der Freiheit des Marktes. ... Wir müssen mittlerweile sogar Zukunftsentscheidungen treffen, bevor überhaupt ein neues Leben begonnen hat: in der pränatalen Diagnostik. ... Die Zukunft ist auch deshalb wieder so präsent, weil es in fast keiner Frage mehr eindeutige Antworten gibt ...“* – Wer kann angesichts dieser Perspektive einen sinnvollen Weg in die Zukunft aufzeigen?

Das Synodendokument führt neben der Negativbilanz auch nicht wenige Zeichen der Hoffnung auf: die neue Freiheit der Kirche im Osten Europas; das stärkere Bewusstwerden der besonderen Sendung aller Getauften; die erhöhte Präsenz der Frauen in Strukturen und Aufgabebereichen der Kirche. Positiv zu werten sind demnach auch Wege der Versöhnung zwischen den Völkern, der politische Prozess der Erweiterung der Europäischen Union, der Einsatz für die Menschenrechte –

aber besonders auch die Märtyrer des letzten Jahrhunderts in Ost und West; sodann die Heiligkeit vieler, *„die mit Bescheidenheit im Alltag ihres Daseins von ihrer Treue zu Christus Zeugnis geben“*; das reiche Leben in den Pfarrgemeinden, auch das der Laienverbände; die neuen kirchlichen Bewegungen und Gemeinschaften, die vor allem die Berufung der Laien fördern; schließlich die Ökumene. Die Kirche kann Europa als kostbarstes Gut den Glauben schenken, aus dem Hoffnung und Trost erwachsen – sowohl denen, *„die sie suchen, als auch denen, die sie zwar nicht suchen, sie aber doch nötig haben ...“*

Christliche Hoffnung ist dabei mehr als Zweckoptimismus im rein weltlichen Horizont; ihr muss die ursprüngliche eschatologische Komponente zurückgegeben werden: *„Die wahre christliche Hoffnung ist nämlich göttlich und endzeitlich; sie ist gegründet auf den Auferstandenen, der wiederkommen wird als Erlöser und Richter und der uns zur Auferstehung und zum ewigen Lohn ruft“.*

Hier liegt der Papst auf einer Linie mit vielen Theologen, die, wie J.B. Metz, die Zeit der „großen Utopien“ verabschiedet haben. Jene Theorien, die die Abschaffung von Leid und Schuld durch Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse oder durch technischen Fortschritt für möglich hielten, sind ihrerseits zum fragwürdigen Religionsersatz geworden und haben oft nur noch mehr Unheil über die Menschen gebracht.

Neuevangelisierung und Erstverkündigung

„In verschiedenen Teilen Europas bedarf es einer Erstverkündigung des Evangeliums“, sagt die Synode und fährt fort: *„Die Zahl der Nichtgetauften nimmt zu, sei es aufgrund der beträchtlichen Anwesenheit von Einwanderern, die anderen Religionen angehören, sei es deshalb, weil auch Kinder aus traditionell christlichen Familien entweder wegen der kommunistischen Herrschaft oder wegen einer weitverbreiteten religiösen Gleichgültigkeit die Taufe nicht empfangen haben. Tatsächlich ist Europa inzwischen zu jenen traditionell christlichen Gebieten zu rechnen, in*

denen außer einer Neuevangelisierung in bestimmten Fällen eine Erstevangelisierung nötig erscheint“.

Das Verdunsten des Glaubens ist nicht einfach ein neutraler Vorgang, sondern erzeugt ein gefährliches Vakuum: *„Es verbreiten sich verschiedene Formen von Agnostizismus und praktischem Atheismus, die zur Verschärfung der Kluft zwischen Glaube und Leben beitragen. Viele haben sich vom Geist eines innerweltlichen Humanismus anstecken lassen, der ihren Glauben geschwächt und sie leider oft dazu geführt hat, ihn ganz aufzugeben. Wir erleben eine Art säkularistischer Auslegung des christlichen Glaubens, die ihn aushöhlt und mit der eine tiefe Krise des Gewissens und der christlichen Moralpraxis einhergeht. Die großen Werte, die die europäische Kultur weitreichend inspiriert haben, sind vom Evangelium abgetrennt worden und haben so ihr tiefstes Wesen verloren und Raum gelassen für nicht wenige Verirrungen“.*

Verachtet mir die Dogmen nicht!

Bemerkenswert scheint mir jener Hinweis der Synode, der eine Brücke schlägt zwischen Leben und Dogma: *„Viele Paradigmen der europäischen Kultur haben ihre tiefsten Wurzeln im trinitarischen Glauben, der ein außerordentliches spirituelles, kulturelles und ethisches Potential enthält. Das Geheimnis der Dreifaltigkeit muss also erneut theologisch, spirituell und pastoral vertieft werden“.* Das hat zur Folge, dass die Person Jesu in der Verkündigung in den Mittelpunkt gestellt werden muss, *„nicht nur als sittliches Vorbild, sondern vor allem als der Sohn Gottes, der einzige und notwendige Retter aller, der in seiner Kirche lebt und wirkt“.* Leider sehr beliebt auch bei vielen Christen ist das Gegeneinander-Ausspielen von Glaubens-„Theorie“ (Dogma, Theologie, rationale Reflexion) und Glaubens-„Praxis“ (Frömmigkeitsformen, soziales Engagement). Man muss nicht nur auf das lange und zähe Ringen der alten Kirche in den ersten Jahrhunderten um die Formulierungen des Glaubensbekenntnisses blicken, um zu wissen, dass die Sorge um die rechte Lehre nicht nur die Spezialbeschäftigung von ein paar Theologen sein darf.

„Durch Dogmen das Leben entdecken“ – so nennt Matthias Wörther im Untertitel sein Buch über die Bedeutung der Glaubenslehre für die Praxis. Dogmen sind demnach unverzichtbare Deutungshilfen, die Glaubenserfahrungen in gleichsam verdichteter Form beschreiben, festhalten – um sie für spätere Generationen verfügbar zu halten. Natürlich lässt sich der Glaube auf diese Weise nicht einfach „einimpfen“; Glaubensbekenntnisse müssen (und können auch) mit je neuem Leben gefüllt werden. Wie die Tiefkühltruhe Lebensmittel konserviert, wenn der Vergleich erlaubt ist, so überliefern Dogmen den Glauben, machen ihn gleichsam haltbar. Aber genauso sind Glaubensformeln nicht einfach pur zu „genießen“; sie müssen wie das Gefriergut erst „aufgetaut“, auf das jetzige Leben bezogen werden, um ihre wegweisende Kraft zu entfalten. Der britische Denker Gilbert K. Chesterton hat es vor hundert Jahren so formuliert: Tradition ist „die Demokratie der Toten“; die positiven Erfahrungen aus der Vergangenheit können auch Gegenwart und Zukunft prägen.

Militärbischof Walter Mixa hat übrigens vor zwei Jahren in einem Vortrag am Zentrum Innere Führung einen Zusammenhang zwischen Dogmatik und Innerer Führung konstatiert. Wie letztere die „Unternehmens-Philosophie“ der Streitkräfte im demokratischen Staat sei, so habe dementsprechend die Dogmatik die Aufgabe, „die Bewahrung des Glaubens, seine Aussagbarkeit für neue Situationen, die Unterscheidbarkeit einzelner Glaubenswahrheiten nach Wert und Bedeutsamkeit“ sicherzustellen.

Kardinal Godfried Danneels, Erzbischof von Brüssel, hat schon im zeitlichen Umfeld der ersten Europasynode vor drei gefährlichen Verkürzungen des Christentums gewarnt.

1. Zweifel an der Einzigartigkeit Jesu Christi, des Erlösers;
2. Verkürzung des Christentum auf eine Ethik: „Das eigentliche Problem besteht darin, dass die moralischen Werte immer weiter von der lebendigen Verehrung Jesu Christi getrennt werden“. Ein solches Christentum „hat kein Herz mehr. Und so sind die Werte dazu verurteilt, Reliquien zu werden. Das ist eine tödliche

Gefahr für unsere katholischen Bewegungen und Gruppen“;

3. die Auflösung des Glaubens in einen reinen Theismus, der Gott von Christus trennt, alle Religionsstifter auf eine Stufe stellt und als Führer zu einem „Gott“ sieht, der „über allem steht und sich mit niemand identifiziert. ... Christus wird damit zu einer Art Rakete, die, hat sie erst einmal die Raumkapsel des Religiösen in die Umlaufbahn getragen, im Weltraum abgeworfen werden kann“.

Die Sendung der Laien

„Unverzichtbar ist der Beitrag der gläubigen Laien zum kirchlichen Leben: Ihr Platz in der Verkündigung des Evangeliums der Hoffnung und ihr Dienst an ihm ist in der Tat unersetzlich, denn durch sie wird die Kirche Christi in den verschiedensten Bereichen der Welt als Zeichen und Quelle der Hoffnung und der Liebe präsent. Da sie an der Sendung der Kirche in der Welt vollkommen teilhaben, sind sie aufgerufen zu bezeugen, wie der christliche Glaube die einzige vollständige Antwort auf die Fragen darstellt, die das Leben jedem Menschen und jeder Gesellschaft stellt“. Europa habe heute wie gestern bedeutsame Erscheinungen und leuchtende Beispiele solcher Laiengestalten vorzuweisen. Die Synode dankt jenen Männern und Frauen, die Christus und sein Evangelium durch ihren Dienst am öffentlichen Leben bezeugt haben. Es ist von grundlegender Bedeutung, „spezifische Berufungen zu wecken und zu fördern, die dem Gemeinwohl dienen: Menschen, die nach dem Beispiel und dem Stil der sogenannten ‚Väter Europas‘ fähig sind, Baumeister der europäischen Gesellschaft von morgen zu sein“. In gleicher Weise unersetzlich ist die Arbeit, „die von christlichen Laien, Männern und Frauen, oft in der Verborgenheit des gewöhnlichen Lebens durch demütige Dienste geleistet wird, die geeignet sind, den in Armut Lebenden die Barmherzigkeit Gottes zu verkünden“.

Schon Papst Paul VI. hatte lautstark den Bruch zwischen dem Evangelium und der modernen Kultur beklagt. Die Synode ruft zu einer aktiven Evangelisierung der Kultur auf:

„Zu diesem Zweck muss die Pastoral die Aufgabe übernehmen, eine christliche Geisteshaltung im alltäglichen Leben zu formen“. Geboten ist eine besonnene, doch auch kritische Auseinandersetzung mit der aktuellen kulturellen Situation Europas, „welche die auftretenden Tendenzen und die bedeutendsten Ereignisse und Situationen unserer Zeit im Lichte der zentralen Stellung Christi und der christlichen Anthropologie bewertet“.

Die Liturgie wiederentdecken

Neben vielen Beispielen unverfälschten Glaubens gibt es in Europa nach den Worten der Synode auch eine unbestimmte und mitunter abwegige Religiosität. „Es handelt sich ganz offensichtlich um Phänomene einer Flucht in den Spiritualismus, eines religiösen und esoterischen Synkretismus, einer Suche nach außergewöhnlichen Ereignissen um jeden Preis bis hin zu absonderlichen Entscheidungen wie dem Beitritt zu gefährlichen Sekten oder dem Festhalten an pseudoreligiösen Erfahrungen“. Dahinter verbirgt sich ein weit verbreitetes Verlangen nach geistlicher Nahrung, das mit Verständnis aufgenommen und geläutert werden muss. Die Aufgabe, die sich hier stellt, heißt, „den Sinn für das Mysterium wiederzuentdecken, die liturgischen Feiern zu erneuern, damit sie ausdrucksstärkere Zeichen für die Gegenwart Christi, des Herrn, sind, außerdem der Stille, dem Gebet und der Kontemplation neuen Raum zu geben und zurückzukehren zu den Sakramenten – besonders der Eucharistie und der Buße – als Quellen der Freiheit und neuer Hoffnung“. Somit kann wieder ein echtes Gespür für die Liturgie erwachen, die ja die frohe Feier des Glaubens ist, ein Medium zu seiner Weitergabe sowie eine Quelle solider Spiritualität. Denn der Zweck der Liturgie „liegt nicht in der Befriedigung der Wünsche und der Beseitigung der Ängste des Menschen, sondern im Hören und Empfangen Jesu, des Lebendigen, der den Vater ehrt und preist, um so mit Jesus den Vater zu lobpreisen und zu ehren“.

Auf diese Weise wird wiederum die Bedeutung des Herrentages herausgestellt: „Man scheue sich daher nicht, den Sonntag gegen jeden Angriff zu verteidigen und sich in der

Arbeitsplanung für seine Sicherstellung einzusetzen, so dass er zum Vorteil der ganzen Gesellschaft ein Tag für den Menschen sein kann. Wenn nämlich der Sonntag seiner ursprünglichen Bedeutung beraubt würde..., könnte es geschehen, dass der Mensch nicht mehr den 'Himmel' sehen kann, weil er in einem so engen Horizont eingesperrt ist. ... Und ohne die Dimension des Feierns würde die Hoffnung kein Haus mehr finden, um darin zu wohnen“.

Dem Menschen in der Gesellschaft dienen

Die bisher vorgestellten Textauschnitte haben sich sehr stark mit Grundsatzfragen des Glaubens beschäftigt. Das Synodendokument streift aber auch eine ganze Reihe von Fragen im politischen, gesell-

schaftlichen und wirtschaftlichen Bereich, die hier nicht näher erörtert werden sollen. Abschließend eine kurze Zusammenfassung solcher Stellen, die die soziale Verantwortung des Glaubens thematisieren:

„Die vorrangige Liebe zu den Armen ist eine notwendige Dimension des Christseins und des Dienstes am Evangelium. Sie zu lieben ... heißt anzuerkennen, dass Menschen unabhängig davon, in welchen ökonomischen, kulturellen und sozialen Verhältnissen sie sich befinden, um ihrer selbst willen wertvoll sind, und ihnen so zu helfen, ihre Leistungsfähigkeit zur Geltung zu bringen“.

Die Synode ruft erneut die sittlichen Kriterien ins Bewusstsein, von denen sich Markt und Wirtschaft in gewissenhafter Achtung vor der zentralen Stellung des Menschen leiten lassen müssen. Sie fordert dazu auf,

„den Dialog mit den auf politischer, gewerkschaftlicher und unternehmerischer Ebene engagierten Personen zu suchen. Ein solcher Dialog muss als Ziel den Aufbau eines Europas als Gemeinschaft von Völkern und Menschen anstreben, als Gemeinschaft, die – solidarisch in der Hoffnung – nicht ausschließlich den Gesetzen des Marktes unterworfen ist, sondern sich entschieden um die Wahrung der Würde des Menschen auch in den wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen bemüht“.

Beim Aufbau einer menschenwürdigen Gesellschaft hat die Soziallehre der Kirche eine inspirierende Rolle. Sie, die ihren Ursprung in der Begegnung zwischen der biblischen Botschaft mit der Vernunft auf der einen und den das Leben des Menschen und der Gesellschaft betreffenden Problemen und Situationen auf der anderen Seite hat, „ist durch ihre innere Verbindung mit der Würde der Person so beschaffen, dass sie auch von denen verstanden wird, die nicht der Gemeinschaft der Gläubigen angehören“. □

KURZ BERICHTET:

Niederlande: Papst sieht Hoffnungszeichen für die Kirche

Erste Hoffnungszeichen für eine Erholung der katholischen Kirche in den Niederlanden nach jahrzehntelangem Niedergang sieht Papst Johannes Paul II. In einer am 12. März vom Vatikan veröffentlichten Rede an die Bischöfe des Landes sagte der Papst, er freue sich darüber, dass es vor allem unter jungen Niederländern wieder mehr Interesse für religiöse Fragen und einen neuen Durst nach Spiritualität gebe. Positiv bemerkte der Papst auch, dass die Bischöfe in den Gemeinden eine Wiederentdeckung der Eucharistiefeier als „Herz und Basis“ des christlichen Lebens verzeichneten. Er ermahnte sie, die Schönheit des Gottesdienstes zu pflegen und auf die Einhaltung der liturgischen Normen zu achten.

Positiv wertete der Papst auch das verstärkte Bemühen der Bischöfe um Priesterberufungen, das seit einigen Jahren zu einem leichten Wiederanstieg der Seminaristenzahlen geführt hat. Dennoch belaste die Berufungskrise die Ortskirche weiterhin schwer. Die eingeleiteten Strukturreformen der niederländi-

schen Bistümer und Pfarreien bezeichnete der Papst als „mutig“, betonte aber zugleich, dass sie mit einer weiteren inneren Mobilisierung einhergehen müsse.

Lobend äußerte sich Johannes Paul II. auch über die Rolle der Laien in den Gemeinden. Die Kirche brauche die Mitwirkung aller, um ihren Auftrag zu erfüllen, erklärte der Papst. Zugleich erinnerte er daran, dass die engagierten Laien die „Unterschiede und notwendige wechselseitige Ergänzung“ von Laien und Klerikern respektieren sollten.

Die niederländischen Bischöfe selbst hatten sich im Vorfeld der Visite pessimistischer geäußert. Sie riefen in ihrem Bericht zum Ad limina Besuch zu Umstrukturierungen und zu verstärkter Mission auf. Den vorgelegten Zahlen zufolge sank der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung zwischen 1995 und 2002 von knapp 35 auf 31 Prozent. Dieser Trend werde sich fortsetzen. Auch die Zahl der regelmäßigen Gottesdienstbesucher sei im gleichen Zeitraum von 11,3 auf 8,6 Prozent gesunken. (KNA)

KURZ BERICHTET:

Vier Prozent der Norweger gehen zum Gottesdienst

Nur rund vier Prozent der Norweger besuchen regelmäßig einen Gottesdienst. Weniger als 50 Prozent der Bevölkerung lassen sich kirchlich trauen. Das berichtete die Tageszeitung „Aftenposten“ am 16. März unter Berufung auf eine neue Studie.

Vor 40 Jahren hätten noch 85,2 Prozent aller Trauungen in Kirchen stattgefunden. Auch die Zahl der Taufen sei im genannten Zeitraum um 17 Prozent auf knapp 80 Prozent zurückgegangen. Noch dramatischer sei der Rückgang der Religiosität in den Städten. In der Hauptstadt Oslo fanden nach den Angaben im Jahr 2002 lediglich 25 Prozent aller Trauungen in Kirchen statt.

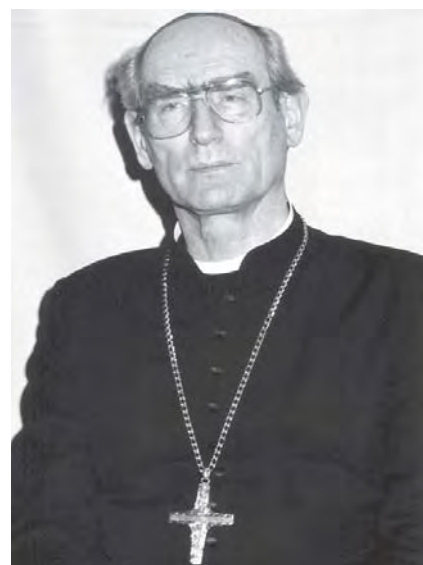
In Norwegen ist die Evangelisch-Lutherische Kirche Staatskirche. Ihr gehören rund 86 Prozent der Bevölkerung an. (KNA)

KIRCHE IN POLEN

Alles Positive in Europa in die Religiosität Polens aufnehmen

Gespräch mit dem Erzbischof von Oppeln, Prof. Dr. Alfons Nossol

Erzbischof Nossol gehört zu den markantesten Persönlichkeiten des polnischen Episkopats. Der deutschstämmige Kirchenfürst ist im ober-schlesischen Schobersfelde im Kreis Neustadt 1932 geboren, in der Nachbarstadt des Gesprächspartners. Das ober-schlesische Bistum Opole (Oppeln) hatte schon immer eine europäische Brückenfunktion zwischen Deutschen Polen und Tschechen in der Geschichte inne. Das ist so geblieben, zumal es heute weiter an Tschechien grenzt und in ihm eine starke deutsche Minderheit lebt, mit ebenso starken verwandtschaftlichen Bindungen nach Deutschland. Erzbischof Nossol hat sich in Deutschland und Polen einen Namen als Mann des Ausgleichs und als überzeugter Europäer gemacht.



AUFTRAG wollte wissen: Polen und somit Ihr Bistum gehören ab 1. Mai der Europäischen Union (EU) an. Was hält der Erzbischof davon?

Erzbischof Nossol verweist auf das, was er kürzlich der größten (linksliberalen) Warschauer Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ erklärt hat: „Ich hoffe, dass wir nach der Aufnahme in die Europäische Union alles Positive in Europa in unsere Religiosität übernehmen werden.“ Und er fährt fort: „Dank des Beitritts zur EU, dank der Öffnung auf das Andersartige gibt es eine Chance, dass in Polen eine Toleranz für Andersartiges entstehen wird. Das ist etwas sehr Wertvolles, zumal in Polen wir Katholiken die Mehrheitskirche bilden und uns daher einen größeren Luxus ökumenischer Initiativen leisten können ...“

Wenn wir den europäischen Strukturen beitreten, werden wir aufhören uns zu verschanzen, unsere manchmal exklusive Identität zu verteidigen. Die Kirche wird einfach ‘evangelischer’ sein, d.h. sie wird sich stärker auf das reine Evangelium zurückbesinnen und erst das in Erfüllung gehen lassen, worum der Hl. Vater bittet in seinem ‘Fürchtet euch nicht, habt keine Angst!’ Jetzt nämlich sind wir immer noch ängstlich, obwohl wir in Wirklichkeit keinen Grund dazu haben. Ein authentisches, echtes, akzeptiertes Anderssein verschafft uns eine besondere Chance. Es hilft uns, katholischer zu sein in der ursprünglichen Bedeutung einer universalen, allgemeinen Kirche.“

Weiterhin meinte der Erzbischof: „Westeuropa gab uns während des Kriegszustands (1981) in Polen eine Art Anschauungsunterricht. Alle haben uns damals gezeigt, was echte humanistische Gesinnung ist. Unabhängig davon, ob es Protestanten, Katholiken oder Ungläubige waren. Im Oppelner Land halfen uns sogar die Deutschen, die nach dem Krieg von dort ausgesiedelt worden waren, denn sie wissen, dass wir in Zeiten leben, in denen die Ressentiments überwunden werden müssen, möglichst engen Kontakt zu Bedürftigen zu bekommen. Das gehört einfach zur christlichen Gesinnung: bewusst für andere da zu sein.“

AUFTRAG wies den Erzbischof auf die Unterschiede zwischen der westeuropäischen und der polnischen katholischen Kirche hin, auch schon zwischen Polen und Deutschen.

Erzbischof Nossol: „Sie haben es in Deutschland viel leichter, weil es dort die Kirchensteuer gibt und alle Geistlichen Gehälter bekommen. Wir haben diese Transparenz nicht, aber kommen ihr immer näher. Schon dank des Umstandes, dass neben den pastoralen auch kirchliche Wirtschaftsräte bei uns entstehen. Die Volkswirte sind die Fachleute, von denen wir, die Geistlichen, profitieren werden. Denn wer kennt sich schon in den verschiedenen Finanz- und Bankgeschäften aus? Es wirkt sich verhängnisvoll aus, dass der Bischof der ‘Hauptchef’ der Kassen ist.“

Der Gelder müssen sich wirkliche Fachleute annehmen. Übrigens, viele junge polnische Priester verstehen das heute schon.

AUFTRAG fragte den Erzbischof auch nach einem katholischen Verbandswesen in Polen.

Erzbischof Nossol: Was das katholische Verbandswesen anbelangt, so meint Erzbischof Nossol, sei ihm bewusst, dass dieses in Deutschland besonders ausgeprägt ist. In Polen bedürfe es da noch einer weiteren Aktivierung. „Ohne die Aktivierung der Laien werden wir nie das neue, offene Bewusstsein erreichen. Wir sind manchmal immer noch der Überzeugung, verhaftete Kirche bedeute vorwiegend Bischöfe, Priester, Ordensleute und damit Schluss. Das ist jedoch falsch, denn jeder von uns ist Kirche. Die Laien in der deutschen Kirche spielen selbstverständlich eine viel stärkere Rolle als bei uns. Deshalb gibt es dort vielleicht mehr Demokratie.“

AUFTRAG: Demokratie in der Kirche?

Erzbischof Nossol: „Dass es in der Kirche hierarchische Strukturen gibt, bedeutet nicht, dass diese monarchische Strukturen sein müssen. Hierarchie schließt den Dialog nicht aus. Durch den Dialog – begriffen als Muttersprache der Menschheit – machen wir aus Feinden Gegnern und aus Gegnern Freunde. Und gerade das führt schließlich zur Demokratie.“

AUFTRAG: Die „Gazeta Wyborcza“ hielt Ihnen vor, dass die „geänderte Betrachtungsweise der Beziehungen Geistlicher – Gläubige in Westeuropa viel ausgeprägter“ sei, und fügte hinzu „Dies wurde durch die Leere der dortigen Gotteshäuser erzwungen.“

Erzbischof Nossol: „Nein, diese Leere der Kirchen war nicht die Ursache! An allem ist das II. Vatikanische Konzil Schuld. Ihm haben wir die frische Luft in der Kirche zu verdanken. Auch wenn es dabei Durchzug gab und wir alle Schnupfen bekamen. Ohne Konzil wäre es mit der römisch-katholischen Kirche nicht gut bestellt. Das Konzil hat uns gelehrt, die Welt nicht vollständig aus dem sakralen Bereich zu verbannen, sondern sie zu heiligen und zwar in erster Linie durch das Beispiel des eigenen Lebens, durch das Ausleben des Evangeliums im Alltag, und gerade das können wir von der westlichen Theologie lernen. Auch dann,

wenn dort manchmal Fehler passieren, so ist es doch eine offene, kreative Theologie.

Es ist leicht, den westlichen Theologen falsche Einstellungen vorzuwerfen, aber es gibt doch nur dort keine Verzerrungen, wo man nichts tut. Im Jüngsten Gericht wird uns niemand belanglose Vorwürfe machen, wir bekommen nur zu hören: Was habt ihr den Bedürftigen getan? Die Liebe zu Gott findet nämlich ihre Bestätigung in der Nächstenliebe. Dort wo die Nächstenliebe herrscht, beginnt die echte Liebe zu Gott. Denn der Mensch ist Wohnstätte Gottes auf Erden (locus theol.) Gott ist vielleicht häufiger in einem bedürftigen Menschen zu finden als in den prächtigsten Gotteshäusern. Und auch das können wir vom westeuropäischen Katholizismus lernen und so dann versuchen, bei uns andere dazu zu ermutigen.

Lassen Sie mich nochmals zu Europa zurückkehren: Das Wichtigste ist das, was der Hl. Vater als ein in geistiger Gemeinschaft vereintes Europa bezeichnet, denn darauf kommt es letztendlich an. Dieses Europa muss lernen, mit zwei Lungenflügeln zu atmen: Mit der Kulturtradition des Ostens und der des Westens. Der Exklusive westliche Rationalismus kann sogar tödlich sein. Und so kann der emotionale Osten zur Rettung Europas beitragen. Allerdings gilt das auch umgekehrt: Wir können selbstverständlich auch viel vom Westen, z.B. auch von der deutschen Kirche, lernen ...

AUFTRAG: Herzlichen Dank für diese Ausführungen.

Erzbischof Nossol: „Herzliche Grüße auch an Ihre Leserschaft vom europäischen Strom, der Oder; und Gottes reichsten Segen!

Das Gespräch für AUFTRAG führte Mag. Joachim Georg Görlich. □

Schweres Geschütz gegen die Pfarrgemeinde

Alles andere als zimperlich:

Die Denkanstöße des Freiburger Religionssoziologen Michael N. Ebertz –
Er will das heutige Christentum attraktiver machen

KARL-GEORG MICHEL

„Ich bestelle nur den Acker, die Ernte bringt ein anderer ein. Das lässt mich ruhig auf meine Arbeit zurückblicken.“ Der Aachener Weihbischof Karl Reger hat das vor ein paar Jahren einmal in einer Mönchengladbacher Innenstadtpfarrei gesagt. Er war während einer Visitation gefragt worden, was er denn zur heutigen Situation in den Gemeinden sage. Immer weniger Gottesdienstbesucher, die zudem nicht mehr gerade die jüngsten sind. Mit seiner Antwort konnte der Weihbischof ein wenig Trost und Zuversicht spenden, die Hand nicht zu schnell vom Pflug zu nehmen.

Aber dennoch teilen viele Pfarrgemeinden dieselbe Erfahrung: Es sind immer die gleichen Leute, die kommen – zum Gottesdienst, zum Pfarrfest und zu dem, was sonst noch so alles geboten wird. Und es ist

meistens auch immer derselbe kleine Kreis Unentwegter, der sich alle nur denkbaren Mühen macht, das Angebot der Kirche attraktiv erscheinen zu lassen. Nur wird bei all dieser Emsigkeit zu selten gefragt, warum die Kirchenbänke trotzdem immer leerer werden. Und vor allem, was dagegen getan werden könnte.

Der Freiburger Professor Michael N. Ebertz – der promovierte Theologe und Soziologe lehrt an der dortigen Katholischen Fachhochschule – hat sich die Mühe gemacht, einmal genauer über die Hintergründe nachzudenken. Herausgekommen ist dabei sein Buch „Aufbruch in der Kirche. Anstöße für ein zukunftsfähiges Christentum“. Etwas mehr als zweihundert Seiten, die über weite Teile äußerst spannend zu lesen sind. Und das Interessante dabei: Gleichzeitig wird Ebertz auch dem Anspruch ge-

recht, ein wissenschaftlich fundiertes Werk vorgelegt zu haben. Aufwändig recherchiert, stellt es in bester soziologischer Manier die komplexen Strukturen und Funktionszusammenhänge der Kirche von heute dar.

Verhaltensweisen, die manche Gläubige „exkommunizieren“

Sein Hauptaugenmerk gilt dabei der Pfarrseelsorge. Ebertz provokante These: Wenn die Kirche ihre Botschaft nicht verraten will, „dürften die in ihr Verantwortung Tragenden auch nicht einfach gemächlich und jammernd zusehen, wie das Leben von immer mehr Menschen“ am kirchlichen Leben vorbei geht. Und Ebertz ist dabei mit seiner Kritik alles andere als zimperlich. Er fährt schweres Geschütz auf: Es gebe eine Tendenz zur Selbstgenügsamkeit und zur Abschottung. Das durchaus intensive Gemeindeleben könne für Außenstehende als hohe Schwelle wirken. „Was die einen – vereinsähnlich, aber auch lebensgeschichtlich – vereint, ‚exkommuniziert‘ andere und macht sie fremd“, schreibt er.

Ebertz hebt in seinem Buch an zu einer geradezu vernichtenden Kritik der heutigen Pfarreistrukturen. Dessen ist er sich auch durchwegs bewusst, spricht er doch in der Einleitung selbst von einem „anstößigen“ Beitrag, den er leisten will. Aber er hat bei seiner Analyse der religiösen Situation in Deutschland viele Argumente auf seiner Seite. Ebertz ist dabei ganz Soziologe, wenn er etwa darstellt, wie vielfältig die Lebensräume der heutigen Menschen sind. Wo jemand wohnt, müsse nicht bedeuten, dass er dort sein soziales Umfeld hat – und auch zur Kirche geht. Der Wandel von der wohnortbezogenen zur personenbezogenen Gemeindebildung sei unverkennbar, die „kirchenoffiziell hoch gehaltene Festlegung auf die Ortsgemeinde“ werde durch die Praxis unterlaufen, ist Ebertz sicher, um dann salopp sogar von einem binnenkirchlichen „Schwarzmarkt“ zu sprechen. Immer mehr Menschen würden ihren religiösen Hunger nur dann stillen, wenn sie ihn haben, und auch nur dort, wo ihnen das „Menü“ passt.

Es sind Formulierungen und Vergleiche wie diese, die einem die Lektüre nicht langweilig werden lassen. Wer es aber wissenschaftlich fundiert will, dem bietet Ebertz eine Vielzahl an Querverweisen und Zitaten. Einmal bedient er sich dabei sogar des Kirchenrechts, genauer Canon 515 § 1 CIC, der juristisch knapp definiert, was eine Gemeinde ausmacht: „Die Pfarrei ist eine bestimmte Gemeinschaft von Gläubigen, die in einer Teilkirche auf Dauer errichtet ist und deren Seelsorge unter der Autorität des Diözesanbischofs einem Pfarrer als ihrem eigenen Hirten anvertraut wird.“ Für Ebertz ist die Sachlage damit klar: Auch das katholische Kirchenrecht hat längst von der Engführung vor allem auf die Ortsgemeinde Abstand genommen! Dass der gegenwärtige Zustand weder historisch noch soziologisch zwingend ist, zeigt er am Beispiel Frankfurts um das Jahr 1450. Neben den Pfarr- und Stiftskirchen hätten dort auch zahlreiche Ordensniederlassungen und Klöster zu einem erstaunlich vielgestaltigen seelsorglichen und diakonischen Leben beigetragen.

Mit stark soziologisch gefärbter Brille geschrieben

Wobei die vielen Beispiele, die Ebertz bringt, dann doch eine soziologische Engführung aufweisen. Und zwar in zweierlei Hinsicht: Zum einen bezieht er sich sowohl bei der Analyse als auch bei seinen, wie er sie nennt, „Aufbrüchen“ vorwiegend auf die Situation in Städten. Die pfarrliche Situation auf dem Land lässt er dabei weitgehend außer Acht. Zum anderen hat dieses Buch jemand mit einer stark soziologisch gefärbten Brille geschrieben. Dass Ebertz auch Theologe ist, kommt demgegenüber zu kurz. Es geht für

Es ist schließlich deine Kirche, Herr; ich bin müde und geh' jetzt schlafen.

Johannes XXIII. nach einem langen und anstrengenden Arbeitstag

ihn zwar um eine „theologische Ergebnisorientierung pastoralen Handelns“, also darum, bei der pastoralen Aussaat auch den christlichen Eigensinn der „Ernte“ einfahren zu wollen. Aber dass da auch noch ein Anderer da ist, der die Ernte einfährt – um es mit dem eingangszitierten Weibischof Reger auszudrücken –, kommt bei Ebertz zu kurz. Wer auf der Suche nach einer Kirche

ist, in der die Wirkkraft des Heiligen Geistes zu spüren ist, der wird bei ihm allenfalls am Rande fündig. Aber wie soll ein Soziologe auch den Heiligen Geist messen können?

Alles in allem ist des Ebertz-Buch jedoch eine Fundgrube, um die jetzige Krisensituation in vielen Pfarrgemeinden besser verstehen zu können. Das ist die Stärke dieses Buches. Seine Schwäche liegt darin, dass es nur Anstöße liefern will. Da hat der Autor zwar jede Menge zusammengetragen – von liturgischen Experimenten wie Techno-Gottesdiensten für Jugendliche oder einem „Happy Birthday Jesus“-Meeting an Heilig Abend bis hin zu einer intensiveren Medienarbeit und einer Stärkung des Potenzials an Ehrenamtlichen. Nur bleibt die Frage, ob solche „Anstöße“ wirklich zu einem „Aufbruch in der Kirche“ führen werden. Lesens- und nachdenkenswert sind sie jedenfalls. Und manches von dem, was Ebertz beschreibt und vorschlägt, kann sogar dazu beitragen, den christlichen Acker effektiver zu bestellen.

(aus: DT Nr.150 vom 18.12.2003)

Michael N. Ebertz: Aufbruch in der Kirche. Anstöße für ein zukunftsfähiges Christentum. Verlag Herder, Freiburg 2003, 208 Seiten, ISBN 3-451-27632-1

KURZ BERICHTET: Religiöse Erziehung in der Familie stärken

Für eine Förderung religiöser Erziehung in den Familien spricht sich eine Tübinger interdisziplinäre Forschergruppe „Wirkungen religiöser Familienerziehung“ aus. Kinder hätten religiöse Orientierungsbedürfnisse, und in der Familie entscheide sich, ob sie zu ihrem Recht kämen, betonte der Tübinger evangelische Religionspädagoge Friedrich Schweitzer bei der Vorstellung von Ergebnissen der Forschergruppe Anfang März in Frankfurt. Er äußerte sich zum Auftakt eines von der Gruppe und von der Stiftung Ravensburger Verlag Anfang März 2004 veranstalteten Symposions zur Frage „Brauchen Kinder Religion?“

Schweitzer räumte ein, dass die Bedeutung der Familie für die religiöse Erziehung von Kindern ambivalent sei. Religiöse Familienerziehung könne positiv sein, weil Kindern so eine Bindung ermöglicht werde. Sie könne sich aber auch negativ auswirken, wenn Religion von „autoritären, destruktiven, überstark, zu schwach oder diffus bindenden Familiendynamiken“ verzerrt werde. Schweitzer plädierte für religionspädagogische Forschungen, um zu erfahren, unter welchen Voraussetzungen Religion ein gesundes „Aufwachsen“ eher fördere oder behindere.

Zu den Ergebnissen der Arbeit der Forschergruppe gehört, dass die in Familien tradierten Formen von Religion vielfach nicht mit den von Theologie oder Kirche formulierten Erwartungen zusammenhängen und dass Jugendliche rückblickend feststellen, kaum eine für sie einladende Kirche erlebt zu haben. Ein weiteres Ergebnis ist, dass fehlende religiöse Erziehung in der Familie nur dann durch kirchliche oder andere Angebote erfolgreich kompensiert werden kann, wenn Eltern solche Angebote bejahen. Neben Schweitzer gehören der Forschergruppe sein katholischer Kollege Albert Biesinger, der Inhaber des Tübinger Lehrstuhls für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Gunther Klosinski, und der Direktor des Instituts für Kriminologie der Universität Tübingen, Hans Jürgen Kerner, an. (KNA)



Militärpfarrer im 1. Weltkrieg und Märtyrer des 20. Jhs. findet nach 60 Jahren letzte Ruhestätte

Im KZ verhungert, weil er Göring den Hitlergruß verweigerte

PAUL SCHULZ

Vor mehr als 60 Jahre verhungerte der Felddivisionspfarrer des 1. Weltkriegs Johannes Bernhard Schulz nach langem Leidensweg im Konzentrationslager (KZ) Dachau. Das war am 19. August 1942. Am 7. März 2004 gab nun der Trierer Bischof Dr. Reinhard Marx dem ehemaligen Pfarrer von Nickenich (1935-42), Gegner des Nationalsozialismus und Glaubenszeuge

die letzte Ruhestätte. Er setzte die Urne mit den sterblichen Überresten im Priestergrab von Elm-Derlen im Saarland bei. Bisher hatte die Urne, die im April 1943 von der Lagerverwaltung dem Bruder übersandt wurde, in einem Familiengrab in Saarbrücken geruht. In der Derlemer Pfarrei St. Josef war Johannes Schulz von 1919 bis 1935 Pfarrer gewesen.

Weil Pfarrer Johannes Schulz im 1. Weltkrieg Militargeistlicher als Felddivisionspfarrer bei der 255. Infanterie Division gewesen war, nahm als offizieller Vertreter der Katholischen Militärseelsorge der Leitende Katholische Militärdekan Koblenz, Msgr. Carl Ursprung – selbst gebürtiger Saarländer und Priester der Diözese Trier –, an der Gedenkfeier teil.

Der Beisetzung vorausgegangen war ein feierliches Pontifikalamt in der Pfarrkirche St. Josef. Zu Beginn des Gedenkgottesdienstes stellten die Vorsitzenden der beiden Elmer Pfarrgemeinderäte die Person und das Glaubenszeugnis des Priesters vor. Sie machten deutlich, dass der ehemalige Militargeistliche als Pfarrer von Elm und später auch von Nickenich (Eifel) wiederholt mutig Stellung gegen den Nationalsozialismus bezogen sowie vor Hitler und einem drohenden Krieg gewarnt habe. Am 27. Mai 1940 wurde er von der Gestapo verhaftet (s.u.), in die KZ nach Buchenwald, Sachsenhausen und Dachau verbracht, wo er 1942 als Häftling Nr. 22541 verhungerte. Nach authentischen Zeugenaussagen gehörte Schulz in Dachau zu den herausragenden Priesterpersönlichkeiten, um die sich andere Geistliche im Lager scharten. Den Tod im KZ nahm Pfarrer Schulz bewusst als Opfer für seine Gemeinde auf sich.

Bischof Marx grenzte in seiner Predigt den Begriff Märtyrer gegen den Missbrauch im weltlichen Sinne ab, wenn aktuell von islamistischen Selbstmordattentätern berichtet werde. „Es stellt

Felddivisionspfarrer 1914-18 an der Westfront

Johannes Bernhard Schulz als Felddivisionspfarrer inmitten der Offiziere des Stabs der 255. Infanterie Division im Jahr 1914 (links hinter dem Divisionskommandeur in der Bildmitte mit Hund). Am rechten Bildrand ein weiterer Feldgeistlicher.



Im Frühjahr 1914 erhielt Schulz – damals noch Kaplan in Waldgassen/Dekanat Saarlouis – vom Bezirkskommando Saarlouis die Order als „Feldlazarett-Pfarrer“. Bereits am zweiten Mobilmachungstag des Weltkrieges hatte er sich in Metz zu stellen. Bis zu seiner Entlassung am 25.11.1918 hat er dann meist im Stellungskrieg in der ostfranzösischen Gegend um Pont-à-Mousson und südlich von Metz als Felddivisionspfarrer der 255. Inf.-Div. gewirkt. Auszeichnungen: Eisernen Kreuz II. Klasse und Frontkämpferabzeichen.

„Vier Jahre lang war er nun fast ständig seinen Leuten an der Front ein verstehender Kamerad, ein Priester, der mit ihnen Freud und Leid teilte. Oft stand er mit ihnen im Schützengraben und kümmerte sich bei schweren Angriffen um Sterbende und Verwundete, ohne an sich und seine eigene Sicherheit zu denken. Offiziere und Mannschaften hatten vor seiner sicheren männlichen und menschlichen Haltung größte Achtung. Seine nüchternen Berichte an den Armeebischof sprechen mit großer Freude über die Haltung seiner Truppen, die religiös ansprechbar waren, mit Innerlichkeit den Gottesdiensten beiwohnten und moralisch dem Christsein Ehre machten. Bei Kriegsende legte er sein Amt als Divisionspfarrer nieder, obwohl man ihn damals gerne bei dem kommenden 100.000-Mann-Heer behalten hätte.“⁽¹⁾

eine Perversion der Religion und des Martyriums dar, wenn Selbstmord-attentäter andere mit in den Tod reißen. Das ist kein Martyrium“, so der Bischof, „denn Gesinnung ist das, was zum Martyrium führt.“ Johannes Schulz Verweigerung des Hitlergrußes Göring gegenüber, sei zwar der besondere Anlass – jedoch nur einer von vielen – für die Festnahme gewesen. Mit der Verhaftung habe für den Priester der Weg des eigenen Glaubenszeugnisses und der Aufopferung für die Gemeinde erst begonnen. Diese Deutung der ihm angetanen Gewalt und des erlittenen Tod im Sinne des christlichen Opfers, mache Johannes Schulz zum Märtyrer. „Wir wollen sein Glaubenszeugnis nicht vergessen, sondern mit ihm gemeinsam in die Zukunft gehen“, forderte Bischof Marx die Gemeinde in der mit 600 Gläubigen randvollen Kirche auf.

Die Initiative zur ehrenvollen Beisetzung der Urne des ehemaligen Derlener Pfarrers im Priestergrab vor der Pfarrkirche war u.a. von der Gemeinde und vom heutigen Pfarrer Hans-Georg Müller, Dechant des Dekanates Schwalbach, ausgegangen. Bereits an Allerseelen 2003 hatten Pfarr- und Zivilgemeinde Elm-Derlen den Platz um die Kirche St. Josef als „Pfarrer-Johannes-Schulz-Platz“ benannt und eingeweiht, um an den unvergessenen Glaubenszeugen zu erinnern.

Die Verhaftung

Über die Verhaftung von Pfarrer Schulz hat am 25. Juni 1940 der zuständige Dechant dem Generalvikariat in Trier berichtet (s. Abb. S. 72); der Leidensweg ist im deutschen Martyrologium des 20. Jhs.²⁾ dokumentiert. Dort ist zu lesen:

... Schon vor 1940 hatte Pfarrer Johannes Schulz die Aufmerksamkeit der Gestapo erregt. Was besonders verdächtig war und erschwerend hinzukam, war seine Freundschaft mit einem notorischen Gegner der Nationalsozialisten, dem benachbarten Pfarrer von Wassenach, Josef Zilliken. Mit ihm sah er sich in der Ablehnung des NS-Regimes einig.

Am 27.05.1940 saßen die beiden Geistlichen nachmittags auf der Terrasse des Gasthauses „Waldfrieden“ in der Nähe von Maria Laach, als unvermutet der damalige Generalfeld-



Die Urne des vor 62 Jahren im KZ Dachau verstorbenen Pfarrers Johannes Schulz, das im I. Weltkrieg von ihm als Militärpfarrer getragene Brustkreuz, Kelch und Stola waren zur Gedenkfeier an den Glaubenszeugen vor dem Hochaltar der Pfarrkirche St. Josef in Elm-Derlen ausgestellt.



Bischof Dr. Reinhard Marx verrichtet über dem Urnengrab für Pfarrer Schulz vor der Pfarrkirche St. Josef in Elm-Derlen (Saarland) die kirchlichen Gebete zur Beisetzung eines Priesters. – Rechts vom Schaft des Vortragekreuzes der Derlener Pfarrer und Dechant des Dekanates Schwalbach Hans-Georg Müller, rechts hinter ihm Msgr. Carl Ursprung, Leitender Katholischer Militärdékan Koblenz, als offizieller Vertreter der Katholischen Militärseelsorge für die deutsche Bundeswehr.

marshall Hermann Göring in Begleitung einiger Offiziere erschien, um ebenfalls dort Platz zu nehmen. Während die Ankömmlinge von allen übrigen Gästen (...) mit „Heil Hitler“

gegrüßt wurden, nahmen Johannes S. und Josef Zilliken keine Notiz von Göring und grüßten nicht: „Schulz schaute teilnahmslos in die andere Richtung, während Zilliken die Her-

Zu den Akten!
Trier, den 25. Juni 1940.
Bischof. Gen. Vic.
An B. Gen. Vicariat
- 8. JUL. 1940
Das Hochwürdigste Bischöfliche Generalvikariat
Trier.

Bericht über die Vorgänge auf Waldfrieden, die den Anlaß gaben zur Verhaftung der beiden Pfarrer von Nickenich und Wassenach, des Herrn Definitors Schulz und des Herrn Definitors Zilliken. Der Bericht gibt die Angaben wieder, die der Inhaber von Waldfrieden dem Unterschrifteten heute vormittag 11 Uhr an Ort und Stelle gemacht hat. Zur leichteren Orientierung füge ich eine Zeichnung bei.

Am Montag, den 27. Mai, nachmittags trafen sich die beiden Geistlichen auf Waldfrieden. Sie nahmen Platz auf der Terrasse I an Tisch 4. Sie saßen mit dem Rücken gegen Tisch 5 neben einander, links Herr Schulz und rechts von ihm Herr Zilliken. Auf Terrasse II an Tisch 9 saßen bereits 4 Herren, 2 Offiziere und 2 in Zivilkleidung. Im Gastzimmer an Tisch 8 saßen 2 Männer aus Wassenach. Kurze Zeit nach Ankunft der Geistlichen - Herr Schulz hatte eben bestellt, war aber noch nicht bedient worden - fuhren 2 Autos vor. Aus dem ersten stiegen Herr Generalfeldmarschall Göring, der General der Flieger Milch, ein Major (Adjutant des Feldmarschalls) und ein Oberarzt (Leibarzt). Aus dem andern Wagen kamen 4 Herren in Uniform, darunter 2 Offiziere. Alle 8 stiegen den Aufgang hinauf und nahmen auf der Terrasse I wie folgt Platz. Der Generalfeldmarschall mit den drei Herren an Tisch 6, die übrigen 4 an Tisch 1. Später kamen noch zwei Herren aus Burgbrohl, die setzten sich an Tisch 2 oder 3 und gingen bald wieder fort. Bei Ankunft der Gäste war Herr Lichtfers im Innern des Hauses, sodaß er sie nicht eintreten sah. Das Servierfräulein kam zu ihm und meldete, daß hohe Gäste gekommen seien, vermutlich Herr Generalfeldmarschall Göring. Herr Lichtfers ging sofort hinaus und sah die vier Herren an Tisch 9 noch stehen, nach seiner Behauptung, weil sie zum Gruß aufgestanden waren. Die beiden Geistlichen waren beim Vorbeigehen des Feldmarschalls unbeweglich sitzen geblieben.

Herr Lichtfers unterhielt sich mit dem Feldmarschall über Jagdangelegenheiten, was dazu führte, seine Jagdtrophäen

im Privatzimmer zu besichtigen. Als er mit dem Feldmarschall an Tisch 4 vorbei ging, seien die beiden Geistlichen wieder sitzen geblieben, ebenso auf dem Rückweg zu Tisch 6.

Der Aufenthalt der Gäste dauerte etwas über eine Stunde.

Der Oberarzt kam gegen Schluß ins Gastzimmer zum Besuchen. Dabei machte er die Bemerkung, der Herr Generalfeldmarschall habe sich über das Benehmen der Geistlichen geäußert. Als die Gäste fortgingen, blieben die Geistlichen wieder sitzen. Herr Schulz habe teilnahmslos vor sich hingesehnt, während Herr Zilliken die Herren anschaute, sodaß Herr Lichtfers den Eindruck bekam, er wolle zum Gruß aufstehen, habe es dann aber doch unterlassen. Beim Verlassen der Terrasse kam einer der Herren von Tisch 1 zu den Geistlichen und sprach kurz mit ihnen. Vermutlich habe er ihnen Vorhaltungen gemacht wegen der Unterlassung des Grußes. Nachdem die Gäste sich entfernt hatten, ging von Tisch 9 einer zu Tisch 8 und fragte die beiden Männer von Wassenach nach den Namen der Geistlichen.

Nachts etwa um 11 Uhr sind zwei Autos auf Waldfrieden vorgefahren. Eines fuhr nach Wassenach, das andere nach Nickenich, um die beiden Geistlichen zu verhaften.

Des Hochwürdigsten Bischöflichen Generalvikariats
geheimer Rat
J. J. J.
Dechant.

Bericht des Dechanten des Dekanates Andernach, Ferres, zu den Vorgängen vom 27.05.2004 im Ausflugslokal „Waldfrieden“ in der Nähe von Maria Laach an den Generalvikar der Diözese Trier, die zur Verhaftung der Pfarrer Schulz und Zilliken geführt hatten.

ren direkt ansah“, berichtete ein Augenzeuge (s.a. Abb. oben).

Die Rache des kirchen- und klerusfeindlichen Regimes war fürchterlich. Die beiden Geistlichen wurden noch am späten Abend durch die Gestapo verhaftet, nach Andernach am Rhein ins Gefängnis verbracht und über mehrere Wochen hinweg streng verhört.“

Der Leidensweg

„Als Schutzhaftlinge wurden sie sodann (am 14.06.1940) in das KZ Buchenwald, dann (am 31.07.1940) nach Sachsenhausen-Oranienburg überbracht. Unmenschliche Behandlungsmethoden des KZ mussten sie hier über sich ergehen lassen. Sie wurden geschlagen, getreten und angespuckt, Verhöre und Misshandlungen wechselten einander ab. Zwei besondere Schikanen hatte sich die SS-Bewachungsmannschaft für die beiden Priester ausgedacht. Analog einer Szene aus Schillers „Wilhelm

Tell“ mussten sie an einer auf einer Stange aufgehängten SS-Mütze vorbeidefilieren, die Hand zum „Deutschen Gruß“ erheben und laut und deutlich „Heil Hitler“ rufen. Auch mussten beide als Strafarbeit unzählige Male die Schiefertafel mit dem Satz vollschreiben: „Jeder Deutsche ist verpflichtet, den Reichsmarschall zu grüßen“.

Am 14.12.1940 wurden Johannes Schulz und Josef Zilliken in das KZ Dachau verbracht. S., Gefangener Nr. 22 541, wurde in Block 28, Stube 1 inhaftiert; etwa 60 Gefangene lebten oder besser: vegetierten in jeder Stube. Mehrere Gnadengesuche der Familie S. und eines geistlichen Mitbruders, Adolf Rosch – der Vorgänger von S. in Derlen –, an Hermann Göring und dessen Frau wurden abschlägig beschieden.

Im Frühjahr 1942 verschlechterte sich die Situation auch der Priester-Häftlinge in Dachau, die bislang über einige Sonderprivilegien verfügt

hatten, erheblich: Die Freistellung von schwerer körperlicher Arbeit fiel weg – damit allerdings auch die sogenannte Brotzeit, eine Scheibe Kommissbrot mit Aufstrich-, Strafoxerzieren fand regelmäßig statt, bei der kleinsten Übertretung der Lagerordnung wurden 25 Stockhiebe als Strafe verhängt, die Verpflegung wurde drastisch verringert. Eine Zeit des Hungerns (und Verhungerns) begann. Johannes S. arbeitete in der Plantage, einem an das Lager angrenzenden Moorgebiet, wo die Arbeit zumeist extrem hart war. Er war bald körperlich am Ende; nur auf Mitgefangenen gestützt, fast zum Skelett abgemagert, konnte der ehemals kräftige Pfarrer zum Appell erscheinen. Ende Mai 1942 begann das große Hungersterben im Dachauer Priesterblock. Johannes S. hatte Wasser in den Füßen, und Magen und Darm versagten vollständig ihren Dienst. Am 05.08.1942 kam S. ins Lagerkrankenhaus, wo man ihm die Beine



Pfarrer Johannes
Bernhard Schulz
* 03. 04. 1884
† 19. 08. 1942
Er trug das Kreuz
als Felddivisions-
pfarrer im
<< 1. Weltkrieg



Pfarrer August
Schüttken
01.01.1896
† 17.11.1945
Er trug das Kreuz als
Divisionspfarrer im
<< 2. Weltkrieg



Pater Theodor
Brüggelolte SDB
03.06.1907
† 28.02.1985
Er trug das Kreuz als
Gefangenenseel-
sorger in Knutsford
(England) >>

amputierte, am 19.08.1942 starb er, am 23.08. wurde sein Leichnam im Krematorium des KZs eingeäschert.

Überlebende aus dem KZ Dachau bezeugen, dass die letzten Worte dieses Priesters lauteten: „Ich sterbe für meine Gemeinde, damit alle gerettet werden für die Ewigkeit.“

Die Geschichte eines Brustkreuzes³⁾

Der Salesianerpater Theodor Brüggelolte hinterließ, als er am 28. Februar 1985 im 78. Lebensjahr in Marienhausen im Rheingau starb, ein Pektorale (Brustkreuz), dem folgender von ihm verfasster Text beilag:

„Dieses Kreuz trug ein Divisionspfarrer aus Nickenich in der Nähe von Mendig bei Maria Laach im 1. Weltkrieg von 1914 bis 1918. Von ihm bekam es Divisionspfarrer August Schüttken aus Heessen (St. Josef) bei Hamm. Er trug es im 2. Weltkrieg von 1939 bis 1945 und in englischer Gefangenschaft, bis er Ende 1945 als Schwerkranker repatriert wurde. Er gab mir das Kreuz im Lazarett in Knutsford in England, in dem ich als deutscher Kriegsgefangener im Auftrag der englischen Dienststelle die Seelsorge unter den deutschen Gefangenen ausübte mit dem Auftrag, ich solle das Kreuz tragen, damit ich als Seelsorger erkannt würde. Ich solle es ihm aber nach meiner Repatriierung zurückbringen, da es für ihn ein Andenken an einen Confrater, einen Bekenner-Märtyrer der Nazi-herrschaft sei und auch ein Andenken an seine eigene Militärseelsorge!“

Drei Jahre lang hatte Pater Brüggelolte tatsächlich dieses Kreuz

als Gefangenenseelsorger in englischer Kriegsgefangenschaft über seiner Uniform getragen. 1948 war er nach Deutschland zurückgekehrt.

Um sein Versprechen einzulösen, Pfarrer Schüttken das Brustkreuz zurückzugeben, hatte er sich nach Heessen begeben. Hier erfuhr er, dass August Schüttken bereits kurz nach der Repatriierung im November 1945 in Heessen gestorben war. Pater Brüggelolte behielt zum Andenken das Kreuz bis zu seinem Tode im Jahre 1985.

Im Jahre 2002 stellte Klaus Luig aus Lippstadt genaue Nachforschungen um dieses Kreuz an.²⁾ Durch die Mitteilung eines Mönches der Benediktinerabtei Maria Laach konnte die Identität des Pfarrers ermittelt werden, der dem Schreiben des Paters zufolge das Brustkreuz im 1. Weltkrieg getragen hatte. Es handelt sich um den Pastor Johannes Schulz.

Wie das Brustkreuz von Johannes Schulz in die Hände des Heessener Pfarrers August Schüttken kam, kann nur vermutet werden. Möglicherweise hatten sich Pfarrer Schulz und Pfarrer Schüttken, der später Vorsitzender des Deutschen Frontsoldaten Bundes war, bereits als Soldaten im Ersten Weltkrieg kennen gelernt und angefreundet. Jedenfalls muss Schulz das Kreuz zu Beginn des zweiten Weltkrieges seinem Amtsbruder geschenkt haben.

Beide Männer dürften zu jener Zeit auch in ihrer Einstellung zum Nationalsozialismus übereingestimmt haben. Unmittelbar nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde August Schüttken als Wehrmachtspfarrer einberufen.

Dem Schreiben von Pater Brüggelolte zufolge hat Schüttken das Pekto-

rale während des ganzen Krieges bis 1945 und danach noch kurze Zeit in englischer Gefangenschaft getragen.

Am 30. Oktober 1945 kehrte Pfarrer Schüttken abgemagert und krank in die Heimat zurück. Er starb schon bald danach am 17.11.1945 in Heessen. So blieb das Pektorale im Besitz des Salesianerpaters Theodor Brüggelolte bis zu seinem Tode im Jahr 1985. Nach einer kurzzeitigen Zwischenstation in Nickenich (2002) gelangte das Kreuz im Jahr 2003 zurück nach Derlen in die Kirche St. Josef, wo Johannes Schulz von 1919 bis 1935 Pfarrer war und wo das Andenken an den Märtyrerpriester nach nun mehr als 60 Jahren wieder aufgefrischt und in besonderen Ehren gehalten wird.⁴⁾

Anmerkungen und Literatur

- 1) aus: Maurus Münch, „Unter 2579 Priestern in Dachau – Zum Gedenken an den 25. Jahrestag der Befreiung in der Osterzeit 1945“, Trier 1972²⁾, S. 22.
 - 2) zit. nach: „Zeugen für Christus – Das deutsche Martyrologium des 20. Jhs.“, hrsg. von Helmut Moll i.A. der DBK, Paderborn 1999, S. 577 ff.).
 - 3) aus: Klaus Luig, „KreuzWegStationen – Der Weg des Brustkreuzes des saarländischen Pfarrers Johannes Schulz“, St. Ingbert 2003.
 - 4) zu den o.g. drei Militärgeistlichen s.a. „Bibliographisches Lexikon der Katholischen Militärseelsorge Deutschlands 1848 - 1945“, hrsg. von Hans Jürgen Brand u. Peter Häger, Paderborn 2002; S. 102, 750 u. 754.
- Zutter/Elsigk: „Weil er Göring nicht grüßte – Das Schicksal eines saarländischen Pfarrers am Laacher See“. Wassermann Verlag, St. Ingbert 1995, 86 S.
- Fotonachweis:
Paul Schulz (3), Familienarchiv (4)

St. Michael „der Deutschen Schutzpatron“?

Ist Michael der Völkerengel der Deutschen oder gar eine Ersatzfigur für den germanischen Gott Wotan?
Zur Verehrung des Erzengels in Geschichte und Gegenwart

Im Bernardus-Verlag des Zisterzienserkonvents Langwaden ist Ende 2003 ein Studie von Manfred Müller erschienen, der den Fragen nachgeht, ab wann und warum die Auffassung aufkam, St. Michael sei „der Deutschen Schutzpatron“ und in welchem Maße und aus welchen Gründen sich eine solche Auffassung durchsetzen konnte.

Für die Leser der Verbandszeitschrift der GKS ist es sicher interessant zu erfahren, wie „St. Michael – der Deutschen Schutzpatron“ in den beiden großen Kriegen des letzten Jahrhunderts gesehen wurde und welche Bedeutung er heute in der „Kirche unter Soldaten“ hat. Hierzu führt der Autor aus (ohne Aufnahme von Fußnoten und Quellen):

Michael und der 1. Weltkrieg

1914 bei Kriegsausbruch zeigte sich, dass die deutschen Katholiken sich fast ausnahmslos mit Kaiser und Reich solidarisierten. Zahlreiche Bekundungen von Geistlichen und Laien bestätigten das katholische Volk in der Meinung, Deutschland treffe keine Kriegsschuld, dieser Krieg sei ein Verteidigungskampf und damit ein gerechter Krieg. Ab und zu wurde sogar von einer weltgeschichtlichen Mission der Deutschen gesprochen, ja, es wurden Deutschlands und Gottes Sache identifiziert.

Um die deutsche Wehrbereitschaft zu stärken, wurde bei geistlichem Zuspruch gelegentlich auch das Michaelsmotiv genutzt. Da hieß es etwa in einer Predigt, im Kampf gegen die Gottesfeinde schwingte Wilhelm II. „fast wie ein zweiter St. Michael das Gottesschwert“. In eine Predigtsammlung wurde eine Ansprache zum Schutzengelfest aufgenommen, in der es hieß: „Der heilige Erzengel Michael wurde ja stets in Deutschland hoch verehrt. Er war der Patron des Reichsheeres sein Bild ward auf dem Reichsbanner angebracht. Möge er jetzt ... der unsichtbare Führer unserer Kriegsmacht sein. Mögen wir alle an seinem Beispiele uns aufrichten und gerne jedes Opfer bringen... Gott will es“, so ruft das Beispiel der heiligen Engel uns zu ...“

Besonders aufschlussreich ist ein 1917 erschienener Prachtband „zur Erinnerung, Erbauung und Tröstung für die Katholiken deutscher Zunge“. Der Titel: „St. Michael“. Das Außenbild des Vorderdeckels zeigt den Erzengel dekoriert mit Eisernen Kreuzen und dem Reichsadler. Michael mit

dem Schwert hat den Satansdrachen unter seinen Fuß gezwungen. Wen meint das Bild mit dem erlegten Drachen? Die Feinde Deutschlands oder nur generell das Böse?

Mitarbeiter an diesem Sammelwerk waren die Kardinäle von Köln, München und Wien, die Einleitung schrieb Dr. Paul Wilhelm von Keppler, der Bischof von Rottenburg. 1915 hatte Keppler sich voll Siegesgewissheit wie folgt geäußert: „Mit Gottes Hilfe bleibt [sic!] Deutschland und Österreich Sieger.“ In seiner Einführung legte Keppler nun dar, dass das Buch zwei Fehldeutungen widerlegen wolle. Das Christentum der Katholiken deutscher Zunge sei weder als Folge eines übertriebenen Nationalgefühls verkümmert noch schwäche das Christentum die Vaterlandstreue und Kriegstüchtigkeit der Deutschen. In Gebetsform wandte Keppler sich an den Engelfürsten: Heiliger Erzengel Michael, beschirme uns im Kampfe! Bahne uns mit deinem Flammenschwert den Weg zum Frieden, zum wahren vollen Frieden nach außen und innen, zum Gottesfrieden!“

Grobschlächtiger artikuliert ein Limburger Lazarettgeistlicher die Hoffnungen deutscher Katholiken: „St. Michael, Deutschlands großer Schutzheiliger, muss uns beistehen, damit wieder deutsches Recht und deutsche Treue den Sieg davontragen.“

Ebenso eindeutig sah der Herausgeber des Buches, Johann Leicht, Domkapitular in Bamberg, St. Michael auf der Seite des deutschen Volkes: „St. Michael wird kämpfen für das deutsche Volk, das sich in demütigem Glauben und Vertrauen zu



Erzengel Michael als himmlischer Ritter im Kampf gegen den Drachen Luzifer; barockes Ölbild für einen Seitenaltar in der 300 Jahre alten Pfarrkirche St. Michael in Waldbröl (Foto PS)

Gott bekennt durch so massenhaften Besuch und inbrünstiges Beten in den Kriegsgebetstunden.“ Ein Pater aus dem Missionshaus Steyl flehte Michael an: „...erhebe dich zum Schutze für unser Vaterland ... wehre jetzt auch ab alle feindlichen Anschläge von den Grenzen unseres Landes ... sei der starke Anführer unserer Armeen, die im Kampfe mit zahlreichen Feinden um die Freiheit und den Frieden unseres Reiches ringen ... führe sie zum Siege und uns alle zum dauernden Frieden.“

Aber derartige Zitate sind nicht typisch für das Buch. Manche Beiträge berühren die Michaelsthematik überhaupt nicht, sind weithin unpolitisch oder wenden sich gegen eine Verteufelung der Kriegsgegner, so dass man den Drachen im Titelbild des Buches nicht ohne weiteres mit den Kriegsgegnern Deutschlands gleichsetzen kann. Allenfalls wäre das Bild als eine „beklemmende, zweideutige Ikone in unserer historischen Erinnerung“ zu sehen.

Insgesamt wurde die Michaelsverehrung nur in geringem Maße für die deutschen Kriegsanstrengungen genutzt. So findet man z.B. in der Sammlung der Kriegsreden Michael von Faulhabers (damals Bischof von Speyer) keine Erwähnung Michaels als Schutzpatron der Deutschen, wohl aber ist auf dem Umschlag Michael

mit Schwert und Schild abgebildet. Zu einem ähnlichen Ergebnis führt die Durchsicht der von Faulhaber herausgegebenen Feldpredigten.

Die Initiative eines Laien zur Intensivierung der Michaelsverehrung im Kriege hatte keinen Erfolg. Ein Bonner Justizrat sah sich im Oktober 1915 zu einer Eingabe an den Kölner Kardinal von Hartmann veranlasst. Er ging von der Feststellung aus: „Als Patron unseres geliebten deutschen Vaterlandes gilt der hl. Erzengel Michael.“ Jetzt, so meinte der Justizrat, sei der richtige Zeitpunkt, die Verehrung des Erzengels zu neuer Blüte zu bringen. Deutschlands katholisches Volk möge vertrauensvoll zu dem mächtigen Himmelsfürsten flehen. Es sollten „zu seiner Ehre erneut Bruderschaften oder Andachten in jeder Gemeinde errichtet [sic!] werden, um ihn von neuem als Schutzpatron unseres deutschen Vaterlandes zu erwählen“. Als der Antragsteller keine Antwort erhielt, wandte er sich Anfang September 1916 erneut an den Kardinal und wies auf die „immer noch andauernden Zeiten der Prüfung und die Schwere der Angriffe“ hin, denen unser geliebtes Deutsches Vaterland von allen Seiten ausgesetzt ist“. Aber der Kardinal reagierte nicht.

St. Michael im Weltanschauungskampf und im 2. Weltkrieg

In der geistigen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus spielte besonders für die männliche, katholische Jugend in Deutschland (Sturmschar) die Michaelsverehrung eine herausragende Rolle. Diese fand „ihren jährlichen Höhepunkt in den Michaelsfeiern, zu denen die bekennnistreuen katholischen Jugendlichen in großer Zahl zusammenkamen ... Generell waren diese Feiern dadurch gekennzeichnet, dass sich patriotisches Bekenntnis und Absage an das glaubensfeindliche Ideengut des Nationalsozialismus bruchlos verbanden ... Im deutschen Katholizismus verbreitete sich die Überzeugung, wer sich in der Gefolgschaft des hl. Michael sehe, der trete auch für das Wohl Deutschlands ein ...“

„Im 2. Weltkrieg verbanden katholische junge Männer ... mit dem Dienst in der deutschen Wehrmacht die Vorstellung, Tapferkeit und Treue in der Verteidigung des deut-

schen Vaterlandes seien ganz im Sinne Michaels, des Engels der Deutschen. Weit verbreitet war das Bewusstsein, man kämpfe nicht für den Nationalsozialismus, sondern für Deutschland. Die Bischöfe riefen zu treuer soldatischer Pflichterfüllung auf. So konnte man sich als „miles Christianus“ sehen und sich im Gebet St. Michael, dem Engel der Deutschen, anvertrauen.“ Demgegenüber weist der Autor nach, dass in der katholischen Militärseelsorge bei der Deutschen Wehrmacht die Michaelsverehrung wenig betont wurde. Anklänge an die geistlichen Bemühungen im 1. Weltkrieg die Wehrkraft der katholischen deutschen Soldaten zu stärken seien nur selten vernehmbar gewesen.

Michaels-Verehrung in der „Kirche unter Soldaten“

Hierzu stellt Manfred Müller fest (S. 134): „In der katholischen Militärseelsorge der Bundeswehr ist die Michaelstradition nahezu gänzlich aufgegeben worden. In der Kapelle des Gästehauses, das vom Militärbischofsamt in Bonn unterhalten wird, steht das Bild des hl. Martin, nicht aber das St. Michaels, und in den Publikationen der katholischen Militärseelsorge wird man zum Thema St. Michael kaum fündig.“ Daran hat sich nach dem Umzug von KMBA und Gästehaus nach Berlin im Jahr ... nichts geändert. In einer Anmerkung zur vorstehenden Feststellung verweist der Verfasser der Studie auf ein Schreiben vom 27.08.1996, in dem das KMBA seine Position dazu verdeutlicht: „... ‘dass eine spezifische, berufsbezogene Heiligen-Verehrung im Raum der Militärseelsorge ... nicht gefördert wird’. Dass auf eine ausdrückliche Pflege der Verehrung von sog. Standes-Heiligen verzichtet werde, ergebe sich aus dem Selbstverständnis der Bundeswehrsoldaten als ‘Bürger in Uniform’. ‘Besondere Beachtung finden lediglich die Patronen der Militärseelsorge selbst, ... der hl. Johannes Capestrano und der ... (selige) Pater Rupert Meyer ...“

Die Studie ist in vier Teile gegliedert:

- Teil I untersucht die „Ursprünge des Michaelkultes im Abendland“, ausgehend vom Kult im Ost-

römischen Reich über seine Ausbreitung in Italien und im Frankenreich bis hin zu Karl dem Großen.

- Teil II „Gestalt und Bedeutung“ behandelt die dem Erzengel beigegebenen Attribute als Völkerengel, Totenengel, Gerichtsenkel, Ritter, Schützer und Helfer, aber auch die Beeinträchtigung der Michaelsverehrung durch die Reformation und die allegorische Deutung Michaels als streitende Kirche der Gegenreformation.
- Teil III befasst sich mit dem „hl. Michael in der deutschen Geschichte“ ausgehend von Spees Michaelslied („O unüberwindlicher Held, St. Michael, ...“, um 1616; s.a. GL Nr. 606) über die „Stilisierung zum Kriegsgott der Deutschen“ in den letzten Jahrzehnten des 19. Jh., die Vereinnahmung des Erzengels für die Stärkung der deutschen Wehrbereitschaft im 1. Weltkrieg, die Idealisierung als Leitfigur der katholischen Jugend (Sturmschar) im Weltanschauungskampf mit dem Nationalsozialismus bis hin zum Abklingen der Michaelsverehrung in Deutschland nach den 2. Weltkrieg.
- Teil IV „Wirkung und Verehrung“ betrachtet St. Michael im Brauchtum, in der Kunst, in der Liturgie und schließlich den Niedergang seiner Verehrung heute.

Manfred Müller gibt keine theologische Begründung für die Existenz von Engeln. Die traditionelle kirchliche Engellehre streift er nur in der Einleitung. Das ist auch nicht die Absicht dieser kulturhistorischen Untersuchung. Wer sich über die Michaels-Verehrung aus der Vergangenheit bis in die Gegenwart informieren möchte, kann hier (fast) alles in fesselnder – für Laien gut verständlicher und für Fachleute durch zahlreiche Anmerkungen sowie reichhaltige Quellen- und Literaturangaben ergänzter – Darstellung finden.

Müller, Manfred: St. Michael – „der Deutschen Schutzpatron“? Zur Verehrung des Erzengels in Geschichte und Gegenwart. Bernardus-Verlag, Grevenbroich 2003, broch., 216 Seiten. Der Autor war Gymnasiallehrer für Deutsch und Geschichte in Düsseldorf. (PS)



Bonifatius – „Apostel der Deutschen“

SIEGFRIED GRANRATH

„Mit Bonifatius begann gewissermaßen die Geschichte des Christentums in Eurem Land.

Viele sagen, diese Geschichte neige sich jetzt ihrem Ende zu.

Ich sage Euch: Diese Geschichte des Christentums in Eurem Land soll jetzt neu beginnen, und zwar durch Euch, durch Euer im Geist des heiligen Bonifatius geformtes Zeugnis!“

Papst Johannes Paul II. am 18.11.1980 auf dem Domplatz Fulda

Mit einer Körpergröße von 1,90 Metern muss er seinen Zeitgenossen wie ein Hüne vorgekommen sein, und dass er um die 80 Jahre alt wurde, war im 8. Jh. auch mehr als ungewöhnlich. Vielleicht hätte es Bonifatius, obwohl von Gicht und Rheuma geplagt, noch auf einige Lebensjahre mehr gebracht, wäre er nicht am frühen Morgen des 5. Juni 754 im friesischen Dokkum mit rund 50 Gefährten von Räubern ermordet worden. Der in diesem Jahr 2004 anstehende 1250. Todestag des als „Apostel der Deutschen“ geltenden Heiligen wird von der katholischen Kirche mit zahlreichen Veranstaltungen begangen. In einer besonderen Verbindung zu Bonifatius steht auch die GKS, die in einem zweijährigen Rhythmus die „Akademie Oberst Helmut Korn“ im Bonifatiushaus zu Fulda durchführt. Sollte dieses nicht Anlass genug sein, diesem bedeutenden Manne ein paar Gedanken zu widmen? Ohne tief in die Geschichte und in die Einzelheiten abzutauchen, soll der Versuch einer Würdigung seines Schaffens unternommen werden. Empfohlen wird auch ein Blick auf die Internetseite der Deutschen Bischofskonferenz zum Thema: www.dbk.de/aktion/bonifatiusjubilaem.

1. Die Herkunft

Die Geschichtsquellen geben keine eindeutige Auskunft über das Geburtsdatum und seine Jugend. Es wird aber allgemein bestätigt, dass Winfrid (so hieß Bonifatius vor seiner Ernennung zum Missionar) zwischen 672 und 675 in der englischen Grafschaft Wessex im Bereich des Klosters Exeter – es wird aber auch später der Ort Crediton genannt – geboren worden sei. (Abb. 1 u. 2)

Die Beschreibung seiner Familie reicht von adeliger Herkunft bis zur großbäuerlichen Familie als freie Landbesitzer. Daraus kann geschlossen werden, dass Winfrid zumindest in geordnete Familienverhältnisse hineingeboren wurde.

Schon in jungen Jahren äußerte Winfrid den Wunsch nach dem Kloster-

leben. Der Vater soll jedoch bis zu einer schweren Erkrankung gegen diesen Wunsch Einsprüche erhoben haben.

Zum Zeitpunkt seiner Geburt hatte sich der christliche Glaube schon in weiten Teilen Europas durchgesetzt und das angelsächsische England war bereits in feste Diözesanegrenzen aufgeteilt. Die bischöfliche Autorität war gefestigt und der Zusammenhalt und die Einheit waren im Königreich garantiert.

In diese Situation hinein also war Winfrid geboren und begann aufzuwachsen, gleichsam war es zu dieser Zeit üblich, dass Familien einen ihrer Söhne oder ihrer Töchter in Klöster schickten, um diese dort in die Ausbildung zu geben. Winfrid, obwohl er für ein Leben als Landedelmann und Erbe des Familienbesitzes vorgesehen, strebte von sich aus ein Leben und Wirken im Kloster an.

2. Eintritt in das Kloster Exeter

Die Priester dieser Zeit hatten die Aufgabe zu den Menschen auf die Höfe und in die Häuser zu gehen, um dort das Wort Gottes zu verkünden. Die Begegnung mit diesen Priestern und Mönchen könnte der Auslöser für Winfrids Aufgeschlossenheit und Interesse gewesen sein und leitete einen Wandel ein. Schon im zarten Alter von vier bis fünf Jahren soll er sich der geistigen Anschauung geöffnet haben. Sein Biograf Willibald spricht davon, dass er „mehr über Himmlisches als über Gegenwärtiges nachdachte und bemüht war, sich dem Dienste Gottes zu weihen und in starkem Geistesstreben nach dem Klosterleben trachtete“.

Vermutlich im Alter von sieben Jahren trat Winfrid, um das Jahr 680, in das Kloster Exeter ein, dessen Abt Wulfhard die Frömmigkeit und den Gehorsam des Jungen besonders hervorhob. Schon bald streckte der wissbegierige Junge seine Fühler zu den Nachbarklöstern aus, um herauszufinden wo er am besten seine Studien, aber auch seinen Wissensdrang, würde stillen können. Die Wahl fiel auf Nursling, ein zwischen Winchester und Southampton (Bild 1) gelegenes Kloster und so siedelte er vermutlich im Jahr 700 in das Kloster seiner Wahl über.



Bild 1: Die geografische Lage von Winfrids Herkunft



Bild 2: Das Kloster Exeter, wie es sich heute dem Betrachter darstellt.

3. Ausbildung im Kloster Nursling

Als Vorbild hatte sich Winfrid Papst Gregor I. der Große (Pontifikat 590 – 604) (Abb. 3) ausgewählt, der als Gründer vieler Klöster galt und sich hochverdient um Liturgie und lateinisch-christliche Bildung gemacht hatte.

Winfrid lernte in Nursling die Grundlagen und erreichte ein erstaunliches Wissen in der lateinischen Grammatik, der Rhetorik und der Musik. Zu diesen Studien gehörte auch der Umgang mit klösterlichen Lebensgewohnheiten. Fast zwanzig Jahre verbrachte Winfrid in diesem Kloster und sein Ruf als exzellenter Lehrer und Kenner hat sich über das ganze Land verbreitet. Viele Mönche kamen nach Nursling und ließen sich von ihm unterrichten.

Die Karriere für Winfrid schien festgelegt, er sollte vielleicht als Gelehrter aber auch als Lehrer in die Geschichte eingehen. Hinzu kam die zwischen 702 und 705 erfolgte Priesterweihe sowie das Interesse an der damaligen Kirchenpolitik, die Türen zum Bischofsamt standen weit offen. Es war dann vielleicht der damalige Missionstrieb, der die englischen Mönche und Priester schon lange auszeichnete, das Winfrid diesem Ruf folgte und den Aufbruch zur Mission wagte.

4. Die erste Missionsreise

Bis 716 schien also der Weg gerade und steil bergauf zu verlaufen, dann aber kam es zur großen Wende, der Gelehrte begann sich mehr und mehr nach der Ferne zu sehnen. Vielleicht war der nun schon 40-jährige Winfrid auch dem Kloster und dem Gelehrtenstuhl überdrüssig, vielleicht gab es aber auch Unstimmigkeiten im Kloster. Die Hintergründe sind nicht bekannt und somit zog es ihn 710 über den Kanal nach Friesland, dort erreichte er zwar Utrecht (Abb. 4), hatte aber in dem „hartnäckigen Heiden“ Herzog Radbod einen starken Widersacher.

Für Herzog Radbod stand auch zunächst der Gebietsstreit mit den Franken im Vordergrund und er sah gar nicht ein, warum er sich mit einem fremden Priester über das Christentum unterhalten solle. Diese Erkenntnis wahrnehmend, setzte Winfrid wieder nach England über

und kehrte in das Kloster Nursling zurück. Als 717 Abt Wynberth starb, wählte man ihn zum Nachfolger, jedoch äußerte Winfrid bereits mit seiner Wahl andere Lebenspläne.

5. Die erste Reise nach Rom und ein neuer Name

Schon im Herbst 718 erfolgte der Aufbruch zur Pilgerreise nach Rom, der Abschied von der Heimat sollte für immer sein.

Die Wallfahrt zum Petrusgrab hatte für die Angelsachsen einen hohen religiösen Stellenwert. Winfrid wollte aber über diese Bedeutung hinaus vor allem den Segen und die Sendung des Papstes empfangen. Dies entsprach seiner Kirchlichkeit und prägte seine späteren Bemühungen. Während eines länger dauernden Aufenthalts in Rom kam es am 15. Mai 719 zur Beauftragung durch Papst Gregor II. († 731) mit der Heidenmission. Der Papst ermahnte den Missionar, die Sakramente nach der Praxis und Lehre des Apostolischen Stuhles zu spenden und dorthin seine Berichte zu senden.¹⁾

Als Ausdruck der Bindung an Rom und den Papst erhielt Winfrid den Namen des Märtyrers Bonifatio von Tarsos. Diese Namensgebung ist an sich nicht außergewöhnlich. Bezeichnend ist aber die Tatsache, dass Winfrid seinen römischen Namen nunmehr ausschließlich verwandte. Wir können von diesem Zeitpunkt an exklusiv von **Bonifatius** sprechen.²⁾

6. Missionsreisen

Nun begannen die Missionsreisen des Bonifatius, nach dem Tod des Friesenherzogs Radbod führte ihn sein erster Weg zu seinem Landsmann Willibrod nach Echternach. Offensichtlich bereiteten ihm nicht nur die „Heiden“ Schwierigkeiten, ebenso beschwerlich war der Um- und Zugang zu den weltlichen Fürsten.

Abb. 3: Papst Gregor I., der Große:

Der erste Mönch auf dem Papstthron schuf die Grundlagen für die weltliche Macht des Papsttums. Mit politischen Pragmatismus sowie mit vorbildlicher Verwaltung baute Gregor die zukünftige Macht des Kirchenstaates aus und übte Toleranz gegenüber religiösen Minderheiten.



6.1. Friesland

Die freundschaftlichen Bande zwischen Willibrod und Bonifatius hielten nicht auf lange Zeit, durch unbestimmte Gründe trennten sich ihre Wege und Bonifatius nahm seine Arbeit zunächst im Gebiet von Utrecht (Abb. 4) auf. Zwischen den Jahren 719 bis 721 verlief die Christianisierung unter dem Schutz der Franken recht erfolgreich. Bonifatius hatte das Angebot Chorbischof unter Willibrod zu werden abgelehnt und blieb einfacher Priester. Die politische Lage hatte sich stabilisiert und die Zusammenarbeit der beiden Angelsachsen führte zu deutlichen Spannungen, Bonifatius suchte nach neuen Betätigungsfeldern.

6.2. Hessen und Thüringen

Für die nächsten fünfzehn Jahre standen Hessen und Thüringen im Mittelpunkt – warum zog Bonifatius nun ausgerechnet nach Hessen?

Er wollte eben als richtiger Heidenmissionar arbeiten und dafür war dieses Land neben Friesland bestens geeignet. Es gehörte zwar schon zum fränkischen Reich und war in seinem westlichen Teil bereits von dessen Ordnung durchgesetzt, befand sich aber in Grenznähe zu den Sachsen. Sie waren das eigentliche Missionsziel des Bonifatius und so war Hessen eine Etappe auf dem Weg dorthin. Nach Osten hin waren seine Bewohner kaum von fränkischer Kultur erreicht, sie hatten vom Christentum manches gehört, lebten aber immer noch in heidnischen Vorstellungen. Auf dem Weg nach Osten lernte Bonifatius diese Mischbevölkerung kennen, als er auf der Amöneburg, dem zentralen fränkischen

Abb. 4: Die Lage von Utrecht und Dokkum in Friesland



Stützpunkt im oberen Lahngau, deren Verwalter Dettic und Deorulf begegnete. Hier wurde er mit einem weiteren grundsätzlichen Problem der Missionsarbeit konfrontiert. Denn die Zwillingsbrüder lebten in einem Durcheinander von heidnischer und christlicher Religiosität, das eine typische Folge des zu hastigen Vollzugs von Taufen ohne gründlichere Unterweisung im Glauben war. Bonifatius rief die beiden zur Ordnung „und zog eine große Menge des Volkes, nachdem er ihnen den richtigen Weg der Erkenntnis eröffnet und sie ihren schrecklichen Irrglauben abgelegt hatten, vom sündhaften Aberglauben des Heidentums ab“. Außerdem gründete er in Amöneburg 721 ein kleines Kloster (Abb. 5) als Keimzelle zur intensiven Christianisierung der Bevölkerung.³⁾



Abb. 5:
Kloster
Amöneburg
im Landkreis
Marburg-
Biedenkopf

Eines der populärsten Ereignisse fand im Bereich Fritzlar statt, Bonifatius wagte es, das Stammesheiligtum „die Donareiche“ zu fällen (Abb. 6).

Dieses ist auch der Grund, weshalb Bonifatius in vielen Abbildungen mit einer Axt dargestellt wird. An dieser Stelle bei Geismar wurde eine Kirche errichtet. Seit etwa 725 hatte Bonifatius sein Betätigungsradius auch auf Thüringen ausgeweitet und erreichte als östlichstes Gebiet den



Abb. 6: Die Fällung der Donareiche

Raum Ohrdruf und Erfurt. Seine Aufgabe, so musste er erkennen, bestand nicht nur in der Missionierung der Bevölkerung sondern er hatte auch zunehmend mit dem Widerstand des Klerus seine Sorgen – Reformen waren notwendig. Bonifatius hatte mit diesen Aktionen viel Anerkennung und Bewunderung erhalten, welches auch in Rom nicht unerhört blieb.



Abb. 7:
Missions-
gebiete
Bayern,
Hessen und
Thüringen

7. Die zweite Reise nach Rom

Ein an Papst Gregor II. gesandter Bericht verfehlte seine Wirkung nicht, Bonifatius hatte neben seinen Erfolgen auch die Problematik mit dem fränkischen Klerus dargelegt und um Unterstützung gebeten. Auf Einladung des Papstes Gregor II. reist Bonifatius mit großem Gefolge im Jahr 722 zum zweiten Mal nach Rom, hier wurde er am 30. November 722 zum Missionsbischof ohne festen Sitz geweiht.

Die Weihe eines Bischofs für eine weit entlegene Gegend und ohne festen Bischofssitz stellte für die kirchliche Rechtspraxis ein nicht geringes Problem dar und widersprach durchaus den altkirchlichen Ordnungen, für die Bonifatius so leidenschaftlich eintrat.⁴⁾

Der Vorteil lag jedoch klar auf der Hand, erstens konnte nun Bonifatius mit den Landesfürsten auf einer annähernd gleichen Ebene sprechen und zweitens hatte er auch eine deutlich stärkere Handhabe gegen den fränkischen Klerus. Zuvor genoss Rom die Anwesenheit eines weitgereisten Missionars und beschäftigte sich mit dem Sonderstatus Bonifatius. Mit neuer Würde und entsprechenden Empfehlungsschreiben begab er sich auf seine nächsten Missionsreisen.

8. Rückkehr ins Frankenland und Mission in Thüringen

Der erste Schwerpunkt seiner Tätigkeiten lag zunächst in Hessen,

es galt dort seine Position gegenüber den Landesfürsten zu sichern. So traf er sich 723 mit dem fränkischen Hausmeister Karl Martell (688–741) (Abb. 8), dem eigentlichen Herrscher im Frankenland. Dieser gewährte ihm Schutz und Beistand im Frankenland, jedoch sah Karl Martell darin auch die Festigung seiner weltlichen Macht.

Seit 725 verlegte Bonifatius seine Missionstätigkeit nach Thüringen, immer wieder stieß er zum einen auf den Widerstand des Klerus und zum Zweiten auf die heidnisch-christliche Glaubensmischung. Im Verlauf seiner Missionsarbeit musste Bonifatius immer mehr Bekanntschaft mit der inneren Neuorientierung und Reformation der Kirche machen. Diese neue Aufgabe einer kirchenpolitischen Rolle und die fehlende bischöflich verfasste Kirchenordnung, vernachlässigten seine eigentlichen Missionsaufgaben.

9. Erhebung zum Erzbischof

Mit dieser Entwicklung verband sich zugleich ein erhöhter Autoritätsbedarf für Bonifatius. Als von der staatlichen Macht unterstützter Missionsbischof stand er zwar nicht allein, konnte sich als Ausländer aber nicht immer gegenüber den altingesessenen fränkischen Kirchenfürsten durchsetzen. Es kam sogar vor, dass von ihm gemaßregelte Priester versuchten, die päpstliche Autorität gegen Bonifatius auszuspielen. Das sollte sich mit dem Papstwechsel des Jahres 731 ändern. Auf Gregor II. folgte der am 18. März 731 geweihte Gregor III. Bonifatius, der



Abb. 8: Der fränkische Hausmeister Karl Martell

sowieso regelmäßig Arbeitsberichte nach Rom schickte, beeilte sich, dem neuen Oberhaupt der Kirche durch Boten seine Ergebenheit zu übermitteln. (...) Beeindruckt von solcher Treue, dankte es der neue Papst Bonifatius durch die Übersendung des Palliums⁵⁾ als Zeichen der erzbischöflichen Würde. Das war der Lohn für die „massenhaften Bekehrungen zum rechten Glauben“ in Hessen und Thüringen.⁶⁾

Mit dieser Würde ausgestattet, war es ihm erlaubt neue Bistümer zu errichten und ihre Bischöfe zu weihen. Somit begab er sich nach Bayern und reorganisierte die bayrische Kirche.

10. Die dritte Romreise

Bis zu den Jahren 735–737 veränderte sich seine Missionsphase zu einer Tätigkeit als Wächter der apostolischen Kirchenorganisation. Die Mission war damit nahezu abgeschlossen.

Sein von 737–738 andauernder Aufenthalt in Rom sollte sich für ihn als ein äußerst großer Erfolg herausstellen. Er erhielt während einer von Papst Gregor III. abgehaltenen Synode außerordentliche Privilegien. Zukünftig konnte er als Legat, d.h. als Gesandter und Stellvertreter des Papstes für Germanien auftreten. Außerdem erhielt das Recht, seine eigene Nachfolge zu regeln, ein Recht, welches ihm durch den späteren Papst Zacharias jedoch wieder entzogen wurde.

Bonifatius hatte nun bereits, für damalige Verhältnisse nicht alltäglich, das siebzigste Lebensjahr erreicht und machte sich im Sommer 738 auf die Rückreise. In Bayern wurde er vom Bayernherzog Odilo bei der Neuorientierung der Kirche und der Neubesetzung von Bischofssitzen unterstützt. Gleichzeitig gründete er ein Netzwerk von Mitarbeitern, die ihn bei diesen Aufgaben entlasteten.

11. Das „Concilium Germanicum“

Der fränkische Hausmeister Karl Martell teilte kurz vor seinem Tode († 741) das Frankenreich unter seinen Söhnen Karlmann (Osten) und Pippin III. (Westen) auf. Die beiden Hausmeister und Bonifatius taten sich zu einem Bündnis zusammen, und so entwickelte sich eine Einla-

dung des Hausmeister Karlmann, der über Austrien⁷⁾, Thüringen und Alemannien herrschte, zunächst an Bonifatius und später zur Durchführung einer Kirchenversammlung.

Am 21. April 742 wurde an einem unbekannten Ort in Austrien eine Synode der fränkischen Bischöfe eröffnet. Karlmann war der Chef des Verfahrens, er steckte die Eckdaten ab und ließ den Bischöfen eine Beraterfunktion zukommen. Dieses hatten wohl auch einige Bischöfe im Vorfeld erkannt, schon zuvor hatten sie kein Interesse an der Neuordnung bekundet, und blieben der Versammlung fern. Hier glänzten der Bischof von Mainz (Gewilib) und Trier-Reims (Milo) besonders durch Abwesenheit.

Tatsächlich konnte Bonifatius zwischen 743 und 747 mehrere große Synoden – heute könnte man sie als den Beginn der deutschen Bischofskonferenz bezeichnen – abhalten.

Die Synoden entwarfen ein umfassendes Reformprogramm. Die angestrebten Veränderungen umfassten die Einrichtung von Metropolitansitzen, wobei Bonifatius selbst Metropolit einer Kirchenprovinz Köln werden sollte, was sich aber nicht realisieren ließ. ... Die Bischöfe von Trier und Mainz traten in offene Gegnerschaft. Während der Trierer Bischof Milo als erbitterter Gegner des Bonifatius weiter im Amt blieb, gelang es, den Mainzer Bischof zu verdrängen. Bonifatius, dessen Pläne mit Köln nicht aufgingen, übernahm daraufhin selbst den Mainzer Bischofsstuhl.⁸⁾

12. Kloster, Bistum und Dom in Fulda

Um die Zeit, als Bonifatius zuerst auf der Amöneburg Fuß fasste und (723) zu Hofgeismar die Donareiche fällte, erscheint zum erstenmal der Name Hessen. Um die gleiche Zeit verlagerte sich unter Pippin und Karl dem Großen das Schwergewicht des Fränkischen Reiches auf die Rheinseite und Hessen wurde Bastion des Reiches gegen Norden und Osten. Es begann die hohe Zeit der Klöster, wie Fritzlar, Fulda, Hersfeld, Schlüchtern und Helmarshausen, die mit ihren Schulen und Kunstwerkstätten zu Trägern der aufblühenden deutschen Kultur wurden. Fulda gelangte zu einer Bedeutung, die es über alle anderen Klöster erhob.

Gegründet wurde es 744 auf Bitten Bonifatius von den Benediktinern. Drei Jahre später wurde Bonifatius hier beigesetzt. Das Kloster wurde bald darauf zu einem Anziehungspunkt, der in Deutschland ohne Vergleich blieb: 400 Mönche lebten im Jahre 800 in der Abtei. 1752 wurde Fulda vom Papst zum Exemten Bistum erklärt, das heißt, es unterstand nicht einer übergeordneten Kirchenprovinz, sondern direkt dem Papst. Nach der Säkularisierung entstand 1818 ein neues Bistum Fulda und 1867 kam der Mainzer Bischof Ketteler auf die Idee, in Fulda jährlich eine Bischofskonferenz abzuhalten; und diese findet noch heute in Fulda statt.

Der Dom ist eines der bedeutendsten barocken Bauwerke Fuldas. Er wurde vom Architekten Johann Dientzenhofer unter Verwendung der alten Bausubstanz der Ratger-Basilika (9. Jahrhundert) in den neuen Formen des Barocks errichtet (1704 – 1712). Der Dom ist in seiner architektonischen Gestaltung dem römischen Barock verpflichtet (Abb. 9). Nach umfangreichen Restaurierungsarbeiten erstrahlt der Bau in seinem Inneren und Äußeren wieder in seinem ursprünglichen Glanz. Seine religiöse Bedeutung ist durch das Bonifatiusgrab, das nach wie vor Ziel von Wallfahrten ist, noch heute aktuell.⁹⁾



Abb. 9: Barocke Fassade des Fuldaer Doms, erbaut 1704-12 von Johann Dientzenhofer

13. Der Tod

Am 5. Juni 754 ereilte Bonifatius der Tod durch die Hand friesischer Räuber. Am Ufer der Boorne nahe des Ortes Dokkum (Abb. 4) wollte der greise Erzbischof die Firmung einer Gruppe von jüngst getauften Friesen vornehmen, als der Überfall geschah, den niemand überlebt hat. ... Da die Mörderbande ganze Arbeit geleistet hatte, gab es auch keine Augenzeugen.¹⁰⁾

Für die damaligen Geschichtsschreiber handelte es sich bei den Tätern selbstverständlich um heidnische Friesen und in Windeseile verbreitete sich die Beschreibung eines Märtyrertodes, obwohl es sich bei den Tätern um Wegelagerer handeln sollte, die auf Beute aus waren.

Die sterblichen Überreste sollten nun einen würdigen Ruheplatz erhalten und so kam es zwischen Utrecht, Mainz und Fulda zu einem Besitzstreit, der schließlich darin endete, dass dem Wunsch Bonifatius gefolgt wurde und seine letzte Ruhestätte Fulda wurde.

14. Gedenktag

Schon bald nach seinem Tod begann man das Leben Bonifatius niederzuschreiben, als wichtigste Biografen sind Willibald, Lul und Sturmi zu benennen. Es ist folgerichtig, dass sie das Leben ihres Lehrers und Vorgängers in, der damaligen Zeit entsprechend, wohlgeformte

Worte fassten, die Erhebung zum „Heiligen“ hatte somit ihren Anfang genommen. Deutlich zügiger und entschlossfreudiger war man in seinem Heimatland: Bald nach Eintreffen der Todesnachricht hatte Erzbischof Cuthberth von Canterbury eine Synode zusammengerufen, die beschloss, Bonifatius neben Papst Gregor dem Großen und Augustinus von Canterbury „als unseren besonde-

ren Schutzpatron“ zu wählen.¹¹⁾

Die weitere Entwicklung und insbesondere der Mythos Bonifatius setzten sich auch auf dem Festland durch. Abschließend kann man festhalten, dass Bonifatius mit seinem Lebenswerk – Gedenktag 5. Juni – als „Apostel der Deutschen“ zwischen Elbe und Loire, eine beispiellose zivilisatorische und kulturelle Aufbauarbeit geleistet hat.

Anmerkungen:

- 1) Kathrein, Werner: Der Heilige Bonifatius – Leben und Wirken; in: St. Bonifatius 754–2004, Hrsg.: Bonifatiuswerk der deutschen Katholiken, Paderborn, 2004, S. 9.
- 2) ebd., S. 9.
- 3) von Padberg, Lutz E.: Bonifatius – Missionar und Reform, Verlag C.H. Beck oHG, München, 2003, S. 37.
- 4) Kathrein, Werner: a.a.O., S. 14.
- 5) Pallium: im alten Rom ein mantelartiger Umhang; im Mittelalter (Krönungs-) Mantel der Kaiser; in der kath. Kirche eine weiße mit Kreuzen verzierte Binde um Schultern, Brust und Rücken als Abzeichen der Päpste und Erzbischöfe.
- 7) Ausrrien, auch Austrasien: seit 667 der östl. Teil des fränkischen Reichs mit den Residenzen Metz und Reims, bestehend aus dem Mosel- und Maasgebiet und den fränk. Besitzungen rechts des Rheins.
- 6) von Padberg, Lutz E.: a.a.O., S. 48/49
- 7) Kathrein, Werner: a.a.O., S. 24/25.
- 8) www.tourismus-fulda.de (2004).
- 9) von Padberg, Lutz E.: a.a.O., S. 102 f.
- 10) von Padberg, Lutz E.: a.a.O., S. 110.

Literatur:

- Personen Lexikon 1, Harenberg Kommunikation, 1983.
 Das Papsttum, Südwestverlag, 1983.
 Papst Johannes Paul II. In Deutschland, BURDA GmbH, 1980.
 Deutschland, C. Bertelsmann Verlag, 1966.
 Kulturgeschichte Europas, Georg Westermann Verlag o.J.
 Personen der Menschheitsgeschichte, F.A. Brockhaus, 2000.
 Chronik der Menschheit, Harenberg Verlag und Mediengesellschaft, 1988.

Bildernachweis:

- 1 PS nach www.heiligenlexikon.de
- 2 St. Bonifatius 754–2004, Bonifatiuswerk, Paderborn, 2004, S. 6.
- 3 Personenlexikon 1, Harenberg Kommunikation, Dortmund, 1983, S. 552.
- 4 www.heiligenlexikon.de
- 5 www.heiliger-bonifatius.de
- 6 www.heiliger-bonifatius.de
- 7 www.heiligenlexikon.de

8 Chronik der Menschheit, Harenberg Verlag und Mediengesellschaft, Dortmund 1988, S. 246.

9 Archiv PS

10 Das Papsttum, Epochen und Gestalten, Südwest Verlag, München, 1983, S. 223.

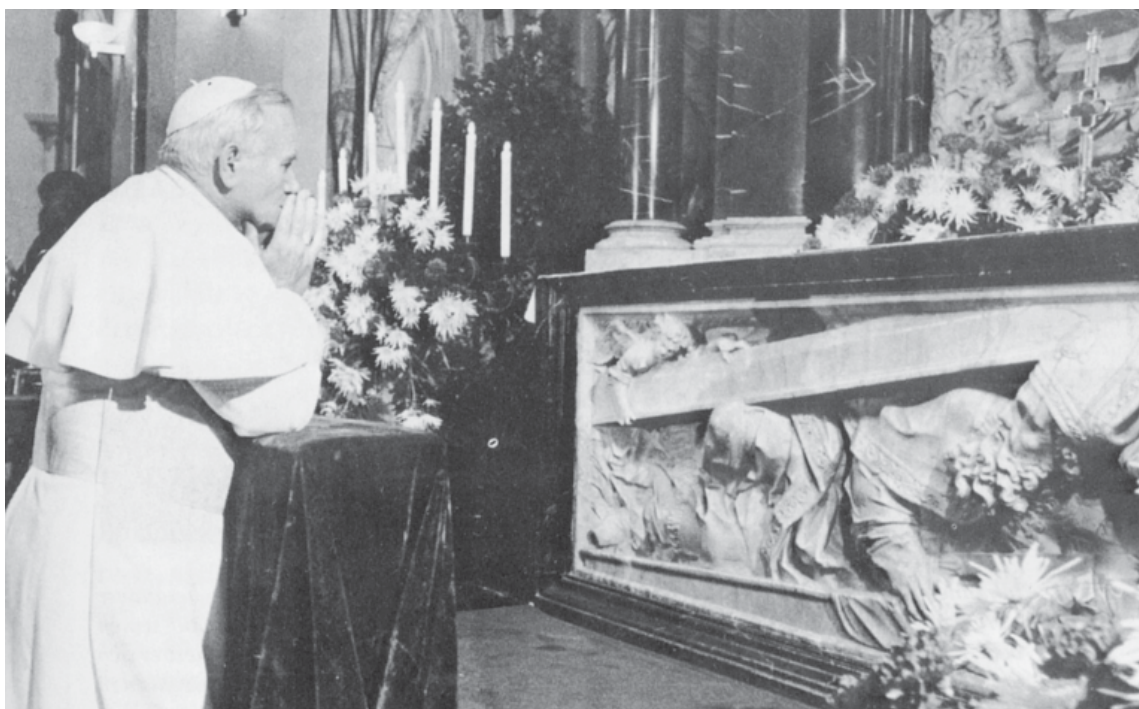


Abb. 10: Papst Johannes Paul II. betet am 18. November 1980 am Grab des hl. Bonifatius im Fuldaer Dom.

BONIFATIUS-GEDENKJAHR ZUM 1250. TODESTAG:

Mord und Fest

Bonifatius-Gedenkjahr bringt Vielzahl an Veranstaltungen

VON KNA-REDAKTEUR PETER DE GROOT

„Intrige, Mord, Martyrium“ und „mittelalterliche Geschichte, kombiniert mit moderner Unterhaltung“ versprechen die Macher von „Bonifatius – Das Musical“. Es soll am 3. Juni im Fuldaer Schloss-theater uraufgeführt werden. Im nahen Dom hat Bonifatius sein Grab. Der „Apostel der Deutschen“ war am 5. Juni 754 während einer Missionsreise im friesischen Dokkum ermordet worden – vor 1.250 Jahren also. Und so wird denn das neue Jahr von der katholischen Kirche in Deutschland, aber auch von der in anderen europäischen Ländern mit vielen Veranstaltungen als Bonifatius-Gedenkjahr begangen.

Das Musical ist eine private Initiative, ebenso die „Bonifatius-Route“. Sie orientiert sich am mutmaßlichen Weg des Leichenzugs, der Bonifatius von Mainz nach Fulda brachte, wo er am 9. Juli 754 beigesetzt wurde. Eröffnet werden soll die „Bonifatius-Route“, die ein ökumenischer Pilgerweg sein will, am 10. Juli in Mainz. Dort war Bonifatius vor seinem Tod wenige Jahre Bischof. In der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt auch und mitveranstaltet vom Bistum stehen eine am 13. Januar einsetzende Vortragsreihe über „Mission und Christianisierung. Von Bonifatius bis ins 20. Jahrhundert“, eine auf den 2. bis 5. Juni terminierte Tagung über „Bonifatius. Leben und Nachwirken (754-2004)“ und die Uraufführung eines symphonischen Oratoriums „Bonifatius“ am 6. Juni auf dem Programm.

Vor wenigen Wochen startete das Bistum Fulda, dessen Patron der Heilige ist, ein Bonifatiusjahr. Das gemeinsame Jahresprogramm von Bistum und Stadt listet eine Fülle an Veranstaltungen auf. Nicht wenigen kommt eine im Rahmen des Jubiläums bundesweite und über die Grenzen Deutschlands hinausreichende

Bedeutung zu. So der Sonderausstellung „Bonifatius. Vom angelsächsischen Missionar zum Apostel der Deutschen“. Sie wird vom 3. April bis 4. Juli gezeigt, Ausstellungsorte sind das Dommuseum zu Fulda und das dortige Vonderau-Museum. Und dann ist da das Bonifatiusfest am 4., 5. und 6. Juni, zu dem Zehntausende erwartet werden. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, und der Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, der deutsche Kardinal Walter Kasper, wollen kommen. Alle deutschen Bischöfe sind eingeladen und alle Pfarreien in der Bundesrepublik, deren Namenspatron Bonifatius ist.

Wie in jedem Jahr, so treffen sich die deutschen Bischöfe auch 2004 in Fulda zur Herbstvollversammlung (20. bis 23. September). Nach dem Willen der Bischöfe, so der Fuldaer Oberhirte Heinz Josef Algermissen,

soll das Gedenkjahr bundesweit ein „Jahr der inneren Missionierung“ sein. Die Vollversammlung werde ein „Wort aus Fulda“ vorlegen, das eine Art Vision für eine Neuevangelisierung Deutschlands sein soll.

Hinweis:

Näheres und Aktuelles gibt es bei der Deutschen Bischofskonferenz unter www.dbk.de/aktionen/bonifatiusjubilaeum sowie bei der Stadt Fulda unter www.bonifatius.net.

KURZ BERICHTET:

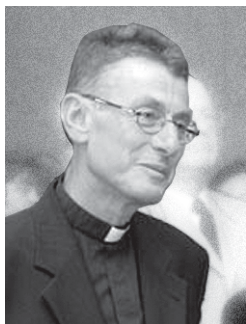
VOR 75 JAHREN: Vatikan-Staat gegründet

Der Vatikan-Staat in seiner heutigen Form besteht 75 Jahre. Mit den am 11. Februar 1929 zwischen Italien und dem Heiligen Stuhl unterzeichneten drei Lateran-Verträgen wurde die seit 1870 ungelöste „Römische Frage“ geklärt. Der nunmehr 44 Hektar große „souveräne Vatikanstadt“ im Westen Roms rund um den Petersdom garantiert dem Papst internationale Souveränität und Unabhängigkeit in der Kirchenleitung. Die Lateran-Verträge wurden 1984 modifiziert.

Renovabis
Solidaritätstraktat der deutschen Katholiken
mit den Männern in Mittel- und Osteuropa
... damit menschen in ihrer
Heimat ein Zuhause haben.

HEIMAT
mitten in
europa.
www.renovabis.de

PFINGSTKOLLEKTE
AM 30. MAI 2004
Spendenkonto 94 | Liga-Bank AG 812 750 9030



Wachsende Herausforderungen für Militärseelsorge

Standortbestimmung der Militärseelsorge

Vortrag des Militärgeneralvikars beim Friedensseminar der 10. Panzerdivision in Kloster Reute

Die Bundeswehr-Reform stellt nach Einschätzung von Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut die Militärseelsorge vor vollkommen neue Aufgaben. Er bezeichnete am 5. Februar 2004 im ober-schwäbischen Kloster Reute bei Bad Waldsee die „Einsatzarmee mit all ihren Facetten“ als „die“ Herausforderung der Militärseelsorge. Dabei seien „Probleme der Quantität und der Qualität“ zu bewältigen. Der Generalvikar sprach sich auch für eine Weiterentwicklung der Rechtsgrundlagen der Militärseelsorge aus, die auch die neue Auftragslage berücksichtigen solle.

Prälat Wakenhut verwies auf die wachsenden Anforderungen an die Seelsorger durch die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Derzeit gebe es in der katholischen Militärseelsorge 97 eingerichtete Dienststellen und dafür 92 Planstellen. Deshalb stünden stets fünf Stellen frei; durch Auslandseinsätze und Vor- oder Nachbereitung gebe es aber jederzeit mindestens 15 Vakanzen. Durch personelle Notlage von Diözesen komme es zudem zu Verzögerungen bei der Verfügbarkeit, so dass die Nachfolge für einen ausscheidenden Militärpfarrer bis zu einem Jahr dauern könne. Als Antwort auf die Problemlage nannte Wakenhut ein „Prinzip der kooperativen Pastoral“, das stärker auf seelsorgerliche Verbünde und Verbände, neue pastorale Berufe und auf Ehrenamt setze.

Der Militärgeneralvikar (MGV) äußerte sich zu weiteren „gewaltigen Veränderungen“ seit der deutschen Vereinigung. So sei ein selbstverständlicher Wertekonsens „vielfach nicht mehr vorhanden“. Auch auf diese neuen Entwicklungen habe die Militärseelsorge nach ihren Möglichkeiten von Anfang an reagiert.

Der MGV äußerte sich bei einem Friedensethikseminar der 10. Panzerdivision aus Sigmaringen. Dabei sprach sich der Freiburger Weihbischof Paul Wehrle für weltweite „Bündnisse des Friedens“ aus. Weil der Terrorismus gleichsam eine „entstellende Fratze der Globalisierung“ sei, müsse auch die Friedenssicherung noch konsequenter internationalisiert werden. Alle Bemühungen der Vereinten Nationen für eine stärkere internationale Zusammenarbeit bei der Sicherung und Förderung des Friedens seien zu unterstützen. (KNA)

Es folgt die Standortbestimmung des MGV im Wortlaut:

Standortbestimmung der Militärseelsorge

MILITÄRGENERALVIKAR WALTER WAKENHUT

Bedingungen für die Militärseelsorge (MS)

Es gibt Grundbedingungen, unter denen Militärseelsorge stattfindet.

1. Sie gründet in der Sendung der Kirche „für alle Menschen“ durch Jesus Christus.
2. Sie ist ein vom Staat gewünschter Dienst.
3. Dieser Dienst wird von der Kirche geleistet.
4. Dieser Dienst wird in der Armee, unserer Bundeswehr geleistet.

5. Militärisch vereinfacht ausgedrückt: Es gibt einen Bedarfsträger, die Soldaten, und einen Bedarfsdecker, die Kirche. Sie ist Kirche unter den Soldaten und besteht aus Soldaten und den Amtsträgern.

Daraus folgt notwendig:

6. Militärseelsorge kann nur gelingen, wenn ein gutes Ineinander von Staat und Kirche, von Bundeswehr und Militärseelsorge, von Militärseelsorgern und Soldaten gegeben ist.

Dazu gibt es Rechtsgrundlagen. Neben anderen sind das die wesentlichen:

- Der Militärseelsorgevertrag mit der evangelischen Kirche von 1957,
- auf katholischer Seite die Päpstliche Statuten von 1989/90,
- ZDV 66/1 von 1956,
- ZDV 66/2 von 1959,
- Weisung des Generalinspektors (vom 10.12.2003).

Rechtsgrundlagen

Die Rechtsgrundlagen stammen vielfach noch aus der Zeit vor 1989, vor der Wende. Sie müssen deshalb angepasst, weiter entwickelt werden, der neuen Auftragslage der Bundeswehr entsprechen und auch der veränderten Situation in unseren Kirchen nachkommen.

- Der Generalinspekteur hat seine „Weisung zur Zusammenarbeit mit den Angehörigen der Militärseelsorge“ (Vorgänger-Weisung von 1984) neu geschrieben.
- Es gibt Zusatzprotokolle zum Militärseelsorgevertrag.
- Auf katholischer Seite soll die Vielfalt der pastoralen Berufe, die nach dem Konzil in unserer Kirche entstanden sind, auch in die Militärseelsorge integriert werden (Pastoralreferenten, Gemeindereferenten, Diakone)
- Letztendlich müssen auch die Entwicklungen und Veränderungen, die sich im Laufe der Zeit bei der Erteilung des LKU (Lebenskundlicher Unterricht) – z.B. die zunehmende „Verblockung“ – ergeben haben, berücksichtigt werden.

Schwerpunkte

(Ich) will mich auf einige Grundthemen beschränken, die aber den Standort der Militärseelsorge 2004 gut umschreiben können.

Es sind dies

- die seelsorgerlichen Grunddienste, kurz die „Grundversorgung“
- die seelsorgerliche Begleitung der Soldaten und Soldatinnen im Auslandseinsatz

- die Seelsorge an den Familien und Angehörigen zu Hause
- die Erteilung des LKU

Als in den 50-er Jahren des letzten Jahrhunderts die Militärseelsorge in der Bundeswehr eingerichtet wurde, ging es zunächst nur um diese Grundversorgung im Frieden. Der sogenannte Schlüssel – für je 1.500 Soldaten einer Konfession mindestens ein Militärseelsorger – entsprang dieser Vorgabe. (Für den „V-Fall“ gab es eine eigene Ordnung.)

Damit konnte die Militärseelsorge in der alten Bundesrepublik gut leben. Jeder Pfarrer hatte einen überschaubaren Seelsorgebezirk; die Standorte lagen meist nahe zusammen und waren deshalb auch leicht zu erreichen. Seine Abwesenheiten beschränkten sich auf die Begleitung der Truppe bei Übungen und seinen Urlaub. Die Familien wohnten für gewöhnlich am Ort, die Wehrpflichtigen waren grundsätzlich heimatnah einberufen. Die Soldaten und deren Familien gehörten fast alle einer der großen Kirchen an.

Der „V-Fall“ erstreckte sich nach damaligen Verständnis auf wenige Tage, höchstens Wochen. Ein lang dauernder Einsatz der Bundeswehr im Ausland – weit entfernt von der Heimat – in kleinerem und größerem Umfang war danach unvorstellbar.

Die Einsatzarmee mit all ihren Facetten ist deshalb die Herausforderung für die Militärseelsorge.

Veränderungen

Es ist notwendig, uns dies immer wieder bewusst zu machen, um die gewaltigen Veränderungen zu verstehen, die sich seit der Wende und der damit verbundenen Wiederherstellung der vollen Souveränität unseres Staates ergeben haben.

- Die Konfessionsstatistik hat sich entscheidend verändert.
- Die Standorte sind disloziert; die Pfarrer sind oft weit unterwegs (oft bis ca. zu 20% ihrer Zeit im Auto).
- Viele Soldaten pendeln, die Familien sind nicht mehr am Ort. Die Folge ist eine stetig ansteigende Zahl von sogenannten Fernbeziehungen.
- Soldaten und Pfarrer gehen in den Einsatz.
- Ein selbstverständlicher Werte-

konsens ist vielfach nicht mehr vorhanden. Mit der Religion, bzw. ihrem Wegfall hat sich ein anderes Bild vom Menschen, vom Bürger und auch vom Staat ergeben.

Die Militärseelsorge hat von Anfang an auf die neuen Entwicklungen reagiert. Sie kann es allerdings nur mit den Mitteln – materiell wie personell –, die ihr zur Verfügung stehen.

Personelle Grenzen

Die eine Grenze sind die vorhandenen Planstellen, die andere sind die Seelsorger die von den Diözesen zum Dienst in der MS frei gestellt werden. Dieses Problem ist ein Problem der Quantität und der Qualität.

Die materiellen, haushaltstechnischen Probleme sind in der MS nicht ganz so groß, da die KS und auch der Sonderhaushalt immer im Hintergrund stehen und auch einspringen, wenn es nötig ist. Vieles wäre ohne die uns zur Verfügung stehenden Kirchensteuern der Soldaten nicht möglich.

Ich will das verdeutlichen:

Wir haben z.Zt. in der Katholischen Militärseelsorge 97 eingerichtete Dienststellen und dafür 92 Planstellen – jeweils für Militärseelsorger und Pfarrhelfer. Daraus resultiert, dass wir ständig mindestens fünf Vakanzen auf eingerichteten Dienststellen haben. Vier bis fünf Pfarrer sind jeweils im Einsatz, ebenso viele bereiten sich vor oder sind in der Reintegrationsphase.

In Summe haben wir dann nicht fünf, sondern mindestens fünfzehn Vakanzen. Dazu kommt, dass durch die personelle Notlage der Diözesen sich Verzögerungen bei der Verfügbarkeit ergeben, dass beim Ausscheiden eines Pfarrers der Nachfolger immer auf sich warten lässt (oft bis zu einem Jahr). Die Tatsache der Freistellung zeigt aber die Hochschätzung der Militärseelsorge durch die deutsche katholische Kirche.

Vakanzen in unserem Bereich sind nicht nur eingebildet, sondern real vorhanden.

Mit dem Prinzip der kooperativen Pastoral wollen wir diesem Problem begegnen.

- Verbünde, Verbände,
- neue pastorale Berufe,
- Ehrenamt

Einsatzbegleitung

Nur so wird es uns in der kath. Militärseelsorge gelingen, die unbedingt notwendige seelsorgerliche Begleitung unserer Soldatinnen und Soldaten in den Auslandseinsätzen zu gewährleisten. Der Pfarrer im Einsatz – und nur sie gehen in den Einsatz – soll wissen, dass sein Seelsorgebezirk zu Hause gut betreut und versorgt wird und er bei seiner Rückkehr wieder normal weiter arbeiten kann und nicht von vorne beginnen muss.

Der Pfarrer muss auf seinen Einsatz vorbereitet sein.

- körperliche und geistige „Fitness“
- grüne Ausbildung
- Sprachenausbildung
- spezielle Ausbildung (wie die Soldaten)
- spirituelle Vorbereitung
- Zusammenarbeit mit den psychologischen Dienst und den Ärzten

Familienseelsorge

So wichtig wie die seelsorgerliche Begleitung der Soldaten im Einsatz ist die Sorge um die Familien und Angehörigen daheim. Soldaten und ihre Familien sind zudem – bedingt durch die von ihnen erwartete Mobilität – sehr oft ohne feste Bindung an eine Ortsgemeinde.

Nicht, dass wir erst jetzt die Familien entdeckt hätten; sie waren von jeher ein selbstverständlicher Bestandteil unserer Arbeit.

Es geht um die durch die Einsätze und die dadurch bedingten Abwesenheit des Partners/Partnerin, des Vaters, der Mutter, des Sohnes, der Tochter völlig veränderte Situation der Familien und Partnerschaften. Alle Einsätze sind mit Gefahr, ja Todesgefahr verbunden. Sie bringen eine Trennung über längere Zeit. Sie kennen das und ich muss das nicht im Detail ausbreiten.

Unser Bischof, dem die Familien ein Herzensanliegen sind, hat deshalb mit dem an der katholischen Universität Eichstätt bestehenden Institut für Ehe und Familie in der Gesellschaft eine enge Kooperation vereinbart, die bereits ihre Früchte trägt. In Kürze wird z.B. eine Studie über die „Fernbeziehungen“ erscheinen – ein Problem, das ja den meisten vertraut ist. In vielen Wochen-

endveranstaltungen (FWE) und Werkwochen bringen sich die Mitarbeiter des Institutes in unsere Arbeit ein.

Ich bin mir bewusst, dass wir damit kein Allheilmittel haben, aber mehr als der Tropfen auf den heißen Stein ist es allemal. Von den Betroffenen wird es dankbar und positiv angenommen

Lebenskundlicher Unterricht

Die Auslandseinsätze bringen für unsere Soldaten und Soldatinnen neue Herausforderungen mit sich. Gerade bei der Erteilung des Lebenskundlichen Unterrichts (LKU), der auf den Grundlagen des christlichen Glaubens basiert (ZDV 66/2), wird das deutlich. Eine politische und völkerrechtliche Unterweisung unserer Soldatinnen und Soldaten kann dieses Ziel allein nicht erreichen. Es geht um mehr.

- Im LKU, den unsere Militärseelsorger erteilen, hat die selbstkritische Rückfrage nach dem einen zentralen Platz, was uns selbst im Tiefsten bewegt, wenn wir uns mit Phänomenen der Gewalt befassen. Junge Menschen können so lernen, aus der Beobachterrolle herauszutreten.
- Im LKU geschieht Erziehung dadurch, dass der Seelsorger auf dem Fundament seines christlichen Glaubens ein persönliches Zeugnis für Gerechtigkeit und Liebe ablegt. Er muss sich freilich dann auch den kritischen Rückfragen stellen, ob denn solche, vermeintlich weltfremde Grundüberzeugungen überhaupt taugen, Konflikte zu bestehen und Krisen zu bewältigen.

Dazu ist es notwendig,

- den Weg des Fragens und der Suche nach dem, was hinter den Dingen liegt, gemeinsam zu gehen,
- sich der Auseinandersetzung mit den eigenen Kameraden zu stellen
- und schließlich jene Fragen an sich heran zu lassen, die die eigene Angst, die Schuld und den Zweifel am Sinn des eigenen Lebens und des Dienstes zum Inhalt haben.

Soldaten wie Seelsorger sind sich bewusst, dass diese Fragen nicht unterdrückt werden können. In der Ausbildung künftiger militärischer Führer und Vorgesetzter, vor allem aber auch der Soldaten, die sich auf den Auslandseinsatz vorbereiten, können Themen wie

- Verwundung und Tod,
- seelische Belastung, auch die Schulderfahrung,
- und der Sinn militärischer Tapferkeit

als Anfragen an den Soldaten selbst nicht ausgespart werden.

Es ist mir bewusst, dass einige Problemfelder gar nicht angesprochen sind, wie

- die Zusammenarbeit der Pfarrer mit den militärischen Dienststellen,
- die Seelsorge an den Krankenhäusern, Universitäten usw.,
- die Problematik der Soldaten, die keiner Kirche angehören,
- die Seelsorge an Soldaten anderer Religionen und Konfessionen,
- die sehr positive ökumenische Zusammenarbeit der beiden Zweige der Militärseelsorge. ... □

Soldatenfamilien stehen im Mittelpunkt

Oberst Bernhard Gertz bei katholischem Militärbischof Dr. Mixa

Nachdem der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes (DBwV), Oberst Bernhard Gertz, bereits mehrfach zu Gast bei Veranstaltungen der Katholischen Militärseelsorge war, traf er am 24. März nun zu einem ausführlichen Gespräch mit dem Militärbischof Dr. Walter Mixa zusammen. Nach seiner Ernennung zum Bischof von Eichstätt im Jahre 1996 war dieser vier Jahre später durch Papst Johannes Paul II. auch zum „Katholischen Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr“ berufen worden. Dr. Mixa hatte seither immer wieder zu den Fragen deutscher Auslandseinsätze im Kosovo und in Afghanistan mit sehr nachdenklichen und weit beachteten Äußerungen Stellung bezogen. Eine Beteiligung der Bundeswehr im Irak-Krieg hatte er abgelehnt.

Nach einem Gedankenaustausch zu den aktuellen sicherheitspolitischen Fragen und zur Transformation der Bundeswehr ging es auch um praktische Fragen aus der Verbandsarbeit. Den Militärbischof interessierten dabei auch die Neuregelung des Versorgungsrechts der Soldaten und die Lösung des Problems der unterschiedlichen Ost-West-Besoldung. Er verwies dabei auf Fragen von Soldaten im Auslandseinsatz, die ihm bei seinen Truppenbesuchen zu diesen Themen gestellt würden. Der Bundesvorsitzende erläuterte daher die Initiativen des DBwV und Lösungsansätze.

Beide waren sich einig, dass den Soldaten und deren Familien im laufenden Umstrukturierungsprozess der Bundeswehr nicht mehr zugemutet werden könne. Verbesserungen stünden im Mittelpunkt der Bemühungen der Militärseelsorge und der Verbandsarbeit. Oberst Gertz stellte daher dem Militärbischof den umfassenden Ansatz eines erweiterten Betreuungskonzeptes in der Heimat, dass nun auch bei den geplanten Reduzierungsmaßnahmen greifen müsse, dar.

Weitere Themen waren die schwindende ethische Wertebindung der Soldaten, die Fragen nach dem Sinn der Auslandseinsätze und Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zwischen Katholischer Militärseelsorge und DBwV. Hierzu bot der Bundesvorsitzende auch die Unterstützung durch die Karl-Theodor-Molinari-Stiftung, das Bildungswerk des Verbandes an. Sowohl Militärbischof Dr. Mixa wie Oberst Gertz betonten, den Dialog fortsetzen zu wollen. (Franz-Josef Pütz, DBwV)

„Bloß nicht aufgeben, auch wenn die Hoffnung noch so klein ist“

Truppenbesuch des Katholischen Militärbischofs bei SFOR -Soldaten

Der Himmel strahlt, als Militärbischof Walter Mixa am 5. Februar 2004 in Tuzla aus der Transalpe steigt. Begrüßt werden er und seine Begleitung, darunter der für die Einsätze der Militärseelsorger zuständige Leitende Militärdekan Joachim Robrahn, der Persönliche Referent RD Markus Schulte und Kaplan Christoph Wölfe, von einem ebenso strahlenden Militärpfarrer, der sich auf die Ankunft seines Bischofs freut. Michael Waldschmitt, Standortpfarrer aus Breitenburg, betreut zur Zeit die deutschen Soldaten in Rajlovac und Filipovici. Bischof Mixa war bereits vor drei Jahren im Feldlager in Rajlovac und in Sarajewo. Mit Spannung hat er diesmal die Reise angetreten, in der Erwartung etwas Neues und Positives über die jetzige Situation der Soldaten und der Zivilbevölkerung zu erfahren.

Ein vollgepacktes Programm ist angesagt: Briefing beim Kommandeur der German-Italian Battle Group Oberst Stephan Thomas, Rundgang durch Feldlager und Feldlazarett, Fahrt zu den Soldaten nach Filipovici, Besuch der Armenküche und eines Kindergartens des CIMIC-Projekts „Lachen helfen“ sowie eine Begegnung mit dem katholischen Oberhirten von Bosnien Herzegowina Kardinal Vinco Puljic in Sarajewo.

Die Begegnungen mit den verschiedenen Gruppen ist offen und vertrauensvoll. Bei den jungen Soldaten, denen Kirche und Religion zumeist fremd ist, springt nach anfänglicher Scheu durch die herzliche Art des Bischofs der Funke über. Sie sprechen von dem mangelndem Interesse der deutschen Politiker und der Bevölkerung am SFOR-Einsatz und von der Resignation, die die politische und wirtschaftliche Lage dieses in drei Ethnien gespaltenen, verminnten Landes bei ihnen hinterlässt. Eine Kürzung der jeweiligen Aufenthaltszeit im Einsatz begrüßen schon die meisten, und wenn möglich die gleiche finanzielle Entlohnung wie bei KFOR und ISAF. Jedoch geben sie zu verstehen: Nicht sie sind es, die die Sorgen haben, sondern die

Familien zuhause fühlen sich oft allein gelassen. Hungern müssen die Soldatinnen und Soldaten im Feldlager wahrlich nicht. Das Essen ist reichhaltig und abwechslungsreich. In der OASE, eine Einrichtung der katholischen und evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung, stimmt nicht nur das hervorragende Essen, sondern auch der überaus zuvorkommende, freundliche Service. Als Besucher fühlt man sich einfach wohl. Viel schöner wäre es aber für die Kameradinnen und Kameraden mal in die Altstadt nach Sarajewo zu fahren, als immer im Camp zu sitzen. Aber Erleichterung stellt sich ein; der Kommandeur hat Ausgang erlaubt: zu dritt und bis 20 Uhr. Leicht ist dies Entscheidung Oberst Thomas nicht gefallen. Immerhin trägt er die Verantwortung für die Frauen und Männer.

Militärbischof Mixa feiert in Conzelebration mit Militärpfarrer Waldschmitt, Militärdekan Robrahn und Kaplan Wölfe jeden Tag Gottesdienst. Die Katholiken sind in diesem Einsatz nicht zahlreich vertreten. Aber der für die hl. Messe hergerichtete Raum füllt sich. Bischof Mixa merkt man die Bedrückung über die Situation in Bosnien-Herzegowina an. In seinen Predigten geht er auf die Zwistigkeiten der drei Ethnien, der christlich-orthodoxen Serben, der muslimischen Bosniaken und der katholischen Kroaten ein. Anstelle von Gemeinschaft besteht nach wie vor ungeheures Misstrauen und Feindschaft untereinander. Generalvikar Mato Zovkic schildert eindringlich die bedrängte Situation der Katholiken in Bosnien-Herzegowina. Er ist ein Befürworter von Europaschulen, in denen junge intelligente Menschen zu Verständnis und Toleranz herangezogen werden und damit ein Fundament für eine bessere Zukunft bilden.

Kardinal Puljic bangt um seine Katholiken. Von 500.000 Einwohnern gibt es nur noch 20.000 Katholiken in Sarajewo. Letztes Jahr sind



Militärbischof Dr. Walter Mixa bei der Besichtigung des Feldlagers in Filipovici
(Foto KMBA)

wieder 500 Familien weggezogen. Das Land gibt nur noch denen Heimat, die ohnehin mit dem Leben abgeschlossen haben. Jeder weiß mittlerweile, wenn die SFOR-Soldaten abgezogen werden, gibt es erneut Krieg. Immer wieder hebt Mixa den Friedensdienst der sich im Einsatz befindenden Soldatinnen und Soldaten hervor. Er bittet die Soldaten sich gegenseitig anzunehmen und füreinander zu sorgen, damit die Durststrecken die jeder mal hat, besser überstanden werden können. Dass die Soldaten sich der Menschen dort annehmen, zeigt nicht zuletzt das CIMIC-Projekt „Lachen helfen“. Die Soldaten unterstützen mit zivilen Organisationen des Landes eine Armenküche und einen Kindergarten in Sarajewo. Was für glückliche, dankbare Gesichter als Bischof Mixa und die Soldaten im Kindergarten Kuscheltiere aus den Säcken hervorzaubern. Für jedes Kind ist ein Stofftier dabei, etwas zum lieb haben, gespendet von deutschen Kindern. Die Einrichtung ist geöffnet für alle Kinder, auch Behinderte, gleich welcher Religion oder Nationalität. – Ein bemerkenswerter Versuch, Frieden und Versöhnung zu leben!

Es regnet, als Militärbischof Mixa nach vier Tagen von Sarajewo in seine Heimat zurückfliegt. Bloß nicht aufgeben, ermutigt der Bischof. Auch wenn die Hoffnung noch so klein ist, „Lieben heißt, Leben weitergeben“ (KMBA)

„Leben aus Gottes Kraft“

Die Katholische Militärseelsorge auf dem 95. Deutschen Katholikentag in Ulm

In der Zeit vom 16. bis 20. Juni findet in Ulm unter dem Leitwort „Leben aus Gottes Kraft“ der 95. Deutsche Katholikentag statt.

Katholikentage sind Orte der Begegnung und des Austausches. Sie wollen Verbindung schaffen zwischen Glaube und Gesellschaft, Leben und Kultur. Die TeilnehmerInnen sind eingeladen über Ziele, Ideen und Visionen für die Gestaltung unserer Welt, unseres Landes und unserer Kirche nachzudenken.

In drei zentralen Themenbereichen will der Katholikentag deshalb Themen der Zeit aufgreifen:

1. Den Grund des Lebens erfahren
Hier soll der Frage nachgegangen werden: Was gibt Menschen Grund unter ihr Leben? Aktuelle theologische Themen werden genauso behandelt wie die Erfahrungen in der Ökumene und der interreligiöse Dialog.
2. Das Geschenk des Lebens bewahren
Wichtige Themen sind hier weltweite Gerechtigkeit in Auseinandersetzung mit Globalisierungstendenzen, Bewahrung der Schöpfung, Fragen der Bioethik, die Friedenssicherung angesichts der Bedrohung durch Terrorismus

3. Das Zusammenleben gestalten
Von welcher Dynamik soll unser Zusammenleben bestimmt sein? Hier geht es um Fragen der sozialen Sicherheit, des Arbeitsmarktes, der Bildungs- und Kulturpolitik, Herausforderungen von Integration und Migration, Fragen nach Partnerschaft und Ehe, Familie, Kindern und Generationenverantwortung, die Zukunft Europas und das europäische Miteinander.

Insgesamt umfasst das Katholikentagsprogramm über 800 Veranstaltungen. Zur Teilnahme an Diskussionsforen, Podien, Workshops und Werkstätten werden prominente Vertreter aus Politik und Kirche, Wirtschaft und Kultur erwartet.

Verschiedene thematische Zentren bieten Treffpunkte für Jugendliche, Senioren, Männer und Frauen. Einen besonderen Raum nimmt das Geistliche Zentrum ein.

Weitere Angebote machen das Bibelzentrum, das Ökumenische Begegnungszentrum, das Jüdische Lehrhaus und das christlich-islamische Begegnungszentrum.

Bei den „ORTEN DER BEGEGNUNG“ im Ulmer Messegelände präsentieren sich und ihre Arbeit eine Vielzahl katholischer und ökumenischer Initiativen, Verbände und Werke, Bistümer und diözesane Räte.

Gottesdienste, Bibelarbeiten, Meditation und Gebet laden die Teilnehmer/innen zur Besinnung und zur geistlichen Stärkung für ihr Leben ein.

Ein umfangreiches Kulturprogramm aus Musik, Theater, Kabarett sowie kleine und große Feste rahmen die Tage in Ulm. Hervorzuheben ist hier das „Fest der Kulturen“ am Samstagabend in der Ulmer Innenstadt.

Katholischen Militärseelsorge auf dem Katholikentag

Auch die Katholische Militärseelsorge wird auf dem Katholikentag vertreten sein und sich aktiv an der Gestaltung beteiligen.

1. Abend der Begegnung am Mittwoch, dem 16. Juni

Am Eröffnungsabend laden die Regionen der gastgebenden Diözese, die Dekanate des Bistums Rottenburg-Stuttgart, zu einem Stadtfest in die Ulmer Innenstadt ein. Die Militärseelsorge wird dabei im Bereich des Dekanates Ulm/Neu-Ulm beteiligen.

2. Tag der Militärseelsorge (Zentraler Einkehrtag) am Donnerstag, dem 17. Juni

Der Katholische Militärbischof wird an diesem Tag um 10.30 Uhr einen Pontifikalgottesdienst in der katholischen Stadtkirche „St Michael zu den Wengen“ (Wengengasse,

Ulm-Innenstadt) feiern, zu dem besonders die Soldaten und Vertreter des öffentlichen Lebens eingeladen sind. Im Anschluss findet rund um die Kirche eine „Stunde der Begegnung“ statt.

Neben den Dauerteilnehmern der Zentralen Werkwoche (siehe unten) sind besonders die Angehörigen aus den Seelsorgebezirken des Dienstaufsichtsbezirkes des Katholischen Leitenden Militärdekans München/Sigmaringen zur Teilnahme angesprochen.

3. Gespräch des Militärbischofs mit jungen Soldaten am Freitag, dem 18. Juni 2004

Der Militärbischof wird am Freitag zu einem pastoralen Gespräch mit jungen Soldaten in der Ulmer Wilhelmsburg-Kaserne zusammen treffen. Die Durchführung erfolgt in Zusammenarbeit mit der aktion kaserne.

4. Informationsstand im Rahmen der „Orte der Begegnung“

Am Informationsstand (Messehalle 7, Nr. E 03) werden die Besucher über konkrete Aufgabengebiete und Alltagssituationen der Militärseelsorge als „KIRCHE UNTER SOLDATEN“ informiert. Militärseelsorger, Pfarrhelfer, Mitarbeiter der Militärseelsorge und in der Militärseelsorge engagierte Soldaten stehen Rede und Antwort. Eingebunden in den Informationsstand ist die Evangelische Militärseelsorge.

GKS auf dem Katholikentag

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS) werden ebenfalls mit einem gemeinsamen Informationsstand bei den „Orten der Begegnung“ (Messehalle 6, Nr. F 03 und F 05) vertreten sein. Einbezogen sind dabei auch die evangelische Corneliusvereinigung (CoV) und die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (EAS).

5. Angebot einer Zentralen Werkwoche über die Dauer des Katholikentages

Interessierte aktive Soldaten haben die Möglichkeit im Rahmen einer Zentralen Soldatenwerkwoche nach Ulm zu kommen. Veranstalter ist der Katholische Leitende Militärdekan München/Sigmaringen. Für die Teilnehmer wird ein Programm mit besonderen Veranstaltungshinweisen erstellt.

Teilnahmebedingungen:

- Der Teilnehmerbeitrag beträgt für Wehrdienstleistende (GWDL/FWDL) EUR 20,--, für Berufs- und Zeitsoldaten EUR 40,--. Enthalten hierin ist das „Katholikentagspaket“ mit Dauerkarte zum Eintritt der Veranstaltungen und Benutzung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie das Programmheft und ein Stadtplan,
- Die Unterbringung erfolgt in militärischen Liegenschaften (Mannschaftsstuben mit Frühstück).
- Zur Teilnahme am Deutschen Katholikentag kann Sonderurlaub und eine Militärdienstfahrkarte (2.Klasse) beantragt werden (s.a. Weisung FüS I 3 Az 36-01-00 vom 18.02.2004).
- Die Dienststellen der Katholischen Militärseelsorge informieren über nähere Teilnahmemodalitäten und nehmen ab sofort Anmeldungen entgegen.

6. Podiumsgespräch der GKS

Am Freitag, dem 18. Juni, 14.00- 15.30 Uhr veranstaltet die Gemeinschaft Katholischer Soldaten ein Podiumsgespräch zum Thema: „EINSATZERFAHRUNGEN VON SOLDATEN UND ZIVILEN HILFSORGANISATIONEN“. Ort: Gemeindezentrum St. Johann Baptist, Neu-Ulm.

7. Podiumsdiskussion des Katholikentages zum Thema „Militärische Intervention“

Im Rahmen seiner Großforen bietet der Katholikentag am Samstag, dem 19. Juni, 14.30-16.00 Uhr eine Podiumsdiskussion zur Frage: „MILITÄRISCHE INTERVENTION ZU HUMANITÄREN ZWECKEN“ an. Ort: Ulmer Messegelände, Halle 2.

Der Blick auf das umfangreiche Programm- und Aktionsangebot des Katholikentages – auch die Veranstaltungen der Militärseelsorge – zeigen: Die Teilnahme am Katholikentag ist

- Glauben erleben
- Menschen begegnen
- Fragen stellen
- Neues entdecken –
- gemeinsam beten und feiern
- Position beziehen.

**Deshalb: Kommen Sie nach Ulm
zum 95. Deutschen Katholikentag!**

Weitere Informationen zum Katholikentag erhalten Sie von Ihrem zuständigen Standortpfarrer, in Ihrer Zivilgemeinde oder im Internet unter

> www.katholikentag.de <.

Dort ist auch das komplette Katholikentagsprogramm zu finden. Es kann als PDF-Datei heruntergeladen werden.

(Manfred Heinz/Alfred Warner)

Zu den Fotos:

Schnappschüsse vom dem Stand der Militärseelsorge und dem Gemeinschaftsstand von GKS, KAS und Cov beim Ökumenischen Kirchentag 2003 in Berlin. Darunter die Titelseite des aus dem Internet heruntergeladenen Katholikentagsprogramms. (Fotos. KMBA (2), Warber (1), KTg (1))





Die krisenhafte Entwicklung der internationalen Sicherheit nach dem 11. September 2001 stellte auch die Katholische Militärseelsorge in der Bundeswehr vor die Frage, worin ihr Beitrag zur anthropologischen Einordnung, sozial-theologischen Deutung sowie schließlich zur friedensethischen Orientierung bestehen könne. Im Sinne des Amtsverständnisses des II. Vaticanums konnte das Reden amtlicher Vertreter dieser Seelsorge sich nicht auf den – immer dem „innerweltlichen“ Urteil unterliegenden – politischen Kontext oder andere „empirische“ Gegebenheiten erstrecken. Ihre Aufgabe ist die Darlegung der Prinzipien katholischer Lehre, wie sie das Lehramt der Kirche mit dem Anspruch auf Autorität gegenüber den Gläubigen und „allen Menschen guten Willens“ verkündet.

Insofern stellte es sich als sehr hilfreich heraus, dass der neue Militärbischof der Bundeswehr Dr. Walter Mixa schon zu Beginn seiner Amtszeit in zwei grundlegenden Vorträgen im Zentrum Innere Führung der Bundeswehr sowie in der höchsten Ausbildungsstätte deutscher Streitkräfte, der Hamburger Führungsakademie, programmatisch den Rahmen dieser Verkündigung auf

ZEITSCHRIFT „MILITÄRSEELSORGE“

Über Selbstverständnis und Bekenntnis der katholischen „Kirche unter den Soldaten“ in bewegter Zeit

Band „Dokumentation“ der Zeitschrift Militärseelsorge Doppelausgabe mit
Vorträgen, Grundsatztexten und wissenschaftliche Beiträgen
aus den Jahren 2001 und 2002

der Grundlage der gesamt-kirchlichen Lehre dargelegt hatte. Diese Doppel-Ausgabe der Zeitschrift „Militärseelsorge – Dokumentation“ beginnt mit diesen beiden Texten.

Es schließt sich dann – in Auswahl zentraler Aussagen des Militärbischofs – die Auseinandersetzung mit dem Ereignis des 11. Septembers sowie des sich daran anschließenden „Krieges gegen den Terror“ an. Dabei wird deutlich, dass die katholische Grundoption immer dem Frieden in Gerechtigkeit gehört, die Gefahren jeder Gewaltanwendung nicht aus dem Blick verliert und im Dialog – auch der Religionen und Kulturen – das vorzügliche Mittel zur Wahrung, Festigung, Vertiefung und Wiederherstellung des Friedens sieht.

Die ausgewählten Texte zeigen zugleich, in welcher Weise und auf welchen Feldern sich kirchliche Lehre in Politik „einmischt“, ohne selbst unmittelbar politische Antworten geben zu wollen oder auch nur zu können. Die „Orte“ dieses Redens machen deutlich, wie sich öffentliche Verkündigung vollzieht und wie sie sich schließlich in der Wahrnehmung pastoraler Verantwortung äußert. Dass Letzteres nicht zufällig im ökumenischen Geiste geschieht, ist ein Zeichen dafür, wie sich Frieden letztlich nur im gemeinsamen Zeugnis zum Ausdruck bringen kann.

Der Rolle der Theologie im friedensethischen Diskurs sind eine Reihe von Beiträgen des vorliegenden Heftes gewidmet. Sie setzen sich mit dem ganzen Spektrum der in Öffentlichkeit und ethischer Fachwelt diskutierten Fragestellungen ausein-

ander – vom Bundeswehreinsatz in Mazedonien, über die Terrorismus-Bekämpfung, die „humanitäre Intervention“ bis zum erweiterten Auftrag der Streitkräfte. Gemeinsam haben die Autoren ihre Zugehörigkeit zu Einrichtungen der Katholischen Militärseelsorge oder eine anders bedingte Nähe zu ihr.

In der Rubrik „Beiträge“ finden sich schließlich Einzeldarstellungen bestimmter theologischer, politikwissenschaftlicher, philosophischer und kanonistischer Problemstellungen, die allesamt auf Gegenstände im Kontext der Militärseelsorge verweisen und von Verfassern stammen, die in unterschiedlicher Weise unserer deutschen Militärseelsorge verbunden sind. Auch Abhandlungen und Referate zur Militärseelsorge selbst fehlen nicht. So eine grundsätzliche Darlegung von Militärbischof Dr. Walter Mixa zum „Specificum“ deutscher Militärseelsorge und ein Bekenntnis des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann, zum deutschen „Sonderweg“ dieser Seelsorge.

Das vorliegende Doppelheft der Reihe „Dokumentation“ der Zeitschrift Militärseelsorge bietet damit einen Überblick über Selbstverständnis und Bekenntnis der katholischen „Kirche unter den Soldaten“ in bewegter Zeit.

(Harald Oberhem, Schriftleiter
u. Redakteur „Dokumentation“)

Katholisches Militärbischofsamt
(Hg.): Zeitschrift Militärseelsorge, Band „Dokumentation“, 39./40. Jg. 2001-02

Band „Pastoral“ der Zeitschrift Militärseelsorge mit Beiträgen aus dem Jahr 2003

Der neu erschienene Band „Pastoral“ ist die dritte Ausgabe in der neuen Reihe der „Zeitschrift Militärseelsorge“ (41. Jg./2003), die vom Katholischen Militärbischofsamt herausgegeben wird.

Das Heft berichtet aus der Arbeit der Militärseelsorge und will ihre speziellen Arbeitsfelder und Besonderheiten beleuchten.

Militärgeneralvikar Walter Wakenhut eröffnet den Reigen der Beiträge, indem er das vielfach diskutierte Programm einer „Kooperativen Seelsorge“ analysiert und in Beziehung zur derzeitigen Situation in der Katholischen Militärseelsorge setzt. Ein Schwerpunkt ist die seelsorgerliche Begleitung der Soldaten in den Auslandseinsätzen; über dieses Thema schreiben Autoren, die unmittelbare Einsatzerfahrung bei der ISAF-Truppe in Kabul haben (Joachim Robrahn, Joachim Simon, und Thomas Stolz).

Verstärkte Aufmerksamkeit gewonnen haben dementsprechend auch Seelsorge und Betreuung für die von den Einsätzen betroffenen Familienangehörigen (Georg Kestel, Peter-Paul Straube). Hierzu gibt es seit zwei Jahren mit dem Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG) der Katholischen Universität Eichstätt eine fruchtbare Ko-

operation, die sich der Belastungen innerhalb der „Fern-Beziehungen“ annimmt (Peter Wendt). Im Rahmen dieser neuen und tiefgreifenden Herausforderungen hat auch die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS e.V.) ihr auf möglichst große Truppennähe angelegtes Betreuungskonzept für das In- und Ausland, für die Heimat wie für die Einsatzgebiete angepasst und weiterentwickelt (Rainer Krotz).

Ein geschichtlicher Überblick über die Gattung Militärgebet- und Gesangbücher seit dem neunzehnten Jahrhundert (Monica Sinderhauf) wird ebenso geboten wie eine Reflexion der Positionen katholischer Jugendverbände zur Friedensproblematik (Josef König), sowie aus jüngsten vatikanischen Dokumenten eine prägnante Zusammenfassung der pastoralen und ethischen Aspekte zum „Generalmedium“ Internet (Jochen Scherzer).

In relativ kurzer Zeit haben sich die Partnerschaften mit der Militärseelsorge in den osteuropäischen und baltischen Ländern erweitert und vertieft (Walter Theis). Näherhin werden in diesem Zusammenhang drei Vorträge dokumentiert, die im September 2002 bei einem Europa-Seminar der litauischen Streitkräfte durch Repräsentanten der deutschen



Militärseelsorge zum Thema „SOLDAT UND ETHIK“ gehalten wurden (Lothar Bendel, Walter Theis, Carl Ursprung). Nicht fehlen soll auch ein Bericht über den derzeit laufenden Prozess der Organisationsentwicklung in der Kurie des Katholischen Militärbischofs (Martin Pröstler und Peter Feneberg).

(Georg Kestel/KMBA, aus:
DT Nr.150 vom 18.12.2003)

Katholisches Militärbischofsamt (Hg.): Zeitschrift Militärseelsorge, Band „Pastoral“, 41. Jg. 2003

KURZ BERICHTET: Dialogseminar für Offizieranwärter in Berlin

Zu einem Informationsseminar kamen im April 20 Offizieranwärter der Marineschule Mürwick auf Einladung der Katholischen Militärseelsorge in die Hauptstadt Berlin. Darunter befanden sich Seekadetten aus Kuwait, Mauretanien, Frankreich, Benin, Estland und Litauen. Auf dem Programm standen Besuche im Berliner Dom, in der neuen Tempelhofer Moschee, dem Reichstag, dem Jüdischen Museum und der Gedenkstätte Plötzensee. Das unter dem Motto, „Interreligiöser Dialog in den Streitkräften“, stehende Seminar hatte seinen Höhepunkt in einem Rundgespräch über Gewalt, Krieg und Frieden im Christentum, Judentum und Islam. Ein moslemischer Teilnehmer meinte: „Zum ersten mal in meinem Leben habe ich mit einem Juden und mit einem katholischen Geistlichen gesprochen.“ Der Leiter des Seminars Harald Oberhem vom Katholischen Militärbischofsamt kommentierte: „Interkulturelle Kompetenz kann keine Einbahnstraße sein. Auch in der Bundeswehr ist der interreligiöse Dialog unverzichtbar!“ (KMBA)



Der rote Faden ist der Dienst an den Soldaten

Katholische Militärseelsorge bereitet sich auf das Jubiläum im Jahr 2006 vor

Am 4. Februar 1956 wurde Josef Kardinal Wendel, damals Erzbischof von München, zum ersten katholischen Militärbischof für die junge Bundeswehr ernannt. Dieser Tag gilt als Gründungstag der katholischen Militärseelsorge. Sie kann damit 2006 ihr 50-jähriges Bestehen feiern. Ein Symposium des Militärbischofsamtes vom 10. bis 11. März 2004 in Berlin – Leitung Dr. Monica Sinderhauf, Leiterin Archiv des KMBA – diente der frühzeitigen Einstimmung auf das Jubiläum und zudem der eigenen Standortbestimmung. Neben der Rückschau auf die Anfänge und das Werden der Militärseelsorge vor dem Hintergrund der staatlichen und kirchlichen Entwicklungen wurden vor allem die verschiedenen Aspekte der Seelsorge an Soldaten und deren Familien betrachtet. Schließlich galt die Aufmerksamkeit den jüngsten politischen und friedensethischen Anforderungen, die sich aus einer seit 1990 stetig wandelnden Auftragslage für die Bundeswehr ergeben. In ihren Kurzbeitrag über das Symposium bezieht AUFTRAG den anschaulichen Bericht „Gewollter Vorgriff“ (s. Kasten) von Michael Rother ein (aus: „aktuell – Zeitung für die Bundeswehr“ Nr. 14 von Montag, 5. April 2004).

6 aktuell

HINTERGRUND

MONTAG, 5. April 2004

Gewollter Vorgriff

KATHOLISCHE MILITÄRSEELSORGE *Ein Symposium schaut bereits auf die 50-Jahr-Jubiläen.*

von MICHAEL ROTHER

Nur auf den ersten Blick erscheint der Titel der Veranstaltung fehlerhaft: „Symposion zu 50 Jahren katholische Militärseelsorge in der Bundeswehr“ – eigentlich zwei Jahre zu früh. Auf den zweiten Blick war diese zweitägige Veranstaltung, die in der Katholischen Akademie in Berlins Mitte stattfand, ein gewollter Vorgriff auf die kommenden Jubiläen. Organisiert durch das Archiv des katholischen Militärbischofs kamen rund 150 aktive und ehemalige Militärseelsorger, Soldaten, Angehörige der Verwaltungen, eine Bundestagsabgeordnete und Interessierte zu dem Symposium nach Berlin.

Die Vortragsthemen bewegten sich somit auch von den ersten Schritten in der jungen Bundesrepublik bis zu den seelsorgerischen Erfahrungen mit der „Armee im Einsatz“. In seinem Eröffnungsstatement kündigte Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut schon einmal die „richtigen“ Feierlichkeiten zum Jubiläum an: Eine Ausstellung, eine große Festschrift und – dem Anlass angemessen – ein Pontifikalamt am 6. Februar 2006. Leise Töne zu Ehren einer Institution, die für die Bundeswehr da war und ist.

Inhaltlich wurde mit einer Rückschau in die Anfänge begonnen. Der erste katholische Militärbischof der Nachkriegszeit, Josef Kardinal Wendel, und sein Handeln waren Gegenstand der historischen Betrachtung. Als 1956 unter seiner Beteiligung die Militärseelsorge neu konzipiert wurde, hatte er einen grundsätzlichen Neuanfang im Blick: Militärseelsorger sollten nicht mehr Bestandteil der Streitkräfte, nicht mehr „Feldgeistliche“ im bisherigen Verständnis sein. Also keine Eingliederung in militärische Strukturen, kein militärischer Rang, keine Uniform – die kirchlich-seel-

sorgerische Arbeit sollte unabhängig von staatlichen Einflüssen bleiben. Und: Der Anspruch der Soldaten auf Seelsorge und Religionsausübung wurde in § 36 des Soldatengesetzes festgeschrieben. Eine Erfolgsgeschichte, denn heute ist die Militärseelsorge aus den Streitkräften nicht mehr wegzudenken und neben der konfessionellen Arbeit auch in der Seelsorge erfolgreich und fest verwurzelt. Dennoch ist der „deutsche Weg“ der Unabhängigkeit hier weltweit wohl einzigartig geblieben.

Mit der Partnerschaft zu den Streitkräften ohne Eingliederung wurde eine wichtige Grenze gezogen. Denn in der Militärseelsorge geht es nicht um die wörtlich genommene kirchliche „Absegnung“ militärischen Handelns, nicht um das Suchen nach moralischer Rechtfertigung in Krieg und Krise. Im Zentrum stehen alleine die Menschen, die hier unter extremer Belastung stehen. Schon dieses früh erkannte Spannungsfeld war Grund genug für die Kirchen, sich der Soldaten und ihrer Familien anzunehmen.

Nach den historischen Betrachtungen nahmen Fragen der Gegenwart einen breiten Raum ein. Am zweiten Tag referierten Professor Alfred Hierold und Ministerialdirigentin Alice Greyer-Wieninger, Unterabteilungsleiterin Recht I im Verteidigungsministerium, über das rechtliche Fundament aus kirchlicher und staatlicher Sicht. Hier zeigte sich – wie bei solchen Themen nicht selten – dass juristische und ethische Fragestellungen nicht immer miteinander harmonieren. Beispiel: Der Militärseelsorger ist nach Kriegsvölkerrecht mit Sanitätssoldaten vergleichbar und entsprechend geschützt, aber auch berechtigt, sich selbst zu verteidigen. Dies kollidiert naturgemäß mit der kirchlichen Sichtweise über den Einsatz

von Waffen – es hat sich selbst in den Ländern, wo Militärgeistliche auch Soldaten sind, durchgesetzt, dass keine Waffen getragen werden. Andererseits ist aber auch das persönliche Schutzbedürfnis solcher Seelsorger nachvollziehbar, die im Auslandseinsatz bei „ihren“ Soldaten bleiben wollen, auch in höchsten Gefährdungslagen. Hier werden pragmatische Lösungen angestrebt.

Die Multinationalität der Einsätze führt zu immer kleineren nationalen Teilkontingenten bei einem gleich bleibend hohem Bedarf an Seelsorge vor Ort – auch hier wurden meist Wege gefunden, dass etwa ein deutscher Geistlicher auch für die österreichischen Soldaten in Afghanistan da sein konnte (und kirchenrechtlich durfte). Aus den Diskussionen wurde deutlich, dass die Realität in Heimat und Einsätzen ein schnelleres Tempo vorgibt, als die Strukturen manchmal mithalten können; aber durch gemeinsames Bemühen wurde hier bislang alles durch „konstruktive Gespräche“ zwischen Bundeswehr und den Kirchen erreicht, so Ministerialdirigentin Greyer-Wieninger. Auch die Reform der Bundeswehr mache sich strukturell bemerkbar. Aus Kirchensicht bedenklich ist die sinkende Zahl konfessionsgebundener Soldaten. Die Militärgeistlichen sollten aber weiterhin allen Soldaten zugänglich sein, denn die konfessionelle Komponente ist nur ein Teil der Seelsorge in der Bundeswehr. Auch für die Betreuung von Soldaten anderer, nichtchristlicher Glaubensrichtungen müsse eine Reaktion gefunden werden.

Fast fünfzig Jahre in zwei Tagen zu umreißen ist keine leichte Aufgabe – aber der Schwerpunkt galt eindeutig dem Blick in die Zukunft. Und damit war nicht nur das anstehende Jubiläum gemeint.



Unter
den rund
120 Teilnehmern
des Symposiums waren
auch mehrere Zeitzeugen –

Militärgeistliche der ersten Generation, die ab 1956 in der Bundeswehr tätig waren, aber auch ehemalige Soldaten, deren eigene Biographie und kirchliche Sozialisation oft durch die Militärseelsorge mitgeprägt wurde (Schlagartig fiel mir als Teilnehmer auf, dass ich selbst gegenüber 31 aktiven Dienstjahren heute bereits 40 Jahre Militärseelsorge bewusst erlebt habe, davon fast 30 Jahre im Laienengagement von KOK und GKS).

Die erste Einheit des Symposiums war dem historischen Rückblick gewidmet: dem Begründer der Militärseelsorge und ersten Katholischen Militärbischof, Erzbischof Josef Kardinal Wendel (1956-1960) und dem Wirken des ersten Militärgeneralvikars Georg Werthmann. Ergänzt wurde dies durch einen Vergleich zur „Geschichte der österreichischen

Militärseelsorge in der Zweiten Republik“. In einer Bildpräsentation stellte OTL Dr. Wolfgang Schmidt (MGFA Potsdam) eine kontinuierliche Entwicklung im Erscheinungsbild der Repräsentanten der Militärseelsorge bei Truppenbesuchen vom noch vorkonziliar geprägten Kirchenfürsten hin zum unkomplizierten Bischof als umgänglichem Seelsorger vor – auch für Insider eine überraschende Erkenntnis.

In der zweiten Einheit standen kirchenrechtliche Aspekte sowie kirchliche, sicherheits- und gesellschaftspolitische Entwicklungen im Vordergrund. Im Vortrag des Bamberger Kirchenrechtlers Prof. Dr. Alfred Hierold wurden noch einmal Einschnitte deutlich: die Ausdehnung der Militärseelsorge nach Ostdeutschland ab 1990 sowie die Entwicklung von

der Verteidigungs- zur Einsatzarmee. Ministerialrätin Alice Greyer-Wieninger (BMVg - UAL R I) stellte fest,

die Militärseelsorge habe sich „im Dienst der Sache und zum Wohle der Menschen“ bewährt. Das Neutralitätsgebot des GG fordere nicht die strikte Trennung von Staat und Kirche, sondern schließe eine partnerschaftliche, von gegenseitiger Einflussnahme freie Zusammenarbeit durchaus ein. Deshalb solle Einsatzbegleitung auch als Betreuungsangebot gesehen werden, das nicht auf konfessionelle Zugehörigkeit der Soldaten abziele. Demgegenüber stellte Dr. Reinhard Voß, Generalsekretär von pax christi, erneut die Militärseelsorge grundsätzlich in Frage. Er kritisierte ihre „institutionelle Einbindung, ihre Abhängigkeit und ihr Soldatenbild“. Leider ließ sich das Plenum ins Bockshorn jagen und diskutierte sich verteidigend erneut Fragen der 80-er Jahre.

(Text u. Fotos PS)



Podium des abschließenden Gesprächs über „Militärseelsorge (MS) heute“ (v.l.): LWissDir Horst Scheffler (MGFA Potsdam: „Ev. MS nach 1990“), MD Hartmut Gremmler, (KLMD Erfurt: „Kath. MS nach 1990“), Oberst Karl-Jürgen Klein (GKS: „Laienarbeit in der MS“), Dr. Annegret Henkel (PastRef Koblenz: „Frauen in der MS“), LWissDir Harald Oberhem (KMBA: Moderator), MilPfr Alfons Hutter (zz. Kabul: „MilPfr im Auslandseinsatz“), Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven (IThF Barsbüttel: Position Friedensethik heute“), MD Msgr. Georg Kestel (KMBA Berlin: „Schwerpunkte der allg. Seelsorge).

„Eigentlich ist alles gesagt, nur nicht von jedem“

Erste gemeinsame Arbeitskonferenz der ehemaligen Wehrbereiche V und VI beim
Katholischen Leitenden Militärdekan (KLMD) München vom 26.03.-28.03.2004 in Vierzehnheiligen

Der Einladung des KLMD München, Militärdekan Reinhold Bartmann, zur ersten gemeinsamen Arbeitskonferenz in Vierzehnheiligen waren 47 Delegierte und Vertreter der Seelsorgebezirksräte und der GKS aus Bayern und Baden-Württemberg sowie eine große Anzahl von Familienangehörigen gefolgt.

Bei seiner Begrüßung gab Dekan Bartmann seiner Freude Ausdruck über den großen Zuspruch an dieser ersten Arbeitskonferenz und darüber, dass eine große Teilnehmerzahl aus Baden-Württemberg erschienen war.

In der Vorstellungsrunde, die von Hauptmann Gereon Gräf als Moderator geleitet wurde, berichteten die Vertreter der Seelsorgebezirksräte und der GKS über ihre Arbeit, Sorgen und Nöte. So erfuhren die Teilnehmer manches Interessante, wie sich z. B. der krasse Abbau von Stellen an fast allen Standorten (Ingoldstadt von 2.000 Soldaten auf jetzt gerade noch 140) erschwerend auf die Arbeit der Seelsorgebezirksräte auswirke. Ein anderes Problem sei die immer größer werdende Anzahl von nichtgläubigen Vorgesetzten (5 von 6 Chefs). Erfreulich war zu hören, wie man trotz dieser Schwierigkeiten versuche, Veranstaltungen durchzuführen oder z.B. Partnerschaften mit US-Soldaten wie in Hammelburg zu pflegen.

Zum Schluss der Vorstellungsrunde meinte der Dekan Bartmann: „Eigentlich ist alles gesagt, nur nicht von jedem.“

Der Abend klang mit einem gemütlichen Gedankenaustausch aus.

Der Samstag diente in erster Linie für Informationen zur Lage der Militärseelsorge. Dazu war Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut nach Vierzehnheiligen gekommen. So erfuhren die Teilnehmer aus erster Hand über den Stand der Dinge. Einen breiten Raum nahm die Weisung des Generalinspektors über den Umgang mit der Militärseelsorge ein. Auch gab Prälat Wakenhut zu bedenken, dass bei Auflösungen von Standorten es nicht nach Wünschen der Militärseelsorge gehen könne, sondern dass sich die Militärseelsorge den Notwendigkeiten der militärischen Führung anschließen müsse. *(Anmerkung der Redaktion: Einzelheiten zum Lagebericht des Militärgeneralvikars entsprechen im Wesentlichen der Standortbestimmung in diesem AUFTRAG, Seite 96-98)*

Ein Problem sieht MGV Wakenhut in der vielen Zeit, welche die Militärpfarrer auf den Straßen verbringen müssten, um die weit auseinander liegenden Standorte zu besuchen. Dafür seien rund 25% der verfügbaren Dienstzeit aufzuwenden.

Zu den Auslandseinsätzen mein-

te Prälat Wakenhut, „Soldaten können nur den Deckel des Kochtopfs zuhalten. Das Überkochen kann nur die Politik verhindern.“

Zum Abschluss seines Besuches dankte der Militärgeneralvikar den Anwesenden für ihr Kommen und bat sie, so weiter zu machen und stets Flagge zu zeigen

Der Nachmittag begann mit einer Führung durch die Basilika Vierzehnheiligen, die nach der Renovierung im neuen Glanz erstrahlte, und der Teilnahme an einem Orgelkonzert. Anschließend trafen sich GKS und Bezirksseelsorgeräte zu getrennten Sitzungen.

Der Stellvertretende Bundesvorsitzende, Hauptmann Hans Georg Pauthner, berichtet aus dem Bundesvorstand und aus dem Exekutiv Ausschuss, der zz. über die Zukunft der Sachausschüsse berate. Es gebe dort Überlegungen, den Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ in „Friedensethik“ und den Sachausschuss „Innere Führung“ in „Berufsethik“ umzubenennen.

Ein Schwerpunkt der Arbeit in den Kreisen und übergeordneten Ebenen solle nach Ansicht der Teilnehmer auf die Begleitung der Familien von Soldaten in Auslandseinsätzen und auf die Betreuung dieser Soldaten gelegt werden.

Die Zusammenführung der Militärseelsorge und ihrer Laienarbeit im Süden zwischen Baden-Württemberg und Bayern habe ohne Probleme stattgefunden, beim Bereich Nord und See stehe sie unmittelbar bevor, teilte Hauptmann Pauthner zum Schluss mit.

Bei der wieder gemeinsamen Abschlussbesprechung wurde vom Moderator das Nachbarschaftsprojekt des Laienapostolats der Militärseelsorge in Zusammenarbeit mit Renovabis für „minengeschädigten Kinder im Kosovo“ erläutert und darum gebeten, das GKS und Räte die Sammelaktion gemeinsam durchzuführen, damit eine intensivere Betreuung zustande komme. Denn die Mili-



Emsige Kinderhände bereiten den Altartisch für den Sonntags-gottesdienst vor

tärseelsorge unterstützt mit 20% das Gesamtaufkommen dieser Hilfe.

Hierzu ein paar Fakten.

Die Kinder die durch die Minen schwer verletzt sind, werden teilweise weggesperrt und an den Rand gedrängt. Sie können nicht in die Schule, weil es für sie keine Transportmöglichkeiten gibt. Die ärztliche Versorgung ist äußerst schwierig. Es gibt nur eine medizinische Einrichtung für die Herstellung von Prothesen und es fehlen qualifi-

zierte Fachkräfte. Durch das Projekt konnte in den letzten fünf Jahren vielen geschädigten Kindern geholfen werden.

Im Sonntagsgottesdienst wurden bei der Kollekte 560 Euro für das Nachbarschaftsprojekt gespendet.

Bei der Wahl zum stellvertretenden Moderator wurde StFw Alfred Bergmann einstimmig gewählt.

Zum Abschluss bedankte sich Militärdekan Reinhold Bartmann bei Frau Bauer mit einem Geschenk für

die Betreuung der Kinder während der Tage in Vierzehnheiligen und verabschiedet StFw Roland Brandel, der im September in den Ruhestand versetzt wird.

Anmerkung: In der Votivkapelle der Basilika ist eine Dankestafel mit folgendem Spruch angebracht „An den Strömen von Babel saßen wir und weinten, wenn wir an unsere Heimat dachten.“ Psalm 137-1

Für die Teilnehmer aus Baden-Württemberg traf nach der Zusammenlegung der Arbeitskonferenz der Räte und der Bereichskonferenz der GKS mit Bayern dies nicht zu.

(Text und Fotos Friedrich Brockmeier)

Eine respektable Teilnehmerzahl hat die erste gemeinsame Arbeitskonferenz beim KLMD München und nebst Bereichskonferenz der GKS für Bayern und Baden-Württemberg zu verzeichnen. Das Foto zeigt die bunte Schar von Soldaten, Ehefrauen und Kinder vor der imponierenden Basilika von Vierzehnheiligen



KURZ BERICHTET:

Militärbischof im Standort Hamburg

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr hält Militärbischof Dr. Walter Mixa weiterhin für notwendig. Dass sich Deutschland an der Wahrung der weltweiten Sicherheit beteilige, stehe auch im eigenen Interessen außer Frage, unterstrich der Bischof im Ende März an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Dort referierte er zum Thema „Friedensethik“. Dabei hob Mixa die Rolle der Vereinten Nationen hervor. Militärische Interventionen dürften nicht ohne UN-Mandat

durchgeführt werden. Derzeit sind rund 7.200 deutsche Soldaten in Äthiopien, Afghanistan, Usbekistan, Georgien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und im Kosovo im Einsatz.

Der Militärbischof besuchte in Hamburg auch andere Bundeswehreinrichtungen. An der „Helmut-Schmidt-Universität“ der Bundeswehr diskutierte er mit Studenten über das Thema „Kirche an der Universität. Im Bundeswehrkrankenhaus tauschte er sich mit einsatzerfahrenen Soldaten und Vertrauensleuten aus.

(KNA/PS)



Vor allem vorbereitende organisatorische Angelegenheiten der GKS standen im ersten Quartal dieses Jahres bei der Arbeit des Bundesgeschäftsführers im Vordergrund.

Die Verbandsarbeit des Jahres begann mit einer Sitzung des GKS-Exekutiv Ausschusses am 31. Januar 2004 in Berlin im Anschluss an den Jahresempfang von Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut für den Vorstand der Zentralen Versammlung und den Exekutiv Ausschuss der GKS.

Zusammenarbeit von GKS und pax christi

Der Schwerpunkt der Arbeit des Bundesgeschäftsführers lag auf der Vorbereitung des gemeinsamen Seminars von GKS und deutscher Sektion von pax christi vom 26.-28. März 2004 in Bonn. Sein Thema: „ERFAHRUNGEN MIT FRIEDENSEINSÄTZEN.“ Inzwischen konnten hervorragende Referenten gewonnen werden, die Teilnehmer liegen weitgehend fest und die organisatorischen Vorbereitungen sind abgeschlossen. Vorbereitung und Durchführung dieses Seminars stellen ein außergewöhnliches Ereignis dar: Immerhin haben sich hier die katholische Friedensbewegung und katholische Soldaten zu einem gemeinsamen Projekt zusammengefunden.

Das Seminar wurde mit einem Gespräch der Vorstände von pax christi und der GKS am 13. Januar 2004 im Collegium Albertinum in Bonn vorbereitet. Wie immer bei diesen Gesprächen wurden aber auch grundsätzliche Fragen der Auslandseinsätze und des soldatischen Selbstverständnisses diskutiert. Pax christi

Aus der Arbeit des Bundesgeschäftsführers der GKS

übergab ein Papier mit dem Titel „FRIEDENSPOLITISCHE RICHTLINIEN“, bewusst als Gegenentwurf zu den „VERTEIDIGUNGSPOLITISCHEN RICHTLINIEN“ des BMVg so bezeichnet. Der Sachausschuss „SICHERHEIT UND FRIEDEN“ wird diesen Entwurf bewerten und aus seiner Sicht eine Stellungnahme vorbereiten, die dann beim nächsten Vorstandsgespräch mit pax christi erörtert werden soll.

GKS-Handbuch auf CD

Der IT-Beauftragte der GKS, Oberstabsfeldwebel Berners, hatte die erste Neuauflage der CD mit dem Handbuch der GKS im Entwurf fertiggestellt; Oberstleutnant a.D. Jermer zeichnete für die Gestaltung des aufgedruckten Labels verantwortlich. Es galt also, die Produktion bei einer Fachfirma in Auftrag zu geben und die dann ausgelieferten CD zu versenden. Dankenswerterweise übernahm das KMBA die Verteilung an die Militärggeistlichen, so dass für den Bundesgeschäftsführer nur noch der Versand an den GKS-Bundevorstand, die Bereiche, Kreise und Ansprechpartner der GKS blieb.

Gemeinnützigkeit der GKS

Breiten Raum nahm der Schriftverkehr mit dem für uns zuständigen Berliner Finanzamt ein, das – anders als früher das Bonner Finanzamt – eine förmliche Anmeldung der GKS als Körperschaft und die Abgabe einer Steuererklärung (zunächst für das Jahr 2002) verlangte. Gleichzeitig läuft auch noch die Korrespondenz mit dem Finanzamt zu der Frage, wie eine mögliche zukünftige GKS-Satzung aussehen muss, um die Voraussetzungen für die Zuerkennung der Gemeinnützigkeit zu erfüllen.

Politiker-Gespräche

Auch die Politikergespräche der GKS gehen in enger Zusammenarbeit mit dem KMBA weiter. Am 1. April 2004 soll das im Herbst ausgefallene Gespräch mit MdB Christian Schmidt (CSU) nachgeholt werden. Für den Frühsommer liegt eine Zusa-

ge von MdB Arnold (SPD), dem verteidigungspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, vor. Die Suche nach einem geeigneten Termin ist noch im Gange. Weitere Politiker-Gespräche sind für den Herbst geplant.

Katholikentag in Ulm

Der Katholikentag in Ulm (16.-20.06.2004) – Leitwort „LEBEN AUS GOTTES KRAFT“ – wirft seine Schatten voraus (sa. Beitrag S. 84 f.). Zur Zeit laufen die Anmeldungen für die Beteiligung am Standpersonal für unseren GKS-Stand ein. Der Versand der beiden Stellwände nach Ulm ist bereits abgesprochen. Für das geplante Kleinforum der GKS mit einem Podiumsgespräch hat der Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ die inhaltliche Verantwortung. Den äußeren Ablauf verantwortet für die GKS der Sachausschuss „Information und Konzeption.“

Ausblick

Der Blick auf das nächste Quartal zeigt als Schwerpunkte den Katholikentag, aber auch die näher rückende Bundeskonferenz (15.-17.09.) während der 44. Woche der Begegnung im Ludwig-Windhorst-Haus, Lingen (12.-17.09.), die rechtzeitig vorbereitet werden will. Im Vorfeld der Bundeskonferenz wird vor allem die inhaltliche Aufbereitung des Jahresthemas „LEBEN AUS GOTTES KRAFT – EHRENAMTLICHES LAIENENGAGEMENT“ unter dem Gesichtspunkt der Verbandsarbeit stehen. Das Thema wurde in Anlehnung an das Motto des Katholikentages formuliert wurde.

Wie immer sind als Dauerbrenner die Unterstützung der Vorbereitungen und die Sammlung und Beantwortung der Anmeldungen für die Seminare „3. Lebensphase“ (wobei das Jahr 2004 so gut wie ausgebucht ist), für die Jakobus-Wallfahrt und für die bevorstehende Sitzung des Bundesvorstandes (30.04.-02.05.) in Berlin auf der Agenda.

(Klaus Achmann)

Ein Jahr danach – Krieg gegen den Irak – ethisch zu verantworten?



Am 8. Januar 2003, zu einem Zeitpunkt, als sich die Gefahr eines Irak-Krieges schon deutlich am Horizont abzeichnete, hat die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) eine Erklärung mit dem Titel „KRIEG GEGEN DEN IRAK – ETHISCH ZU VERANTWORTEN?“ heraus gegeben.

1 – Die GKS verurteilte seinerzeit die Verstöße des Irak gegen Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, die auf die endgültige Beseitigung von Massenvernichtungswaffen zielten und bewertete einen weiteren Verzicht auf ihre Durchsetzung als nicht hinnehmbar. Sie wies aber auch darauf hin, dass es alleiniges Recht des Sicherheitsrates ist, mögliche militärische Maßnahmen zu autorisieren. Kern der Erklärung war der Hinweis auf ethische Kriterien für die Anwendung militärischer Gewalt in diesem Falle:

- Nur eine legitime Autorität, derzeit nur die Vereinten Nationen, kann einen entsprechenden Kampfeinsatz mandatieren.
 - Krieg darf nur geführt werden, wenn ein hinreichender Grund vorliegt, wenn also der Weltfrieden gestört und die Sicherheit der Völker verletzt wird.
 - Absicht der Verantwortlichen muss es sein, ungerechte Gewalt oder schwerwiegende Verstöße gegen das Völkerrecht zu beenden und eine friedliche Entwicklung in Gang zu setzen.
 - Kampfeinsätze sind als äußerstes Mittel nur dann erlaubt, wenn andere Möglichkeiten erschöpft sind oder aussichtslos erscheinen.
- Die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und des Schutzes von Nicht-Kombattanten sind zwingend zu beachten.

Die Erklärung war von der vergeblichen Hoffnung getragen, dass die Inspektionen zum Erfolg führen und ein gewaltsames Vorgehen sowie die mit einem Krieg einhergehenden Leiden der Bevölkerung verhindert werden könnten.

2 – Ein Jahr nach dieser Erklärung und ein gutes halbes Jahr, nachdem die durch die Vereinigten Staaten und Großbritannien gebildete Koalition die regulären irakischen Truppen besiegten und ein Besatzungsregime installierten, kann eine erste Zwischenbilanz gezogen werden. Aus derzeitiger Sicht ist zwar durch den von den Vereinten Nationen nicht legitimierten und ethisch fragwürdigen Krieg gegen den Irak ein Unrechtsregime beseitigt worden, das propagierte Ziel ist jedoch nicht erreicht worden. So ist es bisher nicht gelungen, Recht und Ordnung im Lande zu etablieren, und eine nachhaltige, friedliche Entwicklung ist noch nicht zu erkennen. Darüber hinaus wurde durch das einseitige Vorgehen der Koalition die Autorität der Vereinten Nationen schwer beschädigt, das transatlantische Verhältnis empfindlich gestört und die Region nicht stabilisiert. Die Verbindlichkeit und Glaubwürdigkeit des Völkerrechtes wurde beeinträchtigt.

3 – Um weiteren Schaden abzuwenden muss die Regierungsverantwortung von der amerikanisch geführten Übergangsverwaltung an eine irakische Interimsregierung so schnell wie möglich übergeben werden und die Zuständigkeit für die Hilfe beim Wiederaufbau des Landes an die Vereinten Nationen übertragen werden. Schließlich steht die Völkergemeinschaft als Ganzes in der Pflicht, dem irakischen Volk beim Aufbau einer stabilen politischen Ordnung mit demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen zu helfen. Die Bundesrepublik Deutschland sollte dieses politische Vorhaben nach Kräften unterstützen.

4 – Der internationalen Staatengemeinschaft muss daran gelegen sein, den mit der Intervention im Irak gemachten Versuch zurück zu weisen, das im Völkerrecht niedergelegte Recht auf Selbstverteidigung im Falle eines Angriffs exzessiv auszulegen und gar einen Präventivangriff zu legitimieren. Daher ist eine Stärkung der Vereinten Nationen und insbesondere des Sicherheitsrates noch dringender als bisher geboten, um nicht-autorisierte militärische Kampfeinsätze verhindern zu können.

5 – Die im vergangenen Jahrzehnt dem Land auferlegten harten Wirtschaftssanktionen fügten der Bevölkerung schwerstes Leid zu; sie haben das Regime jedoch nicht – wie erhofft – geschwächt, sondern – im Gegenteil – noch gestärkt. Insofern ist das Instrument Wirtschaftssanktionen im Hinblick auf seine Auswirkungen – auch vor dem Hintergrund ähnlicher Erfahrungen – neu zu bewerten.

6 – Den von der christlichen Friedensethik entwickelten und vom Völkerrecht – in wesentlichen Teilen – übernommenen ethischen Kriterien (s.o.Nr. 1) für die legitime Anwendung militärischer Gewalt, die von herausragender Bedeutung für das friedliche Zusammenleben der Völker sind, sollte in der öffentlichen Diskussion breiterer Raum eingeräumt werden. In der politischen Bildung der Bundeswehr sollte die Auseinandersetzung mit den friedensethischen Kriterien im Vordergrund stehen.

7 – Die GKS fordert, dass Parlament und Regierung nur dann der Bundeswehr einen Einsatzauftrag erteilen, wenn die völkerrechtlichen Voraussetzungen gegeben sind und die friedensethischen Kriterien beachtet werden. Außerdem müssen die Aufträge auch militärisch sinnvoll sein. Politische Notwendigkeit und rechtliche Zulässigkeit sind gegenüber der Öffentlichkeit und den Soldaten hinreichend zu begründen. Der Soldat muß einen Einsatzauftrag als Teil einer Politik verstehen können, die den Frieden festigt und die Freiheit fördert.

Berlin, 8. Januar 2004



Künftige Herausforderungen für die deutschen Streitkräfte

Informationen zum sicherheitspolitischen Programm der F.D.P.

Ende des Jahres hat die GKS ihr 2. Politikergespräch in 2003 fortgeführt. Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut hatte den sicherheitspolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Günther Nolting MdB eingeladen, einen ausgewiesenen sicherheitspolitischen Fachmann, der seit 1987 Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages ist. Das Gespräch moderierte der Vorsitzende des GKS-Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“, Oberst i.G. Josef Blotz, Bonn.

Von der Notwendigkeit einer tiefgreifenden Bundeswehr-Reform

Bei dem Politikergespräch ging MdB Günther Nolting zunächst auf den sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel (*beherrschende Grundauffassung von gr. paradigma = Muster, Vorlage*) ein: die Bundeswehr entwickelt sich von der Verteidigungsarmee hin zur Einsatzarmee. Zurzeit, so Nolting, seien knapp 8.000 Soldaten bei sieben Friedensmissionen im Ausland eingesetzt, und die Bundeswehr täte sich schwer, bei den derzeitigen Strukturen ca. 10.000 Soldaten (aus einem Kontingent von 50.000 Soldaten der Krisenreaktionskräfte) für Friedensmissionen abzustellen.

An allen Ecken und Enden stoße die Bundeswehr wegen ihrer überkommenen Struktur an Grenzen. Auch die unzureichende Finanzierung der Bundeswehr wirke sich nachhaltig negativ nicht nur auf die Struktur, sondern auch auf die Qualität der Ausrüstung und Ausstattung aus, was wiederum negative Folgen für die Attraktivität zeitigen würde. Die Reform der Bundeswehr, wie sie seinerzeit von Verteidigungsminister Scharping konzipiert wurde, habe in keiner Weise den tatsächlichen Erfordernissen entsprochen.

Nach Noltings Beurteilung geschah diese Umwandlung nicht beherrscht genug, so dass Bundesverteidigungsminister Struck im Januar 2004 offensichtlich die Notwendigkeit sah, die von seinem Vorgänger eingeleitete Reform mit den „Wegmarken für den neuen Kurs“ deutlich

nachzubessern – eine aus Sicht der FDP erfreuliche Einsicht.

Wer weit sieht, traut sich auch, weit zu springen

Mit dem Positionspapier der FDP „Bundeswehr 2000“ plädierte Nolting bereits im März 1999(!) für eine tiefgreifende Reform, was damals weitsichtiger und mutiger war, als die Einsicht der Regierung. U.a. sollten einem neu zu schaffenden Generalstab fünf Kommandobereiche unterstehen: Heer, Luftwaffe, Marine, Sanität und Logistik, Territorial und Ausbildung, wobei die FDP schon vor der Jahrtausendwende darauf hinwies, dass ein getrennter Einsatz der Teilstreitkräfte kaum noch denkbar und „Joint Warfare“ angesagt wäre. Man hätte sich Eckwerte- und Eckpfeilerpapiere sparen und den Soldaten und ihren Familien viel Unruhe durch eine Reform der Reform der ... von unnötigen Kosten, auch die für sogenannte „Berater“.

Anmerkung des Verfassers: Erst mit den „Wegmarken ...“ nähert sich das Bundesministerium der Verteidigung in puncto Personalumfang dem FDP-Modell (März 1999 s.o.) und dem der Weizsäcker-Kommission (23. Mai 2000) an und bessert auch bei den Strukturen deutlich nach: 35.000 Einsatzkräfte, 70.000 Stabilisierungskräfte und – schließlich – 137.500 Unterstützungskräfte. – Der FDP-Vorschlag sieht 160.000 Soldaten für die Einsatz-/Stabilisierungskräfte (66%) und 80.000 Soldaten für Territorial- und Ausbildungsaufgaben (33%) vor.

MdB Nolting stellte die wesentlichen Punkte aus dem FDP-Programm „Reform der Reform“ vor, die während der Informationsveranstaltung diskutiert wurden:

Wehrform:

Die FDP sieht wohl die Vorteile einer Allgemeinen Wehrpflicht (Bürger als „geborene Verteidiger des Landes“ – Scharnhorst), plädiert aber nach einer Güterabwägung im Zweifelsfall für die Freiheit von der totalen – wenn auch zeitlich befristeten – Inpflichtnahme junger Männer durch den Staat. Man könne die Wehrpflicht heute nicht mehr glaubwürdig sicherheitspolitisch begründen („... von Freunden umzingelt“ – Rühe), zumal Landesverteidigung heute ausschließlich als Bündnisverteidigung zu begreifen wäre. Die NATO sei aber seit nunmehr einem Jahrzehnt denkbaren und möglichen Gegnern konventionell deutlich überlegen, womit sich die Fähigkeit zum Aufwuchs (Rekonstitution) eigentlich erübrigen würde. Vielmehr fordere das Bündnis von Deutschland Streitkräfte, die „gut ausgebildet, modern ausgerüstet, voll einsatzbereit und schnell verlegbar“ wären.

Im übrigen, so MdB Nolting, wäre es unverantwortlich, Grundwehrdienstleistende für Einsätze vorzusehen, die eine sehr gründliche und relativ lange Ausbildung voraussetzten, wofür neun Monate Dienstzeit nicht ausreichen würden. Je schneller die Wehrpflicht ausgesetzt würde, desto besser seien die Streitkräfte in der Lage, Auslandseinsätze zu bewältigen. Alternativ denkt die

FDP an „Kurzzeit-Soldaten“ ähnlich dem FWDL (12/15/18 Monate freiwillig Wehrdienstleistenden) bzw. SaZ-2-Modell und ist optimistisch, aus diesem Kontingent dann genügend Bewerber für Längerdienster zu gewinnen; allerdings muss der Dienst in jeder Hinsicht deutlich attraktiver werden.

Attraktivität:

Die Bundeswehr muss so attraktiv sein, dass sich leistungsbereite junge Menschen in ausreichender Zahl freiwillig für den Dienst in den Streitkräften melden. Die FDP fordert ein eigenes Besoldungsrecht für Soldaten, das an die Beamtenbesoldung angelehnt und auf Polizei- und Bundesgrenzschutzniveau anzuheben sei. Künftig müssten offene Stellen ausgeschrieben werden, und jeder Soldat solle sich auf die für seine Laufbahn in Frage kommenden Stellen bewerben können. Außerdem seien Versetzungen nur noch dann zu verfügen, wenn diese unbedingt notwendig wären. Schließlich sollten Soldaten, denen zugemutet wird, Leib und Leben bei Einsätzen im Ausland einzusetzen, besser versorgt und – falls ihnen etwas zustoße – ihre Familien hinreichend abgesichert sein.

Nationalgarde:

Reservisten sollten nach dem in den USA bewährten System der National Guard in effizienten Kompanien, Bataillonen, Regimentern oder Brigaden in den einzelnen Bundesländern zusammengefasst und für Heimat- und Katastrophenschutzaufgaben optimal ausgebildet werden. Die derzeitige Organisation der Wehrbereiche und Verteidigungsbezirke sollte in einer neuen Teilstreitkraft aufgehen, die einen eigenen Corpsgeist bzw. ein selbstbewusstes Image entwickeln könnte. MdB Nolting machte deutlich, dass die Nationalgarde keine polizeilichen Aufgaben übernehmen solle.

Dienstungerechtigkeit:

Die FDP beklage eine immer unerträglicher werdende Willkür bei der Heranziehung zum Wehr- und Ersatzdienst. Es bestünde ein krasses Missverhältnis zwischen einge-

planten Haushaltsstellen, der Wehrdienstdauer und der Zahl der Wehrpflichtigen. So würden 2003 trotz Wehrpflicht nur 222.000 junge Männer (53,3%) ihrer Pflicht nachkommen, während ca. 100.000 (23,7%) zu keinem(!) Dienst herangezogen würden. (Wehrdienstuntauglich/-befreit: 96.000 = 23%). Auch sollten Tauglichkeitskriterien konstant gelten und nicht als Korrektiv für den Personalbedarf an Wehrpflichtigen betrachtet werden. Schließlich sei es im Hinblick auf die Bündnisverteidigung ungerecht, wenn einige Länder junge Männer zum Wehrdienst heranziehen, die dann u.U. das Territorium jener Länder verteidigen, die sich von der Wehrpflicht längst verabschiedet haben.

Bündnisfähigkeit:

Die sich aus der Mitgliedschaft in NATO, EU, OSZE und VN ergebende internationale Verantwortung verlangt konsequenterweise, dass die Bundeswehr in die Lage versetzt wird, die sich daraus ergebenden militärischen Anforderungen zu erfüllen. Die von früheren liberalen Außenministern kultivierte militärische Zurückhaltung sollte nicht einer vorausseilenden militärischen Anbieterung weichen. Wer zu früh nach dem Einsatz von Streitkräften rufe, überführe sich der politischen Phantasielosigkeit ...

Rüstung:

Ausrüstung und Bewaffnung der (gesamten) Bundeswehr müssten unverzüglich und umfassend modernisiert werden, wozu nach Meinung der Liberalen eine Anschubfinanzierung notwendig und die investiven Ausgaben auf mindestens 30% anzuheben wären. - Die wehrtechnische Industrie solle auf europäischer Ebene konsolidiert werden, damit sie im transatlantischen Bereich kooperations- und wettbewerbsfähig wird. Die EU sollte eine konsequente und an den tatsächlichen Bedürfnissen orientierte Rüstungskontroll-, -entwicklungs-, -beschaffungs- und -exportpolitik betreiben, wobei die Regeln für Rüstungsbeschaffung und -export zu harmonisieren wären. Wettbewerbsnachteile wirkten sich

nachteilig auf bestimmte nationale Kernkompetenzen aus.

Rationalisierung:

Den neuen „Wegmarken“ des BMVg von 2004 liegen ähnliche Erkenntnisse zugrunde wie den „alten“ Reformvorschlägen der FDP von 1999, was die FDP ausdrücklich begrüßt. Die Liberalen fordern mit Nachdruck, die Fähigkeiten zu Interoperabilität und Joint Warfare auszubauen. In diesem Zusammenhang seien überflüssige Organisationselemente der Teilstreitkräfte zu kapfen. Doppelarbeiten und Reibungsverluste führen zu Frustrationen und vergeudetem Haushaltsmittel. In diesem Zusammenhang seien die Teilstreitkräfte von Aufgaben zu entlasten, die nicht der Steigerung der Einsatzfähigkeit dienen. Unterstützende Aufgaben, die von privaten Anbietern preiswerter angeboten und schneller erledigt werden, seien auszugliedern. Schließlich verlange die anzustrebende hohe Professionalität bei der Erfüllung von Einsatzaufgaben ständiges Training, weshalb die Bundeswehr ihren wehrpflichtbedingten Ausbildungsauftrag aufgeben sollte. Auch solle überprüft werden, ob die Bundeswehr tatsächlich so viele Ämter, Kommandos und Stäbe benötige.

Haushalt:

Die Reform habe sich vor allem am Auftrag zu orientieren, nicht am dem Geld, was vom Bundeshaushalt übrig bleibt, nachdem sich alle anderen Ressorts bedient hätten.

Man hätte es einfacher und billiger haben können ...

Auf den Punkt gebracht forderte die FDP eine Reform, die den Namen verdient, keine Forschiebung überkommener Strukturen mit abgesenkter Personalstärke und reduziertem Verteidigungshaushalt. Die „Wegmarken“ von Verteidigungsminister Struck kommen den FDP-Vorschlägen recht nahe. Hätte (hätte ...) sein Vorgänger „den Schuss früher gehört“, wäre den Streitkräften viel Unruhe, den Soldaten und ihren Familien viel Stress und dem Verteidigungshaushalt viel Geld erspart geblieben. (Helmut Jermer)

Das Rad des Lebens

Erinnern – Erleben – Erwarten

Aus allen Teilen der Republik, z. B. von Kötzing in Bayern, aus der Bundeshauptstadt Berlin oder Bad Honnef am Rhein reisten 24 Teilnehmer – überwiegend Ehepaare am Mittwoch, dem 25. Juni 2003, nach Stapelfeld bei Cloppenburg zum Seminar 3. Lebensphase mit dem Thema „DAS RAD DES LEBENS“ an.

Was waren die Beweggründe an einem Seminar teilzunehmen, das sich mit dem dritten Lebensabschnitt, also dem Herbst des Lebens befasste? Bei vielen war es bestimmt die Neugier. Bei einigen aber auch die Suche nach Argumenten, diesen so einschneidenden Abschnitt im Leben eines Menschen sinnvoll anzugehen.

Nach unserer Ankunft wurden wir durch das Ehepaar Brigitte und Hans-Jürgen Mathias sehr herzlich begrüßt. Eine Hausführung und Einführung in das Tagungsthema schloss sich an. Wir fühlten uns von Anfang an sehr wohl. Es stimmte alles. Sowohl das Ambiente, als auch die homogene, gutgelaunte und fröhliche Gesellschaft führten dazu, dass Hemmungen schnell überwunden wurden und sich eine gelöste, lockere Atmosphäre bilden konnte.

Noch am gleichen Abend befassten wir uns mit dem Thema „LEBENS- UND WELTDEUTUNGEN IM SPIEGEL DER KUNST“. Anhand von Bildern der Maler Bosch, Breughel und Kaspar David Friedrich unternahmen wir den Versuch, die Kernaussage und tatsächliche Bedeutung ihre Bilder zu interpretieren.

Mit Hilfe von Dr. Martin Feltes, der uns mit Sorgfalt und großen Detailkenntnissen an das Thema heranzuführte, versuchten wir, die Intention und die Gedanken der Maler nachzuvollziehen und die Vorstellungen der Künstler auf die Gegenwart zu transportieren. Mit spielerischer Leichtigkeit gelang es Dr. Feltes, uns in die Speicher der Erinnerung im

Rad des Lebens zu führen.

Den ersten Seminartag beendeten wir mit einem gemütlichen Beisammensein im Bierstübchen. Wir lernten uns noch besser kennen und verstehen. Wir sprachen aber auch noch lange in kleineren Gruppen über das Seminarthema, über unsere Hoffnungen und Erwartungen.

Den zweiten Seminartag begannen wir mit einer Altarbild-Betrachtung in der hauseigenen Kapelle. Das Altarbild eines jungen Mannes war in seiner Aussagekraft durchaus umstritten. Nach der fachkundigen Schulung am Vortag versuchten wir, die inhaltlichen Aussagen zu interpretieren. Es kam zu vielfältigen, interessanten und unterschiedlichsten Auffassungen. Wir lernten die Positionen der anderen zu akzeptieren und zu verstehen.

Nach dem Frühstück schloss sich das zweite Seminarthema an „OHNE RUHE, OHNE STAND!“ – PERSPEKTIVEN ZUR GESTALTUNG DER DRITTEN LEBENSPHASE. Wiederum übernahm Dr. Feltes die Leitung. Wir erkannten, dass das Ausscheiden aus dem Berufsleben ein dynamischer Prozess ist, der sich in der Regel über mehrere Jahre hinzieht und eine frühzeitige Auseinandersetzung mit dieser Lebenssituation erfordert. Offen und ehrlich sprachen wir über die Sorgen und Befürchtungen, die das Ausscheiden aus dem Berufsleben mit sich bringen. Wir formulierten aber auch unsere Erwartungen, Hoffnungen und Sehnsüchte, die wir mit dem neuen Lebensabschnitt verbinden. Die homogene Zusammensetzung unserer Gruppe ermöglichte es, ohne Vorbehalte an dieses durchaus heikle Thema heranzugehen.

Nachmittags stand eine Fahrradwallfahrt nach Bethen auf dem Programm. An den verschiedenen Stationen unserer Wallfahrt besprachen wir intensiv den Sinn und Inhalt derselben und schlossen jeweils das Gebet „Mein Weg“ von Charles de

Foucauld mit ein. Erst in den Abendstunden kehrten wir von unserer Exkursion zurück.

Als Ausklang des zweiten Tages feierten wir die Eucharistie mit Militärdekan Hans-Peter Miebach. Einen erlebnisreichen Tag, der uns alle körperlich und geistig gefordert hatte, ließen wir in einem gemütlichen Beisammensein ausklingen.

Den dritten Tag begannen wir mit dem Thema „WOHER KOMMST DU, WOHNEN GEHT DU, WONACH SUCHST DU?“. Gleich zu Beginn wurden wir von dem Referenten Heinrich Siefer stark gefordert. Das Ausfüllen eines Antrags auf Daseinsberechtigung fiel uns schwer. Die Kernfrage „Warum gibt es mich eigentlich?“ war nicht leicht zu beantworten. Viele von uns wurden nachdenklich. Einer derartigen Frage mussten wir uns in unserem bisherigen Leben noch nicht stellen. Die Antworten führten uns vor Augen, welche vielfältigen Probleme aus dem alltäglichen Leben bis hin zur gesellschaftlich, politischen Dimension im dritten Lebensabschnitt auf uns zukommen. Aber auch Ängste, ob man denn gesund bleibt, kamen zum Vorschein.

Am Nachmittag wurden wir von dem Sozialberater der Standortverwaltung Diepholz in das Betreuungsrecht eingewiesen. Die Vielzahl der Fragen zeigte, dass wir auch auf diesem Gebiet große Lücken hatten.

Daran schloss ein Gespräch mit Michael Wudel zum Versorgungsrecht der Berufssoldaten mit persönlicher Beratungsmöglichkeit an. Die Beratung war hochinteressant und informativ. Die Möglichkeit zur persönlichen Beratung wurde reichlich genutzt. Auch diesen Tag ließen wir in gemütlicher Runde ausklingen.

Die Gestaltung des ersten Themas „GESUNDER GEIST IN GESUNDEM KÖRPER“ am Samstag übernahmen Dr. Norbert Naber und Dr. Paul Meyer. Schwerpunkte waren altersbedingte Erkrankungen und Allergien mit ihren Folgen. Uns wurde ver-

mittelt, anhand welcher Symptome einige „alterstypischen“ Erkrankungen erkannt werden können und was dann zu veranlassen ist. Aber auch Vorbeugemaßnahmen wurden ausführlich angesprochen.

Nach dem Mittagessen besuchten wir das Museumsdorf Cloppenburg. Neben der Entwicklung dieser Region in Niedersachsen wurde uns vor allem das harte und entbehrungsreiche Leben der Menschen in dieser landwirtschaftlich geprägten Region in den letzten Jahrhunderten vorgestellt. Uns wurde klar, dass die gute, alte Zeit im Wesentlichen von harter Arbeit und kargem Lohn bestimmt war.

Nach dem Gottesdienst trafen wir uns zum mediterranen Buffet im Re-

staurant „Bührener Tannen“. Wir wurden lukullisch nach allen Regeln der Kunst verwöhnt. Die zahlreichen Gaumenfreuden haben wir ausgiebig genossen.

Den Sonntag, unseren letzten Seminartag, begannen wir mit „DAS RAD DES LEBENS – REFLEXIONEN DES SEMINARVERLAUFS“. Daran schloss sich die Sonntagsmatinee „DAS FEUER IM SPIEGEL VON LITERATUR, MUSIK UND KUNST“ an. Die Leitung übernahm wiederum Dr. Martin Feltes.

Als Fazit des Seminars lässt sich feststellen, es hat sich für alle Teilnehmer gelohnt. Wir bekamen zahlreiche Informationen, wie wir den neuen Lebensabschnitt besser meistern können. Es blieben aber auch Fragen offen, denen sich der Einzel-

ne individuell stellen muss. Es brachte uns unseren Ehepartnern näher. Wir erkannten, dass gemeinsam vieles besser zu bewältigen ist. Das Seminar gab uns die Kraft und den Mut, das vor uns Liegende mit Zuversicht und Elan anzugehen. Unser Rad des Lebens dreht sich unaufhaltsam, wir können aber bestimmen, welche Richtung es einschlägt.

(Hans-Jürgen Laeven)

P.S. Das nächste Seminar im Bereich Nord – Cloppenburg – findet vom 02. bis 06. Juni 2004 statt.

Anmeldung beim Bundesgeschäftsführer in Berlin.

Email: GKS.Berlin@t-online.de

Weitere Seminare s. TERMINE S. 100



Friedensethik

Gerhard Beestmüller (Hrsg.): „Die humanitäre Intervention – Imperativ der Menschenrechtsidee? Rechtsethische Reflexionen am Beispiel des Kosovo-Krieges“. Theologe und Frieden, Band 24. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 2003, 171 Seiten.

Im Windschatten der Kriege im Irak und in Afghanistan ist der Kosovo-Konflikt im Jahr 1998/99 schon fast vergessen. Die völkerrechtlichen und rechtsethischen Fragen der seinerzeitigen militärischen NATO-Intervention ohne Erlaubnis des Weltsicherheitsrates bedürfen aber der sorgfältigen Aufarbeitung, wozu der vorliegende Band eine wichtige Hilfe leistet.

Der Herausgeber, stellv. Direktor des Instituts für Theologie und Frieden in Barsbüttel, hat sechs juristische, rechtsethische und politologische Beiträge zur humanitären Intervention der NATO im Kosovo zusammengestellt, ergänzt um einen eigenen, theologischen Text.

Auf welcher Rechtsgrundlage die NATO-Staaten seinerzeit handeln konnten, bleibt zwischen den Autoren umstritten. Der Philosoph Jean-Christophe Merle setzt ein Interventionsrecht einfach voraus, der Rechtsphilosoph Michael Köhler nennt für ganz extreme anarchische und rechtszerstörende Konfliktlagen innerhalb eines Staates ein „Recht der Menschheit“, sein Kollege Reinhard Merkel lässt das von Köhler abgelehnte Nothilfeargument gelten, wenn ein Staat die „Minimalbedingungen legitimer Staatlichkeit“, den inneren Friedensschutz, nicht mehr garantiert. Otfried Höffe setzt an beim Mangel an internationaler Rechtsdurchsetzung gerade durch die UNO und erkennt ein Nothilfeamt analog zur innerstaatlichen Notwehr an. Der Politologe Dieter S. Lutz verneint eine Eingriffsbefugnis, sein Kollege Hajo Schmidt will sie im Einzelfall wohl nicht ausschließen.

Die Frage, ob die NATO durch Abstands-bombardierungen zum Schutz eigener Soldaten gegen das Schonungsgebot für die Zivilbevölkerung verstoßen hat, wird ausführlich diskutiert und bejaht.

Äußerst kritisch äußern sich die meisten Autoren zum offiziellen Interventionsanlass im Kosovokonflikt, der humanitären Notlage, und weisen nach, dass die kosovo-albanische UCK die Konflikteskalation bewusst geschürt hat.

Leider kommt Dieter S. Lutz, der schrillste Kritiker des Kosovo-Einsatzes, in seinem Artikel über seinen altbekannten Täuschungsvorwurf an die NATO nicht hinaus.

Zwei weitere Fragen werden in den Texten angesprochen. Es geht einmal um die Unterscheidungspflicht zwischen Kombattanten und Zivilbevölkerung im Krieg und zweitens um den nichtdiskriminierenden Kriegsbegriff seit dem westfälischen Staatensystem von 1648. Können z.B. die serbischen Einsatzkräfte, die massenweise Verbrechen begangen haben, noch als normale Kombattanten mit entsprechendem kriegsvölkerrechtlichem Schutz angesehen werden?

Der Beitrag des Herausgebers behandelt den interessanten Zusammenhang zwischen der klassischen Lehre vom gerechten

Krieg bei Thomas von Aquin und dem Kosovo-Krieg, der seinerzeit in den Medien verschiedentlich als Kreuzzug bezeichnet wurde. Die moderne Menschenrechtsbewegung, so der Autor, will zurückkehren zu einer Bindung der staatlichen Macht an die Wahrheit. Damit wird die Frage eines möglichen Menschenrechtsinterventionismus aufgeworfen. „Schaut man auf die Diskussion der vergangenen Jahre zur humanitären Intervention, ist man erstaunt über das Maß der verdeckten Präsenz thomanischer Fragestellungen und Motive“. (S. 157) (Gerhard Arnold)

Das politische Buch

Robert Dallek: „John F. Kennedy. Ein unvollendetes Leben“. DVA, Stuttgart 2003, 792 S.

JFK – Der Mythos lebt

Der Bostoner Geschichtsprofessor Robert Dallek hat eine umfassende Biographie John F. Kennedys geschrieben. Über „JFK“ gibt es jede Menge Literatur, die meisten Werke beschäftigen sich aber lediglich mit Teilaspekten der Person oder der Politik Kennedys. Um das Urteil vorweg zu nehmen: Dallek ist eine gute Biographie gelungen, auch wenn er gelegentlich dem Charisma von John F. Kennedy erliegt und so Distanz verliert.

Neu ist die konsequente Aufarbeitung der Krankengeschichte Kennedys, der seit Kindesbeinen mit einer wachsenden Zahl von Krankheiten kämpfte. Er war also ein kranker Mensch und abhängig von Medikamenten. Das war damals nicht bekannt, sonst wäre er wohl nie Präsident geworden. Auch am Tag seiner Ermordung trug er ein Stahlkorsett, das ihn daran hinderte, sich zu ducken, nachdem er einen noch nicht tödlichen Schuss in den Nacken erhalten hatte.

Dallek beschreibt auch den schon krankhaften Frauenhelden John F. Kennedy und zieht Verbindungslinien zu seiner Krankengeschichte. Er sieht eine fehlende Fähigkeit zur Intimität und sieht Kennedy getrieben von dem Gefühl, jederzeit sterben zu können. Dieses Gefühl wird auch durch den frühen Verlust von dem älteren Bruder und einer Schwester verständlich.

Beide Aspekte, seine Krankheit und sein ausschweifendes Sexualleben, bedeuteten auch, dass Kennedy stets nur einen Zeitungsartikel von einem großen Skandal entfernt lebte. Aber Dallek findet keinen Hinweis darauf, dass Kennedys Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt war oder dass er sich erpressen ließ.

Dallek sieht in Kennedy einen bedeutenden Präsidenten, weil er den Menschen Mut machte, ihnen eine Vision gab. Zum Zeitpunkt seiner Ermordung waren alle großen Vorhaben unvollendet: Innenpolitisch insbesondere die Bürgerrechtsgesetzgebung, die aber von seinem Nachfolger Johnson konsequent umgesetzt wurde. Außenpolitisch hätte Robert Dallek Kennedy noch viel zugetraut, insbesondere eine Verständigung mit Castro und keine tiefere Verstrickung in Vietnam. Ohne Zweifel hatte Kennedy mit der Berlin- und der Kuba-Krise seine außenpolitische Feuertaupe bestanden. Und insbesondere außenpolitisch blieb Kennedy

unvollendet, weil Johnson andere Vorstellungen hatte.

Die Mehrheit der Amerikaner sieht in John F. Kennedy, dem ersten Katholiken im Amt des amerikanischen Präsidenten, bis heute den bedeutendsten Landsmann, zusammen mit Abraham Lincoln. Der Mythos Kennedy lebt. Das unvollendete Leben und damit die unvollendete Präsidentschaft Kennedys haben dazu beigetragen. Aus der Sicht der Amerikaner wurde ihnen ein Stück bessere Zukunft geraubt. In Europa und gerade auch in Deutschland wurde das damals übrigens ähnlich empfunden. (Eckhard Stuff)

„Der Fischer Weltatlas aktuell – Die EU-Erweiterung“. Hrsg. Von Volker Ullrich und Felix Rudloff, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main 2004, 192 S.

Historische Zäsur in Europa

Der 1. Mai 2004 bedeutet eine historische Zäsur in der Geschichte Europas. Die Europäische Union erweitert sich um 10 neue Mitgliedstaaten: 8 aus Mittel- und Osteuropa, dazu Malta und Zypern.

Mit verschiedenen Aspekten dieser EU-Erweiterung setzt sich auch der erste Band einer neuen Taschenbuchreihe, „Fischer Weltatlas aktuell“, auseinander. Diese neue Reihe ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit der Redaktion des Fischer Weltatlases mit der Chefredaktion der Wochenzeitung „Die Zeit“.

Um 75 Millionen Bürger wächst die EU damit auf rund 450 Millionen EU-Bürger an. Eine Gemeinschaft, die die Heimat von Chopin oder Ligeti nach Europa zurückholt: „Erst jetzt, erst mit dieser Erweiterung, kann in Europa wieder zusammenwachsen, was bis zum II. Weltkrieg ganz selbstverständlich zusammengehörte, kulturell wie politisch, ökonomisch wie nachbarschaftlich.“ Aber damit sind auch viele Probleme verbunden:

- Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der neuen Mitglieder beträgt nur 45 Prozent dessen, was in den alten EU-Staaten verdient wird. Es gibt also ein schroffes Gefälle.
- Mit der Erweiterung sind Kosten verbunden. Finanzielle Lasten für die Altmitglieder und Kosten für die Neuen durch die Anpassung an EU-Standards.
- Für die Neumitglieder aus Mittel- und Osteuropa bedeutet der Eintritt in die EU auch einen Verlust an gerade gewonnener Freiheit und Souveränität.

So zumindest wird es empfunden, und die Wahrnehmung ist ja die entscheidende Kraft in der Politik. Der Streit über eine Teilnahme am Irak-Krieg hat deutlich gemacht, auf welchem sensiblen Feld sich die Politik hier abspielt. Und Belehrungen durch Oberlehrer Chirac waren Brunnen vergiftend und haben auch Auswirkungen auf die Auseinandersetzungen um die europäische Verfassung gehabt.

Mit diesen Fragen beschäftigt sich der Band in zahlreichen Beiträgen von bekannten Autoren der „Zeit“, von Christian Schmidt Häuer über Theo Sommer bis Helmut Schmidt. Eine Auseinandersetzung also mit Chancen und Risiken der erweiterten

Union, mit den Hoffnungen und Ängsten der Menschen in den Beitrittsländern, mit der Außen- und Sicherheitspolitik, die irgendwann einmal eine gemeinsame werden soll. Der Band beschäftigt sich auch mit der europäischen Verfassung, die erst gescheitert ist und jetzt gerettet werden soll. Außerdem wird das Pro und Contra einer möglichen EU-Mitgliedschaft der Türkei erörtert.

Ein zweiter Teil des Bandes gibt Basisinformationen über die Beitrittsländer, über Strukturen und Institutionen der EU und bietet weiterhin einen Statistikteil mit wirtschaftlichen Daten von Alt- und Neumitgliedern.

Das Buch ist Standardlektüre für alle, die lehren und alle, die bereit sind zu lernen! (Eckhard Stuff)

Religion und Kirche

Bernhard Hülsebusch: „Ein Geschenk des Himmels – Außergewöhnliche Momente und Begegnungen im Leben des Papstes“. St. Benno Verlag, Leipzig 2003, 112 S.

Das vorliegende Buch zeigt ein menschliches Bild von Papst Johannes Paul II. abseits der offiziellen Seite. Dr. Bernhard Hülsebusch als langjähriger Vatikan-Korrespondent des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ und vieler deutscher Tageszeitungen hat es verstanden, in lebendig geschilderten Episoden die große Güte sowie den warmherzigen Humor des Heiligen Vaters auszudrücken. Einige interessante Bilder illustrieren das Buch und der Anhang mit den wichtigsten Daten aus dem Leben und Wirken des Karol Wojtylas ergänzen es.

Das Buch will nicht – aus Anlass des 25-Jahr-Jubiläums am 16.10.2003 von Johannes Paul II. – sein Pontifikat zusammenfassend würdigen, sondern sein Leben von der Jugend an bis zur Gegenwart dem Leser näher bringen.

Im ersten Kapitel wird kurz auf die weltweite Anerkennung – auch durch Nichtchristen – dieses Papstes als hohe moralische Autorität eingegangen wegen seines ständigen Mahnens zum Frieden, für die Beachtung der Menschenrechte, aber auch für die ausgeprägte religiöse Dimension des Lebens.

Im nächsten Abschnitt werden Anekdoten aus seinem Leben von der Kindheit bis zum Konklave berichtet. Eingegangen wird dabei auf seine Sympathie und seinen Respekt zu seinen jüdischen Kameraden in dem polnischen Heimatort Wadowice, auf seine Leidenschaft für das Laienspiel, auf „seinen“ Apostel der Gottesliebe – einen Schneider –, wie auf seine kirchliche Laufbahn in Polen sowie in der Weltkirche. Aber auch der Einsatz von Karol Wojtyla für die polnisch-deutsche Versöhnung wird angesprochen.

Der zweite Abschnitt, das Pontifikat von 1978-1990, beschäftigt sich mit einem ganz neuen Papstbild. Der Autor schildert u.a. wie der Pontifex die Herzen der Italiener erobert, wie er sich dem vatikanischen Protokoll widersetzt, seine sportlichen Aktivitäten und seine Dialogbemühungen mit den anderen christlichen Religionen, den Juden,

dem Islam sowie anderen Weltreligionen.

Der letzte Abschnitt beschreibt Wojtylas Pontifikat ab 1990 in seiner Eigenschaft als Weltmissionar und Friedensanwalt sowie sein Werben um die Jugend, die Ökumene und die Marienverehrung.

Dieses kleine Buch lässt Papst Johannes Paul II. sehr sympathisch erscheinen und hilft andererseits sein Handeln und seine religiösen Vorstellungen besser zu verstehen; ein kleines, aber bemerkenswertes Buch. (bt)

Dr. med. Patrick Theillier: „LOURDES wenn man von Wundern spricht“. Sankt Ulrich Verlag, Augsburg 2003, 136 S.

Seit 1858 suchen inzwischen jährlich Millionen Menschen aus allen Erdteilen mit ihren Krankheiten, Leiden und Sorgen Zuflucht im berühmten französischen Marienwallfahrtsort Lourdes, im Bigorre im Südwesten Frankreichs am Fuße der Pyrenäen gelegen. Immer wieder wird über wundersame Heilungen berichtet. Doch können wir wirklich an Wunder glauben?

Der 1944 geborene Autor, Dr. med. Patrick Theillier, ist seit 1998 der Leiter des Medizinischen Büros des berühmten Marienheiligtums Lourdes. Damit ist er der von der katholischen Kirche ernannte verantwortliche Arzt, um medizinisch unerklärbare Heilungswunder in dem Wallfahrtsort zu untersuchen. Das letzte Heilungswunder – das 66. in 145 Jahren – wurde 1999 offiziell anerkannt. Theillier ist auch der Präsident der Internationalen Medizinischen Vereinigung von Lourdes mit über 10.000 Mitgliedern in 75 Ländern.

Der Autor will in seinem Buch zeigen, dass Wunder – gestern und heute – den Menschen in allen Dimensionen erfassen: körperlich, geistig und seelisch. Dabei beantwortet er Fragen, die ihm oft zu Wundern gestellt werden und lässt in Textzeugnissen auch Betroffene von Heilungen und Gebetserhörungen zu Wort kommen – das Ganze in Dialogform. Eingeleitet wird der Text mit einem erklärenden Wort von Xavier Léon-Dufour: „Ein Wunder ist ein Zeichen, das uns Gott durch ein Ereignis gibt, das anders erscheint als der normale Verlauf des täglichen Lebens.“

Im ersten Kapitel wird kurz der Lebensweg der am 07.01.1844 in Lourdes geborenen Bernadette Soubirous, die 18 Erscheinungen der Jungfrau Maria – Unserer lieben Frau –, das Anwachsen der Pilgerscharen, das Auftreten von Heilungen sowie die Anerkennung von Wundern geschildert. Die folgenden Kapitel geben Auskünfte zu den Fragen: „Sagten Sie ‘Wunder’“, „Gibt es noch Wunder“, „Was steckt hinter Wundern“, „Kann man Wissenschaft und Glaube versöhnen“ und „Welcher Gott?“ Dem schließen sich die Abschnitte „Wunder: Namenszüge Gottes“, „Ein Gott der Nähe und der Liebe“, „Die biblischen Wunder“ und „Die Wunder Jesu“ an. Die letzten drei Themen befassen sich mit der Heilung heute, der Heilung des ganzen Seins und mit der Frage willst du geheilt werden?

Den Schluss des kleinen Buches bilden Hinweise zu weiteren Informationen über

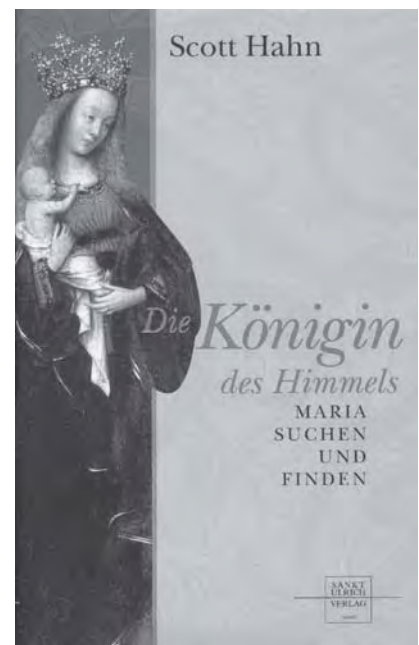
Lourdes, beinhalten eine Danksagung des Autors und machen auf die Helferdienste in der Hospitalité Notre Dame de Lourdes (NDL) aufmerksam.

Abschließend muss man feststellen, dass es Dr. med. Xavier Theillier gut verstanden hat, in allgemein verständlicher Sprache – gerade für Jugendliche entsprechend seiner Absicht, aber auch für Erwachsene – das Marienheiligtum und den Komplex der Lourdes-Wunder dem Leser gut nahezubringen. (bt)

Scott Hahn: „Die Königin des Himmels. Maria suchen und finden.“ St. Ulrich Verlag, Augsburg 2004, 160 S.

Man könnte meinen, in rund zweitausend Jahren und unzähligen Versuchen hochrangiger Theologen, Philosophen und Schriftsteller müsse das Thema „Maria“ für abgeschlossen gelten, mehr und vor allem Neues könne dazu nicht gedacht und geschrieben werden. Weit gefehlt. Das, was andere vor uns über die Mutter Jesu gedacht haben, muss gerade für unsere skeptische, subjektivistische und utilitaristische Generation neu gedacht und in die Sprache unserer Zeit übersetzt werden. Diesen Versuch unternimmt – m.E. erfolgreich – Scott Hahn (Jg. 1957), ein früherer presbyterianischer Pastor, der 1986 zur katholischen Kirche konvertierte. Heute ist der Autor Professor für Theologie und Bibelwissenschaft an der Franziskanischen Universität in Steubenville/Ohio.

Als ehemaligem „antimarianisch eingestellten“ Protestanten ist Hahn die Schwierigkeit vieler katholischer Christen vertraut, Zugang zur Jungfrau Maria und Mutter Gottes zu finden. In einer klaren, gut verständlichen und fesselnden Sprache geht der Autor der Bedeutung Marias als der neuen Eva in der Heilsgeschichte nach. Er spannt einen faszinierenden Bogen vom Schöpfungsbericht des Alten Testaments bis zu den Visionen der Apokalypse. Und er endet bei Maria, der „Königin des Himmels“, die alle Menschen umarmende Mutter. (PS)



Termine • Termine • Termine

Mai

02. – 05.05. GKMD Haupttagung 2004, Fulda
 03. – 05.05. Soldatenwallfahrt nach Altötting am 05.05. mit dem Kath. Militärbischof
 06.05. Weltfriedenstag in Augsburg mit Bischof Viktor Josef Dammertz
 12. – 18.05. 46. Internat. Soldatenwallfahrt Lourdes
 21. – 23.05. Mitteleurop. Katholikentag, Mariazell
 28. – 31.05. BK GKS Rh-Pf/Hessen/ Saarland, Hübingen/Westerwald

Juni

02. – 06.06. Seminar 3. Lebensphase, Cloppenburg
 04. – 05.06. AGKOD Deleg.-Vers, Bad Honnef
 05.06. Vorstand ZV, Lingen
 15.06. – 16.06. Vollversammlung ZdK, Ulm
 16.06. – 20.06. 95. Deutscher Katholikentag, Ulm
 27.06. – 08.07. Jakobus-Wallfahrt, Spanien

Juli

09. – 11.07. BK GKS NRW, Mülheim/Ruhr
 27. – 30.07. Truppenbesuch Kath. Militärbischof bei der Marine

August

- 14.08. – 22.08. Jugendlager in Österreich

September

- 10.09. – 12.09. Vorkonferenz zur WdB 2004, Lingen
 12.09. – 17.09. 44. WdB, Lingen-Holthausen
 28.09. Friedensgottesdienst in Sondershausen mit Bischof Dr. Joachim Wanke

Oktober

- 18.10. – 21.10. 49. Gesamtkonferenz, Untermarchtal
 15.10. – 17.10. AK NRW, Günne
 18.10. – 23.10. Familienwochenende der GKS NRW, Bischofsreut
 20. – 24.10. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
 28.10. – 29.10. AK/BK Bereich Ost, Dresden

November

- 23.10. – 01.11. Soldatenwallfahrt Koblenz I nach Rom
 07.11. – 09.11. AK/BK GKS NS-HB, Worpheusener oder Stapelfeld
 13.11. Vorstand ZV, Berlin
 19.11. – 20.11. Vollversammlung ZdK
 19.11. – 20.11. Einkehrtage (Tag der Besinnung) für Generale u. Admirale
 26.11. – 28.11. Seminar für neue Funktionsträger der GKS, Bergisch-Gladbach

Dezember

- 03.12. – 05.12. Bereich Rh-Pf/Hessen/ Saarland, Familienwochenende Kloster Engelpfort
 11.12. Teilnahme Kath. Militärbischof an Stallweihnacht in Bad Reichenhall

Sachausschüsse 2004

- Innere Führung (IF)
 21.06., 27.09., 22.11. in Bonn
 Sicherheit und Frieden (SF)
 24.09. in Bonn
 29.–31.10. in Berlin (mit Ehefrauen)
 Internationaler Sachausschuss (IS)
 05.–07.11. in Berlin

Vorschau 2005

- 20.01. Int. Soldatengottesdienst, Köln
 28.01. Jahresempfang MGV für Vorst. ZV und EA GKS, Berlin
 29.01. Sitzungen Vorst. ZV und EA GKS, Berlin
 18.02. Gespräch Vorstände GKS u. pax christi, Bonn
 20.04. – 24.04. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
 29.04. – 30.04. Vollversammlung ZdK (Neuwahlen)
 25.05. – 31.05. 47. Internat. Lourdes-Wallfahrt
 25.05. – 29.05. 30. Evangelischer Kirchentag, Hannover
 08.06. – 12.06. Seminar 3. Lebensphase, Cloppenburg
 11.08. Vorstand ZV, Berlin
 16.08. – 21.08. Weltjugendtreffen, Köln
 10.09. – 12.09. Vorkonferenz 45. WdB, Hamminkeln
 12.09. – 17.09. 45. WdB, Akademie Klausenhof, Hamminkeln
 19.10. – 23.10. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
 07.11. – 11.11. Akademie Oberst Helmut Korn, Fulda
 12.11. Vorstand ZV, Berlin
 18.11. – 19.11. Vollversammlung ZdK

Vorschau 2006

- 23.–24.05. Vollversammlung ZdK, Saarbrücken
 24.–28.05. 96. Deutscher Katholikentag, Saarbrücken
 24.–25.11. Vollversammlung ZdK

Aus den Leitsätzen der GKS

- (1) **Im Glauben verwurzelt.** Wir bemühen uns um ein Leben aus dem Glauben an Jesus Christus, bekennen uns zu seiner Kirche und tragen dazu bei, Kirche unter den Soldaten zu verwirklichen.
- (2) **Für Recht und Freiheit.** Wir sehen in der Verwirklichung der Menschenrechte, wie sie unser Grundgesetz zusichert, und im Völkerrecht, wie es die Charta der Vereinten Nationen vorgibt, optimale Bedingungen, unter denen sich Menschen in Würde entfalten und Völker in Freiheit entwickeln können.
- (3) **Sittlich gebunden.** Wir orientieren uns an christlichen Idealen und binden uns an sittliche Normen, welche die katholische Soziallehre entwickelt hat und welche die christliche Friedensethik durchdringen.

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN: **AGKOD** – Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands, **AK KLMD** – Arbeitskonferenz beim Katholischen Leitenden Militärdekan in ..., **AMI** – Apostolat Militaire International, **BK** – Konferenz der GKS im Bereich ..., **BuKonf** – Bundeskonferenz, **BV GKS** – Bundesvorstand der GKS, **EA** – Exekutivsausschuss, **GKMD** – Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands, **IS** – Internationaler Sachausschuss, **MGV** – Militärgeneralvikar, **SA InFü** – Sachausschuss „Innere Führung“, **SA S+F** – Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, **SA KI** – Sachausschuss „Konzeption und Information“, **WB** – Wehrbereich, **WdB** – Woche der Begegnung, **ZV** – Zentrale Versammlung, **VV ZdK** – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

(soweit keine Angaben beim Beitrag)

Achmann, Dr. Klaus

Bundesgeschäftsführer der GKS, Vertreter der GKS in der deutschen Kommission Justitia et Pax.

Böhler, Volker W.

Oberst a.D., bis 1999 Mitglied im Vorstand der Zentralen Versammlung; von 1992-95 Leiter eines Militärattaché-Stabes für die Länder Syrien, den Libanon und Jordanien.

Buchbender, Dr. Ortwin

Militärhistoriker; zahlreiche Veröffentlichungen; u.a. als Herausgeber: „Günter Kießling, Staatsbürger und General“, Frankfurt 2000.

Görlich, Joachim Georg

Magister, freier Journalist, Schwerpunkt mittel- und osteurop. Gesellschaften.

Jermer, Helmut

Oberstleutnant a.D., Pressesprecher der GKS.

Heinz, Manfred

Dipl.-Theol., wissenschaftl. Referent im Referat „Seelsorge“ des KMBA

Kestel, Msgr. Georg

Militärdekan, Leiter Referat IV „Seelsorge“ im KMBA, Bischöflicher Beauftragter für die Zentrale Versammlung und Geistlicher Beirat der GKS auf Bundesebene.

Kilian, Dieter

Oberst a.D.:
1975 Lehrgang am Command & Staff College in Quetta/Pakistan
1980-1984 Militärattaché an der Deutschen Botschaft in Islamabad/Pakistan
1991-1994 Militärattaché an der Deutschen Botschaft in Riyadh/Saudi-Arabien

Liebetanz, Klaus

Major a.D., Dörverden/Aller; Berater für humanitäre Hilfe im Ausland.

Roth, Dr. Paul

em. Prof. für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München.

Stuff, Eckhard

Journalist; am Sender Freies Berlin zuständig für die Aus- und Weiterbildung des Nachwuchses und der Mitarbeiter. Veröffentlichungen im AUFTRAG.

Thierse, Wolfgang

Präsident des Deutschen Bundestages, Mitglied des ZdK (Zentralkomitee der deutschen Katholiken). Beitrag der Zeitung der Kath. Akademie in Berlin „Programm“, Nr. 4-2003, S. 1.

Warner, Alfred

Oberstleutnant, Vorsitzender des GKS-Sachausschusses „Konzeption und Information“.

ZU GUTER LETZT

Die DDR als Idylle missverstehen

Über privates und öffentliches Erinnern

WOLFGANG THIERSE



Es war schon ein bisschen viel, was da an Ostalgie-Welle über uns hereinbrach. Gesehen habe ich nicht alle diese Fernsehsendungen, die mit DDR-Dekoration und so genannten Alltagserinnerungen Quote machen sollten. Das eine oder andere Mal habe ich nach kurzer Zeit abgeschaltet: Der Kitsch schien unerträglich und hatte außerdem wenig mit meinen persönlichen Erinnerungen gemein. Es stimmt zwar: Man konnte die DDR auch als Idylle missverstehen. Es gab schließlich fast alles in diesem kleinen überschaubaren Land, was unser Leben lebenswert machte: Glück und Unglück, Leben mit Kindern, Freundschaften, Erfolge und Misserfolge beim Lernen, in den alltäglichen Versuchen, der Bürokratie und der Mangelwirtschaft Schnippchen zu schlagen. Es gab auch Musik, die gefiel, und Künstler, die anregend oder unterhaltend waren. Aber es war eine grimmige Idylle: Eingesperrt und bespitzelt zu sein, das haben wir doch meistens mitgedacht; die Schwierigkeit, selbstverständliche Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens nicht erhalten zu können; unmenschliche, unverhältnismäßige Strafen wegen Kleinigkeiten, Willkür der „Staatsorgane“. Manche der aktuellen Sendungen haben das durchaus gezeigt. Andere – so im ZDF – haben noch nicht einmal die Erfolge und Erfahrungen ihrer Gäste ernst genommen.

Schon früh hatte ich uns gewünscht, wir würden so viel Abstand zur Diktatur gewinnen, dass wir manche dieser Erfahrungen auch einmal „weglachen“ könnten. Im vierzehnten Jahr nachdem Wendeherbst ist es jetzt vielleicht so weit.

Es ist nichts dagegen zu sagen, in Erinnerungen zu schwelgen und sich daran zu freuen, auch nichts dagegen, das mit Hilfe einer Fernsehshow zu tun. Aber ein befreiendes Lachen, wie in dem Film „Good bye Lenin“ oder beim Lesen mancher Texte jün-

gerer Autoren, die die DDR bewusst erlebt hatten, hat sich bei mir vor dem Fernseher nicht eingestellt. Zu meiner Erinnerung gehört beispielsweise das genaue, oft misstrauische Hinsehen, wer der Gesprächspartner ist, den man neu kennen lernt, ob man ihm trauen kann oder ob man seine Zunge hüten muss, weil er womöglich Berichte schreibt. An dieser Stelle hatten viele Shows Lücken. Vielleicht kommt daher die ärgerliche Gleichsetzung privater Erinnerungen mit Ostalgie.

Dabei will doch niemand die DDR zurück, bloß weil er sich trotz SED über sein Abitur, über die Geburt der Kinder und vieles andere gefreut hatte. Vielleicht ärgert man sich deshalb über oberflächliche Lächerlichkeit und kommt deshalb zu dem Schluss: Mit einer Fernsehshow kann man den Erinnerungen der „Ossis“ nicht wirklich gerecht werden.

Also bleibt die Aufgabe, übrigens nicht zuletzt für Christenmenschen und Kirchengemeinden: miteinander über unsere Erinnerungen reden, unsere Biografien in Ost und West vergleichen – jenseits von Verteufelungszwang und Beschönigungslust, sondern unter dem herausfordernden biblischen Motto: „Die Wahrheit wird euch freimachen“! □



Auch wenn der Exerzierschritt der ehemaligen NVA – hier bei einem vor 1990 üblichen Wachwechsel an der Neuen Wache in Berlin – zu den DDR-Nostalgien zählt, kaum ein Bundeswehrsoldat wünscht seine „Wiederbelebung“.



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierskreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal jährlich.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur;

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Paul Schulz, Postfach 3768,
51537 Waldbröl, Tel/Fax: 02291-900461,
e-Mail: GKS.Redaktion@t-online.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn.
Überweisungen und Spenden an: Förderkreis der GKS (FGKS e.V.), Pax Bank eG Aachen, BLZ: 391 601 91, Konto-Nr.: 1009439010.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 5,- an den ausliefernden Köllen Verlag.